

SCHRIFTENREIHE

der Anarchistischen Gruppe Mannheim



Zweite, überarbeitete Auflage

Nummer 5 • Spende ca. 4,00 Euro

Zur Schriftenreihe der Anarchistischen Gruppe Mannheim

Liebe Lesende,

mit dieser Reihe möchten wir Texte vorstellen, die wir aus verschiedenen Gründen aus einer anarchistischen Perspektive für interessant halten. Diese Texte sind weder eine Stellungnahme unserer Gruppe zu einzelnen Themen, noch sagen wir, dass sie bedeutend wären, um ›den Anarchismus‹ zu verstehen. Nein, bei unserer kleinen Schriftenreihe möchten wir Texten eine weitere Verbreitung ermöglichen, die einzelne Mitglieder unserer Gruppe aus individuellen Vorlieben als lesenswert erachten. Wir möchten mit unserer Auswahl lediglich Diskussionen und Gedanken mit offenem Ergebnis anregen.

Jede unserer Broschüren beinhaltet entweder mehrere und individuelle Diskussionsstandpunkte zu einem kontroversen Thema oder aber es sind ›Klassiker der Arbeiter*innenbewegung‹. Diese scheinen vielleicht nicht mehr aktuell oder wirken in Teilen fragwürdig, bieten jedoch, unserer Meinung nach, eine wichtige Grundlage für das Verständnis der Entwicklung anarchistischer Ideen.

So wie keiner der von uns veröffentlichten Texte in unserer Gruppe völlig unumstritten ist, so hoffen wir, dass auch Ihr Euch Euer eigenes Bild macht! Wir setzen bei unseren Lesenden einen Willen zum selbstständigen und undogmatischen Lesen voraus und möchten das mit dieser kleinen Schriftenreihe gerne fördern. In diesem Sinne: viel Spaß beim Lesen!

Editorial zum Rojava-Reader

Zur „IV. Anarchistischen Buchmesse Mannheim“, die durch die Anarchistische Gruppe Mannheim (AGM) vom 21. bis 23. April 2017 organisiert wird, veröffentlichen wir die erweiterte zweite Auflage des „Rojava-Readers“.

Unsere Idee war, dem interessierten Publikum weiteres vertiefendes Lesematerial anzubieten. Da mittlerweile zahlreiche Artikel zum Thema veröffentlicht wurden, haben wir den „Rojava-Reader“ in unsere Schriftenreihe der AGM aufgenommen und stellen ihn einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Artikelsammlung beinhaltet verschiedene Texte zum Thema Rojava aus libertärer und anarchistischer Perspektive. Wir erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Berücksichtigt haben wir Artikel, die in der „Gai Dao“ (Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen), in der „Graswurzelrevolution“ (Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft), von der Gruppe Karakök Autonome aus Zürich und von unserem Genossen Dr. Michael Wilk, der in Rojava medizinische Hilfe leistet, publiziert wurden.

Die Texte wurden von uns nicht kommentiert, sondern sollen einen Überblick über das Meinungsspektrum zum Thema Rojava innerhalb der anarchistischen Bewegung geben. Abgerundet wird der Reader durch einige Links und Buchempfehlungen sowie einigen Karten über Rojava.

Unsere Motivation für die Erstellung des Readers liegt darin, dass in Rojava ein beachtenswerter Versuch in der Praxis unternommen wird, ein relativ großes geografisches Gebiet selbstverwaltet und basisdemokratisch zu organisieren. Wir hoffen, dass sich die Strukturen dort in einem anarchistischen Sinne weiterentwickeln und damit beispielgebend für andere Regionen sein können.

Außerdem hoffen wir, dass die anarchistische Bewegung im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Menschen in Rojava die benötigte Unterstützung geben kann.

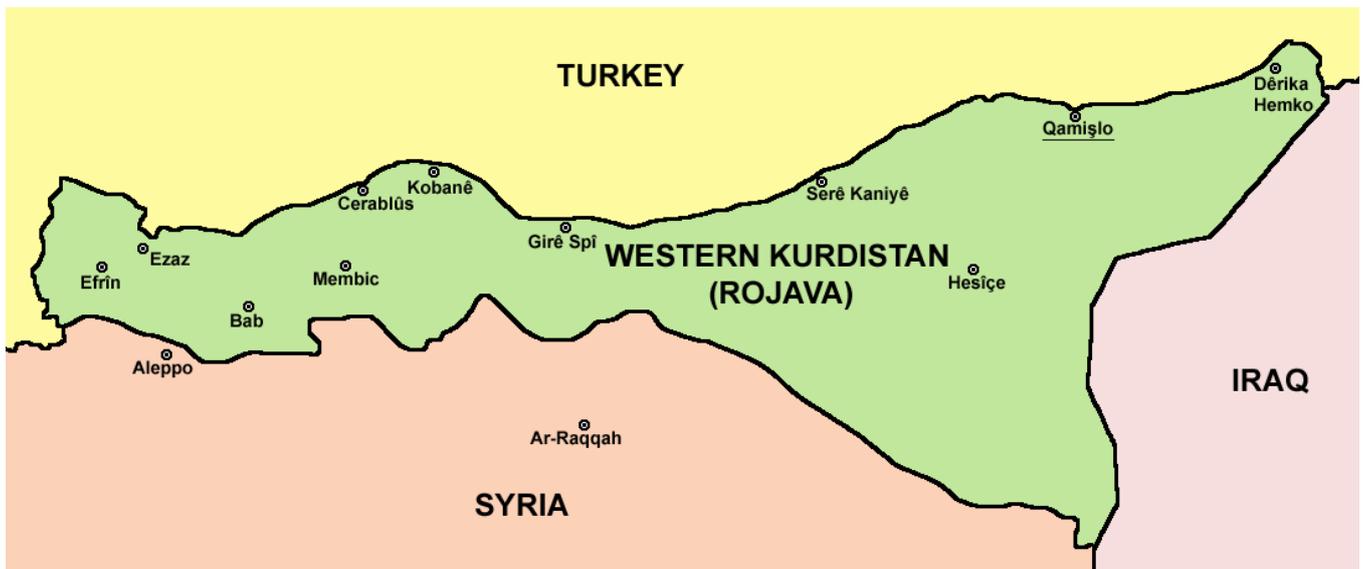
Wir bedanken uns bei allen, die uns die verwendeten Artikel zur Verfügung gestellt haben. Unser Dank gilt auch der Künstlerin Bella Godkin, die die Titelgrafik für den Reader gestaltet hat.

Anarchistische Gruppe Mannheim, im April 2017

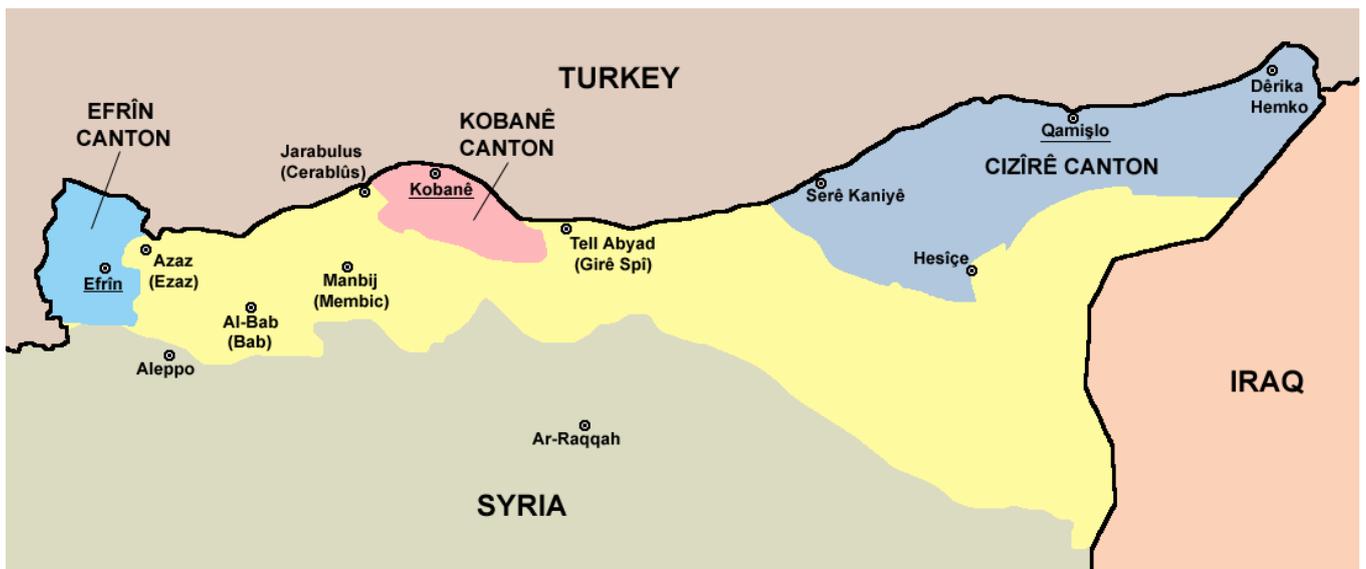
Inhalt

Kartenmaterial zu Rojava	(RED)	6
Die neue PKK: Wie eine Soziale Revolution in Kurdistan in Gang gesetzt wird	(GD)	8
Blick nach Kobane Reisebericht eines Aktivisten der Karakök Autonome	(GD)	13
Ein Interview mit der «Revolutionären Anarchistischen Aktion» über Kobane	(GD)	16
Die verkannte Revolution Der Weg zu einer rätedemokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft	(GD)	19
Statement der Anarchistischen Föderation (Britain) zu Rojava	(GD, GWR)	22
Warum sind die Anarchist*innen und Libertäre gespalten über Rojava?	(GD)	25
#Rojava#Kobane#internationalsolidarity	(GD)	28
Rojava und die Antiautoritären	(GD)	30
"Wenn Rojava nur von Staaten verteidigt wird, wird die Revolution untergehen"	(GD)	32
Gedanken über Rojava: Ein Interview mit Janet Biehl	(GD)	36
In eine Geisterstadt kehrt Leben ein	(KA)	42
Die Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava – über Hintergrund, Entstehung und Realität	(KA)	46
Waffen für Rojava? Widersprüche des linken "Antimilitarismus"	(GWR)	53
"Wir glauben weder an den bewaffneten Kampf noch an Wahlen" Ein Interview mit Mitgliedern des Kurdistan Anarchist Forum	(GWR)	57
Interne Faktoren: Ideologie und Öcalan-Kult im Schulunterricht	(GWR)	61
Rojava. Der Versuch unter schwierigsten Bedingungen Leben neu zu organisieren	(GWR)	63
Der Aufbau von Selbstverwaltung in der Türkei und Kurdistan: Die DAF	(GD)	65

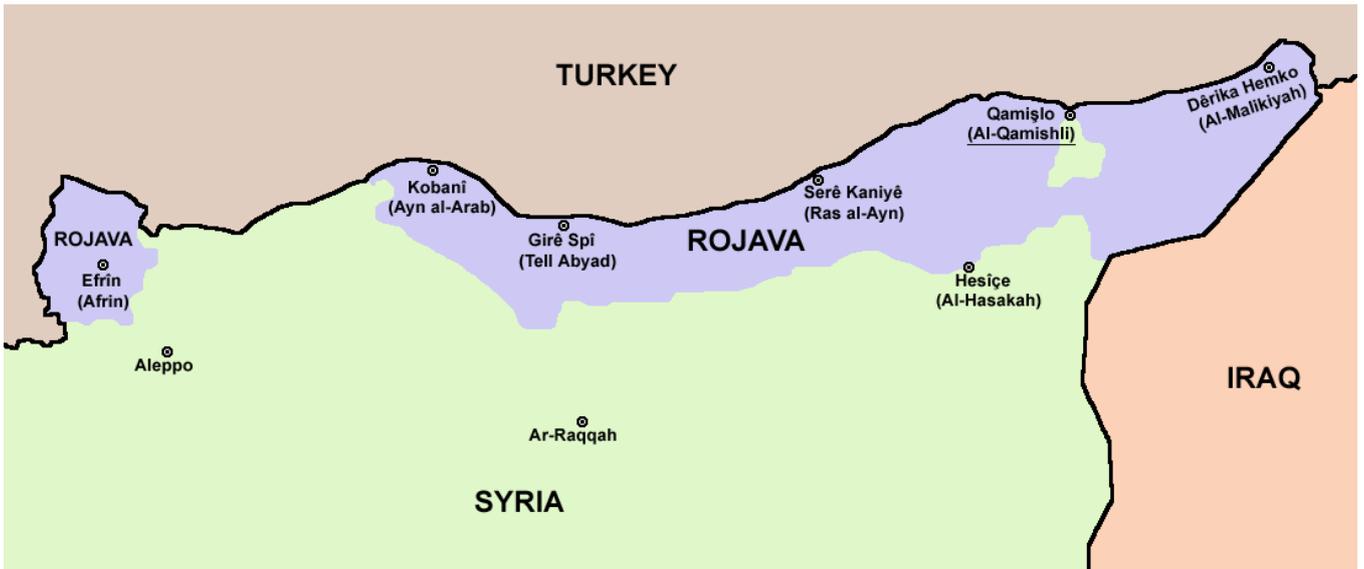
Soziale Bewegungen und der türkisch-kurdische Krieg	(GWR)	70
Ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Ismail Küpeli		
"Wir wollen keinen neuen Staat aufbauen"	(GWR)	74
Newroz 2016 im türkisch-kurdischen Kriegsgebiet		
Reise durch ein Kriegsgebiet	(GWR)	77
Eine WRI-Delegation im Südosten der Türkei		
Der Anarchist und Arzt Michael Wilk berichtet aus Rojava:		
"Wie ein Tropfen auf den heißen Stein"	(ht.de)	83
Helfen unter Extrembedingungen	(ht.de)	85
Rettungsdienst gleicht Herkules-Aufgabe	(ht.de)	86
Kampf um Menschenleben in Kobane	(ht.de)	87
Von Europas Regierungen allein gelassen	(ht.de)	89
"Eine knochenbrecherische Arbeit"	(ht.de)	90
Helfer davor schützen, "leer zu brennen"	(ht.de)	92
Links und Literatur	(RED)	94



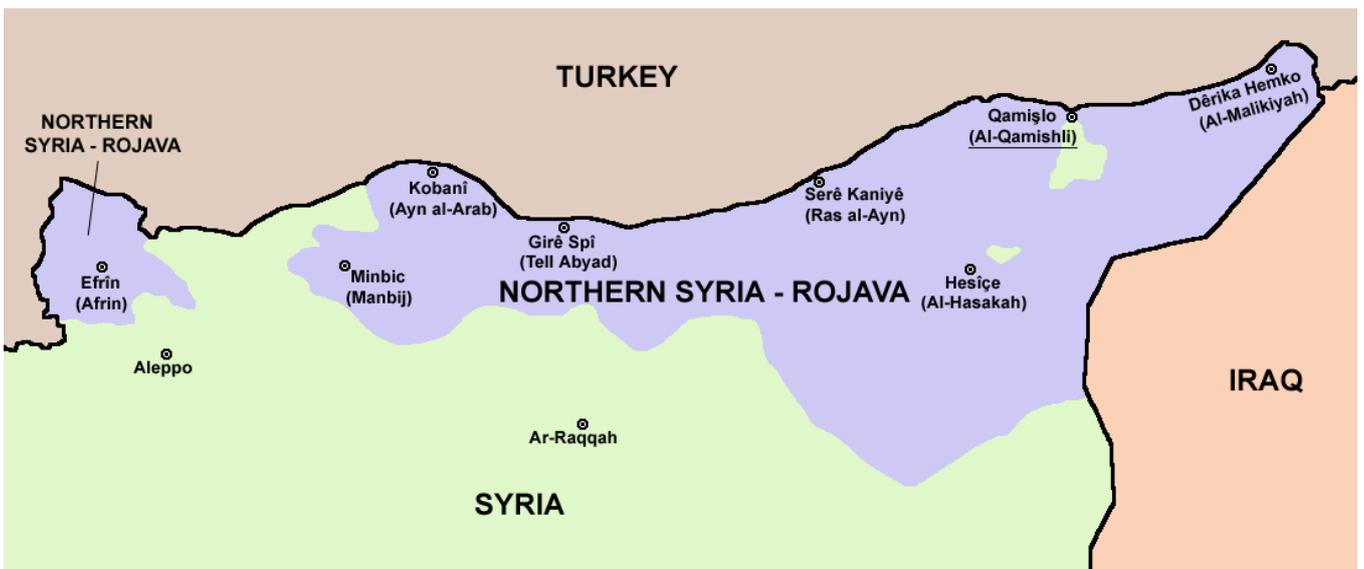
Rojava (Westkurdistan), wie es von der PYD (Partei der Demokratischen Union) im Oktober 2013 umrissen wurde.



Die drei selbstverwalteten Kantone von Rojava (Efrîn, Kobanê und Cizîrê) im Februar 2014.



Lage in Rojava im Juni 2015



Lage in Rojava im Oktober 2016

Die neue PKK: Wie eine Soziale Revolution in Kurdistan in Gang gesetzt wird

Von Rafael Taylor / Übersetzung: nigra

**Während die Aussicht auf eine kurdische Unabhängigkeit immer realer wird,
verwandelt sich die kurdische Arbeiter*innenpartei in eine radikaldemokratische Kraft.**

Ausgeschlossen von Verhandlungen und betrogen im Rahmen des Vertrags von Lausanne 1923, nachdem ihnen von den Alliierten des Ersten Weltkrieges während der Aufteilung des Osmanischen Reiches ein eigener Staat versprochen worden war, sind die Kurd*innen die größte staatenlose Minderheit der Welt. Aber heute bleiben, abgesehen von einem trotzigem Iran, immer weniger Hindernisse übrig, die ein formalrechtlich unabhängiges Kurdistan verhindern. Die Türkei und Israel haben ihre Unterstützung zugesagt, während die Hände Syriens und die des Irak durch die schnellen Fortschritte des Islamischen Staates (früher ISIS) gebunden sind.

Mit der kurdischen Flagge über allen offiziellen Gebäuden und den Peschmerga, die die Islamisten mit Unterstützung der lange überfälligen militärischen US-Hilfe unter Kontrolle halten, vereinigt sich Südkurdistan (Irak) mit seinen Genoss*innen in Westkurdistan (Syrien), das die zweite de facto autonome Region des neuen Kurdistan bildet. Sie haben schon damit begonnen ihr eigenes Öl zu exportieren und haben das an Öl reiche Kirkuk zurückerobert. Sie haben ihr eigenes, säkulares, gewähltes Parlament und eine pluralistische Gesellschaft. Sie haben bei der UN ihren Antrag auf Anerkennung als souveräner Staat eingereicht und es gibt nichts, was die irakische Regierung tun könnte – oder die USA ohne israelische Unterstützung tun würde, um das zu stoppen.

Trotzdem ist der kurdische Kampf nicht annähernd nationalistisch geprägt. In den Bergen über Erbil, im alten Landesinneren Kurdistans, das sich über die Grenzen der Türkei, des Iran, Irak und Syriens windet, wurde eine Soziale Revolution geboren.

Die Theorie des Demokratischen Konföderalismus

Zur Jahrhundertwende, als der US-amerikanische Radikale Murray Bookchin seinen Versuch aufgab, die heutige anarchistische Bewegung mit seiner Philosophie der Sozialen Ökologie wiederzubeleben, wurde der PKK-Gründer und Anführer Abdullah Öcalan in Kenia von türkischen Beamt*innen verhaftet und wegen Hochverrat zum Tode verurteilt. In den folgenden Jahren gewann der alte Anarchist in dem hartgesottenen Kämpfer einen unerwarteten Anhänger, dessen paramilitärische Organisation – die Arbeiter*innenpartei Kurdistans – in vielen Teilen der Welt als terroristische Organisation eingestuft ist, weil sie einen brutalen Krieg der nationalen Befreiung gegen die Türkei führt.

In seinen Jahren in Einzelhaft, in denen er die PKK von der Zelle aus leitete – seine Todesstrafe wurde in lebenslange Haft umgewandelt – eignete sich Öcalan eine Art des Libertären Sozialismus an, die so unbedeutend war, dass nur wenige Anarchist*innen je davon gehört haben: Bookchins Libertärer Kommunalismus. Öcalan veränderte und verfeinerte Bookchins Vision und benannte sie in „Demokratischen Konföderalismus“ um, mit der Folge, dass die Union der Gemeinschaften Kurdistans (*Koma Civakên Kurdistan* oder KCK), das territoriale Experiment der PKK, zu einer freien und direktdemokratischen Gesellschaft, für die meisten Anarchist*innen weitgehend ein Geheimnis blieb, ganz zu schweigen von der breiten Öffentlichkeit.

Auch wenn Öcalans Gesinnungswandel der Wendepunkt war, fegte schon nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 1990er Jahren eine breitere Renaissance von libertär-linker und unabhängiger Literatur durch die Berge und von Hand zu Hand der breiten Masse. „[Sie] analysierten Bücher und Artikel von Philosoph*innen, Feminist*innen, (Neo-)Anarchist*innen, libertären Kommunist*innen, Kommunist*innen und Sozialen Ökolog*innen. So kamen Autor*innen wie Murray Bookchin [und andere] in ihren Fokus“, erzählt uns der Aktivist Ercan Ayboga.

Öcalan begann in seinen Gefängnisschriften mit einer sorgfältigen Überprüfung und Selbstkritik der schrecklichen Gewalt, des Dogmatismus, des Personenkultes und des Autoritarismus, die er gefördert hatte: „Es ist klar geworden, dass unsere Theorie, unser Programm und unsere Praxis der 1970er nichts als nutzlosen Separatismus und nutzlose Gewalt produzierte und, was noch viel schlimmer ist, dass der Nationalismus, den wir eigentlich hätten ablehnen sollen, uns alle befallen hat. Auch wenn wir ihn prinzipiell und rhetorisch ablehnten, akzeptierten wir ihn als unumgänglich.“ Früher der unhinterfragte Führer, schlussfolgerte Öcalan jetzt, dass „Dogmatismus genährt wird von abstrakten Wahrheiten, die zu gewohnheitsmäßigen Denkweisen werden. Sobald du solche generellen Wahrheiten in Worte packst, fühlst du dich wie ein Hohepriester im Dienst deines Gottes. Das war der Fehler, den ich beging.“

Öcalan, ein Atheist, schrieb schließlich als ein Freigeist, unbeeindruckt von der marxistisch-leninistischen Mythologie. Er gab an, dass er nach einer „Alternative zum Kapitalismus“ und einem „Ersatz für das zusammenge-

brochene Model des ... 'real existierenden Sozialismus'" suchte, als er auf Bookchin stieß. Seine Theorie des Demokratischen Konföderalismus entwickelte sich aus einer Kombination von Inspirationen durch kommunistische Intellektuelle, Bewegungen wie die der Zapatistas und anderer historischer Faktoren des Kampfes in Nordkurdistan (Türkei). Öcalan bezeichnete sich selbst als einen Studenten Bookchins und nach einem gescheiterten E-Mail-Schriftwechsel mit dem alten Theoretiker, der zu seinem großen Bedauern zu krank für einen Austausch auf seinem Sterbebett im Jahr 2004 war, feierte ihn die PKK anlässlich seines Todes zwei Jahre später als einen der größten Sozialwissenschaftler*innen des 20. Jahrhunderts.

Die Praxis des Demokratischen Konföderalismus

Die PKK selbst ist offensichtlich ihrem Anführer nicht nur in Bezug auf Bookchins spezielle Lesart des Öko-Anarchismus gefolgt, sondern hat aktiv die neue Philosophie in ihren Strategien und Taktiken verinnerlicht. Die Bewegung schwor ihrem blutigen Krieg für eine stalinistisch-maoistische Revolution ab sowie den Taktiken des Terrors, die dieser mit sich brachte und begann eine großangelegte gewaltfreie Strategie zu durchlaufen, die auf größere regionale Autonomie abzielte.

Nach Jahrzehnten des internen Verrats, gescheiterten Waffenruhen, willkürlichen Verhaftungen und erneuter Aufnahme der bewaffneten Auseinandersetzungen, erklärte die PKK am 25. April dieses Jahres einen sofortigen Rückzug ihrer Kräfte aus der Türkei und ihrer Stationierung im Nordirak, was effektiv ihren 30 Jahre alten Konflikt mit dem türkischen Staat beendete. Die türkische Regierung setzte gleichzeitig einen Prozess verfassungsmäßiger und rechtlicher Reformen in Gang, um die Menschen- und kulturellen Rechte der kurdischen Minderheit innerhalb der türkischen Grenzen zu gewährleisten. Dies kam als letzter Teiler lang erwarteten Verhandlungen zwischen Öcalan und dem türkischen Premierminister Erdoğan als Teil des Friedensprozesses, der 2012 begann. Es hat seit einem Jahr keine Gewalt von Seiten der PKK gegeben und begründete Rufe nach einer Streichung der PKK von den Terrorlisten der Welt sind erklingen.

Dennoch bleibt die dunkle Geschichte der PKK an ihr haften – autoritäre Methoden, die nicht so richtig zu ihrer neuen libertären Rhetorik passen wollen. Geldbeschaffung durch Heroinhandel, Erpressung, Zwangswehrendienst und allgemein kriminelle Machenschaften wurden Abteilungen der PKK wiederholt vorgeworfen oder zugeschrieben. Falls das der Wahrheit entsprechen sollte, kann es keine Entschuldigungen für diese Art des aggressiven Opportunismus geben, trotz der offensichtlichen Ironie, dass der völkermörderische türkische Staat selbst in nicht kleinem Maße von einem lukrativen Monopol auf den legalen Export von staatlich angebauten „medizinischen“ Opiaten in den Westen finanziert wurde und ermöglicht durch seine Wehrpflicht und Besteuerung für ein riesiges Antiterrorbudget und übergroße Armeekräfte (die Türkei hat nach den USA die zweitgrößte Armee der NATO.).

Wie es der üblichen Heuchelei beim Krieg gegen den Terror entspricht, sind es immer die Nichtrepräsentierten, die als Terrorist*innen gebrandmarkt werden. Öcalan selbst beschreibt diese beschämende Periode als eine von „Banden innerhalb unserer Organisation und offenem Banditentum, die nutzlose, willkürliche Operationen arrangierten, um junge Menschen reihenweise in den Tod zu schicken“.

Anarchistische Strömungen im Kampf

Ein weiteres Zeichen dafür, dass sie ihre marxistisch-leninistische Wege verlässt, ist, dass die PKK kürzlich damit begonnen hat, dem Anarchismus weltweit deutliche Angebote zu machen. Sogar beim internationalen anarchistischen Treffen in St. Imier in der Schweiz 2012 veranstaltete sie einen Workshop, der zu Verwirrung, Betroffenheit und Onlinedebatten führte, aber von der breiteren anarchistischen Presse weitestgehend unbemerkt blieb.

Janet Biehl, Bookchins Witwe, ist eine der wenigen westlichen Anarchist*innen, die die KCK vor Ort studiert. Sie hat ausführlich über ihre Erfahrungen auf der Website New Compass geschrieben und Interviews mit kurdischen Radikalen veröffentlicht, die am Alltagsgeschehen der demokratischen Versammlungen und der föderativen Strukturen beteiligt sind. Ebenso hat sie die erste anarchistische Studie in Buchlänge zum Thema übersetzt und veröffentlicht: *Demokratische Autonomie in Nordkurdistan: Die Rätebewegung, Geschlechterbefreiung und Ökologie* (2013).

Die einzige andere englischsprachige, anarchistische Stimme ist das Kurdische Anarchistische Forum (KAF), eine pazifistische Gruppe irakischer Kurd*innen, die in Europa leben und von sich behaupten, dass sie „keine Beziehungen zu anderen linken Gruppen haben“. Obwohl sie ein föderiertes Kurdistan unterstützen, erklärt das KAF, dass „wir die PKK nur unterstützen, wenn sie ihren bewaffneten Kampf ganz einstellen, sich für die Organisation von massenhaften Graswurzelbewegungen einsetzt, um die sozialen Forderungen der Bevölkerung zu erreichen, zentralisierte und hierarchische Methoden des Kampfes anprangert und einstellt und sich stattdessen in föderierte, autonome Gruppen umwandelt, alle Beziehungen und Geschäfte mit den Staaten des Mittleren Ostens und des Westens beendet, charismatische Machtpolitik anprangert und sich der Antistaatlichkeit und dem Antiautoritarismus verschreibt – nur dann werden wir gerne voll und ganz mit ihr zusammen arbeiten“.

Bookchin wörtlich nehmen

Dieser Tag (vom Pazifismus mal abgesehen) könnte in erreichbarer Nähe sein. Die PKK/KCK scheint Bookchins Sozialer Ökologie wortgetreu zu folgen, mit nahezu jeder Einzelheit bis hin zu und einschließlich ihrer widersprüchlichen Teilnahme am Staatsapparat durch Wahlen, genau wie es in der Literatur vorgegeben ist.

Wie Joost Jongerden und Ahmed Akkaya schreiben „unterscheidet Bookchin in seinem Werk zwischen zwei politischen Ideen, der griechischen und der römischen“, spricht: der direkten und der repräsentativen Demokratie. Bookchin sieht seine Form des Neo-Anarchismus als eine praktische Wiederbelebung der Athenischen Revolution des Altertums. Das „Athener Modell existiert als eine Gegen- und Untergrundströmung, die ihren Ausdruck in der Pariser Kommune von 1871, den Räten (Sowjets) in der Frühzeit der russischen Revolution von 1917 und der spanischen Revolution von 1936 findet“.

Bookchins Kommunalismus enthält eine fünfstufige Herangehensweise:

1. Bestehenden Gemeinden durch Gesetze mehr Entscheidungsbefugnisse geben, um die Entscheidungsmacht vor Ort zu verankern.
2. Diese Gemeinden durch Graswurzelversammlungen demokratisieren.
3. Gemeinden „in regionalen Netzwerken und größeren Föderationen...“ zusammenfassen, „...um darauf hinzuwirken, die Nationalstaaten durch kommunale Föderationen zu ersetzen“, während sichergestellt wird, dass „höhere Ebenen der Föderation hauptsächlich koordinierende und verwaltungstechnische Funktionen haben“
4. „Fortschrittliche soziale Bewegungen vereinen“, um die Zivilgesellschaft zu stärken und „einen allgemeinen Brennpunkt für alle Bürgerinitiativen und Bewegungen“ zu etablieren: die Versammlungen. Diese Zusammenarbeit ist „nicht [...], weil wir erwarten, immer nur harmonischen Konsens zu sehen, sondern – im Gegenteil – weil wir an Meinungsverschiedenheit und Diskussionen glauben. Die Gesellschaft entwickelt sich durch Debatte und Konflikt.“ Zusätzlich sollen die Versammlungen säkular sein, „gegen religiöse Einflüsse auf die Politik und die Regierung kämpfen“ und eine „Arena für den Klassenkampf“ sein.
5. Um ihre Vision einer „klassenlosen Gesellschaft, basierend auf kollektiver politischer Kontrolle über die sozial wichtigen Produktionsmittel“ zu erreichen, ist die „Kommunalisierung der Wirtschaft“ und eine „föderale Verteilung der Ressourcen“ gefordert, „die das Gleichgewicht zwischen den Regionen sichern sollen.“ Dies entspricht, einfacher ausgedrückt, einer Kombination von Arbeiterselbstverwaltung und dezentraler Planwirtschaft, um den sozialen Bedürfnissen gerecht zu werden: Das ist klassische anarchistische Ökonomie.

Wie es Eirik Eigladd, Bookchins früherer Herausgeber und KCK-Analyst, ausdrückt:

Von besonderer Wichtigkeit ist die Notwendigkeit, die Erkenntnisse der feministischen und ökologischen Bewegungen mit denen der neuen urbanen Bewegungen und Bürgerinitiativen zu kombinieren, genauso wie die der Gewerkschaften und der lokalen Kooperativen und Kollektive [...] Wir glauben, dass die kommunalistische Idee einer auf Versammlungen basierenden Demokratie ihren Teil dazu beisteuern wird, diesen fortschrittlichen Austausch von Ideen auf einer beständigeren Basis mit mehr direkten politischen Konsequenzen zu ermöglichen. Der Kommunalismus ist allerdings nicht nur ein taktischer Weg, radikale Bewegungen zusammenzuführen. Unsere Forderung nach einer gemeindeorientierten Demokratie ist auch der Versuch, Vernunft und Ethik an die Spitze öffentlicher Diskussionen zu bringen.

Für Öcalan bedeutet Demokratische Konföderalismus eine „demokratische, ökologische, vom sozialen Geschlecht befreite Gesellschaft oder einfach „Demokratie ohne Staat“. Er stellt ausdrücklich die „kapitalistische Moderne“ der „demokratischen Moderne“ gegenüber, in der die früheren „drei Grundelemente Kapitalismus, Nationalstaat und Industrialismus“ durch eine „demokratische Nation, Gemeindegewirtschaft und ökologische Industrie“ ersetzt sind. Dies bedingt „drei Projekte: eines für die demokratische Republik, eines für den demokratischen Föderalismus und eines für die demokratische Autonomie.“

Das Konzept der „demokratischen Republik“ bezieht sich hauptsächlich darauf, die den Kurd*innen lange verweigerte Staatsbürgerschaft und Bürgerrechte zu erlangen, einschließlich der Möglichkeit ihre eigene Sprache frei zu sprechen und zu unterrichten. Die demokratische Autonomie und der demokratische Föderalismus beziehen sich beide auf die „autonomen Fähigkeiten der Menschen, eine direktere, weniger auf Vertretung basierende Form der politischen Struktur“.

Derweil merken Jongerden und Akkaya an, dass „das Modell des freien Munizipalismus darauf abzielt, eine von unten nach oben organisierte, auf Teilnahme basierende Verwaltung, von lokalen zu Bezirksebenen, zu realisieren. Das „Konzept des/der freien Bürger*in (ozgur yarttas) [ist] sein Ausgangspunkt“, welcher „grundlegende Bürger*innenrechte, wie z.B. die Redefreiheit und die Freiheit, sich zu organisieren, beinhaltet.“ Das Kernstück des Modells sind die Nachbarschaftsversammlungen bzw. die „Räte“, zwei Begriffe, die synonym verwendet werden.

An den Räten sind alle Bewohner*innen beteiligt, einschließlich nichtkurdischer Menschen, und während Nach-

Bergen, nach Jahrzehnten der Vertreibung. In den letzten Wochen sind diese Aktivist*innen von den nördlichsten Bergen heruntergekommen, um Seite an Seite mit den irakischen Peschmerga gegen die ISIS zu kämpfen. Sie haben 20.000 Jesid*innen und Christ*innen aus den Bergen von Sinjar gerettet und wurden von Barzani besucht, der sich in aller Öffentlichkeit bei ihnen bedankte und ihnen seine Solidarität aussprach, was einen Gesichtsverlust für die Türkei und die USA bedeutete.

Die syrische PYD ist dem Beispiel Türkisch-Kurdistan bei der revolutionären Transformation der autonomen Regionen gefolgt, die seit dem Ausbruch des Bürger*innenkriegs unter ihrer Kontrolle stehen. Nach „Verhaftungswellen“ unter der ba'athistischen Repression, mit „10.000 inhaftierten Menschen, unter ihnen Bürgermeister*innen, lokale Parteivorsitzende, Abgeordnete, Kader und Aktivist*innen [...], vertrieben kurdische PYD-Kräfte das Baathregime in Nordsyrien (bzw. Westkurdistan) [und] lokale Räte tauchten plötzlich überall auf“. Es entstanden improvisierte Selbstverteidigungskomitees, um „Sicherheit nach dem Zusammenbruch des Ba'athregime“ zu gewährleisten und „die erste die kurdische Sprache unterrichtende Schule“ wurde errichtet, während die Räte für die gerechte Verteilung von Brot und Treibstoff sorgten.

Im türkischen, syrischen und, in einem geringeren Ausmaß, im irakischen Kurdistan haben Frauen nun die Möglichkeit, den Schleier abzulegen, und sie werden stark dazu ermutigt am sozialen Leben teilzunehmen. Alte, feudale Verbindungen werden aufgebrochen, die Menschen sind frei, einer Religion ihrer Wahl oder keiner zu folgen und ethnische und religiöse Minderheiten leben friedlich miteinander. Wenn sie in der Lage sind das neue Kalifat aufzuhalten, könnte die PYD-Autonomie in Syrisch-Kurdistan und der KCK-Einfluss in Irakisch-Kurdistan eine noch tiefgreifendere Explosion von revolutionärer Kultur und revolutionären Werten bewirken.

Am 30. Juni 2012 hat jetzt auch das Nationale Koordinierungskomitee für einen demokratischen Wechsel (National Coordination Committee for Democratic Change; NCC), die breitere revolutionäre, linke Koalition in Syrien, von der die PYD die größte Gruppe darstellt, „das Projekt der Demokratischen Autonomie und des Demokratischen Konföderalismus als ein mögliches Modell für Syrien“ angenommen.

Die kurdische Revolution vor dem IS verteidigen

In der Zwischenzeit hat die Türkei damit gedroht, in kurdische Gebiete einzufallen, falls „Terrorlager in Syrien errichtet werden“, weil hunderte KCK-Kämpfer*innen (einschließlich der PKK) aus Kurdistan die Grenze überqueren, um Rojava (kurdisch für Westen) vor den Angriffen des Islamischen Staates zu verteidigen. Die PYD behauptet, dass die moderate islamistische Regierung der Türkei sich schon in einem Stellvertreterkrieg gegen sie befindet, indem sie die Reise internationaler Dschihadisten über die Grenze erleichtert, die mit den Islamisten kämpfen wollen.

In Irakisch-Kurdistan rief Barzani, dessen Kämpfer*innen in den 1990er Jahren im Austausch für den Zugang zu den westlichen Märkten an der Seite der Türkei gegen die PKK kämpften, nach einer „kurdischen Einheitsfront“ in Syrien, einschließlich einer Allianz mit der PYD. Barzani vermittelte 2012 das „Abkommen von Erbil“, das zur Gründung des Kurdischen Nationalrats führte. PYD-Anführer Salih Muslim bekräftigte, dass „alle Teilnehmer*innen ernsthaft und entschlossen sind, um weiterhin zusammenzuarbeiten“.

Auch wenn das Studium und die Umsetzung libertär-sozialistischer Ideen unter der KCK-Führung und ihrer Basis unzweifelhaft eine positive Entwicklung ist, bleibt es immer noch abzuwarten, wie ernst es ihnen damit ist, ihre blutige, autoritäre Vergangenheit hinter sich zu lassen. Der kurdische Kampf um Selbstbestimmung und kulturelle Souveränität bilden einen silbernen Streifen in den dunklen Wolken, die sich über dem Islamischen Staat und den blutigen Kriegen zwischen Islamismus, Ba'atismus und religiösem Sektierertum zusammenballen, die überhaupt erst zur Entstehung des IS geführt haben.

Eine fortschrittliche und säkulare pankurdische Revolution mit libertär-sozialistischen Elementen, die die irakischen und syrischen Kurd*innen vereint und die türkischen und iranischen Kämpfe wiederbelebt, könnte immer noch eine mögliche Perspektive sein. In der Zwischenzeit schulden jene von uns, die der Idee der Zivilisation einen Wert beimessen, den Kurd*innen Dank. Sie bekämpfen Tag und Nacht die Dschihadisten des islamistischen Faschismus an den Fronten in Syrien und des Irak und verteidigen radikaldemokratische Werte mit ihren Leben.

*„Die Kurd*innen haben keine Freund*innen, außer den Bergen.“* (kurdisches Sprichwort)

Rafael Taylor ist ein libertärer Sozialist und selbständiger Journalist, der in Melbourne lebt. Er ist auch Moderator des „Floodgates Of Anarchy“-Podcasts, Mitglied der ASF-IAA (Anarcho-Syndicalist Federation - Internationale ArbeiterInnen-Assoziation) und Vorsitzender der Left Libertarian Alliance Melbourne.

(aus: Gai Dao, Nr. 46, Oktober 2014)

Blick nach Kobane Reisebericht eines Aktivisten der Karakök Autonome

Teil 1

Nun bin ich in Suruc angelangt, einer Stadt in der Türkei, welche die Grenze zu Syrien bildet. Der Krieg ist allgegenwärtig. Hier ist das türkische Militär präsent mit seinen Panzern und Wasserwerfern. Die Bevölkerung im Dorf, in welchem ich mich aktuell aufhalte, besteht manchmal nur aus einigen Hundert Menschen, manchmal sind es mehrere Tausend. Viele flüchten von hier, viele kommen aber auch, weil sie über die Grenze möchten, um sich dem Widerstand in Kobane anzuschließen, in den Reihen der YPJ/YPG zu kämpfen, Lebensmittel zu bringen, mit anzupacken, auf irgendeine Art zu helfen. Es herrscht eine ständige Fluktuation. Immer wieder geht das türkische Militär zum Angriff über, setzt Wasserwerfer oder Tränengas ein, um die Menschen von hier zu vertreiben. Die Türkei möchte eine Unterstützung der kurdischen Kämpfer*innen möglichst verhindern.

Hunderttausende von Menschen sind bereits von Kobane in die Türkei geflüchtet. Die Menschen in Suruc haben ihre Häuser für die Flüchtlinge geöffnet. In jedem Haus leben Dutzende bis mehrere Hundert Menschen. Trotz des Mangels am Notwendigsten geht das Leben weiter. Den ganzen Tag wird diskutiert, Informationen über die aktuellsten Entwicklungen in Kobane werden weiter erzählt. Die Ereignisse ändern sich von Minute zu Minute. Niemand hier hat eine Ahnung, was bis morgen geschehen wird. Es wird aber auch viel gelacht, trotz allem. Der Umgang untereinander ist sehr herzlich, alle sorgen sich um alle, jeder hilft dem anderen, niemand wird alleine gelassen. Man teilt das Wenige, das man hat.

Ich erfahre, dass der IS gestern durch unterirdische Wasserschächte ins Stadtzentrum von Kobane gelangt ist. Dort konnte die YPG den Einmarsch jedoch erfolgreich abwehren, so dass die IS-Kämpfer zurück in die Wasserschächte geflüchtet sind. Diese wurden dann in der Nacht durch die USA und Frankreich bombardiert.

Jeden Tag beginnen abends um 16-17 Uhr die Kämpfe zwischen YPG und IS. Nachts hingegen werden jeweils Bomben durch die USA und andere Regierungen, welche die "Allianz gegen den IS" bilden, abgeworfen. Tagsüber kreisen US-Flugzeuge über der Stadt. Da die Region eine Ebene ist, höre und sehe ich die Flugzeuge, die Bomben, den Rauch von hier aus, die Geschehnisse sind nur wenige Hundert Meter entfernt. Auch sehe ich den Hügel, welcher letzte Woche in die Hände des IS gelangte. Es handelt sich um einen strategisch äußerst wichtigen Hügel, da von dort die ganze Stadt Kobane beobachtet werden kann. In den Medien waren letzte Woche Bilder von Flaggen, welche der IS hier gehisst hatte. Mittlerweile konnte der Hügel wieder rückerobert werden und ist in den Händen der YPG. Trotzdem ist er aktuell menschenleer. Dies wohl deshalb, weil sich in rund 100 Meter Entfernung ein weiterer Hügel befindet, welcher durch das türkische Militär besetzt ist.

Ich spreche mit Menschen aus Kobane, die hierher nach Suruc geflüchtet sind. Sie erzählen mir von den Volksversammlungen, von den Selbstverwaltungsstrukturen. Bevor ich kam, war ich nicht sicher, ob die Berichte stimmen, die wir hören und lesen. Könnte es sein, dass die Erzählungen von Rojava, der befreiten Region, beschönigt werden? Dass mir Bewohner*innen davon berichten werden, dass die Selbstverwaltungsstrukturen gar nicht den ganzen Alltag prägen, sondern nur am Rande vorhanden sind, während Parteien die wesentliche Regierung bilden? Fragen über Fragen... Als ich jedoch mit den Bewohner*innen spreche, merke ich, dass meine Zweifel nicht berechtigt sind – im Gegenteil: ich entwickle noch größere Achtung vor den Entwicklungen hier, als ich die Berichte direkt aus erster Hand, von Jugendlichen, Frauen oder Greisen höre. Sie schildern mir die Volksversammlungen, davon, dass alles im Kollektiv besprochen und entschieden wird, dass die gesamte Verwaltung von unten ausgeht, von den Frauenkomitees, von den Kommunen. Mich verblüfft jedoch, dass die Strukturen für die Bewohner*innen von Rojava gar nicht so bedeutend sind, wie dies für uns aus Tausenden Kilometern Entfernung oft ist. Für sie ist es Alltag. Sie sprechen nicht von einer Revolution, sondern berichten einfach über etwas, das für sie selbstverständlich und alltäglich ist. Es ist nichts Besonderes dabei. Eine ältere Frau erzählt mir von den Strukturen in Rojava und malt damit ein Bild einer realen libertären Gesellschaft, ohne jedoch mit theoretischen Begriffen oder Namen irgendwelcher libertärer Gurus um sich zu werfen. Vermutlich kennt sie diese auch gar nicht und es spielt auch gar keine Rolle. Begriffe und Namen sind überflüssig, wo etwas Realität ist.

Weiter fällt mir auf, dass manche bewusst hinter den Strukturen in Rojava stehen. Manche jedoch finden die ganze Sache alles andere als toll. Eine aus Kobane geflüchtete Bewohnerin sagt mir, sie wüsche sich, dass in Rojava ein Staat errichtet wird. Als ich sie frage, weshalb, meint sie: "Dann müssen wir nicht immer alles selber machen, sondern die Politiker können das Wesentliche organisieren und entscheiden". Ein Staat würde der Bevölkerung zudem Schutz bringen, ist sie überzeugt: "Hätten wir einen Staat, würden wir nun nicht von allen Seiten angegriffen oder wir hätten zumindest Unterstützung durch andere Staaten". Weiter berichtet sie, dass sie 90% des Ertrags ihres Nutzlandes habe an Regionen, die über keine Landwirtschaft verfügen, abgeben müssen. Dies, weil in der Volksversammlung entschieden worden sei, dass die Güter möglichst gleichmäßig verteilt werden, um die Bedürfnisse aller decken zu können. Es sollte kein Überfluss an einem Ort und ein Mangel an einem anderen Ort entstehen. Die Frau, mit der ich spreche, würde aber lieber den ganzen Ertrag für sich behalten – oder zumindest einen größeren Teil.

Ich sehe, wie lebendig die Umwälzung in Rojava ist und welche Diskrepanzen sie auch in sich hat. Unter einer Diktatur würden alle gleich denken. Hier gibt es verschiedene Ansichten, die auch offen kommuniziert werden. Ich weiß von einer Umfrage, welche in Rojava vom Komitee für Forschung und Statistik durchgeführt worden war. Ziel war es gewesen, zu eruieren, welches politische System sich die Bewohner*innen wünschen. Fast 70% standen hinter der Idee des Demokratischen Föderalismus. Rund 30% wünschten sich ein anderes System, beispielsweise einen islamischen oder nationalistischen Staat oder ein kapitalistisches System.

Trotz allem besteht die Region seit nunmehr einem Jahr und erweist sich als stärker, als von allen eingeschätzt. Als der IS in Kobane einmarschierte, gingen alle davon aus, dass die Stadt in wenigen Tagen eingenommen werden würde. Doch die Bevölkerung leistet Widerstand. Alle halten Wache, haben sich bewaffnet. Nun ist der IS auf dem Rückmarsch, immer mehr Teile von Kobane werden rückerobert. Es geht weiter.

Teil 2

In Suruc herrscht Ausnahmezustand. Rund 160'000 Zelte verteilen sich in der Stadt, voll von Flüchtlingen, die Kobane hinter sich gelassen haben. Die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Bereich sind aufgehoben: Alle Türen in der Stadt stehen offen, alles gehört allen. Alle Häuser der Stadt bieten Flüchtlingen Unterschlupf, selbst die Moscheen wurden zu Nachtlagern umfunktioniert. Tagsüber liest der Imam den Ezan, nachts hingegen schlafen Hunderte, Tausende Menschen hier. Selbst im Totensaal liegen Schlafsäcke oder Decken am Boden, die Flüchtlingen oder Stadtbewohner*innen eine Schlafgelegenheit bieten. Niemand schläft zweimal im selben Bett, sondern legt sich dort zur Ruhe, wo es sich gerade ergibt. Im Schlafsack, in welchem ich gestern geschlafen habe, schläft heute bereits jemand anderer. Das spielt aber keine Rolle, denn ich werde auch so irgendwo einen Schlafplatz finden. Wer gerade zwei Decken hat, teilt eine. Es fühlt sich an, als seien alle hier seit Jahren enge Freund*innen, trotz oder gerade in Angesicht der tragischen Umstände.

In Suruc gibt ein staatliches Krankenhaus. Vor dem Notfallempfang steht ein Zelt, in welchem freiwillige Helfer*innen arbeiten, beispielsweise Pfleger*innen oder Ärzt*innen aus anderen Städten. Vor dem Empfang stehen aber auch die türkische Polizei und das Militär mit Panzern bereit und bewachen das Geschehen. Niemand kann vorbei, ohne an ihnen vorbei zu kommen. Als ich versuche, ein Foto vom Notfalleingang zu schießen, möchte die Polizei meine Kamera beschlagnahmen. Im Gemenge kann ich untertauchen und verstecke mich in der Cafeteria. In erster Linie versucht die Polizei aber, Verletzte aus den Reihen der YPJ/YPG abzufangen, die hierher gebracht werden. In jüngster Zeit gab es 8-9 Festnahmen, da es vor dem Notfallempfang oft zu unfreiwilligen Identifikationen durch bestürzte Szenen von Angehörigen kam. Durch Angehörige, die ihrem Schock laut Luft verliehen oder anderen mitteilten, was geschehen ist, konnte die Polizei erfahren, wer zu den Verletzten gehörte. Daher werden mittlerweile Verletzte mit Tüchern verdeckt ins Spital transportiert. Die Polizei kann die Gesichter dadurch keinen Namen zuordnen und weiß nicht, um wen es sich bei den Verletzten handelt. Früher wurde der Transport von Verletzten ins Spital oft durch die Polizei verhindert, so dass viele Menschen an der Grenze verstarben. Aktuell ist der Durchgang ins Spital erlaubt. Was morgen sein wird, weiß niemand, alles kann sich von einem Tag auf den anderen ändern. Die Bevölkerung im türkisch-syrischen Grenzgebiet ist ein Spielball von Regierungen. Das Leben der Menschen wird zur Wahrung der politischen Regierungsinteressen aufs Spiel gesetzt.

Neben dem Krankenhaus steht ein weiteres Gebäude. Aktuell leben hier 6 Familien. Sie alle sind ehemalige Geiseln des IS in Kobane. Frauen und Kinder wurden im Verlauf freigelassen, so dass sie nun hier Zuflucht gefunden haben und um die Männer in ihrem Familien- und Freundeskreis bangen. Überhaupt herrscht ein Bangen, wohin man schaut. Viele berichten über Abschiedsbriefe, die sie Zuhause vorgefunden haben: Kinder, Enkel, Freund*innen, Greise, Eltern: Sie alle entschieden sich, sich dem Kampf gegen den IS anzuschließen und in den Krieg zu ziehen. Die Hinterbliebenen zittern Tag und Nacht vor Angst, wenn sie auch Stolz empfinden. Jede noch so kleine Meldung wird verfolgt, jede noch so winzige Information weitererzählt. Jederzeit könnte es sein, dass jemand, der einem nahesteht, gerade gestorben ist. Die Flüchtlinge in Kobane erwarten eine ungewisse Zukunft. Sie alle fragen sich: Steht mein Haus noch? Kann ich jemals zurück nach Kobane? Werden meine Kinder je wieder zur Schule gehen können? Jedes Flugzeug, das über Kobane fliegt und Bomben auf den IS abfeuert, macht Hoffnung. Jede Waffe, die nach Kobane gelangt, macht Hoffnung. Doch jede Auseinandersetzung zwischen YPJ/YPG und dem IS macht Angst: Ist jemand von uns gestorben? In Suruc gibt es keine Musik, keinen Tanz, keine Feste, wie es sie sonst hier tagtäglich geben würde. Die Augen der Menschen hier wirken leer: Sie zeigen weder Hoffnung, noch Hoffnungslosigkeit. Vielmehr scheinen sie noch nicht zu begreifen, was geschieht. Es ist noch kein Raum dafür, entsetzt zu sein über das, was passiert. Trotzdem herrscht eine vertraute und fürsorgliche Atmosphäre: Jeder kümmert sich um jeden. Alle sind mit allen befreundet, ohne Alters-, Sprach- oder soziale Grenzen. Man sieht 70-jährige Frauen in traditioneller Kleidung nachts mit 20-jährigen dreadlockstragenden Student*innen aus Istanbul bis in die Morgenstunden beisammensitzen, diskutieren, politisch debattieren. Die Dörfer, die direkt ins Grenzgebiet fallen, sind geleert. Auch ihre Einwohner*innen sind nun Flüchtlinge. Überall an der Grenze fin-

den öffentliche Volksküchen statt, organisiert durch die BDP (kurdische Partei für Frieden und Demokratie). Morgens, mittags und abends werden hier Mahlzeiten gekocht. Alle helfen freiwillig mit. Mindestens 3800 Personen essen pro Tag an einer einzigen Volksküche. Die Küchen bilden einen Haupttreff- und austauschpunkt.

Das Dorf Mahser liegt direkt gegenüber Kobane in nur ca. 300-400 m Entfernung. Da die Region eine Ebene ist, haben wir von hier einen Überblick über ganz Kobane. Tag für Tag sammeln sich am Dorfrand jeweils 500 Beobachter*innen, die aus freiwilligen und solidarischen Personen bestehen – aus Dorfeinwohner*innen, aus Journalist*innen, aus politischen Aktivist*innen. Die Besetzung der Beobachter*innen fluktuiert ständig und setzt sich spontan auf freiwilliger Basis zusammen. Ihre Funktion ist es einerseits, zu beobachten, was in Kobane aktuell geschieht, um die Informationen weiterzutragen. Andererseits entsteht dadurch aber auch ein Kontrollmechanismus: Sollte die türkische Regierung dem IS helfen, so bleibt dies hier nicht unbemerkt. Es gibt keinen weiteren Zugang von der Türkei nach Kobane als über diese Grenze, so dass nichts, was hier geschieht, unbeobachtet bliebe. Auch das türkische Militär hält Stellung auf zwei Hügeln links und rechts der Grenze. Auch sie beobachten. Kobane selbst liegt in Schutt und Asche. Die ganze Stadt ist ein Trümmerhaufen. Hie und da ragen vereinzelte Gebäude gen Himmel. Ein fünf- bis sechsstöckiges Gebäude fällt besonders auf: auf dem Dach flattert eine IS-Flagge. Tag und Nacht hören wir Kanonenkugeln, sehen wir Bomben hochgehen und Feuer entzünden, hören wir Schüsse. Es herrscht Krieg.

Bisher sind noch keine Peshmerga nach Kobane gelangt, nachdem die türkische Regierung kommuniziert hat, einen Konvoi nach Kobane zu schicken. Wären sie hier, hätten wir sie unweigerlich gesehen. Es wurden zwar Videos vom Konvoi veröffentlicht, wie er mit Panzern und Flaggen unterwegs ist – neuesten Informationen zufolge handelt es sich aber um Aufnahmen, die an einem Ausbildungsort der Peshmerga aufgenommen wurden. Ob sie tatsächlich noch kommen werden? Das wird sich zeigen. Fakt ist: Die Menschen hier wünschen sich eigentlich gar keine Hilfe durch die Peshmerga. Sie sagen: "Wir können uns selber helfen. Wir haben unsere Guerilla-Kämpfer*innen, unsere Verteidigungsstrategien. Was wir jedoch brauchen, ist militärische und medizinische Hilfe, insbesondere aber offene Grenzen, so dass ein Import dieser Dinge möglich ist. Nur so kann Kobane weiterkämpfen". Aktuell ist Kobane isoliert. Unter diesen Umständen dem Krieg entgegenzutreten, ist praktisch aussichtslos. Der Konvoi der Peshmerga ist zudem für Kobane auch eine Gefahr: mit ihm könnten gefährliche Personen nach Kobane gelangen, die beispielsweise im Auftrag des IS, der türkischen oder der US-Regierung tätig sind. Man hat sich daher entschieden, die Hilfe des Konvois zwar anzunehmen, sollte er hier eintreffen, aber nur in einem begrenzten Umfang. Es soll nur eine begrenzte Anzahl an Peshmerga-Kämpfer*innen hinein nach Kobane gelassen werden. Zudem werden Passkontrollen aller Peshmerga durchgeführt werden.

(aus: Gai Dao, Nr. 47, November 2014)

Ein Interview mit der «Revolutionären Anarchistischen Aktion» über Kobane

27 Ekim 2014

Seit nunmehr zwei Jahren wurden Grundzüge einer soziale Revolution maßgeblich in Rojava, dem Westen Kurdistans, gestaltet. Mit diesem Wissen ist es schwer zu ignorieren, dass die Angriffe gegen Kobane im Sinne des türkischen Staates und des globalen Kapitalismus sind. Abdülmelik Yalcin und Merve Dilber von der Revolutionären Anarchistischen Aktion befinden sich aus Solidarität zu den Menschen in der Region, seit dem Aufleben des Widerstands gegen Versuche, die Revolution zu torpedieren, in der Region Suruc, an der Grenze zu Kobane. Wir haben sie zu dem Widerstand in Kobane und der Revolution in Rojava interviewt.

Seitdem sich der Widerstand in Kobane gebildet hat, habt ihr viele Demonstrationen organisiert und Flyer sowie Poster verteilt. Ihr habt auch bei der Menschenkettenaktion zur Grenzbewachung mitgemacht, die in den Dörfern in Suruc, Nahe der Grenze zu Kobane organisiert wurde. Was waren eure Beweggründe dort hin zu gehen? Und könnt ihr uns sagen, was ihr dort erlebt habt?

M.D.: Durch die revolutionären Bestrebungen in Rojava begann sich die Grenze, die das türkische vom syrischen Territorium in Kurdistan trennt, allmählich aufzulösen. Der türkische Staat hat sogar versucht, eine Mauer zu bauen, um diesen Effekt der Revolution zu zerstören. Inmitten von einem Krieg, der zu Gunsten des globalen Kapitalismus und einiger Staaten in der Region geführt wurde, hat die kurdische Bevölkerung in Syrien einen Schritt in Richtung sozialer Revolution getätigt. Dank diesem einen, ersten Schritt hat sich eine reale Front gebildet, die für die Freiheit der Menschen eintritt und in Kobane unter heftigsten Beschuss von ISIS, dem gewaltbereiten Mob und Produkt des globalen Kapitalismus, geriet. Für uns als revolutionäre Anarchisten, war es nach einer Betrachtung der Situation in Kobane und Rojava unmöglich sich nicht direkt zu involvieren. Auch wenn die Grenzen zwischen Staaten aufgehoben sind, ist es besonders wichtig sich mit den Menschen in Kobane zu solidarisieren. Wir sind zurzeit im 15. Monat der Revolution in Rojava. In diesen 15 Monaten haben wir gemeinsam Demonstrationen, Flugblatt- sowie Plakatieraktionen organisiert. Während der letzten Angriffswelle gegen die Revolution in Kobane haben wir auch eine Menge Protest in die Straße gebracht durch Demonstrationen, Flugblätter und Plakate. Wir wollten aber auch an die Grenze zu Kobane selbst, um den kurdischen Menschen vor Ort unsere Solidarität zu übermitteln, die für die Freiheit gegen den ISIS Mob kämpfen. In der Nacht des 24. Septembers sind wir von Istanbul in Richtung der Grenze bei Kobane aufgebrochen. Dort haben wir unsere Genoss*innen getroffen, die schon ein wenig früher dort eingetroffen sind, und gemeinsam begannen wir mit der Menschenkette zur Grenzbewachung im Dorf Boydê, das westlich von Kobane liegt. Vor Ort waren hunderte Freiwillige wie wir, die aus verschiedenen Teilen Anatoliens und Mesopotamiens kamen und an der Grenzlinie durch Dörfer wie Boydê, Bethê, Etmankê and Dewşan eine 25 km lange Menschenketten gebildet haben. Eines der Ziele der Menschenkette war es, die Unterstützung des türkischen Staates für ISIS, die allen bekannt ist, in Form von Unterstützern, Waffen und Logistik zum Erliegen zu bringen. Trotz des Kriegszustandes hat sich das Leben in den Grenzdörfern in ein gemeinsames kommunales Leben transformiert. Ein weiteres Ziel der Grenzbewachung war es, solidarisch einzugreifen für die Menschen aus Kobane, die wegen den Angriffen auf Kobane geflüchtet sind, die an der Grenze für Wochen warten mussten und die sogar unter Attacken der türkischen Militärpolizei (jandarma) leiden mussten. In den ersten Tagen der Grenzbewachungsaktion haben wir die Drahtzäune durchtrennt und sind mit einigen anderen aus Istanbul nach Kobane gegangen.

Könnt ihr uns bitte erzählen was passiert ist, nachdem ihr die Grenze nach Kobane übertreten habt?

A.Y.: Ab dem Moment der Grenzübertretung wurden wir mit viel Enthusiasmus empfangen. In den Grenzdörfern von Kobane, waren alle in den Straßen, ob jung oder alt. YPG und YPJ Guerillas schossen aus Respekt für unsere Zerstörung der Grenze in die Luft. Wir sammelten uns in den Straßen von Kobane und unterhielten uns mit Menschen aus Kobane und den YPG/YPJ Guerillas, die die Revolution verteidigen. Es ist sehr wichtig, dass die Grenzen, die zwischen Menschen vom Staat errichtet wurden, genau so eingerissenen werden. Diese Aktion, die inmitten von Krieg durchgeführt wurde, zeigt wieder einmal, dass Aufstände und Revolutionen nicht von Staatsgrenzen aufgehalten werden können.

Es gab viel mediale Aufmerksamkeit für die Menschen, die an der Menschenkette zur Grenzbewachung teilgenommen haben und dass die Landbevölkerung an der Grenze von Einheiten der Polizei und Militärpolizei attackiert wurden. Was will der türkische Staat mit diesen Einschüchterungsversuchen an der Grenze erreichen? Was meint ihr dazu?

A.Y.: Es ist wahr, dass der türkische Staat die Prämisse hat, jede Person anzugreifen, die bei der Grenzüberwachung mitgemacht hat, in den Grenzdörfern wohnt oder versucht von Kobane aus über die Grenze zu gelangen. Manchmal passieren diese Übergriffe regelmäßig und manchmal dauern sie Tage an. Natürlich ist jeder Angriff offiziell gerechtfertigt, es gibt aber auch andere Gründe. Wir haben beobachtet, dass während fast jeden Angriff, der von der Militärpolizei ausging, beladene Lkws über die Grenze gefahren sind. Wir sind nicht sicher, was genau an ISIS geliefert wird. Je nach Schwere der Angriffe auf uns, wurde uns klar, dass manchmal Menschen über die Grenze gelassen wurden, um sich ISIS anzuschließen, manchmal wurden Waffen geliefert und andere Male waren es alltägliche Gebrauchsgüter. Diese Lieferungen wurden zum Teil von Fahrzeugen mit offiziellen Kennzeichen durchgeführt, zum Teil aber auch von Gangs, die staatlich finanzierten Schmuggel durchführen. Zudem bemächtigten sich die Gangs auch an dem Eigentum der Menschen aus Kobane, die an der Grenze warten. Wohingegen die Militärpolizei die Menschen nur mit einer Gebühr von 30% die Grenze passieren lässt. Die Maßnahmen der Polizei gegen die Bevölkerung sind seit Jahren dieselben, durch den Krieg sind diese nur viel sichtbarer geworden. Die Attacken an der Grenze sollen die Menschen der Grenzbeobachtungsaktionen und der Grenzdörfern einschüchtern.

Obwohl der türkische Staat dies bestreitet, war es mehr oder weniger klar, dass er ISIS unterstützt. Ihr sagt, dass jetzt sogar die Menschen, die die Grenze überqueren um sich ISIS anzuschließen, dies in aller Öffentlichkeit tun. Also ist in der Region die Unterstützung des türkischen Staates für ISIS nicht versteckt. Wie stärkt dies eure Arbeit an der Grenze?

M.D.: Der türkische Staat hat wiederholt seine Unterstützung für ISIS geleugnet. Ironischerweise wurde aber jedes Mal, wenn dies getan wurde, eine neue Lieferung an der Grenze organisiert. Viele dieser Lieferungen waren groß genug, um sie einfach zu beobachten. Zum Beispiel wurden von verschiedenen Fahrzeugen „Hilfspakete“ an die Grenze gebracht. Wir wurden Zeugen davon, dass Dutzende von „Service Fahrzeugen“ mit schwarz getönten Scheiben die Grenze passierten. Niemand fragt sich wirklich, was sich in diesen Fahrzeugen wirklich befindet. Wir alle wissen, dass die Bedürfnisse ISIS auf diesem Weg befriedigt werden.

*Würdet ihr bitte erklären, warum es eine historische und gegenwärtige Wichtigkeit für revolutionäre Anarchist*innen hat, sich mit dem Widerstand in Kobane und der Revolution in Rojava auseinanderzusetzen, besonders in Zeiten wie diesen?*

A.Y.: Der Widerstand in Kobane und die Revolution in Rojava sollten nicht isoliert von der langen Geschichte des kurdischen Freiheitskampfes betrachtet werden. In dem Land, in dem wir leben, wurde der Kampf der kurdischen Bevölkerung für Freiheit, das „Kurden Problem“ genannt. Jahrelang wurde es fälschlicherweise als Problem dargestellt, dass durch die Menschen und nicht durch den Staat genährt wird. Wir sagen es noch einmal: Dies ist der Kampf der kurdischen Bevölkerung für Freiheit. Das einzige Problem, das sich auftut ist der Staat. Die Kurd*innen führen seit Jahren einen Existenzkampf gegen die Vernichtungs- und Verleumdungspolitik des türkischen Staates und gegen andere politische Mächte in diesen Gebieten, seit hunderten von Jahren. Dieser Kampf wird gegen den Staat und den Kapitalismus mit der organisierten Kraft der Menschen geführt. In dem Slogan „Die PKK sind die Menschen, die Menschen sind hier“ wird klar, wer der politische Akteur ist, der sich in jeder einzelnen individuellen Person manifestiert und der die organisierte Macht darstellt. Seitdem wir verstärkt unsere Aufmerksamkeit auf den Kampf legen, ist unsere Beziehung, in verschiedenen Kontexten, mit kurdischen Individuen, der Gesellschaft und der Organisation, durch gegenseitige Solidarität gekennzeichnet. Diese Beziehung basiert auf der Perspektive des Freiheitskampfes der Menschen. In den Kämpfen der Menschen für Freiheit waren anarchistische Bewegungen immer Katalysatoren. In einem Zeitalter, wo der Sozialismus nicht aus Europa hinauskommen konnte, in dem es keine Theorien gab die «Das Recht von Nationen sich ihres eigenen Schicksals selbst zu bemächtigen» hießen, haben anarchistische Bewegungen verschiedene Formen des Freiheitskampfes an verschiedenen Orten der Welt angenommen. Um dies zu verstehen, reicht es, sich den Einfluss des Anarchismus auf die Bandbreite der Kämpfe von Indonesien bis Mexiko anzuschauen. Weder die Revolution in Rojava, noch der Kampf der Zapatistas in Chiapas entsprechen einem klassischen Bild eines nationalen Freiheitskampfes. Die Nation als politischer Ausdruck beinhaltet den Staat per Definition. Deshalb ist es wichtig, den Kampf der Menschen für eine staatenlose Selbstorganisation fern zu halten von dem Konzept der Nation. Unser Ansatz möchte nicht den Widerstand in Kobane mit irgendwelchen anderen historischen Situationen vergleichen oder gleich setzen, wie das andere tun. Heutzutage werden verschiedene historische Perioden benannt und diese mit dem Widerstand in Kobane verglichen. Es muss aber klar sein, dass der Widerstand in Kobane der Widerstand in Kobane ist und die Revolution in Rojava die Revolution in Rojava. Falls jemand die Revolution in Rojava vergleichen möchte, welche die Grundlage für die soziale Revolution gelegt hat, sollte die real existierende soziale Revolution auf der iberischen Halbinsel untersuchen.

Obwohl der Widerstand in Kobane außerhalb der Grenzen des türkischen Staates stattfindet, werden Solidaritätskundgebungen in jedem Winkel der Erde abgehalten. Was ist eure Beurteilung der Effekte, die der Widerstand in Kobane- bzw. eher der Revolution in Rojava – auf Anatolien, aber auch auf den mittleren Osten und global haben wird?

M.D.: Die Rufe nach „serhildan“ (dem kurdischen Wort für Aufstand) wurden in Anatolien beantwortet, besonders in den Städten Kurdistans. Seit der ersten Nacht (in der demonstriert wurde) begrüßen die Menschen in den Straßen den Widerstand in Kobane und die Revolution in Rojava gegen die ISIS Truppen und deren Unterstützer, den türkischen Staat. Besonders in den Städten Kurdistans, wurde der serhildan der Menschen vom Staat mit seinen eigenen Polizeieinheiten und Paramilitärs angegriffen. Der Staat mit seinen Hizbulkontra (ein Wortspiel, das die Wörter Hisbollah und Contra-T.N. verbindet) Partnern terrorisierten Kurdistan und töteten 43 unsere Brüder. Diese Massaker bezeugen das Ausmaß der Angst des türkischen Staates vor der Rojava Revolution und die Möglichkeit, dass so eine Revolution auch auf seinem Territorium stattfinden kann. Diese Angriffe aus Verzweiflung, die aus Angst resultieren, stehen beim türkischen Staat und beim globalen Kapitalismus im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der Region des mittleren Ostens. Die soziale Revolution hat es geschafft im mittleren Osten aufzuleben, trotz aller Pläne, Plünderungen und produzierter Gewalt. Diese hat alle Pläne des global agierenden Kapitalismus und der Staaten in der Region durcheinander gebracht. So weit durcheinander gebracht, dass trotz all der Verderbtheit die soziale Revolution in Rojava entstehen konnte. Diese Revolution ist die Antwort auf alle Zweifel, ob eine Revolution in dieser Region und auf globalem Level stattfinden kann. Sie hat die Zuversicht an die Revolution, besonders bei den Menschen in der Region, aber auch auf globaler Ebene gestärkt. Das Ziel aller sozialen Revolutionen in der Geschichte war es, eine radikale soziale Veränderung auf globaler Ebene herbeizuführen. Von diesem Standpunkt aus haben wir anarchistische Gruppen auf der ganzen Welt aufgerufen, in Solidarität zu dem Widerstand in Kobane und der Revolution in Rojava zu handeln. Auf diesen Aufruf haben Anarchist*innen aus verschiedenen Teilen der Welt, von Deutschland, über Athen, Brüssel, Amsterdam, Paris bis hin zu New York mit Demonstrationen geantwortet. Wir grüßen noch einmal alle anarchistischen Organisationen, die unseren Aufruf erhalten haben, daraufhin Demonstration organisiert haben und jene, die mit uns die Menschenkette zur Grenzbewachung durchgeführt haben.

Seit dem ersten Tag des Angriffs von ISIS, haben die Medien, die vom türkischen Staat gelenkt werden, die Nachricht verbreitet, dass Kobane bald fallen wird. Was sie jedoch nach einem Monat einsehen müssen ist: Kobane wird nicht fallen! Kobane ist nicht gefallen und wird dies auch nicht tun. Wir als Zeitung „Meydan“, gratulieren eurer Solidarität mit Kobane. Gibt es irgendetwas, das ihr noch ergänzen wollt?

M.D.: Wir, als revolutionäre Anarchisten, haben den unbeirrten Glauben an die Revolution miterlebt, gelebt und leben ihn immer noch, trotz der kriegerischen Umstände in der Region. Was in Rojava passiert, ist eine soziale Revolution! Diese Revolution, in Folge derer die Grenzen abgeschafft wurden, Staaten machtlos sind und die Pläne des globalen Kapitalismus gestört wurden, wird sich auch in unserer Region verfestigen. Wir rufen jedes unterdrückte Individuum auf, die Perspektive der Unterdrückung anzunehmen. Mit dieser Wahrnehmung laden wir sie zudem ein, den organisierten Kampf für die soziale Revolution zu unterstützen. Dies ist der einzige Weg wie die in Rojava gesäten Samen gedüngt werden können und sich die soziale Revolution weiter ausbreiten kann. Lang Lebe der Widerstand in Kobane! Lang Lebe die Revolution in Rojava!

(aus: Gai Dao, Nr. 48, Dezember 2014)

Die verkannte Revolution Der Weg zu einer rätedemokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft

Von: Karakök Autonome

Über Rojava hört man in Mitteleuropa kaum etwas – zu Unrecht, handelt es sich doch um eine der bedeutendsten Revolutionen der Gegenwart. Eine Insel, mitten im Gebiet politischer Konflikte: Eine zentralistische Regierung gibt es nicht. Alle Entscheidungen werden basisdemokratisch und selbstbestimmt durch Volksräte gefällt. In diesen wird die Organisierung von Kliniken, Schulen, oder Bäckereien gestaltet. Alle in der Region lebenden Menschen, unabhängig von Ethnie, Religion oder Sprache, sind in den Räten vertreten. Es besteht eine Frauenquote von 40% in allen Verwaltungen. Rojava ist auch eine Geschlechterrevolution. Nebst der Emanzipation von Frauen steht eine Emanzipation aller Geschlechter im Vordergrund: von Lesben, Schwulen und Transsexuellen. Dies ist nicht nur für den Mittleren Osten herausragend. Rojava, das ist ein sicherer Hafen für verfolgte Minderheiten, für Ethnien wie Araber*innen, Armenier*innen, Assyrer*innen, Alevit*innen, Yezid*innen oder christliche Gemeinschaften. Nebst der Frauenquote gibt es Quoten aller Ethnien und Religionen, um eine Mitbestimmung aller Diversitäten zu gewährleisten. Hier leben Menschen unterschiedlichster Couleur nicht nur nebeneinander, sondern miteinander.

Abschaffung hierarchischer Strukturen

Rojava (zu Deutsch „der Westen“) wurde im November 2013 durch die kurdische „Partei der Demokratischen Union“ (PYD, eine Schwesternpartei der PKK) und die christliche „Suryoye Einheitspartei“ als unabhängig proklamiert. Die Region bildet den Westen des kurdischen Siedlungsgebietes, besteht aus den Kantonen Efrîn, Cizîrê und Kobanê und umfasst eine Bevölkerung von 2.5 Millionen Menschen. Sie befindet sich im Norden und Nordosten Syriens und grenzt somit an die Türkei, den Irak und Iran. Hintergrund ist die historisch tief verankerte Unterdrückung der Kurd*innen. Während der Lausanner Konferenz (1922-1923) wurde das kurdische Siedlungsgebiet als Folge des Ersten Weltkrieges zwischen verschiedenen Staaten aufgeteilt, wobei Erdölinteressen eine wesentliche Rolle spielten. Dies, obwohl der kurdischen Bevölkerung zuvor ein eigenes Siedlungsgebiet versprochen worden war. Seither erstreckt sich das Siedlungsgebiet über vier Staaten: Türkei, Iran, Irak und Syrien. In Syrien ist die kurdische Sprache seit 1958 verboten. 1961 gab es eine Ausbürgerungskampagne, wodurch 200'000 Kurd*innen papierlos wurden. 1965 wurde ein „Arabischer Gürtel“ geschaffen und 140'000 Kurd*innen von Grenzregionen in südliche Wüstenregionen deportiert.

Im Rahmen des syrischen Bürgerkrieges wurden 2012 die „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) gegründet. Die ihr analoge YPJ („Frauenverteidigungseinheiten“) ist eine reine Fraueneinheit. Die YPG und YPJ verfolgen keine politische Linie, sondern bestehen lediglich zum Zweck, die regionale Bevölkerung gegen Angriffe zu verteidigen, beispielsweise gegenüber der syrischen Armee oder aktuell dem IS. Nicht nur Kurd*innen kämpfen in ihren Reihen - je nach Region überwiegen Assyrer*innen (syrische Christ_innen) oder Araber*innen, in manchen Regionen überwiegen Frauen. YPG und YPJ sehen sich nicht als Verteidiger der kurdischen Bevölkerung, sondern aller unterdrückten und verfolgten Ethnien in der Region. Als der IS jüngst Yezid*innen angriff, schritten die beiden Einheiten ein, so dass Tausenden von Menschen das Leben gerettet werden konnte.

Während sich die PYD und PKK initial als sozialistische Organisationen verstanden, kam es in den vergangenen Jahren zu einem Wechsel der politischen Ausrichtung. Die Idee des „Demokratischen Konföderalismus“ wurde entwickelt und 2005 als politisches Konzept proklamiert. Ziel ist es demnach, eine nichtstaatliche, demokratisch-ökologische und selbstverwaltete Gesellschaft zu etablieren. Nebst dem Staat sollen alle Hierarchien abgeschafft werden. Dies soll erreicht werden durch lokale, basisdemokratische Strukturen. Die Idee bewegt sich im libertären Spektrum und wurde stark beeinflusst durch Schriften des Öko-Anarchisten Murray Bookchin, aber auch durch Bakunin, Kropotkin und Zerzan. Nach der Einnahme Rojavas wäre es der PYD ein Leichtes gewesen, einen kurdischen Staat mit Vorherrschaft durch die eigene Partei zu gründen. Darauf wurde jedoch verzichtet. Im Gegenteil: Strukturen, die zuvor der PYD unterstanden, wurden an die Bevölkerung übergeben. Zentrale Strukturen wurden dezentralisiert.

„Selbstverwaltung ist Befreiung“

Nach der Gründung Rojavas wurde begonnen, Strukturen für eine kollektive Selbstverwaltung zu schaffen. Entscheidungen werden nun in den Volksversammlungen (Räten) gefällt, die aus der lokalen Bevölkerung bestehen - und somit aus den verschiedensten Ethnien, Religionen, Alters- und Berufsgruppen. Betrachtet man die Volks-

versammlungen von der kleinsten zur größten Ebene, existieren zunächst die lokalen Kommunen, von denen es in jedem Stadtteil mehrere gibt. In den Kommunen wiederum gibt es verschiedene Komitees, so z.B. ein Komitee für Gesundheit, Bildung, Lebensmittel, Benzin, Reinigung, Transport, Ökologie, Technik oder Medien. Nach den Kommunen kommen auf nächst höherer Ebene die lokalen Versammlungen, dann die Städteversammlungen und schließlich die Regionsversammlungen. Jede Versammlung besteht aus Vorsitzenden der jeweils kleineren Versammlungseinheit. Die Vorsitzenden sind allerdings nicht alleine entscheidungsmächtig, sondern lediglich Delegierte der im Kollektiv getroffenen Entscheidungen. Die Besetzung dieses Amtes ist nicht fix, sondern rotiert ständig. Entscheidungen werden auf der jeweils kleinstmöglichen Ebene gefällt. Ist dies nicht möglich, erfolgt eine Delegation an die nächsthöhere Instanz.

In den Räten sind nebst parteilosen Individuen auch alle Parteien vertreten. Allerdings sind es nicht die Parteien, welche die Versammlungen verwalten, sondern die Tev-Dem („Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft in Westkurdistan“). Hierbei handelt es sich um eine übergeordnete Koordinationsstruktur. Auch hier partizipieren alle Bewohner*innen der Region und Mitglieder der Kommunen. Die Tev-Dem beinhaltet zwar Parteien als Mitglieder, wie z.B. die PYD oder Frauen- und Jugendorganisationen. Sie agiert jedoch autonom anhand der Entscheidungen, die ihre Mitglieder fällen. Dies kann der Linie der Parteien widersprechen. Vor Errichtung von Rojava, während des Baath-Regimes, war die Region vernachlässigt. Es fehlte an Strukturen um die grundlegendsten Bedürfnisse zu erfüllen. Nun gibt es ein funktionierendes Müllabfuhrsystem. Es besteht eine kostenlose Gesundheitsversorgung. Der Aufbau einer Universität ist in Planung. Aufgrund der Autonomie und Selbstverwaltung von kleinen bis hin zu größeren Strukturen wäre jede Region imstande weiterzubestehen, auch ohne die anderen Regionen. „Eine Gesellschaft, die sich selbst verwalten kann, ist eine befreite Gesellschaft“, so Asya Abdulah, Vorsitzende der PYD.

Alternativen anstelle von Verboten

Die ökonomischen Strukturen bestehen größtenteils aus Kooperativen. Ein kapitalistisches Wirtschaftssystem wird abgelehnt. Ziel ist eine Ökonomie, die sich an lokalen Bedürfnissen anstelle von Gewinnen orientiert. Privateigentum wurde nicht verboten, da dies als Widerspruch zu den basisdemokratischen Strukturen verstanden wird. Verbote würden Zentralisierung und Machtmonopol bedeuten. De facto käme dies einer staatlichen Gesellschaftsstruktur gleich. Zusätzlich will man aus historischen Fehlern lernen und lehnt es ab, mittels Verboten und Repression eine egalitäre Gesellschaft zu versuchen durchzusetzen, wie dies in sozialistischen Regimes der Fall war. Stattdessen wird versucht, alternative Strukturen zu stärken, und ein Bewusstsein von Kollektivität und Solidarität zu schaffen, in welchem Eigentum nicht mehr anstrebenswert ist. Ein Teil dieser Strategie ist die Gründung und Stärkung von Kooperativen. In der Region des Mittleren Ostens ist Feudalherrschaft stark verankert. Grundbesitzer lassen landlose Arbeiter*innen für sich arbeiten. In Rojava gibt es nur noch vereinzelt solche Strukturen. Eine weitere Strategie besteht darin, dass es zwar durchaus Miet- und Arbeitsverhältnisse gibt, die Mietzinse und Löhne aber durch die lokalen Kommunen festgelegt werden, in welchen die jeweilige Arbeitgeberstätte bzw. das Mietgebäude angesiedelt sind. Genauso, wie alle anderen Angelegenheiten des Alltags in den Kommunen entschieden werden, wird auch diesbezüglich der Entscheid im Kollektiv gefällt. Arbeitnehmer und Hauseigentümer tragen daher keine alleinige Entscheidungsmacht. Ein weiteres Ziel ist es, die Umwelt so wenig wie nur möglich zu belasten. Agraringenieur*innen in den Kommunen untersuchen daher die Voraussetzungen für den Anbau von Gemüse und Obst.

Umwälzung des Bildungssystems

Umgewälzt wurden auch die Schulen und Hochschulen in Rojava. Durch Bildung wird versucht, konservative, religiöse und separatistische Dogmen zunehmend zu überwinden. Anstelle eines paternalistischen Erziehungssystems wird eine gleichgestellte Beziehung zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen angestrebt. Vor der Befreiung Rojavas wurde eine einzige Sprache gelehrt, eine einzige Flagge akzeptiert. Assyrische, kurdische und arabische Kinder besuchten unterschiedliche Schulen. Mittlerweile ist der Unterricht gemischt. Es werden mehrere Sprachen gelehrt. So werden Sprachen gefördert, die vom Aussterben bedroht sind, wie z.B. Aramäisch. Neben den regulären Fächern werden auch „Soziologie“ und „Jineoloji“ gelehrt. Bei letzterer handelt es sich um einen feministischen Wissenschaftsansatz, in welchem dem patriarchalen Selbstverständnis von Wissenschaft eine feministische Alternative entgegengestellt wird.

Tatsächlich handelt es sich bei der Revolution in Rojava vor allen Dingen um eine Revolution der Frauen. Wie immens der erreichte Sinneswandel ist, wird noch offensichtlicher, wenn man sie in Relation zur zuvor herrschenden patriarchalen Realität setzt. Frauen, die ohne männliche Begleitung (und sei es der 5-jährige Sohn) keinen Fuß vor die Türe setzen können. Frauen, die nicht im gleichen Raum wie Männer essen dürfen, weil es als obszön gilt, wenn Frauen den Mund öffnen. Frauen, die sogar zur Wahrung der „Familienehre“ getötet werden,

wenn sie vergewaltigt werden, da sie dann nicht als Opfer, sondern als „beschmutzt“ gelten. Heutzutage ist es in Rojava, aber auch in anderen Regionen, in denen die kurdische Bewegung präsent ist, gang und gäbe, dass Frauen sich engagieren und mitbestimmen. Auch außerhalb Syriens, beispielsweise in der Türkei, sind Frauen Bürgermeister*innen, unter ihnen lesbische Frauen und Transfrauen.

Eine Revolution der Frauen

In allen drei Kantonen gibt es Frauenakademien. „Solange sich die Frauen nicht selbst befreien, kann keine Revolution Bestand haben“, so die Besucher*in einer Akademie. Teilnehmer*innen sind Frauen jeglichen Alters, manche Analphabetinnen, andere Akademikerinnen, wieder andere haben zuvor in den Reihen der YPJ-Guerilla gekämpft. Während es an klassischen Akademien Lehrer*innen und Schüler*innen gibt, wurden diese Verhältnisse hier über Bord geworfen. Jede Frau ist gleichzeitig Lehrerin und Schülerin. Jede teilt ihr Wissen, ihre Erfahrungen, und lernt gleichzeitig von den Anderen. Zusammen ausgearbeitet wird beispielsweise die Geschichte der Menschheit bis zur kapitalistischen Moderne. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Einfluss des Patriarchats auf alle Herrschaftsbeziehungen, wie beispielsweise Nationalismus. Eine Frau erzählt, wie die Revolution den Alltag der Frauen verändert hat. Mittlerweile seien die Häuser leer, die Frauen auf der Straße. Auch Jugendliche und ältere Menschen, deren Leben sich zuvor größtenteils zuhause abspielte, sind draußen, organisieren sich, sind Teil der Revolution, die draußen belebt wird. Die Struktur der traditionellen Familie hat sich gewandelt in kommunale Strukturen. Es gibt diverse Jugendorganisationen, die sich unabhängig organisieren, z.B. die „Bewegung junger Frauen“, die „Liberale Jugend“, die „Konföderation der Schüler*innen“, die „PYD-Jugend“. Sie alle nehmen teil an den Volksräten und bestimmen mit. Auf der Straße und in den Schulen organisieren sie sich, bilden eigene Komitees zu Themen wie Medien, Kultur oder Kunst. Im Interview sprechen die Jugendlichen darüber, dass sie nebst der gesellschaftlichen eine geistige Revolution wollen, „so wie die 68-er Bewegung“. Die „Bewegung junger Frauen“ kritisiert, dass bisher in der Volksversammlung keine Jugendquote eingeführt worden ist und möchte sich dafür einsetzen.

Angriff von allen Seiten

Die Bevölkerung in Rojava hat sich entschieden, einen dritten Weg zu gehen, anstatt Partei zu ergreifen auf Seite staatlicher Regime oder islamistischer Kräfte. Das schafft aber auch viele Feinde. Nebst der Schwierigkeit, selbstverwaltete Strukturen aufzubauen, sieht sich die Bevölkerung mit Angriffen von außen konfrontiert: vom Assad-Regime, dessen Gegner*innen oder die Türkei. Dem IS ist Rojava ebenfalls ein Dorn im Auge. Nebst direkten Angriffen werden Mafia und Drogenbanden gespeist, um Rojava zu schwächen. Die Spuren dieser Angriffe sind überall. Auf den Straßen prangen zerbombte Häuser. Die Wände in den Schulen sind durch Schüsse zerlöchert, Kirchen von Armenier*innen und Assyrier*innen liegen nach Angriffen durch den IS in Trümmern. Lehrer*innen werden angegriffen, Kinder entführt. Strukturen zum Schutz vor Angriffen sind da unabdingbar. Rund um die Uhr wird Wache gehalten, auch an den Schulen und Frauenakademien.

Im Rahmen der aktuellen Konflikte in der Region sind Millionen von Menschen geflüchtet – viele davon nach Rojava. Jedoch kontrollieren sowohl umgebende Regierungen, als auch der IS die Grenzen und verhindern Import wie Export. Es fehlt an Lebensmitteln, Medikamenten, medizinischer Versorgung, Unterkünften. Die Stromversorgung wurde durch die ISIS gekappt, die Wasserversorgung ist zusammengebrochen. Grenzdörfer werden durch den IS angegriffen. Hunderte von Menschen sind bereits ums Leben gekommen. Zusätzlich leiden die Menschen Hunger, sind obdachlos oder sterben durch Krankheiten. Epidemien wie Tuberkulose oder Hepatitis B greifen um sich. Rojava ist als autonomes, basisdemokratisches Projekt akut bedroht und damit alle Menschen, die hier Zuflucht gefunden haben. Rojava ist einzigartig auf der Welt. Es ist ein politisches Konzept, welches Hoffnung macht und weitere, ähnliche Strukturen hervorbringen kann. Es benötigt dringend unsere Solidarität.

*Inhaltliche Quellen: Texte Ibrahim Okcuoglus, das Kurdische Forschungszentrum sowie persönliche Interviews und Recherchen.
Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel wurde zuerst in der Zeitung „Vorwärts“ veröffentlicht.*

(aus: Gai Dao, Nr. 50, Februar 2015)

Statement der Anarchistischen Föderation (Britain) zu Rojava

Von: *Anarchist Federation (Britain)*; Übersetzung: BS

Das folgende Statement bezieht sich auf die Situation der Devrimci Anarşist Faaliyet (DAF), (Revolutionären Anarchistischen Aktion), die an der türkisch-syrischen Grenze am Widerstand gegen den IS beteiligt ist. Falls dieser Kampf verloren ginge, würde die Repression und Tyrannei, der die Arbeiter*innen in den Städten und auf dem Land jetzt schon ausgesetzt sind, weitaus größer werden. Klassenbewusstsein und Klassenkampf müssen bei anarchistischen Erwidern in diesem Kampf an vorderster Stelle stehen. Die Anarchist*innen am Boden kämpfen in einer schwierigen Situation, nicht zuletzt, da die staatlichen Kräfte Syriens, der Türkei, dem Irak, dem Iran und den USA auch behaupten den IS zu bekämpfen. Wir bieten weiterhin unsere praktische Solidarität durch die Internationale der Anarchistischen Föderationen (IFA/IAF). Wir bieten außerdem unsere eigene Bewertung der Situation.

Die Anarchistische Föderation ist sich der Unterstützung der „Rojava-Revolution“, vieler Anarchist*innen, inklusive derer, die sich als Anarcho-Kommunist*innen, Anarcho-Syndikalist*innen und Klassenkampf-Anarchist*innen bezeichnen, nur zu bewusst. Das beinhaltet die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) als eine Partei zu loben, die sich irgendwie von einer autoritären nationalistischen Partei in einen fast anarchistischen Katalysator der sozialen Revolution in der Region verwandelt hat, sowie die Situation in Rojava mit der revolutionären Situation in Spanien 1936 zu vergleichen (David Graeber und auch Derek Wall vom linken Flügel der Grünen GB).

Diejenigen, die an ihren Prinzipien festhalten und einen klaren Kopf behalten wollen, müssen sich die Fakten anschauen. Die PKK übernahm bei der Gründung eine links-nationalistische Haltung. Diese Ausrichtung nach links war sehr stalinistisch geprägt. Im Jahr 1984 startete dann ein bewaffneter Kampf gegen den türkischen Staat. Mit der Gefangennahme ihres Führers, Abdullah Ocalan, durch den türkischen Staat, begann eine neue Entwicklungsphase der PKK. Wie auch andere Führungspersonen von Parteien gleicher Art, wurde und wird Ocalan als charismatische Figur gesehen, der die Führungsriege und die Basis gehorchen. Ocalan wird als „die Sonne“ beschrieben, um die sich die verschiedenen politischen und militärischen Organisationen drehen. An dieser Situation hat sich mit seiner anscheinenden Übernahme von Bookchins Konföderalismus nichts geändert. Ocalan hat sich bewusst an Stalin orientiert, hin zu seinem Personenkult. Mit dem Kollaps der Sowjetunion und seiner Satellitenstaaten fingen Ocalan und die PKK an einzulenken und ihre Positionen zu verändern, da es ihnen nicht mehr möglich war auf einen diskreditierten Staatskapitalismus zu schauen.

Als die militärischen Einheiten der PKK über die Grenze nach Syrien berufen wurden, kamen Probleme mit der kurdischen Landbevölkerung auf. Viele hielten den muslimischen Glauben für unvereinbar mit der linken Ausrichtung der PKK. Dies verleitete Ocalan dazu, über Kurdistan als die „Wiege des internationalen Islam“ zu sprechen. Zur gleichen Zeit ging die PKK eine stillschweigende Allianz mit dem syrischen Assad-Regime ein, einem Gegner des türkischen Staates.

Ocalan beging danach noch einen Kurswechsel und sprach davon der mächtigsten Alliierte der Türkei zu werden und dass der Krieg im Namen von Grenzen und Klassen zu einem Ende gekommen sei. Als dies es verfehlt hat diejenigen zu beeindrucken, die ihn gefangen genommen haben, änderte Ocalan wieder seinen Kurs und empfahl Bookchin zu lesen und dessen Ideen umzusetzen. Dies löste eine intensive Werbekampagne der PKK bei westlichen Linken und Anarchist*innen aus, bei der um Unterstützung und Verbündete geworben wurde.

Neben dem merkwürdigen Umstand, dass sich die PKK nach Dekaden des stalinistischen Nationalismus angeblich über Nacht in eine Art Organisation verwandelt hat, die sich für Bookchins libertäre Gemeindeverwaltung einsetzt, sollte darauf hingewiesen werden, dass dies nicht von der Wurzel der PKK kam, sondern von Ocalan über die PKK-Kommandostruktur nach unten gereicht wurde. Tatsächlich sollte sich daran erinnert werden, dass während Ocalan und die PKK sich als wiedergeborene Libertäre darstellen und sich gegenüber dem Westen als Verfechter der direkten Demokratie und des Säkularismus geben, zur gleichen Zeit die Austragung von Demokratischen Islam Kongressen befürwortet wird um die Islamisten einzubinden und die PKK religiös zu legitimieren. Dies geht ausdrücklich auf Ocalan zurück. In einem Brief an den Demokratischen Islam Kongress, gerichtet an seine „Brüder im Glauben“, schreibt er, dass „wir nicht mit westlichen Konzepten wie Kommunismus und Atheismus definiert werden können“. Weiterhin spricht er positiv über die Islamisierung Kurdistans. So viel zu Säkularismus.

Von einem Strukturwandel in der PKK, von einer extrem zentralisierten Struktur mit Ocalan an der Spitze der Pyramide hin zu einer libertären föderalistischen Organisation, die von den Mitgliedern kontrolliert wird, gibt es keine Belege, dass dies wirklich passiert ist. Der „demokratische Konföderalismus“ der PKK wird von Ocalan beschrieben als „ein System, das die religiösen, ethnischen und Klassenunterschiede in der Gesellschaft mit einbezieht“. Mit anderen Worten, das Klassenverhältnis wird in keiner Weise in Frage gestellt. Die Koma Civakên Kurdistan (KCK) (Union der Gemeinschaften Kurdistans), eine von der PKK gegründete Organisation mit dem

Aufgabe das demokratische Konföderationsprogramm zu implementieren, verteidigt Privateigentum in ihrer Satzung (das Schlüsseldokument in dem zuvor genannten Programm) in Artikel 8 „Private, politische Rechte und Freiheiten. Abschnitt C, Artikel 10, „Grundlegende Pflichten“ definiert die gesetzliche Basis eines verpflichtenden Militärdienstes: „ Im Falle eines legitimen Verteidigungskrieges, als Erfordernis von Patriotismus, gibt es die Pflicht sich aktiv an der Verteidigung der Heimat und der Grundrechte und -pflichten zu beteiligen.

Zafer Onar, ein libertärer Kommunist in der Region merkt an: „Während der Vertrag klar macht, dass politische Machtergreifung nicht beabsichtigt ist, müssen wir auch begreifen, dass die Zerstörung des Staatsapparats auch nicht beabsichtigt ist. Was bedeutet, dass das Ziel Autonomie innerhalb der existierenden Nationalstaaten ist. Wenn man sich den Vertrag in seiner Gesamtheit anschaut, geht die Zielsetzung nicht über ein bourgeoises demokratisches System, hier genannt demokratischer Konföderalismus, hinaus.

Anarchist*innen sollten sich an Gaddafis Grünes Buch erinnern, welches eine viel radikalere Sprache verwendet hat: „Alles was die Massen nun tun müssen ist für ein Ende aller Formen von Diktaturen, die es in auf der Welt gibt, zu kämpfen. Alle, die sich fälschlicherweise Demokratien nennen – von Parlamenten hin zu Sekten, Stämmen, Klassen und den Ein- Zwei- und Mehrparteiensystemen.... Keine Demokratie ohne Volkskongresse und Räte überall. ... Demokratie ist die Steuerung der Menschen durch die Menschen.“ Aber hat irgendjemand wirklich geglaubt, dass dies unter dem repressiven Regime Gaddafis wirklich umgesetzt wird?

Im Zuge des Aufstand gegen das Assad-Regime hat dieses die Kampfhandlungen gegen den syrischen Ableger der PKK, die PYD (Partei der Demokratischen Union), eingestellt, um sich auf die anderen Kämpfe, z.B. gegen die Freie Syrische Armee, zu konzentrieren. Wie ernst sollten wir die Behauptungen über die Rojava Revolution in dem kurdischen Teil von Syrien nehmen?

Wir sollten uns darüber im klaren sein, dass die PYD eine Parlamentsstruktur aufgebaut hat, als Selbstverwaltung, welche sie mit verbündeten Parteien kontrolliert. Im Juli wurde dort ein Wehrdienstgesetz beschlossen, welches alle Familien in der Region zwingt ein Mitglied zwischen 18-30 Jahren zu den Verteidigungstruppen der PYD zu schicken; für ein halbes Jahr, abzuleisten im Ganzen oder in Teilen innerhalb einen Jahres. Eine Nicht-Beachtung des Gesetzes führt zu einer Bestrafung, die ebenfalls festgelegt wurde. Dieses Gesetz wurde beschlossen ohne andere politische Einheiten in Rojava hinzuzuziehen und will ausdrücklich Kurden in bewaffneten Gruppen, die komplett unter der Kontrolle der PYD stehen, organisieren. Zu gleichen Zeit behandelt die PYD andere kurdische politische Formationen mit einem autoritären, totalitären Gehabe, der seinen Rückhalt aus den bewaffneten Einheiten bezieht. Sie marginalisiert sie und verwehrt ihnen die Mitsprache bei Entscheidungen.

Die so genannten kantonalen Versammlungen und Basisorganisationen stehen selbst unter der Kontrolle der PYD und die Selbstverwaltung kann den Beschlüssen dieser Gremien entweder zustimmen oder sie ablehnen. Es gibt keine wirkliche direkte Demokratie, Arbeiter*innen und Bäuer*innen haben keine Kontrolle über diese Organisationen. Außerdem haben sich keine wirklichen Arbeiter- und Bauernmilizen entwickelt. Alle bewaffneten Gruppen stehen unter der Kontrolle der PYD. Darüber hinaus gibt es keine Sozialisierung und Kollektivierung von Land und Arbeitsplätzen, wie es beispielsweise in Spanien 1936 geschehen ist. Die Marketingkampagne der PKK/PYD hat die Situation in Rojava als eine fortschrittliche Revolution dargestellt, aber die Arbeiterklasse und die Bäuer*innen haben keine autonome Organisation. Zwar gibt es in den Räten / Gemeinden / Komitees eine Frauenquote von 40% , aber man kann aus der Außenperspektive heraus erkennen, dass sich die lokalen Strukturen nicht viel von den Gemeinderäten im Westen unterscheiden, indem sie, in Absprache mit dem Zentralstaat und Parlament, lokal den Staat repräsentieren, was diese gleichzeitig stützt. Es gibt tatsächlich einige, welche die " Rojava Revolution" mit Spanien 1936 vergleichen, aber vielleicht wäre es besser sie mit den Bolschewiki 1917 zu vergleichen, die von viele Anarchist*innen, sowohl international als auch innerhalb Russlands zunächst irrtümlich als eine wahrhaft revolutionäre Kraft unterstützt wurden.

Bei den bewaffneten Frauengruppen gibt es, innerhalb der Gruppen, Anzeichen für feministische Einflüsse, aber es ist zu berücksichtigen, dass sie getrennt von männlichen Einheiten agieren und es keine gemischten Einheiten gibt. Gaddafi und Saddam hatten beide Frauenbrigaden, aber das bedeutete nicht, dass es eine Befreiung der Frau in Libyen oder dem Irak gab. Ebenso gibt es Frauenbrigaden im Iran ohne Anzeichen einer Emanzipation von Frauen. Übrigens hat ISIS auch reine Frauenkampftruppen, genannt al- Khansaa und Umm al- Rayan.

Wie Zafer Onat bemerkt: "Zunächst einmal muss uns klar werden, dass der Prozess in Rojava progressive Aspekte hat, wie einem wichtigen Schritt in Richtung Frauenbefreiung, dass versucht wird eine säkulare, soziale Gerechtigkeit befürwortende, pluralistische demokratische Struktur aufzubauen und dass andere ethnische und religiöse Gruppen Teil der Verwaltung sind. Die Tatsache jedoch, dass die neu entstehende Struktur nicht auf die Beseitigung des Privateigentums oder Klassen ausgerichtet ist und dass das Stamessystem erhalten bleibt und die Stammesführer Teil der Verwaltung sind zeigt, dass das Ziel nicht die Beseitigung der feudalen oder kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist sondern mit ihren eigenen Worten gesagt: 'die Errichtung einer demokratischen Nation'."

Wie der syrisch-kurdische Anarchist Shiar Neyo kommentiert: "Aus der Sicht der PYD war dies eine einmalige Gelegenheit, ihre Autorität und ihren Einflussbereich in den kurdischen Gebieten Syriens zu vergrößern. Dieser politische Pragmatismus und Machthunger sind zwei wichtige Faktoren um den Umgang der Partei mit dem Re-

gime, der Revolution, der FSA und sogar den Kurd*innen an sich zu verstehen. Sie helfen auch bei der Erklärung vieler Phänomene, die einige Kommentator*innen und Analyst*innen zu verwirren scheinen, wie der Unterdrückung von unabhängigen Aktivist*innen und Kritiker*innen der Parteipolitik durch PYD-Kräfte in gleichem Maße wie es das Baath-Regime tat. Als Beispiele kann man in diesem Zusammenhang das Amuda-Massaker im Juli 2013 aufführen, bei welchem die Volksverteidigungseinheiten (YPG) das Feuer auf unbewaffnete Demonstrant*innen eröffneten, oder die Schließung des neuen unabhängigen Radiosenders Arta im Februar 2014 unter dem Vorwand, dass er "nicht lizenziert" sei. Die PYD-Truppen haben auch Mitglieder anderer kurdischen Parteien angegriffen und nahmen einige von ihnen mit fadenscheinigen Argumenten fest; sie haben die Verteilung von Essen und finanziellen Ressourcen in den kurdischen Gebieten kontrolliert und diese ungerecht auf Grundlage von Parteizugehörigkeit verteilt, usw. Solche Praktiken erinnern die Menschen zu Recht an die unterdrückerischen Praktiken des Assad-Regimes."

Was wir sagen mag zurzeit nicht populär sein, aber wir haben das Gefühl, dass unsere Analyse sich mit weiteren Offenlegungen von Geschehnissen erhärtet.

Unsere Vorschläge

1. Eine vollständige Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge und Hilfe für diese Flüchtlinge. Eine Lenkung der Aufmerksamkeit auf die Bedingungen in den Flüchtlingslagern und der syrischen Flüchtlinge in den türkischen Städten, die dort zum Betteln oder zu kleinen kriminellen Aktivitäten gezwungen sind, um zu überleben.
2. Humanitäre Hilfe für Rojava von der IFA, die direkten Kontakt mit der DAF hat.
3. Förderung und Unterstützung jeder unabhängigen Aktion der Arbeiter*innen und Bäuer*innen in der Region Rojava. Seid gegen jedwede nationalistische Agitation und für die Einheit der kurdischen, arabischen, muslimischen, christlichen und jesidischen Arbeiter*innen und Bäuer*innen. Solche unabhängigen Initiativen müssen sich von der Kontrolle der PKK / PYD befreien und ebenso von der Hilfe westlicher Verbündeter und von ihren Kund*innen, wie der Freien Syrischen Armee, Barzanis Demokratischen Partei Kurdistans und dem türkischen Staat.

Die Anarchistische Föderation (AFED Britain), 1. Dezember 2014

(aus: Gai Dao, Nr. 50, Februar 2015)

Warum sind die Anarchist*innen und Libertäre gespalten über Rojava?

Von: Zaher Baher (Kurdistan Anarchist Forum und Haringey Solidarity Group), 29. Juli 2015 / Übersetzung: XXX

Ebenso wie Linke und Kommunist*innen sind auch Anarchist*innen und Libertäre in Bezug auf Rojava gespalten. Manche von ihnen unterstützen es sehr und sind optimistisch über die Zukunft des Experiments, die anderen sind skeptisch und misstrauisch. Es gibt mehrere Faktoren, die dazu geführt haben. Manche davon betreffen nicht nur Anarchist*innen, Libertäre und andere, sondern auch Kurd*innen. Daher könnte dieser Artikel auch eine Antwort an jene Kurd*innen sein, die sich regelmäßig fragen, warum sie keine Unterstützung von politischen Gruppen oder gewöhnlichen Leuten bekommen, nicht nur zu Rojava, sondern zu jedem Ereignis in jedem Teil Kurdistans.

Die Hauptfaktoren sind:

Erstens: Die Einstellung von Individuen in den kurdischen Communities, die in Europa und andern Ländern leben. Obwohl viele von uns in diesen Ländern geboren wurden oder lange Zeit gelebt haben, haben wir keine große Rolle dabei gespielt, kurdische Themen wie z.B. Rojava den gewöhnlichen Leuten in den Ländern, in denen wir leben, näherzubringen, geschweige denn den Anarchist*innen und Libertären.

Natürlich spreche ich nicht über diese Kurd*innen, die bereits Mitglieder oder Unterstützer*innen von kurdischen Parteien sind, die PKK und PYD abgeneigt sind, sondern über die Unterstützer*innen Rojavas. Eine große Zahl von uns (Kurd*innen) verteilten sich über Europa und die USA. Wenn wir Unterstützung für Rojava oder einen anderen Teil Kurdistans wollen, müssen wir näher an die Menschen in diesen Ländern kommen und uns selbst als Teil dieser Gesellschaft verstehen.

Es ist ein trauriger Fakt, dass nicht viele von uns (Kurd*innen) denken, dass das Land, in dem wir leben, unser Land sei, seine Gesellschaft unsere Gesellschaft. Wir denken nicht, dass irgendwelche Veränderungen in Politik, Ökonomie, Erziehung, Wohnen, Sozialrecht, Gesetzen und vielem mehr uns direkt betreffen. Wir glauben nicht, dass wir von Migrationsgesetzen betroffen seien, obwohl wir wie Schwarze und Menschen verschiedener ethnischer Minderheiten mit Rassismus und Diskriminierung vonseiten der Polizei und Arbeitgeber*innen konfrontiert sind. Egal was passiert, die meisten von uns bleiben still und tun nichts, um sich zusammen mit anderen zu wehren.

Während wir alle die oben genannten Dinge mit der großen Mehrheit der Bevölkerung in jedem Land, in dem wir leben, teilen – und während manche dieser Probleme uns härter treffen – ignorieren wir sie einfach. Daher beteiligen wir uns nicht an unabhängigen lokalen Gruppen, gehen auf keine Demos oder Proteste und unterstützen keine Arbeiter*innen in ihren Streiks. Wir nehmen an keinen anderen Kampagnen teil, um die Gesellschaft zu verbessern, ob auf lokaler oder nationaler Ebene. Wie können wir so von nicht-kurdischen Menschen erwarten, dass sie uns kennen und unsere Sache unterstützen, wie etwa Rojava?

Zweitens: Die Art, wie wir unsere Demos und Proteste abhalten. Wir wissen nicht, wie wir unsere Themen Passant*innen und lokaler Bevölkerung nahebringen. Das eigentliche Thema, für das wir unsere Demos und Proteste organisieren, verschwindet normalerweise unter einer Unmenge an irrelevanten Plakaten, Bannern, kurdischen Fahnen und Bildern von Anführer*innen. Wir singen nutzlose und veraltete nationalistische Hymnen. Deshalb scheitern unsere Demos und Proteste, unsere Ziele zu überliefern und wirken nur uns gegenüber attraktiv. Solange dies unsere Art ist, unsere Themen der Bevölkerung näherzubringen, wie können wir da von ihnen verlangen, die genaue Situation, z. B. in Rojava, zu kennen?

Drittens: Die bitteren historischen Erfahrungen der anarchistischen/libertären Bewegungen seit der Ersten Internationalen im 19. Jahrhundert. Sie waren stark in die Internationale involviert, aber wurden später ausgeschlossen und angeklagt. Darauf folgten im 20. Jahrhundert blutige Erfahrungen mit den Bolschewiki und während des Spanischen Bürgerkriegs 1936/37. Diese Geschichte wiederholte sich in verschiedenen Ländern während des letzten Jahrhunderts. Aufgrund dieser furchtbaren und blutigen Erfahrungen, bleiben viele Anarchist*innen und anarchistische Gruppen sehr vorsichtig in Bezug auf Rojava.

In Rojava und Bakur (Nord-/Türkisch-Kurdistan) sehen wir zwei sehr mächtige politische Parteien, PKK und PYD, die stark in die Bewegungen involviert sind. Dies macht es für manche Anarchist*innen mühsam, die großen Schritte, die die Bewegungen in Richtung soziale Revolution machen, zu verstehen oder zu sehen. Sie sehen

immer noch auf die PKK und ihre Bewegung durch die Brille aus dem Ende des letzten und dem Beginn dieses Jahrhunderts. Es gibt keinen Zweifel, dass die PKK damals furchtbare Dinge tat: Öcalan selbst erkannte an, dass es Beteiligung an terroristischen Akten gegen die eigene Bevölkerung und Personen außerhalb der Partei gab.

Trotzdem sehen viele Anarchist*innen nicht den internen Konflikt in der PKK über Ideen und Prinzipien des Anarchismus: zwischen der Minderheit, die zum Anarchismus tendiert, und der Mehrheit, die es vorziehen würde, die Parteistruktur so zu lassen, wie sie immer war. Ich bin sicher, das Ergebnis des Konflikts wird positiv sein. Es ist nicht realistisch zu erwarten, dass PKK und PYD als Parteien ihre hierarchische Organisationsstruktur aufgeben werden. Sie können nicht in eine anarchistische Organisation als Ganzes transformiert werden. Trotzdem zeigt ein kurzer Blick in die Geschichte der PKK, dass sie sich gewandelt und viele positive Schritte gemacht hat. Beispielsweise glaubt sie nicht an einen Nationalstaat und die Vorstellung eines vereinigten Kurdistans; zu einem bestimmten Maß ist sie, oder ein Teil von ihr, gegen Macht und Autorität. Sie verlegte ihr Gewicht in die Städte, um die Kämpfe in die Hand der Arbeiter*innen und Armen zu legen; sie ist in einem Prozess, den Guerillakrieg aufzugeben und ist involviert in einen Friedensprozess. Sie glaubt an Freiheit: daran, dass Menschen unabhängig ihrer Unterschiede in Bezug auf Ethnie, Religion oder Geschlecht zusammen in Frieden leben können. Sie ist besorgt über die Umwelt und ökologische Fragen und glaubt an die soziale Revolution. Sie unterstützt die Gründung radikaler lokaler Gruppen im Glauben an direkte Demokratie und direkte Aktion. All dies nicht anzuerkennen, entstammt entweder der Arroganz oder von einfachem Unwissen und einer Unfähigkeit, die Situation richtig zu begreifen.

Meiner Meinung nach ist die beste Einstellung gegenüber Rojava, dieses zu unterstützen und gleichzeitig kritisch zu sein. Nur zu kritisieren und Distanz zu wahren, hilft unserer gegenwärtigen anarchistischen Bewegung nicht weiter. Diese Einstellung zeigt wiederum die Unfähigkeit, die Realität der Bewegung zu erkennen und würde uns vor der Geschichte blamieren. Unterstützung, ohne die negativen Seiten zu kritisieren, zeigt gleichzeitig wiederum, dass wir die Bewegung nicht realistisch sehen. Mit dieser Einstellung wären wir, wenn die Bewegung damit scheitert, unsere Ansprüche zu erfüllen, enttäuscht und würden großen Abstand zu jeder Bewegung in der Zukunft halten.

Viertens: Eine dogmatische Einstellung, die auf die Reinheit und Perfektion der Bewegung achtet. Ich glaube, dieser Ansatz ist bestenfalls naiv, schlimmstenfalls verantwortungslos. Es ist wichtig, diese Bewegung als Massenbewegung zu verstehen, wie können wir Perfektion in Rojava und Bakur erwarten, solange wir keine perfekten Menschen haben? Hätten wir reine, verantwortungsvolle und bewusste Menschen, bräuchten wir keine Revolution. Wir müssen Rojava mit all seinen positiven und negativen Elementen betrachten. Wir sollten seine positiven Seiten unterstützen und mit seinen schlechten Seiten hart ins Gericht gehen, nicht nur um den Blick der Menschen darauf zu lenken, was falsch läuft, sondern auch um dabei zu helfen, dies zu beheben.

Wir haben keine Bewegung wie die in Rojava erlebt seit der Bewegung der Zapatistas seit 1994. Was in Rojava geschehen ist - mit all seinen Mängeln - ist das Beste, was wir haben, vor allem, wenn man die Ergebnisse des Arabischen Frühlings betrachtet und dass Rojava exakt die entgegengesetzte Richtung einschlug. Bis zum heutigen Zeitpunkt hat sich die Bewegung in die richtige Richtung bewegt, obwohl sie mit zahlreichen Angriffen und Gefahren konfrontiert wurde: der Krieg gegen den IS und andere terroristische Organisationen; die Möglichkeit, dass Assad zurückkehren und in der Region einmarschieren könnte; die Möglichkeit einer Invasion der türkischen Regierung; die Möglichkeit eines Krieges mit der Freien Syrischen Armee; die Aussöhnung benachbarter Staaten auf Kosten Rojavas; und die Wiedererrichtung Kobanes durch die USA, westliche Staaten und ihre Unternehmen und Finanzinstitutionen. Rojava ist mit all diesen und vielen weiteren Gefahren konfrontiert, wie ist also die Einstellung der Anarchist*innen und Libertären? Solidarität und Unterstützung, damit es die richtige Richtung nimmt, oder Distanz wahren und ignorieren bis es verliert, was auch immer es bisher erreicht hat? Was ist das richtige Vorgehen?

Fünftens: Viele Anarchist*innen und Libertäre haben ursprünglich einen marxistischen oder marxistisch-leninistischen Hintergrund. Obwohl diese Genoss*innen manche anarchistische Prinzipien übernommen haben, bleiben manche ihrer Ansichten, Einstellungen und Analysen marxistisch. Daher finden sie es extrem schwierig zu glauben, die soziale Revolution könne in Entwicklungsländern geschehen, besonders irgendwo wie in Rojava. Diese Einstellung ist ideologisch und grenzt an religiösen Wahn: Sie glauben, wenn etwas nicht im alten Buch geschrieben steht, wird es auch nicht passieren. Viele von uns wissen, dass marxistische Bücher die Menschen verwirrt und historische Kämpfe zum Erreichen des Sozialismus/Anarchismus verdreht haben. Diese Genoss*innen verwenden immer noch die gleiche marxistische oder marxistisch-leninistische Definition der Arbeiter*innenklasse und die historische Entwicklung zum Sozialismus/Anarchismus. Für dies haben sie fünf Stufen der Entwicklung benannt, die Gesellschaften durchlaufen müssen, bevor unsere Ziele erreicht werden. Diese fünf

Stufen sind primitive Gesellschaft, Sklaverei, Feudalherrschaft, Kapitalismus, dann Sozialismus und nach diesen Stufen Kommunismus (sie trennen ebenfalls zwischen Sozialismus und Kommunismus). In Regionen wie Rojava sind Unternehmen und Fabriken selten; deshalb gibt es dort aus Sicht der Marxist*innen keine Arbeiter*innenklasse oder Proletariat. Rojava hat den Kapitalismus noch nicht erreicht – wie kann die Revolution dort beginnen? Wie kann die Diktatur des Proletariats errichtet werden, wenn es kein Proletariat gibt? So ist jeder Gedanke oder jedes Reden vom Beginnen der Revolution in Rojava für diese Genoss*innen inakzeptabel.

Es ist sehr schade, dass unsere Genoss*innen nicht berücksichtigen können, dass die Ausbeutung von Menschen das Hauptthema der Geschichte ist. Es gab immer eine Klassenspaltung: eine kleine Elite oben und die große Mehrheit der Bevölkerung unter dieser. Unabhängig von den vielen Stufen, die oben erwähnt wurden, existierte immer eine Frage, zog immer ein Kampf herauf; und dies wird so bleiben, bis wir die klassenlose Gesellschaft erreichen.

Es gab immer eine Alternative, es gab immer Gründe, die Gesellschaft, wie wir sie kennen, zu ersetzen und eine sozialistische/anarchistische Gesellschaft zu formen. Es gibt keinen Zweifel, dass Gesellschaften sich entwickelt haben und vorangeschritten sind im Lauf der Geschichte, aber die soziale Revolution hat nicht zu tun mit dieser Aufteilung oder der Bedingung, dass Gesellschaften vor dem Sozialismus den Kapitalismus erreichen müssen. Die Notwendigkeit für die Revolution liegt in der Ausbeutung, darin, einige Menschen an der Spitze der Gesellschaft zu haben mit all ihren Privilegien und den Rest am Boden mit Nichts oder sehr wenig. Die Basis der Revolution liegt in dem Bewusstsein der Menschen und ihrer Bereitschaft, zu revoltieren. In anderen Worten: Die soziale Revolution kann in jeder Gesellschaft geschehen, überall, unabhängig von der Entwicklungsstufe der Gesellschaft; aber der endgültige Sieg jeder sozialen Revolution ist abhängig von vielen Faktoren, ob diese Revolution in Rojava geschieht oder in bevorzugten Ländern wie Großbritannien oder die USA.

Die Geschichte zeigt, dass die Menschheit bisher nur zwei Phasen gesehen hat: Gesellschaften, die primitiv sind, und die Klassengesellschaft, welche bis heute andauert. Es gibt keinen Zweifel, dass die Einteilung der menschlichen Geschichte in verschiedene Phasen zum Erreichen der sozialistischen/anarchistischen Gesellschaft die soziale Revolution schwer beschädigt hat. Wie Linke und Kommunist*innen während des letzten Jahrhunderts und früher Klassenkämpfe und die Prinzipien des Sozialismus ebenso beschädigt haben wie rechte Politiker*innen und Parteien ist ein anderes Thema. Ich werde bald mehr darüber schreiben.

*Anm. d. Red.: Dieser Text wurde vor der Wiederaufnahme des Guerillakrieges durch die PKK in der Folge des Anschlags in Suruç geschrieben, bei dem mehr als 30 Menschen starben, darunter auch einige Anarchist*innen.*

(aus: Gai Dao, Nr. 57, September 2015)

#Rojava#Kobane#internationalsolidarity

Von: *Black Rose Anarchist Federation / Federacion Anarquista Rosa Negra*

Als Revolutionäre in Nordamerika wollen wir die Grundlagen unserer politischen Perspektive darstellen und diese auf die neusten Ereignisse und den andauernden Kampf in Rojava im Mittleren Osten beziehen.

Unsere Perspektive

Die Revolution in Rojava hat wahrscheinlich mehr konkreten Fortschritt in Richtung des libertären Sozialismus gemacht als jeder andere große Kampf, jedenfalls seit dem zapatistischen Aufstand. Allein aus diesem Grund ist es wichtig sich mit diesem Kampf zu beschäftigen, seine revolutionärsten Elemente zu unterstützen und ihn als ein internationales Beispiel hochhalten was die Selbsttätigkeit der breiten Massen erreichen können.

Während wir viele Fragen über die gesamte politische Ideologie der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und der Partei der demokratischen Union (PYD) haben (welche in einem anderen, längeren Artikel angegangen werden sollten), hat das spezifische Projekt des demokratischen Konföderalismus (welcher nur ein Teil ihrer politischen Vision der „demokratischen Moderne“ und der Reorganisation der Gesellschaft ist) die breite Bevölkerung Kurdistans in Bewegung gesetzt, autonome Alternativen zu Kapitalismus, Unterdrückung und Staat zu schaffen. In Rojava und in manchen Fällen auch in Bakur (Nordkurdistan) werden, wenn es die staatliche Repression nicht verbietet, Arbeiterzusammenschlüsse gebildet, wird Land kollektiviert, verbreiten sich Frauenkollektive, finden Nachbarschaftsversammlungen statt, ersetzt „restorative justice“ (*Wiedergutmachungsverfahren, Alternative zu gerichtlichen Strafverfahren, Anmerkung der Übersetzenden*) das Gerichtssystem, eine demokratische Miliz verteidigt die Region und andere Aspekte der Selbstverwaltung werden organisiert. Das ist jedoch noch nicht alles zu diesem Kampf – viel Land und Kapital ist dazu bestimmt in privaten Händen zu bleiben, die PYD hat einen neuen kleinen Staat geschaffen statt ihn abzuschaffen, Zwangsrekrutierungen wurden gelegentlich durchgeführt, PYD Politiker haben Lobbyarbeit in westlichen Ländern betrieben, Investitionen von fremden Unternehmen wurden angestrebt, etc. Aber trotz der übrigen Unklarheit über die genauen Details der Geschehnisse vor Ort (sogar unter denen die in Rojava waren), ist es klar dass viele der breiten Bevölkerung in Kurdistan mit dem revolutionären Prozess beschäftigt sind, den wir unterstützen sollten. Es ist auch klar, dass da eine demokratische Revolution auf dem Willen der Menschen basiert, dass diese sich nur durch langfristige politische Bildung und die Organisation der breiten Bevölkerung von Rojava, über die zurzeit aktive Minderheit hinaus verbreiten und weiter Gestalt annehmen wird. Wir glauben, dass wir die Verantwortung haben, einen Beitrag zu dem Prozess zu leisten und davon zu lernen.

Black Rose/Rosa Negra sieht die Revolution in Rojava als eine sehr breite Bewegung mit vielen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, deren Wirken untereinander zu inneren Spannungen führt. Diese sozialen Kräfte repräsentieren widersprüchliche Klasseninteressen und politische Visionen. Während Abdullah Öcalans politische Vision die dominante Ideologie der Bewegung ist, ist sie für sich genommen oft sehr vage und offen für verschiedene Interpretationen von verschiedenen sozialen Kräften. Queer Aktivist*Innen in der Bewegung halten zum Beispiel den Punkt hoch, dass die essenzielle feministische Ideologie von den PKK Guerillas die Queer- und Transidentität ausklammert, und dies muss überwunden werden, um die Revolution fortschreiten zu lassen. Ein anderer Widerspruch ist, dass das ökonomische Programm des „demokratischen Sozialismus“, hervorgehoben von manchen in der Bewegung, zwangsläufig mit den Interessen der konservativen Landbesitzer in der Bewegung in Konflikt treten wird. Während wir hoffnungsvoll sind, dass die Bewegung die nötigen Werkzeuge hat weiterzumachen, internationale Kritiken aufzunehmen und den Kampf gegen die Unterdrückung zu stärken, bleibt es abzuwarten, wie die Konflikte der Klassenunterschiede sich entwickeln und die Gruppen mit unterschiedlichen materiellen Interessen sich gegeneinander ausspielen. In all diesen Debatten zwischen verschiedenen Kräften, müssen die Revolutionär*Innen Partei ergreifen, um die eigene Politik, sowie die Kräfte unserer Genossen*Innen in Kurdistan zu stärken.

Wir unterstützen die Bewegung in Rojava und dem Rest von Kurdistan als eine der stärksten Fortschritte in Richtung des Feminismus, des freiheitlichen Sozialismus und der basisdemokratischen Gesellschaft, die die Welt die letzten Jahrzehnte gesehen hat. Um diese Ziele weiterhin zu erreichen, müssen die Kräfte in der Bewegung, die am ehesten mit diesen politischen Zielen übereinstimmen, von der internationalen Linken gestärkt und unterstützt werden. Ansonsten wird die Bewegung entweder durch ihre vielen militärischen Feinde zu Bruch gehen oder wieder in den Kapitalismus integriert werden (im besten Fall zum sozialdemokratischen Kapitalismus). Die

gleichen Ergebnisse werden auch zu erwarten sein, wenn wir diese Gelegenheit nicht nutzen, um den revolutionären Kampf nach Hause bringen und das Fundament des US Imperialismus und des globalen Kapitalismus zu attackieren.

Die Linke und die Anarchist*Innen im Speziellen, stellen viele Fragen wie wir das tun können. Durch unsere Treffen und Beobachtungen in Kurdistan haben wir viele verschiedene Modelle kennengelernt, wie Revolutionär*Innen –kurdische, türkische und internationale- mit dem Kampf beschäftigt sind. Wir haben gesehen, dass der Konflikt in Rojava und Bakur, trotz seiner breiten Aufstellung, von den „offiziellen“ Organisationsstrukturen der Bewegung – den verschiedenen Verflechtungen politischer Strukturen die zusammen Öcalans Ideologie umsetzen wie z.B. die PKK, HDP, PYD, DTK, KCK usw. - nicht gelöst werden kann. Soweit wir uns bewusst sind, hat sich jede linke Gruppe, die ernsthaft in der kurdischen Freiheitsbewegung beschäftigt ist –von Stalinisten über aufständische Anarchisten bis hin zu Apocu- in irgendeiner Weise mit einer dieser offiziellen Strukturen zusammengetan. Allerdings gibt es solche, die diese Bündnisse komplett in die Strukturen gelöst haben, während andere das unter Beibehaltung unterschiedlicher Grade organisatorischer und politischer Autonomie taten. Diese verschiedenen Modelle präsentieren ein sehr komplexes Feld von Möglichkeiten, wie Revolutionär*Innen aus großer Entfernung sich durch das Arbeiten mit Genoss*Innen in Kurdistan mit den verschiedenen sozialen und politischen Kräften in der Bewegung engagieren können. Solche Entscheidungen müssen vorsichtig beurteilt werden, basierend auf der Situation in Kurdistan und unserer eigenen Situation, Kapazität und politischen Zielen.

Trotz der umfassenden Unterstützung und dem Interesse an der Revolution in Rojava unter den Linken in den Vereinigten Staaten und in Kanada, gibt es trotz einer aufkommenden Organisierung in den letzten Wochen nur wenig organisierte Unterstützung. Es gibt in zwei Großstädten Rojava Solidaritätsgruppen und vereinzelt Online Bemühungen. Wir sehen die Gründe hierfür als erstes in der Unorganisierten und fragmentierten Natur der Linken ,speziell der freiheitlichen Linken, in den Vereinigten Staaten und Kanada. Ein zweiter bedeutender Faktor ist das Fehlen einer großen kurdischen Gemeinde in den Vereinigten Staaten und Kanada und ein Fehlen einer Verbindung zwischen den Linken in Nordamerika und den Linken in Kurdistan oder der Region darum. Wir glauben, dass es unsere Verantwortung ist das zu ändern und die Gruppen der Linken und sozialen Bewegung dazu zu bringen, sich für die Revolution in Rojava zu engagieren und währenddessen aus der Geschichte der Zapatista und Palästina Solidaritätsbewegungen zu lernen.

Unsere Aufgaben

Black Rose/Rosa Negra setzt als seine Organisationsziele die folgenden:

- schaffen einer internationalen Kommission zum Koordinieren der Bemühungen von Black Rose/Rosa Negra, sowie Zusammenarbeit mit anderen Solidaritätsgruppen zum Schaffen eines kontinentalen Rojava Solidaritätsnetzwerk. Ein größeres Netzwerk kann helfen koordinierten Protest an türkischen Konsulaten zu organisieren, das Embargo aufzuheben, Material zu sammeln für die Unterstützung legaler Teilgebiete der kurdischen Freiheitsbewegung, direkte Beziehungen zur Bewegung herzustellen, politische Bildung über Rojava und die Politik der Autonomie anzubieten und die die USA dazu bringen, die PKK von der Liste der Terrororganisationen zu streichen.
- Entwickeln einer Reihe klarer politischer Prinzipien auf welchen unsere Arbeit basiert, unsere Kontakte in Kurdistan weiter ausbauen, Fundraising und materielle Unterstützung für spezifisch anarchistische Organisationen in Kurdistan und breitere Koalitionsarbeit.
- priorisieren des Austauschs von Militanten zwischen den USA und Kurdistan, organisierte Sprachreisen und schicken von Genoss*Innen, um beim Wiederaufbau von Kobanê zu helfen
- bewerben des revolutionären Kampfes in Rojava und verbreiten von regelmäßigen Berichten der solidarischen Arbeit, das Berichten von Neuigkeiten und Erstellen von Analysen zu der Situation in Kurdistan und übersetzen von Material.

(aus: Gai Dao, Nr. 58, Oktober 2015)

Rojava und die Antiautoritären

*Von: Anarchist*in aus dem Rheinland*

Spätestens seit Karakök Autonome¹ im Herbst 2014 einen Spendenaufruf für die Unterstützung der Revolution in Rojava (Nordsyrien) veröffentlichte, ist die Region auch ins Blickfeld Antiautoritärer² gerückt. Es folgten mehrere ähnliche Aufrufe, Solierklärungen, Kundgebungen, Soli-Shirt-Verkäufe und vieles mehr von unterschiedlichen Gruppen.

Nachdem ich im Dezember einen Artikel der US-amerikanischen anarchosyndikalistischen Workers' Solidarity Alliance³ gelesen hatte, wurde auch ich mitgerissen. Hier wurde vom Aufbau des „Tev-Dem“ in Rojava berichtet, einer Verwaltungsstruktur, die sowohl lokale Organisation als auch die Einbindung von Kollektivbetrieben umfasst. Außerdem setzt die mittlerweile berühmte YPJ (Frauenbefreiungsarmee) ein starkes Zeichen für die Überwindung des Patriarchats. Zusammengefasst finden sich also eine ganze Reihe von Idealen in der Revolution in Rojava wieder, die Antiautoritäre teilen und nach deren Umsetzung sich gesehnt wird.

Solidarität und Zurückhaltung

Bei Versuchen, weitere Solidaritätsaktionen zu organisieren, stieß ich jedoch von Zeit zu Zeit auf Widerstand. Das liegt meines Erachtens hauptsächlich am Misstrauen gegenüber der marxistischen kurdischen Arbeiterpartei PKK, ihren Nachfolge- und Schwesterorganisationen. Einerseits hat ihr inhaftierter Anführer Abdullah Öcalan nach Lektüre des Anarchisten Murray Bookchin sowie nach Inspiration von u. a. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno ein neues Konzept für die Partei entwickelt, das er demokratischen Konföderalismus nennt – eine gute Grundlage in den Augen vieler Antiautoritärer. Andererseits schreckt allein schon der schier unüberwindliche Führerkult um diesen Mann viele ab. Dazu kommen Zweifel, ob Öcalans neue Ideen tatsächlich den tiefgreifenden Rückhalt haben und vor allem das Misstrauen gegenüber den alten autoritären Strukturen der PKK vor Ort. Schlussendlich fehlen vor allem Informationen, was genau vor Ort geschieht.

Ein kleiner Blick in die Türkei

Ein Genosse berichtete mir von einer Reise zu den Newroz-Feierlichkeiten 2015 im türkischen Teil Kurdistans, wo unter anderem der Besuch eines Plenums der konföderalistischen Partei DBP auf dem Plan stand. Je fünf Frauen und Männer saßen ihren Besucher*innen gegenüber. Den größten Redeanteil hatte ein altgedienter Funktionär. Auf die – direkt an eine der Funktionärinnen gerichtete – Frage, wie es denn um die Befreiung der Frauen stünde, konnte diese nur kurz antworten und wurde dann wieder von einem Herrn unterbrochen, der stolz konstatierte, es gäbe keine Probleme und es würden gute Fortschritte gemacht.

Anders, so wurde mir berichtet, sah es bei den Jugendlichen aus. Sie kümmerten sich wenig um die alten „Parteiobozen“. Frauen und Männer schienen tatsächlich weit mehr auf Augenhöhe. Doch auch hier gab es Grund zu mehr als Stirnrunzeln. Wenngleich auf Grund der emotional aufgeheizten Situation irgendwo verständlich, sind die zum Teil fanatisch anmutende Stimmung und der Kult um die als Märtyrer*innen gefeierten Toten im Kampf gegen Daesh⁴ doch schwer nachzuempfinden. Ein schockierendes Beispiel dessen, wohin solcher Fanatismus führen kann, ist die Selbstverbrennung einer Kurdin, die ihren Selbstmord damit begründete, keine gute Genossin gewesen zu sein.

Blitzlicht aus Rojava

Eine Geflüchte aus Syrien berichtete mir von ihren persönlichen Erlebnissen mit der Revolution in Rojava. In Afrin erlebte sie, zu Zeiten als noch nicht geschossen und gebombt wurde, mehrere Demonstrationen gegen das syrische Regime. Die meisten waren aus dem Umfeld der PKK bzw. deren syrischen Schwesterorganisationen organisiert. Eben diese waren auch zur Stelle als andere, PKK-unabhängige Oppositionelle selbstorganisiert auf die Straße gehen wollten. Mit der Aussage, diese Gruppen hätten die falschen Beweggründe, wurden diese Demonstrationen durch die PKK und ihr nahestehende Organisationen unterbunden.

Tev-Dem, die Bewegung für die praktische Umsetzung des demokratischen Konföderalismus' in den mittlerweile autonomen Gebieten, mache tatsächlich gute Fortschritte, so meine Bekannte. Ja, es gehe um dezentralisierte lokale Verwaltung und Kollektivierung. Doch die gesamte Struktur, so sagte sie, sei von der PKK kontrolliert. Andere Stimmen gäbe es nicht, würden nicht gehört oder nicht zugelassen. Wenn sie dort sagte, sie stünde nicht 100%ig hinter Öcalan, brauche sie sich keine Hoffnungen machen, ein Gespräch konstruktiv weiterführen zu können...

Demonstration in Köln

Eine der großen Solidaritätsdemonstrationen fand am 8. August 2015 in Köln statt. Das Anarchistische Forum Köln hatte zu einem eigenen anarchistischen Block aufgerufen. Dem folgten die Genoss*innen des Anarchistischen Forums Rhein-Ruhr, darunter die Anarchopazifistische Jugend, außerdem die Anarchistisch Syndikalistische Jugend Bonn, die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Köln sowie weitere Antiautoritäre u. a. vom Kölner Antifa AK. Letztlich blieb der Block, wie zu erwarten war, marginal. Auf Kundgebung und Demo dominierten zahlreiche kurdische Gruppierungen, die Parteien verkörperten oder nahestanden, sowie der bei dieser Gelegenheit sehr präsenten Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands – alle unter Fahnen, Transparenten und Aufklebern mit dem Konterfei des Anführers Öcalan.

Solidarität um jeden Preis?

Wie also damit umgehen, dass der Eindruck entsteht, als Antiautoritäre eine anscheinend nach wie vor autoritäre Bewegung zu unterstützen? Einerseits freut es, mal wieder „auch auf der Straße“ zu sein und hoffentlich eigene Impulse setzen zu können, andererseits steht die Frage im Raum: Wen unterstütze ich da eigentlich? Was passiert, sollte die Bedrohung durch Daesh und türkischer Regierung gebannt werden? Werden sich dann die Köpfe gegenseitig eingeschlagen, oppositionelle Stimmen unterdrückt? Eine Erfahrung, die antiautoritäre Revolutionär*innen in der Geschichte immer wieder machen mussten.

Zunächst mangelt es nach wie vor massiv an verlässlichen Informationen über die Umsetzung der Revolution in Rojava. Bei Berichten von vor Ort stellt sich immer wieder Frage, ob es Hetze dagegen oder Propaganda dafür ist. Der vorsichtige Umgang ist also berechtigt, helfen kann vor allem der individuelle Austausch – gerade mit aus der Region Stammenden – und die kritische Reflexion darüber.

Erstaunt hat mich, dass der genannte Freund aus Rojava meinte, im Moment sei die Situation vor Ort derart verheerend, dass sogar er solidarisch mit der PKK sei – obwohl er sie so kritisch sieht. Für die Menschen in Rojava gibt es im Moment keine andere Hoffnung. Dass die Partei daher teils unkritisch überhöht und fanatisch verteidigt wird, ist sehr bedauerlich, aber im Hinblick auf die Bedrohung der Vernichtung durchaus verständlich.

Doch die PKK ist nicht alles: „Anarchistische Initiative“, „Social War“, „Land and Freedom Collective“, DAF (Revolutionäre Anarchistische Aktion) sowie Black Rose Anarchist Federation sind vor Ort aktiv und wahrscheinlich noch weitere antiautoritäre Gruppen und Einzelpersonen. Es gibt also durchaus Menschen, von denen wir teils wissen, teils berechtigt annehmen können, dass wir ihren Weg und ihre Utopie teilen.

In jedem Fall ist ein antiautoritärer Impuls dort wie überall wünschenswert – gerade wenn schon revolutionäre Mechanismen in Gang gesetzt sind.

Und was wäre wohl der beklagenswertere Fehler: Aus gutem Willen, mangels Informationen, eine Bewegung, deren Inhalte man nicht 100%ig teilt, zu unterstützen oder aus Angst und Misstrauen Genoss*innen vor Ort im Stich zu lassen und dabei die Chance zu verschenken, die Idee von Ordnung ohne Herrschaft zu verbreiten?

(aus: Gai Dao, Nr. 58, Oktober 2015)

Anmerkungen

- ¹ Schweizerisch-türkische Gruppe, die in der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen organisiert ist.
- ² „Antiautoritäre“, weil hiermit nicht nur Anarchist*innen sondern auch sich selbst als „libertäre Kommunist*innen“ begreifende Menschen gemeint sind.
- ³ FDA/IFA, Gai Dào #47, 2014.
- ⁴ Diese im Islam negativ konnotierte Fremdbezeichnung soll der positiven Selbstbezeichnung „Islamischer Staat“ entgegentreten.

"Wenn Rojava nur von Staaten verteidigt wird, wird die Revolution untergehen" Interview mit einem deutschsprachigen Anarchisten über die Revolution in Rojava

*Von: Gruppe Louise und andere libertäre Sozialist*innen im Kurdistan-Solidaritätskomitee Bremen*

Du lebst jetzt seit einigen Monaten in Rojava und bist dort an unterschiedlichen Orten aktiv. Was machst du dort und was sind deine allgemeinen Eindrücke?

Ich war einige Zeit in der YPG und arbeite nun als Teil der Demokratischen Bewegung (TEV-DEM) in der Koordination der grenzenlosen Freiwilligen mit. Immer mehr Menschen aus aller Welt kommen nach Rojava, manche mit viel Erfahrung und großen Plänen, andere ohne jegliche Vorkenntnisse, aber viel Tatendrang, um hier eine neue, freie Gesellschaft aufzubauen. Der Staat ist physisch weitestgehend zerstört und die Fragen der Bildung, Gesundheitsversorgung, Wirtschaft, Kunst, ... alle Felder, in denen sich menschliche Gesellschaft organisiert, erwarten visionäre Antworten. Der Drang nach neuen Ideen und die Entfesselung eines gewaltigen Schaffensgeistes sind überall spürbar. Die sichtbarsten Veränderungen sind die direkten Folgen des Falls der Staatsmacht: Überall wird gebaut und Bäume werden gepflanzt, das war vorher verboten. Und die Frauenbefreiung ist unglaublich vorangeschritten in nur vier Jahren der äußeren Revolution.

Wir erleben in der linken Debatte über Rojava oft eine recht verallgemeinernde Idealisierung auf der einen und auf der anderen Seite Desinteresse bis hin zu einer Ablehnung, die sich wenig mit dem realen Geschehen auseinander zu setzen scheint. Wie ist dein Erleben der aktuellen Situation? Würdest du sagen, dass in Rojava revolutionäre Verhältnisse herrschen und wenn ja, wo spiegelt sich das wider?

In Rojava herrschen zweifelsohne revolutionäre Verhältnisse in einem einzigartigen Maße. Eine Gesellschaft ist erwacht, organisiert sich selbst in allen Bereichen und revolutioniert ihr Bewusstsein in einem Maße, dass sie zu einem antifaschistischen und antikapitalistischen Bollwerk macht, welches schon bald kein Herrscher mehr wird niederreißen können. Vielen Menschen ohne Kontakt nach Rojava fehlt immer noch der Zugang zu greifbaren Informationen über die Vorgänge dort. Das verunsichert, zumal die Antipropaganda insbesondere vonseiten des türkischen und des KRG-Staates stark ist und auch linke bis anarchistische Menschen skeptisch macht. Jede*r macht Rojava zu dem, was ihr*ihm am Besten in den Kram passt. Daher wird es uns von verschiedener Seite als anarchistische Revolution, stalinistische Rebellion oder autoritärer Kurdenstaat verkauft. Linke und selbst selbsternannte Anarchist*innen setzen Revolution auch manchmal leider mit Avantgardismus gleich. Da die PKK nicht die politische Kontrolle übernommen hat (wie ihr oft vorgeworfen wird), sondern sich auf die Bildung und Aufklärung der Bevölkerung konzentriert, gibt es keine zentralisierte Macht und das führt zu oft widersprüchlichen Entwicklungen. Diese sind aber nicht zwangsläufig konterrevolutionär, sondern in sich gerade Kern eines freiheitlichen Neuaufbaus. Louis Althusser erklärt in „Ideologie und ideologische Staatsapparate“, wie gegen den Staat gerichtete Bewegungen oft seine Stärkung zur Folge haben. Genauso können augenscheinlich konterrevolutionäre Entwicklungen die freie Gesellschaft stärken, wohingegen es schädlich wäre, sie gewaltsam zu unterdrücken. Viele Menschen, sowohl hier als auch in Europa, haben einfach zu totalitäre Revolutionsvorstellungen.

Wo siehst du Schwierigkeiten, Gefahren oder Widersprüche?

Davon gibt es eine ganze Menge. Der Hauptwiderspruch auf politischer Ebene besteht zwischen den basisdemokratischen Rätestrukturen und dem parlamentarischen System, die parallel zueinander existieren. Letzteres wurde geschaffen, um die politischen Parteien zu integrieren, die das Räteystem ablehnen – direkte Demokratie ist eine klare Absage an Parteimacht und wurde daher von mehreren der in Rojava etablierten Parteien abgelehnt. Die Entscheidungsfähigkeit liegt weitestgehend nach wie vor bei den Räten, das Parlament und seine Ministerien sind gegenüber der dezentralen Organisation nicht weisungsbefugt. Dennoch nehmen sie legislative Aufgaben wahr und sind Organe eines Staates, genauso wie etwa die neu geschaffene Nationalarmee. Wir kennen solche Beispiele aus vielen historischen Revolutionen und müssen diese analysieren, um nicht dieselben Fehler zu wiederholen und die komplexen Dynamiken unserer Situation zu verstehen. Das Embargo zum Beispiel ist mitverantwortlich für die Stärkung konterrevolutionärer Kräfte, gleichzeitig hat es aber auch durch Importknappheit den Aufbau einer lokalen kooperativen Wirtschaft begünstigt. Mit Dogmen kommen wir in der Praxis nicht weiter.

Und welche Aspekte begeistern dich?

Ich liebe die dezentrale Organisation. Es gibt einfach kein Zentralkomitee, das von oben herab den Aufstand dirigiert, vielmehr sind es tausende autonom denkende Individuen und Gruppen, die alle in dieselbe Richtung

streben und dabei gemeinsam eine neue Welt schaffen. Dadurch entstehen Vielfalt und Widersprüche, und gerade darin liegt der Reichtum der Revolution. Apo hat die Gesellschaft einmal mit einem Feld verglichen: Eine Monokultur ist schwach und anfällig, Pestizide, Zäune und Maschinen sind notwendig, um sie zu erhalten. In einer Multikultur hingegen besteht ein starkes Ökosystem, welches sich selbst stützt, schützt und am Leben erhält. Genauso kann eine homogenisierte Gesellschaft (wortwörtlich eine Monokultur) nur durch den Staat existieren, während eine freie, vielfältige Gesellschaft den Staat überflüssig macht.

Manchmal haben wir hier das Gefühl, dass innerhalb der Linken wenig Vorstellungen darüber existieren, wie widersprüchlich revolutionäre Veränderungen in Gesellschaften in der Realität ablaufen. Wird Rojava deiner Meinung nach teilweise an Maßstäben gemessen, die sich zu sehr auf abstrakte Theorien beziehen und keinen Raum für Prozesse lassen? Wie ist es, in einer Gesellschaft zu leben, in der grundlegende Umwälzungen stattfinden?

Das Problem der europäischen Linken ist, dass sie jegliches Verhältnis zu ernsthafter revolutionärer Praxis verloren hat. Selbsterklärte Militante vergessen hier in beängstigendem Maße, dass Revolution ein Prozess ist und kein Zustand. In Europa ist mensch links bzw. revolutionär, indem mensch sich selbst dazu erklärt – dass Revolutionär*in-sein ein Entwicklungsprozess ist, der niemals aufhört, wird dabei außer Acht gelassen. Deshalb kann oft auch keine konstruktive Auseinandersetzung mit eigenen individuellen und kollektiven Schwächen und Unzulänglichkeiten stattfinden – fehlende Organisation, Sexismus, Profilierungssucht sind da nur Beispiele. Einst starke Massenorganisationen haben jeden Kontakt zur Bevölkerung verloren und bedienen nur noch den Bedarf eines widerlichen Überlegenheitsgefühls, welches sie allenfalls zu Klassenfeinden, mitnichten aber zu Revolutionär*innen macht. In der Tat hat das Proletariat weitestgehend das Bewusstsein verloren, um kollektiv über die Ursachen der Krise zu reflektieren – aber viel schlimmer ist es, die Problematik verstanden zu haben und dennoch aufgrund der Unfähigkeit zur Selbstkritik tatenlos zu bleiben.

In Rojava wird ja versucht, das 2003 von Öcalan entwickelte Konzept des demokratischen Konföderalismus bzw. der demokratischen Autonomie umzusetzen. Eine der Grundlagen dieses Modells ist die Selbstorganisation der Bevölkerung in Räten. Hast du die Arbeit der Räte mitbekommen? Wie sind die Räte zusammen gesetzt? Beteiligt sich die Bevölkerung als Ganzes oder nur einzelne Gruppierungen?

Die Räte sind an den meisten Orten auf vier Ebenen organisiert. Die kleinste ist die Kommune eines Dorfes oder Straßenzuges. Ich kenne eine Kommune in Qamishlo näher, in der ich an Treffen und gemeinsamen Aufräumarbeiten teilgenommen habe. An den kommunalen Aktivitäten haben sich viele beteiligt, bei den Treffen hat es variiert, manchmal waren nur wenige Familien da, allerdings immer sowohl Kurd*innen als auch Araber*innen. Es gab aber auch einige Leute, die sich gar nicht beteiligt haben, weil sie die Selbstorganisation für sinnlos hielten. Einige nationalistische Kurd*innen und Araber*innen sowie regimetreue Christ*innen boykottieren die Räte durch ihr Fernbleiben. Ein KDP-Anhänger ist anfangs bei jedem Treffen gewesen und hat gegen die Revolution gewettert, doch nachdem die Leute ihm nicht mehr zugehört haben, ist er nicht mehr gekommen. In der erwähnten Kommune gibt es mehrere Kommissionen, zum Beispiel den autonomen Frauenrat, dessen Vorsitzende eine junge Mutter ist, das Selbstverteidigungskomitee (HPC), und die Streitschlichter*innen. Jede Kommune kann so viele Kommissionen bilden, wie sie will, aber viele Sachen werden auch auf die Stadtteil-/Gemeindeebene verlagert.

Parallel zu den Rätestrukturen von unten gibt es in Rojava ja auch noch repräsentative Regierungsstrukturen. Wie verhalten sich diese beiden widersprüchlichen Modelle zueinander und lässt sich eine Tendenz ausmachen, ob sich eher die Strukturen von oben oder die von unten durchsetzen?

Wie gesagt, die Ministerien können Gesetze entwerfen und das Parlament kann sie beschließen. Es ist aber nicht so, dass zum Beispiel die lokalen Ökologieräte jetzt dem Umweltministerium unterstehen. Die Ministerien haben eine Verwaltungsaufgabe und sind auf die Räte angewiesen, bei denen die Mittel für die praktische Umsetzung liegen. Das erwähnte Umweltministerium, dessen Vorsitz die grüne Partei innehat, wollte beispielsweise die Fisch- und Wildbestände in den Seen und darum herum im Norden Rojavas schützen und sprach dafür mit den Leuten aus den umliegenden Dörfern, die dort fischen, jagen und Land bestellen. Jetzt gibt es im Frühjahr ein dreimonatiges Fischereimoratorium und ein Naturschutzgebiet, in dem Holzfällen und Jagen verboten sind. Die Dorfbewohner*innen haben dem nicht nur zugestimmt, sondern sind diejenigen, die über die Einhaltung dieser Regeln wachen. Die Menschen Rojavas stehen mit großer Mehrheit hinter der Räteorganisation. Doch die wenige Unterstützung, die von außen kommt, kommt vor allem von westlichen Regierungen, die natürlich ein bourgeoises Staatssystem bevorzugen. Wenn die Rätebewegung nicht stärker von den sich diesen Regierungen entgegenstellenden revolutionären Kräften unterstützt wird, werden die Reaktionäre die Oberhand gewinnen.

Das Modell des demokratischen Konföderalismus ist ja u. a. stark von Bookchins Libertärem Kommunismus inspiriert. Viele hier hat es überrascht, dass eine sich früher als stalinistisch bezeichnende Organisation wie die PKK nun libertäre Gesellschaftskonzepte entwickelt und vertritt. Wir treffen unter vielen Linken in Deutschland immer noch auf viel Skepsis und Ablehnung gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung. Was sind deine Erfahrungen und Einschätzungen hinsichtlich des libertären Charakters der Revolution und den Veränderungen der PKK?

Die Vergangenheit der PKK und ihr autoritäres Erbe offen und kritisch zu diskutieren ist unerlässlich. Aber sie heute noch als stalinistisch oder zentralistisch zu bezeichnen zeugt von völliger Unwissenheit. Die PKK ist eine militante Massenorganisation, die sich 2005 mit einem dezentralen, libertären Paradigma neu gegründet hat. Dass damals über drei Viertel der Führungsriege die Partei verlassen haben, gibt Aufschluss darüber, wie radikal der Wandel war. Innerhalb der PKK gibt es heute eine riesige Bandbreite von politischen Positionen, von nationalistischen Marxist*innen über Linkskommunist*innen bis zu Anarcha-Feminist*innen. Daher gibt es durchaus auch Stimmen, die das Klischee des totalitären Parteistaats bedienen - richtungsweisend für die Bewegung und die Partei ist aber der libertäre Charakter, der in den Maximen Basisdemokratie, Ökologie und Geschlechterbefreiung Ausdruck findet. Auch der Kult um Öcalan trägt zur Skepsis bei. Er wird im Mittleren Osten einfach ganz anders verstanden als in Europa, wo Hitler und Stalin tiefe Narben in der kollektiven Erinnerung hinterlassen haben.

Was meinst du, kann die linke Bewegung in Deutschland von der kurdischen Freiheitsbewegung und den gesellschaftlichen Prozessen in Rojava lernen?

Vor allem kann sie wieder Hoffnung schöpfen. In Deutschland ist der Glaube an eine tatsächliche Revolution ja selbst unter Radikalen weitestgehend erloschen. Rojava beweist, dass unsere Zeit reif ist für den Aufstand gegen die Hegemonie der Herrschaft selbst, und dass er erfolgreich sein wird. Es beweist, dass Millionen Menschen ohne Unterdrückung und Sklaverei friedlich zusammenleben können, dass sie nicht auf Staat, Macht und Gewalt angewiesen sind. Es beweist, dass Räte-demokratie im großen Stil möglich ist. Zudem können wir aus der Praxis von Kritik und Selbstkritik und aus der kommunalen Praxis lernen. In der europäischen Linken existiert unterschwellig eine große eurozentristische Arroganz, die insgeheim dem bourgeoisen Märchen von der moralischen Überlegenheit weißer/westlicher Werte und Kultur zustimmt. Wie sehr unser Charakter in westlichen Gesellschaften jedoch von kapitalistischen Normen wie Egozentrismus, Profitstreben und Sozialdarwinismus geprägt ist, wird dabei oft ignoriert. Wir müssen erkennen, dass die Ursachen für unser Scheitern vielmehr in uns selber liegen als in der physischen Staatsmacht. Es ist der Staat in unseren Köpfen, den wir herausfordern müssen, bevor wir zu den Waffen greifen und die Paläste anzünden.

In den 90ern gab es beim Aufstand der EZLN ja eine starke internationale Solidaritätsbewegung, die sich auch direkt vor Ort einbrachte. Wie verhält es sich damit in Rojava?

Noch sehr verhalten. Ich weiß zu wenig über die damalige Situation in Chiapas, um einen direkten Vergleich zu wagen. Gemessen an dem, was hier stattfindet, ist es beschämend, wie wenig Solidarität es gibt. International kommt die meiste Unterstützung aus dem marxistisch-leninistischen Lager, vor allem aus der Türkei sind viele Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen gekommen, um zu helfen. Doch die libertären und anarchistischen Organisationen sind vielerorts indifferent bis offen ablehnend der Revolution gegenüber. Sie begehen damit einen Verrat an ihren eigenen Idealen. In Spanien waren es Stalins Anhänger*innen, die der Bewegung in den Rücken fielen. Heute stehen die, die das Erbe der damals Verratenen mit sich tragen, in der Verantwortung, Rojava nicht allein zu lassen. Vor allem im letzten Jahr sind mehr und mehr Freiwillige aus aller Welt, meist einzeln oder in kleinen Gruppen, nach Rojava gekommen, um zu helfen, zu kämpfen und zu lernen. Viele von ihnen sind ihren libertären Idealen gefolgt, jetzt arbeiten sie in Krankenhäusern und Kunstprojekten, helfen als Übersetzer*innen, drehen Filme oder kämpfen in der YPG.

Was würdest du derzeit von einer internationalen Solidaritätsbewegung erwarten, was für eine Rolle kann die Solidaritätsbewegung hier einnehmen und was wird am dringendsten benötigt?

Wir brauchen drei Dinge. Zuerst muss Rojava bekannter werden. Über alle Medien, durch Kunst und Aktionen muss weltweit eine breite Öffentlichkeit erfahren, was in Rojava tatsächlich vor sich geht. Was dort jenseits des Krieges gegen Daesh stattfindet muss allen Menschen deutlich werden. Zum Zweiten materielle Hilfe. Geldspenden sind wichtig, auch Material wie Medikamente, Maschinen und Fahrzeuge wird gebraucht, kann aber aufgrund des Embargos oft nicht über die Grenze gebracht werden. Dennoch ist jede Spende wichtig. Zahllose Gruppen suchen nach internationaler Unterstützung, um Kooperativen aufzubauen, ökologische Technologien zu etablieren, die Jugendarbeit zu stärken oder gesundheitliche Bildung zu organisieren. Dies sind nur ein paar von

vielen Bereichen, in denen Hilfe gebraucht wird. Als grenzenlose Koordination stellen wir Kontakt zu den Organisationen in Rojava her, sodass Genoss*innen und Soligruppen konkrete Projekte unterstützen können und sich mit Menschen in Rojava unmittelbar austauschen. Drittens brauchen wir Freiwillige, die herkommen, um die Revolution mit umzusetzen. Wir brauchen Ingenieur*innen und Ärzt*innen, Techniker*innen und Spezialist*innen, Erfinder*innen und Künstler*innen. Vor allem aber brauchen wir begeisterte Leute, die an die Revolution glauben. Auch ohne Vorkenntnisse gibt es hier genug zu tun und was mensch noch nicht kann, kann mensch hier lernen. Das Äquivalent zu den Brigaden in Nicaragua sind hier die Lions Of Rojava. Auf ihrer Webseite kann man sich als Freiwillige*r melden und weitere Informationen erhalten: www.thelionsofrojava.com. Es gibt noch einen vierten Schritt, doch der sprengt den Rahmen klassischer Soliarbeit. Es ist der Aufbau kommunaler Strukturen überall auf der Welt, mit Rojava als Vorbild, angepasst an die jeweiligen regionalen Bedürfnisse. Staat und Herrschaft können nur weltweit überwunden werden. Ihr Fortbestehen ist mit der demokratischen Moderne nicht vereinbar. Bildung und Wirtschaft, Gesundheit und Glaube, Kultur und Sicherheit - die Antworten auf all diese Bedürfnisse müssen den Herrschenden entrissen und auf lokaler Ebene neu erfunden werden.

Gibt es irgendetwas, das du gerne noch mitteilen möchtest?

Die Verteidigung der Revolution vonseiten von Staaten zu erwarten ist in etwa so absurd, wie einen katholischen Priester zum Gleichstellungsbeauftragten zu machen. Wenn Rojava nur von Staaten verteidigt wird, wird die Revolution untergehen. Nur wenn es nichtstaatliche Kräfte sind, die Rojava und die Rätebewegung unterstützen, kann der Staat überwunden werden. Nur wenn die Solidarität freiheitlich und antiautoritär ist, können wir die Hegemonie der Herrschaft zerschlagen. Die Revolution von Rojava und Mesopotamien ruft jeden freiheitsliebenden Menschen der Welt in die Pflicht. Wer auch immer glaubt, dass unser Leben jenseits von Arbeiten, Konsumieren und Sterben noch einen höheren Sinn hat, ist herzlich eingeladen. Die Utopie der Freiheit lag zu lange zerschlagen vor unseren Füßen. Bauen wir sie neu auf!

(aus: Gai Dao, Nr. 59, November 2015)

Gedanken über Rojava: Ein Interview mit Janet Biehl

Voller Bewunderung, aber nicht ohne Kritik: Janet Biehl gibt Einblicke in einige ihrer Eindrücke über die Revolution von Rojava nach ihren jüngsten Besuchen in dem Gebiet.

Von: Zanyar Omrani (ROAR-Magazine, 13. Januar 2016) / Übersetzung: madalton&Ben

In diesem Interview spricht der Independent-Filmmacher und Journalist Zanyar Omrani mit Janet Biehl über ihren verstorbenen Lebensgefährten Murray Bookchin, ihre Reisen nach Rojava und über die wichtige Frage, wie Machtstrukturen von unten nach oben aufgebaut werden können ohne die Umkehr des Vorgangs im Laufe der Zeit zu riskieren.

Janet Biehl bereiste Rojava im letzten Jahr zweimal und schrieb umfangreich über ihre Erfahrungen und Beobachtungen, während sie die autonomen Kantone in Nordsyrien besuchte. Sie ist die Autorin des Buchs „Ecology or Catastrophe: The Life of Murray Bookchin“. ¹

Zanyar Omrani besuchte Rojava mehrere Male, bei denen er das Leben hinter den Fronten der Kämpfe gegen ISIS dokumentierte. Seine Dokumentation „Inside Kobane: Keeping Islamic State at Bay“², wurde von der BBC ausgestrahlt.

Zanyar Omrani: Erzähl uns von deiner ersten Begegnung mit der kurdischen Frage und erläutere, warum sie deine Aufmerksamkeit erregt hat!

Janet Biehl: Nach dem Tod von Bookchin 2006 schickten mir verschiedene Leute die überwältigende Würdigung der PKK an ihn, welche besagte, dass sie sich vornehmen würden „Bookchin in unserem Kampf lebendig werden zu lassen“ und „die erste Gesellschaft, die einen konkreten demokratischen Konföderalismus etabliert“ hervorzubringen 2011 lud mich der kurdische Öko-Aktivist Ercan Ayboga ein, am Mesopotamischen Sozialforum in Diyarbakir teilzunehmen, welches er organisiert hat. Er dachte, die Bewegung und ich hätten sich gegenseitig Dinge zu sagen. Er lag richtig.

Beim Mesopotamischen Sozialforum fand ich eine voll entwickelte soziale Bewegung in Gange, die von Aktivismus und Vorstellungen von Ökologie und Geschlechtergerechtigkeit und vielem anderen überschäumte. Ich sah ältere patriarchal-aussehende Männer, die dasaßen und gespannt einer 20-jährigen Frau zuhörten, welche über Ehrenmordausschüsse sprach. Ich dachte, etwas ist hier im Gange.

Seitdem habe ich mitgeholfen zwei Bücher über dieses Thema aus dem Deutschen ins Englische zu übersetzen: „Demokratische Selbstverwaltung in Nordkurdistan“³ von einer Gruppe deutsch-kurdischer Solidaritätsaktivist*innen, welche rund um Bakur (Nordkurdistan) herumgereist sind um die gegründeten Organe der demokratischen Selbstverwaltung zu erforschen; und „Revolution in Rojava“⁴, mitverfasst von Ercan Ayboga, der mich ursprünglich zum Kongress einlud. Dieses Buch wird bei Pluto Press irgendwann 2016 erscheinen.

Im Dezember 2014 hatte ich die Gelegenheit, als Teil einer akademischen Delegation selbst nach Rojava zu reisen. Wir waren 10 Tage lang dort.

Erzähl uns mehr über deine erste Reise nach Rojava. Wurde die Realität deinen Erwartungen gerecht?

Ich hatte die deutschsprachigen Berichte übersetzt, deshalb war ich vorab ziemlich gut informiert. Jedoch konnte mich nichts auf den Anblick von 1,65m großen uniformierten Frauen vorbereiten, die lässig Kalashnikovs hielten – unsere allgegenwärtige Eskorte. Und nichts konnte mich darauf vorbereiten, tatsächlich Zeugin einer Revolution zu werden. Zum ersten Mal sah ich, wie die geballte Macht des kollektiven menschlichen Willens eine soziale Ordnung in so kurzer Zeit transformieren kann. Und die vielen Bilder von Öcalan waren hier ganz offen, anders als in der Hütte in Diyarbakir – sie waren an den Wänden von beinahe jedem Raum.

Ich traf Menschen, die vom bisherigen Regime eingesperrt und gefoltert worden sind und trotz alledem mit ihren Tätigkeiten weitermachten bis sie dieses Projekt verwirklicht hatten. Meine Delegationen sprachen mit Organisierenden von Tev-Dem und Yekîtiya Star; die Revolutionäre hatten so viel getan, um die Räte und andere Institutionen aufzubauen. Als Murray noch lebte, hatte ich revolutionäre Geschichte studiert und ihm geholfen, Bücher darüber zu schreiben. Aber vor meinen eigenen Augen solch einen Vorgang zu sehen war außergewöhnlich.

Kommunen, Tev-Dem, 22 Kantonsministerien, Kommunalverwaltungen, Gerichte – all diese Institutionen setzen die Ideen in die Praxis um, welche zuvor nur auf dem Papier existierten. In welchem Ausmaß hat das, was du in Rojava gesehen hast, mit Bookchins Denken übereingestimmt?

Mit den zwei Delegationsreisen (die zweite war im Oktober 2015), hielt ich mich insgesamt 13 Tage in Rojava auf und die Leute, die mit uns sprachen, gehörten der politischen Klasse an. Deshalb, musst du wissen, basiert alles, was ich zu sagen habe auf dem, was mir erzählt worden ist, von Leuten, die wussten, indem sie zu unserer Gruppe von angereisten Außenstehenden sprachen, dass sie mit der Welt kommunizierten.

Beinahe jede*r erwähnte, dass das Rojava-Projekt über keinen Staat verfügt und gegen den Staat gerichtet ist. Das Assad-Regime hatte die Region wirtschaftlich unterentwickelt gehalten, während der Kapitalismus also gegenwärtig ist, hat er die Gesellschaft nicht gestaltet und die politische Klasse verschreibt sich dem Entwickeln einer kooperativen Wirtschaftsweise. Vom Regime aufgegebene Ackerflächen wurden in landwirtschaftliche Kooperativen umgewandelt. Darüber hinaus ist die Gesellschaft der drei Kantone kommunalistisch, erläuterten die Leute, sowohl in der Praxis als auch ideologisch und eben nicht individualistisch wie die Vereinigten Staaten. Die Institutionen der demokratischen Selbstverwaltung, welche die Leute beschrieben, entsprachen in vielem, was Bookchin sich vorgestellt hatte (unter dem Begriff libertärer Munizipalismus). An der Basis des demokratischen Konföderalismus steht die Versammlung der Bürger*innen (bei Bookchin) oder Kommune (in Rojava). Die Kommune entsendet Delegierte zum konföderativen Rat auf der Ebene der Nachbarschaften und der Nachbarschaftsrat schickt Delegierte zum Kreis und der Kreis zum Kanton. In dieser mehrstufigen Struktur fließt die Macht von unten nach oben, wie Bookchin es beschrieben hat.

Wurde die Vision Wirklichkeit? Im Dezember 2014 wurde ich Zeugin einer Kommuneversammlung in Qamislo. Im Oktober 2015 fuhr meine Delegation nach Amude, dem Sitz der kantonalen Stufe der demokratischen Selbstverwaltung, wo wir Hakam Khello trafen, dem Vorsitzenden des legislativen Rates. Ich fragte ihn wie viele Kommunen es gibt. Er antwortete mir, es gäbe 4000 in den befreiten Gebieten, inklusive arabischer Dörfer und aller anderen Ethnien.

Manche Dinge waren nicht wie bei Bookchins Denken. Am auffallendsten räumte Bookchin Frauen nicht die Priorität ein, wie Öcalan es getan hat. Bookchin war gegen jegliche Hierarchien, Öcalan jedoch verleiht der Unterdrückung der Frauen herausragendes Gewicht und er schreibt Frauen eine eigene oder sogar Vorreiterrolle zu. Bookchin schrieb Frauen solch eine Rolle nicht zu oder rief zu 40%-Geschlechterquoten auf oder doppelt besetzte Leitungspositionen.

Um ganz genau zu wissen, ob die Macht von unten nach oben fließt, würde ich den Entscheidungsprozess miterleben müssen, der in einem Kommunitreffen vonstatten ging, ihn dann zum Nachbarschaftsrat mitverfolgen, dann den Kreisrat und auf Kantonebene. Leider verfügte ich aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse nicht über diesen Zugang, deshalb werde ich für solche Informationen von den Rechercheleuten abhängig sein müssen.

Können deiner Meinung nach die gesetzgebenden und ausführenden Institutionen in Rojava neben der Vorherrschaft der Partei der Demokratischen Union handlungsfähig sein?

Meine Delegation vom Oktober 2015 traf sich auch mit dem Premierminister des Kantons Cizre, dem Anwalt Akram Hesso. Ich fragte ihn, ob die Macht in diesem System von unten nach oben fließt oder von oben nach unten. „Wir übernehmen die Vorstellungen und Bedürfnisse, die uns die Leute an der Basis geben“, sagte er durch eine dolmetschende Person, „und wir untersuchen diese Ansichten um zu sehen, ob es möglich ist, sie in einem Gesetz zu verabschieden, die Vorstellungen der Leute in praktikable Gesetze und Entscheidungen zu übertragen.“ Ich kam nicht umhin, festzustellen, dass dies nicht wirklich dasselbe darstellt wie die Ausführung der Grundsatzentscheidungen der Basis.

Deshalb fragte ich, wie ihr die Vorstellungen der Leute erhaltet? „Wir haben kleine Kommunen in den Nachbarschaften“, sagte er. „Ortsansässige Institutionen, eine Volksvertretung, einen exekutiven Rat. Die Menschen drücken ihre Bedürfnisse aus, Schritt für Schritt aufwärts in einer Pyramide.“

„Werden bald Wahlen abgehalten?“, fuhr ich fort. „Wir hatten dieses Jahr Wahlen in den Gemeinden“, antwortete er, „aber Parlamentswahlen werden aufgeschoben wegen der Angriffe des IS in Kobane und überall sonst.“

Werden die Wahlen abgehalten laut der Duhok-Vereinbarung von Ende 2014? fragte ich, indem ich mich auf die Vereinbarung bezog, in welcher die in der PYD zusammengeschlossenen Parteien und die in dem Kurdischen Nationalrat (ENKS)⁵ zusammengeschlossenen Parteien zugestimmt haben, die gleiche Menge Sitze im Parlament zu teilen. „Das Duhok-Abkommen bezieht sich nur auf die kurdischen Parteien. Wir unterstützen dieses Abkommen, wir haben kein Problem damit.“

„Beinhaltet dieses Exekutivgremium, von welchem du geleitet wirst, auch nicht-PYD-Parteien?“, fragte ich. „Die Kurd*innen haben zwölf Parteien innerhalb der Selbstregierung. Die demokratische Selbstverwaltung ist für alle Parteien offen. Ich bin Mitglied von ENKS.“

Mir war dies nicht bekannt und ich hielt einen Moment inne um die Überraschung zu erfassen. Später fand ich diese Beschreibung⁶ wie Hesso Premierminister geworden ist: Vor acht Monaten, erläuterte er einem IPS-Berichterstatte, „wir hielten einige Versammlungen ab bis ein Ausschuss von 98 Mitgliedern, welche die verschiedenen Gemeinschaften repräsentieren, gebildet worden ist. Sie waren verantwortlich für die Wahl der 25 von uns, welche die heutige Regierung bilden.“ Wie jene Gemeinschaft der 98 ausgewählt wurde ist unklar. Aber

lass uns zurück zu Amude kommen.

Um dies weiterzuverfolgen fragte ich, „Leute sagen, die PYD ist beherrschend und unterdrückend. Was meinst du dazu?“ Er antwortete: „Die PYD ist eine kurdische Partei wie jede andere Partei hier. Sie verfügt über Sitze im Parlament, sie ist sehr beliebt, aber sie herrscht nicht.“

„Warum gibt es hier an der Wand kein Bild von Öcalan?“, fragte eine*r meiner Gefährt*innen der Delegation, indem er*sie sich auf das kantonale Regierungsgebäude bezog. „In der demokratischen Selbstregierung repräsentieren wir alle Menschen,“ sagte Hesso, „alle Fachbereiche und Anführer*innen, viele Schulen, keine Bilder. Die demokratische Selbstregierung respektiert die Vorstellungen aller, einschließlich der ENKS. Die Menschen können Fotos von Öcalan in ihrem Zuhause haben, aber nicht in Regierungsgebäuden.“

Am nächsten Tag, als Hesso den New-World-Gipfel in Derik thematisierte, sprach er mit voller Hingabe von der Revolution: „Unsere Revolution ist von Hingabe und Widerstand gekennzeichnet. Hier haben wir die Gleichberechtigung der Frauen, in der demokratischen Selbstregierung und in den Frauenausschüssen. Unsere Revolution ist für die gesamte Menschheit. Wir haben Ausschüsse für Menschenrechte und Religion. Eine neue Gesellschaft wird auf dem Blut unserer Märtyrer*innen erbaut. Die demokratische Selbstregierung verlässt sich auf die YPG, YPJ, Sotoro Asayis – sie alle schützen Rojava.“

Welche Strategien hast du um solche Macht zu verringern? Mit anderen Worten: Welche demokratischen Garantien können die Impfung der Beschlüsse, die von oben herab erfolgen, verhindern?

Die Menschen in Rojava scheinen sich der Gefahr sehr bewusst, dass ein von unten nach oben organisiertes System sich in ein von oben nach unten organisiertes System umwandeln kann. Dies passierte doch in Russland. 1917 sollte das mehrstufige Rätssystem, oder die Gremien, in ganz Russland ursprünglich die Macht von der Basis zum Gipfel tragen. Aber sobald die Bolschewiki an die Macht kamen, waren sie in der Lage, jene Institutionen als Verbindungen für Macht von oben nach unten zu benutzen, tatsächlich für totalitäre Herrschaft.

Du fragtest nach Garantien – mein lieber, wir sprechen über menschliche Gesellschaften, nicht über Gesetze oder Physik. Es gibt keine Garantien. Es gibt keine mathematische Formel, die besagt, falls diese Bedingungen zutreffen, dann ist die Demokratie in all ihrer Reinheit sichergestellt anzudauern.

Bookchin dachte eine Menge über dieses Problem nach und eines seiner beharrlichsten Argumente war, dass die Gesellschaft die Trennung von Politik und Verwaltung sicherstellen muss. Einzig die Bürger*innen in Versammlungen könnten Entscheidungen zu politischen Fragen treffen. Die Rolle der föderativen Räte ist lediglich, jene Beschlüsse zu verwalten und auszuführen. Sobald die Räte anfangen, Beschlüsse zu fassen, gibt es keinen Machtstrom von unten nach oben mehr.

Zweitens müssen Delegierte zu den föderalen Räten mandatiert und abberufbar sein. Ihre einzige Funktion ist die, politischen Beschlüsse, die von den Bürgerversammlungen gefasst worden sind, an die höheren Stufen zu übermitteln. Falls sie dies nicht tun, können die Menschen sie abberufen. Falls es den Delegierten erlaubt wird über ihr Mandat hinaus zu gehen, dann verlieren wir den Machtstrom von unten nach oben.

Als in Amude meine Delegation mit Hakan Khello sprach, dem PYD-Vorsitzenden des kantonalen gesetzgebenden Rates, betrachteten wir es von einem praktischen Gesichtspunkt. Angenommen die verschiedenen Gemeinden in einer Nachbarschaft stimmen einer bestimmten Frage nicht zu, fragte jemand aus meiner Gruppe, und ihre unterschiedlichen Delegierten im Nachbarschaftsrat reflektieren diese Uneinigkeit und diesen Konflikt. Wie würde die Frage gelöst werden?

Der Nachbarschaftsrat würde entscheiden müssen, erklärte Khello, aber die endgültige Entscheidung könnte auf der Ebene des Kantons getroffen werden. Welche Kriterien um eine Entscheidung zu treffen?, fragten wir. „Die Entscheidung muss in Einklang mit dem Gesellschaftsvertrag stehen“, antwortete er, und verwies auf schriftliche Verfassung⁷, durch welche die Gesellschaft geregelt ist. Beispielsweise „die Freiheit der Frauen stellt hier ein maßgebliches Grundrecht dar“, sagte er, und dasselbe gilt für die Ökologie. „Wir beziehen uns auch auf die internationalen Menschenrechtskonventionen und Kinderrechtskonventionen. Diese gestalten unser Leben.“

Ich fand dies beruhigend – die grundlegenden Prinzipien der Gesellschaft schwarz auf weiß zur Hand zu haben, als Empfehlung bei der Entscheidungsfindung. Welche anderen Mittel probiert ihr um das von-unten-nach-oben vor dem Wandel in ein von-oben-nach-unten zu bewahren?, fragte ich Khello. „Die örtlichen Gemeinden befassen sich nur mit lokalen Fragen“, antwortete er. „Der gesetzgebende Rat diskutiert Fragen, welche mit allen Menschen im Kanton in Beziehung stehen.“

Ja, ich habe andere in Rojava ebenfalls diese Prinzipien aussprechen gehört: Diese Beschlüsse zu einer Frage werden auf der ortsnächsten Ebene gemacht, die zuständig ist es zu behandeln. Wenn eine Gemeinde zuständig ist, eine Frage zu behandeln, beispielsweise ausfindig zu machen wo eine Schule gebaut werden soll oder wie lange und an welchen Stunden der Strom laufen soll, dann macht die Gemeinde es so. Und die höheren Ebenen sollten sich nicht einmischen. So werden die Institutionen nahe an den Leuten gehalten, so behalten die Leute die Kontrolle über die Fragen, die sie am unmittelbarsten betreffen und es hält die Entwicklung von Bürokratie ab. Es stellt eine Form dar, damit eine Demokratie für die Menschen ansprechbar bleibt. (Es erinnert mich ein wenig an

das Prinzip der „Subsidiarität“ in der katholischen sozialen Denkweise.)

Aber kann dieser lokale Blickwinkel wirklich effektiv sein die Macht von unten nach oben zu halten?, frage ich mich. Im Grunde genommen sollten die Menschen, die sich in den Gemeinden treffen, genauso eine Stimme in kantonweiten Angelegenheiten haben. Fragen über Krieg und Frieden betreffen beispielsweise alle – warum sollten die Straßen- und Nachbarschaftsversammlungen keine Stimme haben? Mich beunruhigt dies, wenn alle kantonweiten Angelegenheiten den kantonweiten Räten zugeordnet wird, könnte sich die Macht an der Spitze bündeln.

Am Tag nachdem die Delegation sich mit Khello getroffen hat, hielt ich eine Rede über den libertären Kommunalismus oder demokratischen Föderalismus auf dem New Word-Gipfel. Und als ich geendet hatte, erhob sich eine Hand in der ersten Reihe und es war Khello selbst, und er gab meine eigene Frage an mich und meinen Podiumsgast, Cizres bemerkenswerte Vizeaußenministerin Amine Osse zurück: Wie kann das bottom-up-Prinzip (von-unten-nach-oben) vor dem Wandel zum Top-down (von-oben-nach-unten) bewahrt werden?

Osse sprach über die Wichtigkeit der Selbstverpflichtung auf die Prinzipien der Demokratie. Ich stimmte zu und fügte an, was Bookchin oft gesagt hat: „Es gibt keinen Ersatz für Bewusstsein.“ Die Menschen müssen sich den Ideen und dem Verlauf verpflichten und beitragen, dass es funktioniert und sie müssen aufmerksam bleiben. Wenn die Leute sich nicht verpflichten, wenn sie gleichgültig sind, dann wird automatisch, im Lauf der Dinge, die Macht von oben nach unten fließen.

Ich möchte hier eine andere Sache erwähnen, die für die Gewährleistung eines Machtflusses von unten nach oben entscheidend scheint und transparent ist. Alle Unterlagen und Beschlüsse und Wahlergebnisse müssen öffentlich verfügbar sein, alle ökonomischen und sonstige Informationen für die Entscheidungsfindung. Alles muss transparent sein. Wenn die Menschen beginnen, Geheimnisse vor anderen Leuten zu haben, können die Menschen keine anständigen Entscheidungen treffen, und wenn andere hinter den Kulissen Entscheidungen treffen, die auf geheimen Informationen beruhen, dann haben wir keine Versammlungsdemokratie mehr.

Zu demselben Thema bietet mein Freund Zaher Baher schon einen wesentlichen Gesichtspunkt. „Die einzige Hoffnung für Rojava ist Tev-Dem“, erzählte er mir einmal, als er sich auf die Organisation bezog, welche die verschiedenen Graswurzelzusammenhänge vertritt. Zaher denkt, dass Tev-Dem das Instrument für die Übermittlung der Wünsche der lokalen Gruppe an die föderierten Räte sei. Ich denke seine Aussage ist gut getroffen: Rojava verfügt über viele zivile gesellschaftliche Zusammenhänge, und ein Großteil der Stärke der demokratischen Gesellschaft wird in deren Stärke liegen.

Denke ich, dass dieses System in Rojava genauso ist, wie Bookchin es sich vorgestellt hat? Nicht genauso, aber vielleicht liegt dies hinter den Fähigkeiten von echten Menschen. Aber die Leute ringen mit den Problemen der Umsetzung, welche Bookchin, als Theoretiker, niemals voraussah, und ich denke, dass sogar die Fehler, welche die Menschen in Rojava machen könnten, relevant für die zukünftige Bedeutung jener Ideen sind.

Offensichtlich haben die gesetzgebenden und die ausführenden Organisationen einige Pflichten und freie Wahlen gehören in den meisten Gebieten dazu. Denkst du nicht, dass es einen Machtfaktor jenseits gesetzlicher Regelungen gibt mit einer Macht, welche jegliche Beschlüsse blockieren kann, die nicht vereinbar mit ihren Vorteilen aussehen?

Mit Machtfaktor jenseits gesetzlicher Regelungen, denke ich, meinst du die PKK. Natürlich verbrachten viele der politischen Akteur*innen von Rojava Zeit im Qandil-Gebirge und haben Verbindungen mit der PKK, aber sie sind sehr bemüht jegliche aktuelle aktive Verbindung zu vermeiden. Du scheinst mich zu fragen, was hinter den Kulissen passiert und ich habe sicherlich keine Möglichkeit, es zu wissen.

Der amerikanische Professor der kurdischen Wissenschaften Michael Gunter schreibt in seinem Buch „Aus heiterem Himmel: Die syrischen Kurd*innen in Zeiten des Friedens und des Kriegs“, er denke, das bottom-up-System funktioniert nicht und dass die PKK wirklich alles in Rojava hinter den Kulissen betreibt. „Tatsächlich sind die Führung der PKK im Qandil-Gebirge und Abdullah Öcalan in Imrali diejenigen, welche in Wirklichkeit mittels verschiedener PKK/PYD-Anführer*innen herrschen, die zuständig für verschiedene Gebiete sind.“ Welchen Nachweis führt er für solch eine Behauptung an? „Seit September 2013 wurde berichtet, dass Shahin Cello aus Kobane der Oberbefehlshaber aller militärischer Einheiten der PYD/YPG in Syrien sei. Vorher war er Mitglied des PKK-Zentralrats und ein führender Funktionär in Europa.“

Ja, die Anwesenheit früherer PKK-Militärs ist zweideutig. Aber die YPG und YPJ sind Teil des Systems Rojava; sie sind verantwortlich für die demokratische Selbstregierung und sie funktionieren demokratisch – ihre Befehlshaber*innen wurden von der Masse gewählt.

Des Arguments wegen lasst uns annehmen, es sei wahr, dass die PKK den Laden schmeißt. Das würde ein Problem darstellen, weil die Geschichte uns lehrt, dass Krieg mittels einer befehlshabenden Struktur eine Gesellschaft autoritärer werden lassen kann – gerade auch eine Gesellschaft, die sich zu radikaler Demokratie verpflichtet hat. Militärische Beschlüsse werden gewiss jeden Tag getroffen. Und auf den höheren Ebenen der Verwaltung Cizres stehen viele einfallreiche und erfahrene Leute wie Co-Ministerpräsident*innen Hadiya Yousef und Sheikh Jumeydi Denham und der Premierminister Hesso und Ratspräsident Khello und weitere – die obere Schicht

scheint ziemlich zahlreich, ohne Zweifel wegen des Kriegs. Stellen wir uns vor, dass sie die von unten nach oben artikulierten Wünsche der Einwohner*innen ausführen, ohne ihr eigenes Ermessen auszuüben? Warum sind dann talentierte, einfallreiche Leute an der Spitze?

Aber es ist nichts falsch an Führung von erfahrenen Leuten, so lange jene Führungspersonen der Basis verantwortlich sind. Wenn die Basis sie weiterhin wieder wählt, dann stellt dies ebenfalls Demokratie dar.

Und die Geschichte lehrt uns noch etwas über Kriegszeiten: Dass es die Demokratie auch erweitern kann. Eine Gesellschaft im Krieg fordert die Menschen auf für sie zu kämpfen und möglicherweise zu sterben. Dies trifft insbesondere auf Gesellschaften ohne technisch ausgereifte Militärtechnologie wie Rojava zu, die sich auf bewaffnete Soldat*innen und eben nicht auf Drohnen oder Kampfjets stützen. Denke an das antike Athen – die Hopliten, die Armeekämpfer, waren ebenso die Bürger in der Versammlung, der ekklesia. Und als Militärruderer für die Marine gebraucht wurden, für die Triremen, wurde die demokratische Teilhabe auf die unteren Klassen ausgeweitet.

Deshalb gestehen Gesellschaften im Krieg paradoxerweise demokratische Merkmale zu oder erweitern diese. Es stellt eine Art Gesellschaftsvertrag dar. Die Tatsache, dass die Gesellschaft der drei Kantone ihre Leute mobilisieren muss um Krieg gegen den IS zu führen ist aktuell eine Zugkraft zugunsten der Demokratie. Die Menschen müssen dem Krieg zustimmen, an ihm teilnehmen, ihn bekämpfen und bereit sein, ihre Leben oder das ihrer Familienmitglieder dafür zu opfern.

Ungeachtet dessen, ob die PKK hinter den Kulissen militärische und andere Entscheidungen trifft oder nicht trifft, muss es ein Krieg der Menschen sein und die Menschen müssen ihn kämpfen mittels ihrer Selbstregierung. Und „die Menschen“ schließt natürlich Kurd*innen, Araber*innen, Syrier*innen, Turkmenier*innen und all die anderen Gruppen mit ein. Wenn für nichts weiteres, um der Mobilisierung willen muss die Demokratie etwas Realität haben.

Als ich die Berichte deiner letzten Reise las, bemerkte ich in deinem Schreiben, dass du einige Ängste oder Bedenken über etwas von den Dingen, die du in Rojava gesehen hast, ausgedrückt hast. Ich würde mich freuen, wenn du ausdrücklich sagst, was dich so beunruhigt hat.

Du beziehst dich sicher auf meinen Artikel „Die Paradoxien einer befreienden Ideologie“⁸. Ideologie, schrieb ich, stellt eine mächtige Kraft in Rojava dar und ich denke ein Engagement für Öcalans Ideologie war eine Hauptkraft bei der Erschaffung der Gesellschaft und dass sie weiterhin zusammengehalten wird, und gleichzeitig stärkt die Gesellschaft sie.

Rojava ist eine überschaubare Gesellschaft, vom Rest der Welt durch das Embargo abgeschnitten, von der türkischen Feindschaft und vom Krieg bedrängt. Der Grad der kommunalen Solidarität ist hoch und die Menschen scheinen dieselben Bestrebungen zu teilen. Sie leisten Unterstützung und bekämpfen den Krieg und erreichen wie die YPG und YPJ Siege, die Unterstützung muss bestimmt wachsen. Jene Siege begründen die Demokratie und möglicherweise sichern sie ihre Zukunft.

Aber in jeder Gesellschaft reagieren die Menschen auf unterschiedliche Weise auf eine regierende Ideologie, wie ich erwähnt habe. Einige sind sehr enthusiastisch von dem derzeitigen System, andere gehen damit passiv mit, manche haben keine Meinung dazu und ein paar werden sogar rebellieren, weil es in ihrer Natur liegt zu rebellieren, und manche werden echte Probleme aufzeigen mit der Art, wie die Dinge sind.

Bookchin sagte üblicherweise, dass es in jeder politischen Gruppe oder jedem System immer eine Linke, eine Rechte und eine Mitte gibt – sogar die perfekte Gesellschaft wird diese Bandbreite aufweisen. Es gibt keinen Punkt zu versuchen darum herum zu kommen, indem andere Teile des politischen Spektrums abgelehnt werden oder versucht wird, sie zu beseitigen. Es wird immer Menschen geben, die dem vorherrschenden Konsens widersprechen, oder es sollte sie geben und die Frage ist, was die Gesellschaft gegen sie unternimmt. Ich denke jede Gesellschaft muss das gesamte politische Spektrum berücksichtigen und jene, welche Standpunkte haben, müssen fähig sein, ihre Positionen zu verteidigen.

Ich finde alles paradox, weil Ideologie ist notwendig um die Menschen zu bilden und zu motivieren eine Revolution durchzuführen, aber sie darf nicht unterdrückend und werden und Gleichförmigkeit durchsetzen. Im 20. Jahrhundert hatte die Welt eine Menge Erfahrungen mit Gesellschaften, die auf Ideologie gründeten. Eine Sache, die wir alle gelernt haben, ist, dass Widerspruch lebensnotwendig für eine gesunde politische Ordnung ist. Rojava wird fähig sein müssen, individuelle Verschiedenheiten handzuhaben, einschließlich politischer Unterschiede.

Britische und deutsche Flugzeuge sind mittlerweile am syrischen Himmel zu sehen. Dieser Stellvertreterkrieg wird von Tag zu Tag schlimmer. Denkst du, dass die Offiziellen in Rojava bei ihrem dritten Weg bleiben können, den sie beanspruchen?

Ursprünglich war der dritte Weg „weder Assad noch die freie syrische Armee/Al-Nusra-IS“. Jetzt, wo Russland sich am syrischen Krieg beteiligt, haben wir einen weiteren dritten Weg – „weder die USA/Großbritannien noch Russland“. Ich denke es ist vernünftig, insbesondere seitdem die Kurd*innen wiederholt ihre enorme militärische

Wichtigkeit als Bodenkämpfer*innen gezeigt haben. Dies gibt ihnen für beide Seiten ein Druckmittel, für die USA und Russland, und sie sollten es einsetzen.

Wenn Herr Bookchin am Leben wäre, wie würde er deiner Meinung nach über die Erfahrungen der Leute in Rojava denken?

Ich denke, er würde sooft wie möglich nach Rojava reisen und sich beteiligen sowie Rat, Inspiration und Mithilfe anbieten. Er würde versuchen mitzuhelfen, dass die Demokratie funktioniert. Er würde den Nahen Osten bereisen um die Revolution über die kurdischen Gebiete hinaus überall in der Region zu verbreiten. Und er würde darüber zur Außenwelt sprechen, zu jeder Person, die zuhört. Dies zu tun haben alle, die dort zu Besuch waren, als moralische Pflicht.

Janet Biehl war Murray Bookchins Lebensgefährtin und Mitarbeiterin in den letzten 19 Jahren seines Lebens. Sie ist die Autorin von „Ecology or Catastrophe: The Life of Murray Bookchin“⁹, veröffentlicht im Oktober 2015 von Oxford University Press.

(aus: *Gai Dao*, Nr. 63, März 2016)

Anmerkungen

- 1 <http://www.amazon.com/Ecology-Catastrophe-Life-Murray-Bookchin/dp/0199342482>
- 2 https://www.youtube.com/watch?v=Vk36pP_yD-Q
- 3 <http://new-compass.net/publications/democratic-autonomy-north-kurdistan>
- 4 <http://www.rosalux.de/publication/41353/revolution-in-rojava.html>
- 5 Parteienbündnis, das der Partei des Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan im Irak, Masud Barzani, nahesteht.
- 6 <http://www.ipsnews.net/2014/10/democracy-is-radical-in-northern-syria/>
- 7 <http://peaceinkurdistancampaign.com/charter-of-the-social-contract/>
- 8 <http://www.biehlonbookchin.com/paradoxes-liberatory-ideology/>
- 9 <https://www.facebook.com/bookchinbiography>

Quelle: <https://roarmag.org/essays/janet-biehl-interview/>

In eine Geisterstadt kehrt Leben ein

Von: *Karakök Autonome*

In Kobanî herrscht eine surreale Atmosphäre. Häusersäulen ragen vereinzelt zwischen Trümmern aus dem Boden. Weisse Fragmente von einst weissen Häusern inmitten der gelben, trockenen Erde und weissem Asphalt. Kissen, Wandbilder und Stühle zwischen den Trümmern zeugen davon, dass hier mal gelebt wurde, gegessen wurde, Besuch empfangen wurde. Kobanî ist still, es fliegen keine Flugzeuge mehr über der Stadt, es werden keine Bomben mehr abgeworfen. Gleichzeitig durchbrechen Rufe von spielenden Kindern die Stille, mitunter erste Autos auf den Strassen, manchmal sogar Musik und Gesänge von Menschen, die ihre Rückkehr in die Stadt feiern, Gespräche von Menschen, die in den Ruinen ihrer ehemaligen Häuser sitzen und Tee trinken.

Noch bis vor kurzem war die Stadt menschenleer – bis auf die Kämpfer_innen* der YPJ und YPG. Wie uns mehrere von ihnen erzählen, seien zu Krisenzeiten 120 Personen hier verblieben, welche die Stadt gegen Tausende von Daesh**-Kämpfern verteidigen mussten. Nur drei Strassen seien nicht in den Händen der Daesh gewesen. Vier Ärzte seien während des ganzen Krieges hier geblieben, um die Verletzten zu versorgen. Sie sind noch immer hier, gönnen sich seit sieben Monaten keine Pause.

„Das grösste Problem ist das Spitalgebäude“

In Kobanî gibt es aktuell 2 Spitäler: ein ziviles für die Bevölkerung und ein militärisches für die Kämpfer_innen der YPJ und YPG. Das ehemalige Krankenhaus wurde im Krieg zerbombt. Zur Behandlung der verletzten Kämpfer_innen wurde ein Spital errichtet, welches im unterirdischen Teil eines zweistöckigen Gebäudes beherbergt ist – mit gutem Grund. Beim Eingang zum Hof des Gebäudes prangt eine zerbombte Türe – das Überbleibsel eines Selbstmordattentats eines Daesh-Kämpfers. Das Zentrum ist zwar befreit, aber rundherum sind weiterhin Kriegsfrenten im Osten, Westen und Süden. Sicher ist das Leben in Kobanî noch nicht.

Das Spital ist angesichts der erschwerten Bedingungen erstaunlich gut eingerichtet: es gibt Medikamente, Naht- und Verbandsmaterial, ein BV-Röntgengerät, ein Ultraschallgerät, ein Labor zur Bestimmung von Blutwerten. Viele Notinterventionen können hier stattfinden: Wundversorgung, medikamentöse Behandlung von Infektionen, kleinere Operationen wie beispielweise das Entfernen von im Körper verbliebenen Geschossen oder Anlage eines Fixateur externe bei Frakturen. Für grössere Eingriffe müssen die Patient_innen mit der Ambulanz in weit entfernte Gebiete innerhalb der türkischen Staatsgrenzen transportiert werden; der Grenzübertritt ist je nach Grenzpersonal entweder nicht möglich oder dauert lang, viele überleben die Fahrt nicht. Im zivilen Krankenhaus fehlt es zudem dringend an Infrastruktur für Schwangerschaftskontrollen sowie an Impfungen.

Ein Internist erzählt, das Hauptproblem sei das Gebäude. Die leitende Pflegefachfrau zeigt mir, was gemeint ist: inmitten eines Raumes, der vollgepfert mit Medikamentenschachteln ist, steht eine Plastikschüssel am Boden; diese dient als Toilette. Die Wände der beiden Patientenzimmer tragen Schusslöcher oder Pilzbefall. Nur ein Tuch trennt die Zimmer vom Rest der Klinik – eine offene Eintrittspforte für Krankheitserreger. Das Essen für die Patient_innen wird aus Ermangelung eines Kühlschranks in Holzschränken gelagert. Mit zunehmender Aussentemperatur (bis zu 50° C im Sommer) wird dies ein enormes hygienisches Problem darstellen. Ein weiteres Problem ist die Stromversorgung: diese wurde durch die Daesh lahmgelegt. Aktuell gibt es eine Übergangslösung mit ölbetriebenen Generatoren, die jedoch mit Ausnahme des Spitals und weiteren wichtigen Institutionen nur abends betrieben werden. Die Ressourcen werden nicht ewig ausreichen, um die Versorgung gewährleisten zu können.

Es fehlt an Nahrung, Wasser und Hygiene

Auch Wasser ist ein grosses Thema. Die Wasserversorgung wurde nach Deklaration der Autonomie in Rojava durch das Assad-Regime gekappt – später dann nach erneuter Installation durch die Daesh. Die YPG hat mittlerweile neue, unterirdische Wasserleitungen gelegt. Durch diese fliesst aber kein Trinkwasser. Das Wasser riecht nach Schwefel und kann auch nach Aufkochen nicht getrunken werden. Alles Wasser zum Trinken und zum Kochen kommt in Plastikflaschen von auswärts in die Stadt. Eine Katastrophe, wenn man bedenkt, dass nichts legal über die Grenze kommen kann – weder die türkische, noch die syrische Regierung haben ein Interesse daran, dass Rojava seine Autonomie beibehält, und bewachen die Grenzübergänge. Dies stellt für Lebensmittel, aber auch für Medikamente ein Problem dar. Viele Medikamente gelangen erst mit mehreren Monaten Verspätung oder gar nicht in die Stadt. Die Nahrung in der Stadt ist knapp. Abgesehen von Fladenbrot und Oliven ist alles Mangelware.

Dann sind da die Leichen. Es sind nicht mehr viele, die auf den Strassen sichtbar sind. Hie und da liegen Körperteile oder Knochen in den Ruinen, mittlerweile durch Wind und Wetter grösstenteils verwest. Sie gehören allesamt der Daesh an, da diese ihre eigenen Toten aufgrund der Niederlage nicht bergen konnte. Einmal sehen wir

den Schädel eines Daesh-Kämpfers, das Haar und der Bart noch vorhanden, daneben liegt ein Koran, den er wohl auf sich getragen haben muss. Rund 7000-8000 Leichen wurden bereits geborgen. Unter den Tonnen von Trümmern liegen nach wie vor Tausende von Toten begraben. Jetzt, wo es wärmer wird, riecht es im Vorbeigehen nach Verwesung. Bis vor kurzem hat es viel geregnet – Krankheitserreger der Toten können sich so in die Umwelt verbreiten. Kobanîs Strassenhunde und -katzen litten während der Schlacht um die Stadt Hunger und haben sich von den Toten ernährt. Die meisten von ihnen wurden bei der Rückkehr in die Stadt erschossen, um die Ausbreitung von Epidemien zu verhindern. Die, die noch übrig sind, sind traumatisiert. Hunde laufen vor uns weg, um sich hinter Autoruinen zu verstecken und uns mit geducktem Kopf und erschreckend leerem Blick anzustarren. Auf dem Dach des Frauenzentrums, ein zweistöckiges Gebäude, entdecken wir Pferdemist. Ein Pferd, das während des Krieges hier war, muss wohl vor den Bomben und dem Lärm geflüchtet sein bis hier oben; nach dem Krieg wurde sein Kadaver hier gefunden.

An vielen Stellen der Stadt lauern noch Gefahren. Die Daesh hat bei ihrem Rückzug Minen im Boden begraben – ausserhalb des Asphalts sind die Schritte gefährlich. Auch in den leeren Häusern haben sie Bomben installiert. Manche wurden automatisch ausgelöst, als zurückkehrende Familien ihre Wohnungstüre öffneten oder den Fernseher einschalteten. Ein Mann hat eine auf der Strasse liegende Schultasche mit dem Fuss weggetreten – auch diese explodierte und riss den Mann mit in den Tod. Blindgänger liegen in den Trümmern oder am Boden und drohen bei Druck oder Hitze zu detonieren.

Euphorie und Zuversicht prägen das Stadtbild

Trotz allem herrscht ein Geist der Zuversicht und des Aufbruchs: die Stimmung in Kobanî ist euphorisch und die Menschen sind glücklich, dass sie wieder in ihre Heimatstadt zurückkehren konnten. Ihre Gesichter strahlen, jeder lächelt jedem zu. Rund 50'000 Menschen sind hierher zurückgekehrt (Anmerkung: aktuell sind es rund 80'000). Alles beginnt von neuem: eine ganze Stadt, eine ganze Gesellschaft wird neu aufgebaut. Dies ist auch eine Chance. Überall packen Menschen jeglichen Alters mit an, um die Trümmer aufzuräumen, neue Gebäude zu errichten, Strassen zu säubern. Kinder spielen mit den Trümmern, lächeln und machen das Victory-Zeichen, wenn sie uns sehen. Familien klettern in den Ruinen und suchen nach Brauchbarem, welches sie zum Leben mitnehmen können: Stühle, Decken, Nahrung. In zerstörten Gebäuden leben die Menschen in einigermaßen erhaltenen Räumen – Schusslöcher und infolge des Drucks explodierender Bomben gesprengte Fenster werden mit Tüchern abgedeckt. Trotzdem sind der Wind und die Nacht kalt in dieser Wüstenregion. Erste Geschäfte werden errichtet: ein Mann verkauft auf der Strasse ein paar Kartoffeln und selbstgemachten Joghurt, den er in alte Plastikbecher abgefüllt hat. Ein anderer hat sich in einem kleinen Zimmer ein Zigarettengeschäft eingerichtet. Wieder ein anderer hat ein Lebensmittelgeschäft eröffnet: in den Regalen steht eine einzige Dose Tomatenmark und mehrere Tüten Teigwaren. Überall sitzen Menschen auf der Strasse und trinken Schwarztee (der hier in Westkurdistan zur Hälfte aus Zucker besteht). Trotz der Nahrungsmittelknappheit ist es unmöglich, an ihnen vorbeizulaufen, ohne eingeladen zu werden und mindestens eine Tasse mitzutrinken. Die Volksräte finden wieder statt, die aus der lokalen Bevölkerung (und somit aus allen Ethnien, Sprach- und Religionsgruppen) bestehen und als Selbstverwaltungsorgane fungieren. Es gibt Räte auf verschiedenen Ebenen: in Stadtteilen, Quartieren, Stadt und Kanton. Sie beinhalten verschiedene Komitees, die sich um verschiedene Angelegenheiten kümmern, beispielsweise um das Schulsystem, die Müllabfuhr oder die Gesundheitsversorgung. In allen Räten besteht eine Frauenquote von 40%. Es wird nun wieder debattiert in den Räten und Entscheidungen werden gefällt. Im Kantonsrat entscheidet man sich gerade dafür, den bis zur Unkenntnis zerstörten Teil der Stadt unberührt zu lassen und zu einem Open-Air-Museum umzufunktionieren. Zelte aus den ehemaligen Flüchtlingslagern in Pirsus (auch Suruc, eine Grenzstadt auf türkischem Staatsboden), werden hierhertransportiert und neue Zeltlager errichtet, um Familien, deren Häuser nicht mehr bewohnbar sind, ein Dach über dem Kopf zu bieten. Das Kulturzentrum wird wieder betrieben, eine Gruppe von Stadtbewohner_innen spielt Instrumente und singt, andere tanzen. Mit dem Frühling hat auch das Leben in Kobanî zu blühen begonnen.

Die Spuren des Krieges liegen tief

Doch die Fassade ist fragil: alle haben wunde Punkte, Traumatisierendes gesehen oder erlebt, haben Menschen, die ihnen nahestehen, im Krieg verloren. Jede Familie hat ihre Toten, für die sie zuhause einen Altar oder eine Erinnerungswand gestaltet haben. Wenig reicht aus und der ganze Schmerz bricht aus. Ein älterer Mann, der in den Ruinen seines Hauses sitzt (und uns selbstverständlich auch zum Teetrinken einlädt), beginnt nach kurzem Wortwechsel zu weinen, sackt auf den Boden und vergräbt sein Gesicht in den Händen. Drei seiner Söhne und eine Tochter seien im Kampf gegen die Daesh gestorben, seine Frau sei kurz darauf auch umgekommen, sein Haus liege in Trümmern und nun habe er vor lauter Kummer Krebs bekommen. Alles, was ihm lieb sei, habe er verloren.

Manche Kinder beginnen zu weinen und zu schreien, wenn sie Gewehre sehen. Wieder andere Kinder spielen mit den Knochen der Daesh-Toten. Diese Spuren des Krieges liegen tiefer und sind schwieriger zu reparieren als

die zerstörten Gebäude, doch der Zusammenhalt ist enorm und spendet Trost. Jetzt, wo die Stadt wieder befreit ist, scheint der Verlust einen Sinn zu ergeben; die Menschen sind nicht „umsonst“ gestorben. Zusätzlich organisiert die Kantonsverwaltung fachgerechte Hilfe: Sozialpädagog_innen und Psychotherapeut_innen kommen nach und nach in die Stadt und helfen mit, das Geschehene zu bewältigen. Innerhalb spätestens eines Jahres sollen in allen Strukturen der Gesellschaft entsprechende Stützen vorhanden sein. In den Schulunterricht sollen Spieltherapien einfließen.

Der Schulunterricht hat in Kobanî bereits begonnen. Hunderte von Kinder jeglichen Alters besuchen täglich den Unterricht. Seit der Autonomie hat sich vieles geändert: über 90% der Lehrer_innen sind Frauen, vor allem junge, die frisch die Ausbildung absolviert haben. Es wird eine antiautoritäre Beziehung zwischen Lehrer_innen und Kindern angestrebt. Uniformen werden nicht getragen; die Klassen sind gemischt-geschlechtlich und gemischt-ethnisch.

Zentrale Rolle der Frauen

Ein Herzstück von Rojava bilden die Strukturen der Frauen. Das Frauenzentrum „Yekitiya Star“ (zu deutsch: „Vereinigung von Ishtar“ – benannt nach Ishtar, der mesopotamischen Göttin des Krieges und der sexuellen Begierde) spielte von Anfang an eine zentrale Rolle im Aufbau der neuen Gesellschaftsstrukturen. Im Rahmen der jahrhundertelangen Prägung durch patriarchale Strukturen hatten zu Beginn viele Frauen Hemmungen, in öffentliche Räume zu gehen, sich dort gleichzeitig mit Männern aufzuhalten und gemischtgeschlechtlich zu sprechen. Aus diesem Grund konnte die angestrebte Frauenquote von 40% in den Räten zu Beginn nicht erreicht werden. Die Frauen realisierten daraufhin, dass sie anders vorgehen mussten und begannen, sich in den Frauenzentren zu organisieren. Es fanden Diskussionen und Seminare statt zu Themen wie Geburt, weibliche Anatomie und Gesundheit, Sexualität, gesellschaftliche Geschlechterrollen und deren Verknüpfung mit Herrschaftsstrukturen wie Nationalismus, demokratische Autonomie, Selbstverteidigung. Als Folge der zunehmenden Organisation und Vernetzung wurden die ersten Frauenräte gegründet. Diese begannen schliesslich, innerhalb der Volksräte teilzunehmen, was die Frauenquote in den Räten erhöhte.

Im Frauenzentrum werden nach wie vor Treffen und Diskussionen durchgeführt. Im Falle von häuslicher Gewalt können sich Frauen ans Frauenzentrum wenden, welches je nachdem zu vermitteln versucht, Schutzgruppen einschaltet oder Betroffene in Frauenhäuser weiterleitet. Auch Männer, die Opfer von häuslicher Gewalt sind, können sich an die Volkshäuser wenden und finden Vermittlung und Schutz. Man will das gesellschaftliche Dogma des „Mannes, der immer stark sein muss und nie Opfer ist“, durchbrechen. Im Gegensatz zu früher sind in Rojava Frauenrechte in der Verfassung verankert. Die Vize-Justizministerin Evin Xilo meint dazu: „Eigentlich streben wir eine Gesellschaft an, in der es keine Gesetze mehr braucht“, bevor sie hinzufügt, „wir sahen uns aber dazu gezwungen, um eine rasche Änderung zu bewirken“. Die weitere Entwicklung soll über Bildungs- und Bewusstseinsarbeit laufen, so dass langfristig auf Gesetze verzichtet werden kann.

Eine allgegenwärtige Toleranz

Auch die ökonomischen Verhältnisse sollen nach und nach erneuert werden. Mit Deklaration des Demokratischen Föderalismus wurden zwar Landwirtschafts- und Betriebskooperativen gegründet – Personen und Familien, die über Privateigentum verfügen, wurden jedoch nicht enteignet. Die Bewohner_innen Rojavas rühmen sich damit: „im Namen der Revolution wurde kein Blut vergossen“. Mit Installierung der Räte, in welchen alle Bewohner_innen teilnehmen und mitentscheiden können, wurde aber gemeinsam entschieden, die Rahmenbedingungen festzulegen. So werden Mieten und Löhne in den Volksräten festgelegt, durch alle Bewohner_innen der jeweiligen Region. Ziel ist letztendlich eine Gesellschaft, in welcher das Privateigentum deshalb nicht mehr besteht, weil es gar mehr erforderlich für die eigene Existenz ist.

Die Bevölkerung Rojavas lebt zum ersten Mal seit Jahrzehnten nicht mehr wie Migrant_innen in der eigenen Heimat, sondern als Individuen mit Menschenrechten. Minderheiten sind existent und haben eine Stimme – sie haben auch das Recht, eigene Schulen zu gründen, in welchen die eigene Sprache gesprochen wird. Diese Toleranz ist schwierig zu beschreiben, in Kobanî aber allgegenwärtig. Wir diskutieren mit einem graubärtigen Imam (religiöser Vorsteher, ähnlich eines Pfarrers) beim Teetrinken über Religion. Jemand aus unserer Reisegruppe sagt, er sei Atheist. „Wieso auch nicht?“, entgegnet der Imam, „es ist ja deine höchstpersönliche Entscheidung, woran du glaubst oder nicht“. Später sehen wir ihn beim Fussballspielen mit den Jugendlichen der Stadt, er winkt uns von weitem zu. Im Saal des Kantonsrats hängen grosse Plakate mit Zitaten von Sokrates, Platon, Öcalan, Gandhi und Tillich. Letzterer war ein deutscher, christlicher Theologe und Kritiker des Nationalsozialismus.

Zuhause bei Murat, der 13 Jahre lang aufgrund PKK-Mitgliedschaft im Gefängnis war, essen wir traditionellerweise am Boden. Danach räumen alle mit auf und waschen ab, auch die Söhne der Familie. Seine Frau Hatice, die als einzige der Familie ein Kopftuch trägt, weil es ihr gefällt („Ich mag die Farben und Muster, es unterstreicht meine Weiblichkeit“), erzählt uns, dass sie und Murat noch vor 20 Jahren einen anderen Umgang miteinander

gehabt hätten. Sie selbst habe es so gelernt, dass Frauen sich nicht im gleichen Raum wie Männer aufhalten dürfen und schon gar nicht in Anwesenheit eines Mannes sprechen oder essen. Wenn ihr Mann früher Besuch hatte, klopfte sie an die Zimmertüre, um das Essen zu bringen – ihr Mann öffnete die Türe, nahm das Essen entgegen und schloss die Türe wieder. So hätten sie es seit Generationen gelernt. Als Murat im Gefängnis war, hat er viel gelesen, auch über die Frauenfrage. „Das Konzept von Demokratie hat wie ein Holzhammer auf unsere Köpfe eingeschlagen“, lacht er. Auch Hatice hat an Aktivitäten des Frauenzentrums teilgenommen, sich mit anderen Frauen ausgetauscht. Heute sitzt sie mit uns in einer gemischtgeschlechtlichen Gruppe, lacht aus voller Kehle und raucht Zigaretten. Zwei ihrer Töchter sind ausgezogen und studieren in anderen Städten, die jüngste Tochter Berfin hat sich gegen ein Studium entschieden, möchte bald heiraten und eine Familie gründen. Die Eltern haben die Entscheidung ihren Töchtern selbst überlassen. Es ist eindrücklich zu sehen, wie rasch innerhalb der gleichen Generation ein Wandel stattgefunden hat.

Es gibt nun eine Perspektive in Rojava, die sicher nicht perfekt ist, aber ausgearbeitet wird, und in welcher verschiedene Ethnien, Sprachgruppen und Religionsgruppen Platz finden, sich Gehör verschaffen und mitbestimmen können – inmitten einer Region, die gebeutelt ist durch jahrhundertelange Kriege um Ressourcen, Staatsgrenzen und Religionen. Wir alle können lernen vom Konzept und der Praxis in Rojava. Für den Wiederaufbau dieser Strukturen, aber auch, um den Tausenden von Menschen in der akuten Notsituation helfen zu können, ist vieles notwendig. Jegliche Unterstützung ist willkommen, und die simpelste und naheliegendste Art der Unterstützung ist finanzieller Art. Die Medico International Schweiz sammelt daher Spenden für die Flüchtlingsfamilien und die Kämpfenden in Kobanê via folgendem Konto: Postkonto 80-7869-1, Medico International Schweiz (bitte mit dem Vermerk „Kobanê“)

** der „gender gap“, gekennzeichnet durch einen Unterstrich, dient als sprachliches Mittel, um alle Identitäten ausserhalb des binären Geschlechterkonzeptes zu kennzeichnen, z.B. Transgender oder Intersexuelle.*

*** Daesh: während die Daesh sich selbst als „ISIS“ bezeichnet, ist „Daesh“ eine negativ konnotierte Fremdbezeichnung, die erstmals im arabischen Sprachgebiet verwendet wurde.*

Quelle: <http://www.medicointernational.ch/projekte/rojava-kobane/hintergruende.html?start=4>

Die Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava – über Hintergrund, Entstehung und Realität

Von: *Karakök Autonomie*

Einleitung

Insbesondere seit Beginn der IS-Angriffe auf Kobane haben die Entwicklungen in Rojava eine weltweite Präsenz erhalten. Doch bereits rund 2 Jahre zuvor haben sich in Rojava Gesellschaftsstrukturen formiert, die so aussergewöhnlich wie hoffnungsvoll sind. Man hört von basisdemokratischen Strukturen, mittels derer sich die Bevölkerung selbst verwaltet, von multiethnischen Räten, von Frauenrechten.

Die direkte Solidarität mit denjenigen Menschen, die unter dem aktuellen Krieg leiden, ihre Heimat verlassen müssen oder während der Gefechte getötet werden, ist zentral und uns ein wichtiges Anliegen – daneben halten wir es aber auch für wichtig, dass Rojava nicht nur als Ort des Krieges, der Zerstörung und des Elends wahrgenommen wird, sondern als ein Ort, in welchem einzigartige Gesellschaftsformen im Aufbau sind, die eine neue Perspektive sowohl für den Mittleren Osten, als auch auf globaler Ebene, versprechen. Als Anarchist_innen haben uns diese Veränderungen von Anbeginn interessiert – auch deshalb, weil sich das theoretische Fundament von Rojava auf eine Vielzahl anarchistischer Ideen beruft. In der Zwischenzeit waren wir mehrmals vor Ort, haben viele Gespräche mit den Menschen, die in Rojava leben -oder jüngst aus Rojava flüchten mussten- geführt und einen Einblick in die dort aufgebauten Gesellschaftsstrukturen erhalten.

Aus einer herrschaftskritischen Perspektive gibt es durchaus kritische Aspekte. Jedoch sollte man bedenken, dass die Strukturen von Rojava unter sehr erschwerten Bedingungen und während eines Krieges aufgebaut wurden. Zusätzlich wäre es anmassend zu glauben, man könne als Aussenstehender besser wissen, wie die Menschen in einer bestimmten Region leben sollten. Die Gefahr dabei ist gross, die dortigen Umstände durch eine eurozentristische Brille wahrzunehmen und seine eigenen Idealvorstellungen auf eine völlig unterschiedliche Realität zu projizieren. Nichtsdestotrotz halten wir eine kritische Analyse für genauso wichtig wie die Solidarität mit jenen Strukturen. So können wir von den Erfahrungen in Rojava lernen und diese Erfahrungen in ähnliche Projekte einfliessen lassen.

Im folgenden Text werden wir über die Gesellschaft in Rojava berichten mit einem Schwerpunkt auf die Selbstverwaltungsstrukturen. Dabei stützen wir uns auch auf eigene Beobachtungen, auf Gespräche mit Bewohner_innen und mitunter auch auf eine kritische Reflexion.

Historischer und sozioökonomischer Hintergrund

Der Mittlere Osten ist bereits seit Jahrzehnten ein brodelnder Kessel. Was sich ändert, sind lediglich der Brennstoff und dessen Menge. Die Menschen und Völker im Mittleren Osten leben in ihrer eigenen Heimat wie Migrant_innen. So wurden viele Völker, z.B. Kurden, Armeniern, Yeziden und Assyrern, in Syrien und im Irak zu Papierlosen gemacht. Vielen Ethnien war oder ist es immer noch verboten, die Muttersprache zu sprechen, zu arbeiten oder Eigentum zu besitzen. Dies, weil sie als nicht existent gelten. Seit Anfang 19. Jahrhundert hat es daher immer wieder Volksaufstände gegeben; diese wurden jeweils blutig niedergeschlagen.

Im Mittleren Osten sind alle drei monotheistischen Religionen der Welt entstanden. Entsprechend stark verankert ist die Bedeutung dieser Religionen, wobei der Islam am stärksten verbreitet ist. Dies bringt auch spezifische Gesellschaftsstrukturen mit sich, da Mohammeds überlieferte Schriften Anweisungen für das gesellschaftliche Zusammenleben enthalten. So ist beispielsweise der Feudalismus stark verankert. Produktion, Konsum und Kultur im Sinne eines kapitalistischen Prinzips sind nur vereinzelt vorhanden. Die zentrale Macht des Staates ist nicht fundiert, sie erstreckt sich nur über regierungnahe Regionen. So leben beispielsweise in Wüstengegenden Beduinen nach ihren eigenen Regeln, ohne, dass der Staat Macht über sie hätte. Ausserhalb der Regierung gibt es eine Vielzahl von Machthabern – beispielsweise religiöse Führer, Landbesitzer oder Stammesführer. Deren Macht reicht historisch weiter zurück und ist tiefer verankert als diejenige des Staates.

Das schwächste Glied der Konfliktkette ist daher die Religion. Von aussen werden diese Konflikte zur Wahrung von Eigeninteressen zusätzlich geschürt. So wurde die Freie Syrische Armee durch die USA, Grossbritannien und arabische Staaten mit Waffen versorgt. Die Türkei lieferte Waffen an die Al Nusra. Die USA stärkte Al Kaida gegen die russische Vorherrschaft in Afghanistan. Die Kontinuität der Kriege im Mittleren Osten ist insbesondere durch energetische Ressourcen bedingt. Kapitalistischen Staaten wohnt hierbei eine grosse Bedeutung inne. Die hier lebenden Menschen können die Ressourcen, die in ihrer Heimat vorkommen, nicht nutzen. Rohstoffe wie Erdöl werden von anderen Ländern anhand ökonomischer Interessen angeeignet. Firmen aus Industrieländern bauen hier Rohstoffe ab oder arbeiten zusammen mit Herrschern, welche ihre ökonomischen Interessen gewähr-

leisten. Während des 1. Weltkrieges, welcher im Grunde ein Verteilungskrieg zwischen kapitalistischen Staaten war, wurden im Mittleren Osten die Staatsgrenzen neu gezeichnet, die Regionen anhand ökonomischer und politischer Interessen aufgeteilt und die Bevölkerung somit aufgespalten.

Patriarchale und konservative Familienverhältnisse sind im Mittleren Osten stark verbreitet. In diesen Strukturen kommt der Wert der Frau erst nach dem Menschen (sprich: dem Mann), dem Nutztier und der Erde. Ein Sprichwort besagt: „Am Esstisch kommt die Frau nach dem Rind“, was besagt, dass die Frau erst die Tiere des Mannes füttern muss, bevor sie selber essen darf. Nutztiere und Land gelten als existenzsichernd, während der Frau ein geringerer Wert beigemessen wird. Die Frau ist lediglich Gebrauchsgegenstand des Mannes: er kann Gewalt gegen sie ausüben, sie vergewaltigen, sie verkaufen, sie jemandem schenken, sie sogar töten, ohne dass dies Konsequenzen hätte. Die Ursachen dieser Strukturen sind sicherlich zum Teil durch Religionen begründet, aber auch durch eine Vielzahl anderer Faktoren. Auf diese näher einzugehen, würde den Kontext dieses Textes sprengen. Die Umstände zu kennen, ist aber relevant, um zu verstehen, welche Bedeutung Rojava für die Frauen hat.

In Anwesenheit ihres Bruders, Vaters, Ehemannes, Schwiegervaters oder anderer Männer sieht sich eine Frau mit einer Vielzahl von Verboten konfrontiert. So darf sie neben Männern nicht essen, da es als obszön gilt, wenn man ihren offenen Mund sieht. Gegessen wird in einem separaten Raum. Mancherorts dürfen Frauen zwar im gleichen Raum essen, müssen dabei aber den Mund mit der Handfläche verdecken. Sie dürfen neben Männern nicht sprechen oder ihr Haar zeigen. Mütter, aber auch Väter, dürfen ihr Kind neben Anderen nicht auf den Schoß nehmen oder es liebkosen, da das Kind ein Resultat von Sexualität ist und es tabu wäre, dies zu demonstrieren. Frauen in traditionellen Familien dürfen ohne Einwilligung von Männern nicht das Haus verlassen – und wenn, so nur in männlicher Begleitung. Dies kann auch der kleine Bruder oder der eigene Sohn sein, wobei die Frau hinter ihm her gehen muss. Jungen Frauen wird eingebläut: „Geh ja nicht aus dem Haus, sonst spricht man darüber, was du wohl draussen treibst und dein Ruf als ehrbare Frau ist dahin“. In vielen Regionen ausserhalb der grösseren Städte werden Mädchen nicht in die Schule geschickt, selbst, wenn dies obligatorisch ist. So gibt es unter Frauen viele Analphabetinnen.

In diesem Kontext sollte man die Revolution – und eine solche ist es tatsächlich – in Rojava betrachten. Man sollte keinen Klassenkampf und keine Herrschaft einer kommunistischen Partei suchen. Die treibende Kraft kommt nicht von Klassenexponent_innen wie Proletariat, Bauern, Partei. Manche kritisieren, dass in Rojava kein Angriff gegen die Bourgeoisie stattfand. Es wurde kein Herrscher getötet, kein Diktator vertrieben, keine Bourgeoisie enteignet. Gerade aber damit rühmen sich die Menschen in Rojava, wenn man mit ihnen spricht: dass bei der Umwälzung der Strukturen kein Blut vergossen wurde. Die einzigen Gefechte, die stattfinden, finden gegen Angriffe von aussen statt (IS, türkische Regierung, Assad-Regime) und waren bereits vor der Revolution Alltag.

Genauso wenig sollte man einen Kampf gegen Religionen oder eine sexuelle Revolution im Sinne der 68-er suchen. Vielmehr sollten die aktuellen Entwicklungen in Relation zur vorher herrschenden Realität gesetzt werden, um sie besser verstehen zu können. Tatsächlich kann eine Revolution im klassisch anarchistischem oder sozialistischen Sinne hier nicht gefunden werden. Eine solche Revolution erfordert den Sturz eines Staates, je nachdem mit einer Machtübernahme oder einer Machtauflösung. Hier wurde weder ein Staat gestürzt, noch die Macht übernommen. Vielmehr wurde in einem bestehenden Staat eine gesellschaftliche Umwälzung realisiert, die selber keines Staates mehr bedarf. Innerhalb dieser Strukturen fand zu einem grossen Teil eine Machtauflösung statt.

Wie begann die Revolution?

Rojava (zu Deutsch: „der Westen“, da die Region den Westen des kurdischen Siedlungsgebietes darstellt) besteht aus den drei Kantonen Efrîn, Kobanê und Cizîre. Hierbei handelt es sich um Regionen, in welchem die kurdische Bevölkerung seit Jahrtausenden lebt. Ab 1973 betrieb das Baath-Regime im Grenzgebiet zum Irak und zur Türkei eine „Arabisierungspolitik“. Das Land der dort lebenden Kurd_innen wurde angeeignet und die Bevölkerung in andere Regionen zwangsumgesiedelt. Stattdessen wurden vor Ort arabische Bauern angesiedelt, um einen sogenannten „Arabischen Gürtel“ zu schaffen und die kurdische Bevölkerung voneinander zu separieren. Kurdische Ortsnamen wurden durch arabische Namen ersetzt. Mit dem Hintergrund der jahrzehntelangen Unterdrückung, Vertreibung und sogar Tötung bildete sich eine zunehmend stärkere kurdische Organisation aus, in Syrien besteht diese vor allem aus der PYD. Mit dem syrischen Bürgerkrieg spitzte sich die Lage zusätzlich zu und war bereit, jeden Moment zu explodieren wie ein Pulverfass.

Unter diesen Umständen riefen 2011 mehrere Imams (religiöse Leiter einer muslimischen Gemeinde) am frühen Morgen anstelle des Ezans (Aufruf zum Gebet von einer Moschee aus) dazu auf, die von Assad besetzten Länder zurück zu erobern. Die ohnehin schon geladene Situation entlud sich in einer kollektiven Rückaneignung der

kurdischen Siedlungsgebiete. Das syrische Regime war auf diesen Moment nicht vorbereitet, da das Land vom Bürgerkrieg gebeutelt war und das Gebiet von Rojava nicht im Vordergrund der militärischen Interventionen stand. Niemand ging davon aus, dass hier so etwas geschehen würde.

Am 19.07.2012 besetzten 15 Kurd_innen nachts ein Kulturzentrum des Baath-Regimes in Rojava. Das Baath-Regime sah Institutionen wie diese nur für Araber_innen vor. Kurd_innen konnten die Institutionen nicht betreten oder gar Aktivitäten darin betreiben. Jegliche Literatur, die dort vorzufinden war, war auf Arabisch. In der gesamten Region Rojavas war das Sprechen der kurdische Sprache, das Ausführen von Volkstänzen oder das Spielen kurdischer Musik verboten, so dass dies heimlich in den Häusern betrieben wurde.

Die Besetzer_innen waren in der Überzahl den Beamten gegenüber. Sie sagten den Beamten, dass diese nicht mehr benötigt würden, aber bleiben und im Zentrum weiter mitarbeiten dürfen, wenn sie möchten. Ein Teil der Beamten kehrte zurück in arabisch bewohnte Gebiete wie Aleppo oder Damaskus. Ein anderer Teil blieb hingegen vor Ort, aus Angst vor Al Nusra. Daraufhin wurde mit der Instandsetzung des Zentrums begonnen. Die Reinigung des seit Jahren vernachlässigten Zentrums dauerte Monate. Bücher wurden gesammelt und ins Zentrum gebracht. Interessant dabei ist, dass die bestehenden Bücher nicht vernichtet, sondern belassen wurden. Sie wurden jedoch mit kurdischer und anderssprachiger Literatur ergänzt. Dies ist ein sinnbildlicher Punkt: da die Besetzung durch Kurd_innen stattfand, hätte es nicht erstaunt, wenn ein kurdisches Kulturzentrum errichtet worden wäre. Stattdessen wurde ein multiethnisches Zentrum aufgebaut. Das Kulturzentrum begann, neu den kulturellen Aktivitäten aller dort lebenden Ethnien zu dienen. Es begannen Kurse für Volkstänze, Musikrichtungen, für ethnische Instrumente, Gesang, Malerei und Theater. Die Revolution hatte begonnen.

Die Kinderschuhe des Umbruchs: wie es danach weiterging

Nach und nach breitete sich der Geist des Umbruchs aus. Nebst dem Kulturzentrum wurden Sprach-, Frauen- und Volkshäuser in ehemaligen Institutionen der Regierung eröffnet. Das grösste Gebäude in Kobane wurde zu einem Frauenzentrum („Mala Jin“) umfunktioniert. Die PYD hatte zwar über Jahre hinweg die Grundlage für eine solche Entwicklung aufgebaut und auch die Autonomie wurde mitunter bewusst initiiert und gepusht, das rückeroberte Land wurde aber nicht im Namen einer neuen Regierung genutzt. Die PYD übernahm mit Ausbruch der Revolution nicht die Macht und es wurde kein Staat errichtet. Stattdessen wurden die Böden und Institutionen dezentralisiert und in die Hände der Bevölkerung übergeben. Im November 2013 schliesslich wurde die Autonomie Rojavas deklariert.

Die Strassen und Quartiere wurden wieder ins Kurdische umbenannt. Viele Strassen, aber auch Schulen, wurden nach Märtyrer_innen der YPJ und YPG benannt. Dies steht zwar staatlich organisierten Systemen (wie auch im europäischen Raum) entgegen, wo Orte nach Staatsoberhäuptern, Politiker_innen, Generälen oder religiös einflussreichen Personen benannt werden. Trotzdem stellt sich aus einer herrschaftskritischen Perspektive die Frage, ob dies nicht einen Personenkult, eine Hierarchie zum nicht kämpfenden „Normalbürger“ und eine Glorifizierung des Todes im bewaffneten Kampf darstellt. Ist diese Praxis nicht einfach eine anders gefärbte, aber vergleichbare Variante der Namensgebung in staatlichen Systemen? Unter Berücksichtigung der politischen Machtverhältnisse ist diese Kritik aber zumindest zu relativieren.

Mit der Zeit wurde eine Vielzahl von Institutionen gegründet, um die Bedürfnisse der Bevölkerung decken zu können. Eine der wichtigsten waren die Schulen. In den Schulen war die Lehrsprache während des Baath-Regimes Arabisch; im Geschichtsunterricht wurde ausschliesslich Arabische Geschichte gelehrt. Kurdisch zu sprechen, war verboten, ebenso kurdische Bücher. Nach Beginn der Autonomie wurde eine Vielzahl von kurdischen Lehrmitteln in die Schulen gebracht. Die Lehrsprache in den Schulen wurde an lokale und ethnische Besonderheiten angepasst. So sind beispielsweise in Qamishli Kurdisch, Arabisch und Assyrisch die am meisten verbreiteten Sprachen. Diese Sprachen wurden daher in Qamishli als offizielle Sprachen etabliert, die überall im öffentlichen Raum (wie z.B. Schulen, Ämter, öffentliche Beschriftungen) verwendet werden. Aber auch Ethnien, die eine andere Sprache als diese drei sprechen, können Schulen eröffnen, in welchen in der eigenen Sprache unterrichtet wird. Zusätzlich gibt es in allen Schulen ein fakultatives Fach namens "Ethnische Sprachen", welches zum Ziel hat, weitere Sprachen zu unterrichten und vom Aussterben bedrohte Sprachen zu erhalten. Diese Entwicklungen bieten einen Gegenpol zur ehemaligen Assimilationspolitik des Assad-Regimes, welche alle hier lebenden Ethnien zu arabisieren versuchte.

Nebst den Sprachen werden in den Schulen Geschichte, Geographie, Chemie, Algebra und der Koran gelehrt. In den Mittelschulen kommen zusätzlich Philosophie, Literatur, Musik und Kunst dazu. Die am stärksten gewichteten Themen innerhalb dieser Fächer sind Feminismus, Gesellschaft und soziales Leben. Es gibt in allen Schulen ein Schulfach namens „Jineoloji“ (zu deutsch: „die Wissenschaft der Frau“). Hierbei handelt es sich um eine feministische Wissenschaft, welche diverse Themen aus einer Perspektive analysiert, die patriarchalen Wissenschaften

entgegensteht. Als kritisch erachten wir die Koranschule – als wir jedoch mit mehreren Personen im Gebiet darüber gesprochen haben, zeigte sich, dass dieses Bedürfnis aus der Bevölkerung heraus kam und daher realisiert wurde. Dies zeigt aber auch, dass es nicht die PYD ist, welche die Regeln des öffentlichen Lebens definiert, da diese den Einfluss der Religion in der Gesellschaft langfristig aufheben will.

In ganz Rojava werden in allen Kantonen jeden Samstagabend sogenannte „Freiheitsmärsche“ durchgeführt, in welchen Transparente getragen, Reden gehalten und Parolen skandiert werden. Diese Demonstrationen sollen den Geist der Revolution und des Zusammenhalts stärken und eine stärkere Politisierung der Bevölkerung schaffen. Während in den Schulen früher die syrische Nationalhymne gesungen wurde, wird an ihre Stelle nun der Rojava-Freiheitsmarsch gesungen. Wenn man bedenkt, dass sich die Region mitten in einem Kriegsgebiet befindet und jeden Moment durch äussere Angriffe zerfallen konnte, so hat dies sicher eine politische Relevanz: es kommt zu einer Stärkung und einem Gemeinschaftsgefühl, der die Strukturen weiter aufrecht erhält. Andererseits tun sich auch Bedenken auf: führt das institutionalisierte Singen eines Marsches, bzw. die wöchentlichen Demonstrationen, nicht auch mit der Zeit zu ähnlichen Problemen, wie diese in einem Nationalstaat bestehen? Was ist mit denjenigen, die den Marsch nicht singen möchten oder sich mit der Revolution in Rojava nicht identifizieren?

Die Selbstverwaltung – ein Konzept in Entwicklung

Während des syrischen Bürgerkrieges 2011 hatten die PYD und der Kurdische Nationalrat den Entscheid zur Zusammenarbeit gefällt. Zusammen war die Tev-Dem (Bewegung für eine demokratische Gesellschaft) und das Hohe Kurdische Komitee gegründet worden – später kamen die Gründung der Volksverteidigungseinheiten YPG und YPJ dazu. Als 2013 die Autonomie ausgerufen wurde, gründete die Tev-Dem die ersten Volksräte. Der Beginn der Selbstverwaltungsstrukturen stammt also durchaus von oben und nicht von unten. Das stellt einen wesentlichen Punkt dar. Handelt es sich tatsächlich um eine Basisdemokratie und um Selbstverwaltung, wenn der ausschlaggebende Funke von oben kommt? Ist dies nicht ein avantgardistisches Konzept, wobei das Volk von einer politischen Elite gesteuert werden muss? Andererseits lässt sich dagegenhalten, dass dieses Konzept anscheinend den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht und bereitwillig aufgenommen wurde. Spielt es da eine Rolle, woher der erste Schritt stammt? Vielleicht nicht unbedingt, sofern die Initiant_innen danach kein Machtmonopol aufbauen, keine übergeordnete Funktion haben und keine weitere Einflussnahme von oben mehr stattfindet.

Ob dies tatsächlich so ist, konnten wir in Gesprächen mit Bewohner_innen nicht schlüssig klären. Fakt ist aber, dass sich die Menschen in Rojava selber mittels Volksräten verwalten. Hierbei handelt es sich um Volksversammlungen, welche durch die lokale Bevölkerung zusammengesetzt werden. Die Räte gibt es auf verschiedenen Ebenen: in Stadtteilen, Quartieren, Städten, Ortschaften und Dörfern. Die kleinste Einheit bilden die Kommunen, von welchen es in jedem Stadtteil mehrere gibt. Alle entscheiden freiwillig, ob sie in diesen Strukturen partizipieren wollen. Die Räte bestehen aus allen Ethnien, Religionen und Sprachgruppen, die hier leben. Es besteht eine Frauenquote von 40% in allen Räten. Gegründet werden die Räte bei Bedarf durch Eigeninitiative der Bevölkerung. Hier werden alle Entscheidungen gemeinsam getroffen sowie alle Bedürfnisse des Alltags organisiert. Innerhalb der Räte gibt es verschiedene Komitees, die sich um verschiedene Themen kümmern, z.B. Schulen, Müllabfuhr, Wasserversorgung, Spitäler, Landwirtschaft. Jeder Rat entsendet Delegierte in den Rat einer nächsthöheren Ebene (z.B. vom Quartier in den Stadtrat), diese haben jedoch lediglich die Funktion, Angelegenheiten aus dem kleineren in den grösseren Rat zu tragen und umgekehrt. Sie sind alleine nicht entscheidungsbefähigt, sondern die Entscheidungen werden im Kollektiv auf der kleinstmöglichen Ebene getroffen. Zudem wechseln die Delegierten, so dass niemand diese Funktion permanent ausübt.

Die regional breiteste Ebene bilden die kantonalen Volksräte. Alle Stadträte zusammen entsenden Delegierte an den sogenannten Kantonsrat. Dieser verwaltet Angelegenheiten auf kantonaler Ebene. Die Delegierten können Mitglied einer Partei sein oder parteilose Personen. Bei den Parteipolitiker_innen ist die Anzahl Delegierte durch die Parteistärke festgelegt – je populärer eine Partei im betreffenden Kanton, desto mehr Delegierte besitzt sie im Kantonsrat. Es gibt hier also ein Parteiensystem, wenngleich die Parteien auch alleine nicht entscheidungsbefähigt sind und ihre Stimme kein grösseres Gewicht hat als die einer parteilosen Person. Die Parteien bestanden bereits vor der Autonomie und anstelle sie zu verbieten, hat man versucht, sie in die basisdemokratischen Strukturen einzubinden und sie der parteilosen Organisation gleichzustellen. Obschon dies ein eleganter Kompromiss ist, sehen wir als Anarchist_innen die langfristige Perspektive von Selbstverwaltung und Kollektivität durch die Existenz eines Parteiensystems gefährdet.

Auf übergeordneter Ebene gibt es das Hohe Kurdische Komitee. Dieses besteht aus der PYD, dem Kurdischen Nationalrat und der Tev-Dem. Die Tev-Dem beinhaltet wiederum eine höchste Instanz, die aus 10 Mitgliedern

besteht, davon je fünf Mitglieder der PYD und des Kurdischen Nationalrats. Im Hohen Kurdischen Komitee gibt es darüberhinaus weitere kantonale Verwaltungsorgane, die durch Delegierte von den Kantonsräten gebildet werden. Diese Organe sind z.B. die Legislative, die Exekutive, die Verfassung und die Regionalräte. In diesen gibt es keine parteiliche Organisation mehr, da es sich um eine den Parteien übergeordnete Verwaltung handelt.

Es bleibt fraglich, weshalb die übergeordneten Strukturen bestehen. In der Arbeitsweise vom tiefsten bis zum höchsten Rat (sowohl von unten nach oben, als auch von oben nach unten) zeigen sich mitunter gewisse Hierarchien. Während die unteren Räte direkt die Bevölkerung abbilden, zeigt sich nach oben hin eine gewisse Institutionalisierung. So besteht beispielsweise im Kantonsrat eine Amtsdauer von 4 Jahren. Aus einer libertären Perspektive wäre eine möglichst geringe Amtsdauer anzustreben – so könnten die Delegierten beispielsweise bei jeder Sitzung wechseln. Durch die längerdauernde Funktion werden Bürokraten geschaffen, welche sich in der Funktion vom „Normalbürger“ unterscheiden. Idealerweise sollten die Organe auf höhere Ebene lediglich der vertikalen und horizontalen Koordination dienen – Fakt ist aber, dass sie darüber hinaus eine eigenständige Verwaltungsfunktion haben und gewisse Entscheidungen treffen, bzw. diese umsetzen. Ob auch diese Strukturen mit der Zeit aufgelöst und dezentralisiert werden, wird sich zeigen. Dennoch bestehen Unterschiede zum parlamentarischen System in einer bürgerlichen Demokratie. Da die Delegierten von den kleineren Volksräten entsandt werden, kann jede_r aus der Bevölkerung Delegierte_r in den übergeordneten Räten werden, und nicht nur Parteipolitiker_innen.

Eine Revolution der Frauen

Die Frauen in Rojava haben Heim und Herd verlassen und nehmen an vorderster Front am öffentlichen Leben teil. Sie sind aktiv in Volksräten, Bildungszentren und Volksverteidigungseinheiten. In Rojava gibt es die weltweit erste und einzige Nachrichtenagentur, die nur aus Frauen besteht, die JINHA.

Das erste „Mala Jin“ (Frauenhaus) Rojavas wurde 2011 gegründet. Es bot eine Plattform, um über frauenspezifische Themen zu sprechen und Lösungsansätze zu erarbeiten, beispielsweise über Probleme in der Familie oder Gewalt. Auch in den Volkshäusern („Mala Gel“) werden solche Themen behandelt, um Männer für die Emanzipation von Frauen zu sensibilisieren. Wird eine Frau Opfer von Gewalt, intervenieren die Frauen-Schutzgruppen. Dies sind zivile Gruppen, die aus Frauen bestehen und von den Frauenräten gebildet werden. Umgekehrt können aber auch Männer, die Gewalt erleben, sich an ein Mala Gel wenden.

Als die ersten Räte in Rojava gegründet wurden, konnte die angestrebte Frauenquote von 40% vielerorts nicht erreicht werden. Nach jahrhundertelanger Knechtschaft unter dem Patriarchat hatten viele Frauen Hemmungen, in öffentliche Räume zu gehen, sich dort mit Männern aufzuhalten und gemischtgeschlechtlich zu sprechen. Die Frauen realisierten daraufhin, dass anders vorgegangen werden musste. Also begann man sich in den Frauenzentren „Navenda Zanist“ und „Perwedeye Jine“ separat zu organisieren. Mit der Zeit wurden die Zentren rege genutzt. Frauen suchten Rat wegen konkreten Problemen. Es wurden Seminare zu Geburt, Gesundheit, Sexualität, gesellschaftlichen Geschlechterrollen, Geschichte der Frau, demokratischer Autonomie und Selbstverteidigung durchgeführt. Auf Basis der zunehmenden Vernetzung und Organisierung der Frauen wurden Frauenräte gegründet. Diese Frauenräte begannen dann, in einer organisierten Form in den Volksräten teilzunehmen, was schliesslich die Frauenquote in den Räten erhöhte. Anhand dieses Beispiels zeigt sich, wie wichtig es für die Frauen war, sich in einem eigenen geschützten Rahmen zu organisieren, bevor eine gemischtgeschlechtliche Auseinandersetzung möglich war. Es ist ebenfalls ein eindrückliches Beispiel dafür, wie es den Frauen gelang, anhand der realen Umstände eine pragmatische Lösung zu finden.

Wir sprachen mit Frauen und Kobane und fragten sie, was sich seit der Revolution verändert habe? Eine Frau erzählte uns, dass Arbeit, die früher den Männern vorbehalten war, nun auch von Frauen gemacht werden könne, z.B. politische Aktivität. Wo Männer früher das Sagen hatten, trafen nun auch Frauen Entscheidungen. Dies habe in der Gesellschaft, aber auch bei den Männern in ihrem eigenen Umfeld, ein Umdenken geschaffen. Man begegne ihr jetzt anders als zuvor. Auch die Strukturen innerhalb der Familie hätten sich gewandelt und es sei zu einer Demokratisierung gekommen. Wir fragen eine frisch verheiratete Kobanerin, was sie machen würde, wenn ihr Ehemann Gewalt gegen sie ausüben würde? „Ich würde mich an ein Frauenzentrum wenden“, antwortet sie. Sie räumt aber ein, dass Gewalt gegen Frauen stark abgenommen habe. Dies habe wohl auch damit zu tun, dass Frauenrechte nun in der Verfassung festgehalten seien. Als wir mit der Vize-Justizministerin Evin Xilo sprechen, äussert sie sich hierzu wie folgt: „Eigentlich streben wir eine Gesellschaft an, in der es keine Gesetze mehr braucht“, bevor sie hinzufügt: „Wir sahen uns aber gezwungen, dies zu machen, um eine rasche Änderung zu

bewirken“. Sonst wären sie gegen die tief verankerten patriarchalen Sitten machtlos gewesen. Die weitere Entwicklung soll über politische Bildung und Bewusstseinsarbeit gehen, um langfristig auf Gesetze verzichten zu können. Dies ist wohl auch der schwierigste und anspruchsvollste Teil der Revolution, da viele Männer von der bisherigen Situation profitiert hatten und kein Interesse haben, ihre Privilegien aufzugeben.

Die Rolle des Eigentums

Verfolgt man das Ziel einer egalitären und basisdemokratischen Gesellschaft, stellt sich unweigerlich die Frage nach dem Eigentum. Die Existenz von Eigentumsverhältnissen ist per se undemokratisch. Eigentum ist die Folge von Machtverhältnissen (wer eignet sich das Eigentum anhand von welchen Mitteln an?), kreiert aber auch selber erneut welche. Um einen gerechten Zugang aller zu allen Ressourcen gewährleisten zu können, müsste das Privateigentum aufgehoben werden.

Über diesen Aspekt haben wir mit Menschen gesprochen, die aus Kobane geflüchtet sind. Denn Tatsache ist: die Eigentumsverhältnisse wurden in Rojava nicht aufgehoben. Das wiedereignete Land wurde zwar an Dorfkoooperativen übergeben, es gibt aber längst nicht überall solche Kooperativen, wenngleich dies auch ein langfristiges Ziel ist. Es gibt nach wie vor Menschen und Familien, die über Privateigentum verfügen und solche, die es nicht tun. Im Gespräch mit Politiker_innen der PYD erfahren wir, dass dies bewusst nicht angetastet worden sei. Man habe aus historischen Fehlern gelernt und wolle eine Veränderung der ökonomischen Verhältnisse nicht mit Gewalt erzwingen. Dies käme einer Diktatur gleich und könne langfristig nicht bestehen. Bei den Besitzhabenden handle es sich zudem nicht um grossindustrielle Kapitalisten oder Fabrikbesitzer, sondern um Menschen, die beispielsweise über Nutzland verfügen, über eine Autowerkstatt oder über Immobilien. Daher setze man vielmehr auf Bildungsarbeit sowie darauf, ökonomische Alternativen zu stärken. Die Kooperativen sind ein Teil dieser Strategie. Mittels ihnen soll eine kollektive Ökonomie gestärkt werden, so dass Privateigentum irgendwann nicht mehr notwendig oder erstrebenswert ist. Ein anderer Aspekt ist, dass die Rahmenbedingungen des Privateigentums durch die Volksräte definiert werden. So gibt es zwar Mietverhältnisse – wie viel Miete ein Mieter zahlt, definiert aber der Volksrat im Kollektiv, und nicht etwa der Eigentümer eines Mietobjekts. Auch gibt es nach wie vor Lohnarbeit. Wie viel Lohn ein Arbeitgeber einem Arbeitnehmer zu bezahlen hat, bestimmt abermals die Volksversammlung.

Im Gespräch mit einem jungen, kurdischen Bauern aus Kobane erfahren wir, dass er über mehrere Hektaren Land verfügt. Dies gehöre seit Generationen seiner Familie. Er erzählt uns, dass er im letzten Jahr eine sehr gute Ernte erzielt, davon aber nur 20% für sich behalten habe. Was er mit den restlichen 80% gemacht habe, wollen wir wissen? „Die habe ich an die Volksversammlung abgegeben“, so der Bauer. Diese habe es an weniger wohlhabende Kooperativen und Personen verteilt. Wir wollen wissen, ob dies Vorschrift sei. Der Bauer verneint: eine Abgabe sei nicht obligatorisch und es hätte keine Konsequenz für ihn gehabt, wenn er seinen Gewinn nicht geteilt hätte. „Wieso sollte ich das aber nicht machen?“, fragt er zurück. Er brauche ja gar nicht so viel, um zu überleben. Zudem kenne er viele Menschen aus den Kooperativen oder aus weniger wohlhabenden Familien persönlich. Er könne doch nicht in Saus und Braus leben, während seine Bekannten und Freunde Hunger leiden. Anscheinend sind auch der zwischenmenschliche Austausch und die engen Beziehungen untereinander Schutzfaktoren gegen ökonomischen Eigennutz. In einer anonymen Grossstadt würde dies wohl anders aussehen.

Vor der Autonomie Rojavas gab es viele Arbeitslose, die als Saisoniers in die Türkei reisten, um dort auf Obst- oder Baumwollfeldern zu arbeiten. Betroffene Personen erzählen uns, dass sie mit dem verdienten Geld, das sie dort verdient hätten, in Rojava 4 Monate hätten leben können. Nun sieht die Lage aber anders aus. Seit der Autonomie wurde eine Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen. Vor der Revolution waren die wichtigsten Produktionsstätten unter Kontrolle der syrischen Regierung. Viele waren an Firmen in den Grossstädten gebunden, z.B. Teppich- oder Tabakfabriken. Mahlwerke gab es nur in Aleppo und Raqqa. Mit einer Regionalisierung dieser Stätten gibt es auch mehr Arbeitsmöglichkeiten, wodurch die Zahl der Saisoniers stark abgenommen hat. Zusätzlich gründeten die Volksräte als Folge der Dezentralisierung neue Arbeitsstätten, z.B.: Textilateliers, Molkeereien, Bau- oder Landwirtschaftskoooperativen, Malereien oder Petrolraffinerien. In Kobane wurde ein Gesundheitszentrum, ein Krankenhaus und eine Rehabilitationsklinik eröffnet. Es wurden Gewerkschaften verschiedener Berufsgruppen gegründet.

Hingegen stellt sich seit der Deklaration der Autonomie ein anderes Problem: Assad hat ein Embargo über das Gebiet verhängt. Lebensmittel, Strom, Wasser und Gesundheitsversorgung gelangen nicht mehr nach Rojava. Das wirtschaftliche Fundament der Region wurde durch die Isolation stark geschädigt und hat eine Inflation von bis zu 300% erzeugt.

Was geschah mit den Gerichten und Knästen?

Vor der Autonomie gab es Gerichte und Justizgebäude in der Region, welche dem Regime unterstanden. Mit Ausbruch der Revolution wurden diese umfunktioniert und werden nun als sogenannte Gerechtigkeitszentren genutzt. Ein älterer Dorfbewohner erzählt uns, dass die Volksräte zivile Schutzgruppen bilden. Diese bestehen aus Personen aus der Bevölkerung und intervenieren bei Konflikten oder Übergriffen. Unsere Frage, ob diese bewaffnet sind (und somit eine polizeiliche Funktion einnehmen), wird verneint. Der Mann gibt uns ein Beispiel: verhalte sich jemand gewalttätig, so interveniere die Schutzgruppe und bringe die Person in den lokalen Volksrat. Dort bespreche man im Kollektiv das Vorgehen oder versuche, zwischen zwei Parteien eine Einigung zu vermitteln. Bei sehr grossen Schadenstaten, z.B. Körperverletzung, Vergewaltigung oder Mord, werde die Angelegenheit jedoch ans kantonale Gerechtigkeitszentrum weitergetragen.

Ayse Efendi, die Co-Vorsitzende der Kobane-Volksversammlung, erzählt uns mehr über die Funktion dieser Zentren. In jedem Zentrum werde eine Jury mit ständig wechselnden Personen gegründet. Dies seien Menschen, die in der Bevölkerung besonders wertgeschätzt und als weise erachtet werden. Das können ältere Personen sein, politisch erfahrene oder sehr belesene Menschen oder jemand, der in der Gesellschaft anderweitig sehr geschätzt werde. Eine Ausbildung für dieses Amt besteht nicht. Aus diesen Personen wird ein Friedensgericht gebildet, an welches der Antrag erfolgt, wenn man eine Besprechung einleiten möchte. Es gibt nach wie vor Richter, welche bereits im früheren Regime diese Funktion innehatten und nun ihr Amt weiterausüben. Ein Berufsverbot wurde also nicht erhängt. Ziel sei es jedoch, deren Funktion zunehmend durch Friedensgerichte aus der Bevölkerung zu ersetzen, so dass irgendwann kein Gericht mehr notwendig sei. Ayse Efendi erklärt, man strebe Volks-, anstelle von Staatsgerichten an.

Vor Gericht darf man in seiner eigenen Muttersprache sprechen, was vorher nicht gestattet war. Bei eigenem Wunsch kann man einen Anwalt engagieren – dies ist jedoch nicht obligatorisch. Anstelle eines Anwalts kann man auch eine Privatperson (z.B. einen guten Freund) auswählen, der die eigene Position unterstützt. Alle Kosten werden vom Gericht getragen, unabhängig davon, zu welchem Resultat eine Besprechung führt. Alle Verfahren werden innert maximal 1.5 Monaten abgehandelt und es gibt keine Ungleichbehandlung der Geschlechter.

Ayse Efendi erklärt uns, dass es sich bei den Verfahren nicht um Verfahren handle, wie man sie aus staatlichen Systemen kenne. Es werde nicht eine Schuldsprechung, sondern vielmehr eine Versöhnung angestrebt. Anstelle Gefängnissen wurden Bildungshäuser gegründet. Dort würden Schadenstäter_innen zu sensibilisieren und in die Gesellschaft wieder zu integrieren versucht. Die zuvor bestehenden Gefängnisse stünden leer. Ein Bewohner aus Kobane erzählt uns, eine so grosse Schadenstat, dass man überlegt habe, diese zu verwenden, sei bisher schlicht nicht aufgetreten.

Wie die Entwicklung langfristig verlaufen wird, wird sich zeigen müssen. Der Ansatz einer Ent-Institutionalisierung des Justizsystems sowie eine Rückgabe gesellschaftlicher Funktionen an die Bevölkerung ist ebenso wie der Ansatz einer Versöhnung äusserst progressiv. Von besonderer Bedeutung ist sicherlich der präventive Charakter einer basisdemokratischen Gesellschaftsform. Kein einziger Bewohner Rojavas konnte uns über eine grössere Schadenstat berichten – weder Mord, noch Vergewaltigung. Diese Dinge scheinen vielmehr durch äussere Angriffe (z.B. durch den IS) zu geschehen. Konfliktbeispiele konnte man uns jedoch durchaus nennen wie z.B. einen Streit um ein Stück Land, wobei jedoch bisher immer irgendwie eine Lösung gefunden worden sei. In einem Umfeld, in welchem man tagtäglich mit seinen Mitmenschen interagiert, persönlichen Bezug zu ihnen hat und die Konsequenzen seines Handelns unmittelbar sieht, ist die moralische Hemmschwelle, einem Mitmenschen Schaden zuzufügen, sicherlich viel höher als in der Anonymität einer kapitalistischen Industriegesellschaft. In einer egalitären Gesellschaft fallen auch Eigentumsdelikte weg. Dies bestätigt die Theorie vieler Anarchist_innen, dass zumindest ein Grossteil der Konflikte und Übergriffe soziale und politische Ursachen hat und durch deren Änderung wegfallen würde.

Es gibt noch viel zu tun. Die Art der Revolution, wie sie in Rojava stattfindet, ist noch nicht erprobt. Das erschwert den weiteren Weg. Auch sieht sich das Projekt mit vielen Angriffen konfrontiert. Rojava ist als autonome und basisdemokratische Region kein Verhandlungspartner für Industriestaaten, wenn es beispielsweise um Erdöl oder militärische Interessen geht. Auch ist es ein Beispiel für andere Regionen auf der Welt, insbesondere für unterdrückte oder verfolgte Volksgruppen. Es ist ein Konzept, wie das Miteinander verschiedener Ethnien funktionieren könnte und wie dadurch Konflikten und Kriegen in einem geladenen Umfeld vorgebeugt werden könnte.

Quelle: Dieser Beitrag von Karakök Autonome erschien in der Anthologie von Ismail Küpeli (Hg.): Kampf um Kobane, edition assemblage 2015 (siehe Literatur, Seite 63).

Waffen für Rojava? Widersprüche des linken "Antimilitarismus"

Von: Wallflower

In den kurdischen Siedlungsgebieten der Türkei, des Iraks, Irans und Syriens leben heute etwa 30 Millionen Kurdinnen und Kurden. Der Anteil Syriens an diesen Gebieten wird von den Kurdinnen und Kurden als Rojava (Westkurdistan) bezeichnet. Die Kantone Efrîn, Kobanê und Cizîrê stehen in Syrien als de facto autonome Gebiete unter kurdischer Kontrolle. Sie wurden von der kurdischen Partiya Yekîtiya Demokrat (PYD), der christlichen, assyrisch-aramäischen Suryoye Einheitspartei und weiteren Kleinparteien während des syrischen Bürgerkrieges proklamiert.

Linke und libertäre Gruppen mobilisieren seit Wochen mit Flugblättern, Aufrufen, Demos, Veranstaltungen und in Diskussionen linker Zeitschriften für Waffenhilfe an Kobanê/Rojava in Solidarität mit der Verteidigung der dortigen "demokratischen Selbstverwaltung" oder gar "sozialen Revolution". Grundsätzlich ist die Bekundung internationaler Solidarität begrüßenswert, zeigt sie doch, dass die Kriege und Abläufe in anderen Teilen der Welt einem Teil der "Linken" nicht gleichgültig sind. Soweit besteht Übereinstimmung. Nicht jedoch bei einer einzigen, leider die Praxis dominierenden Form der Solidarität, konkret: bei der Forderung nach Waffenhilfe. (GWR-Red.)

Die Menschen in Kobanê/Rojava wählen die Formen der Verteidigung ihres Experimentes der demokratischen Selbstverwaltung selbst.

Allerdings werden sie von vielen Linken hierzulande oft für eigene politische Phantasien instrumentalisiert. Dabei ändern auch Besuche vor Ort kaum etwas, denn jede/r BesucherIn der deutschsprachigen Linken stellt die Situation gemäß der eigenen politischen Wunschwahrnehmung dar.

So schreibt etwa der Wiener Thomas Schmidinger zur Forderung nach alliierten Bodentruppen aus Kobanê: "Es bleibt unklar, ob diese nun von Seiten der kurdischen VerteidigerInnen der Stadt erwünscht sind oder nicht."¹

Schmidinger ist seit Jahren kompromissloser Kriegspropagandist für alliierte Militärinterventionen im Nahen und Mittleren Osten. Deren bisheriges fatales Scheitern scheint ihn nicht zu bekümmern. Er ist Autor des soeben im Mandelbaum Verlag erschienen Buches "Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan" und hat dieses am 22.10.2014 in Wien vorgestellt. Dabei forderte er explizit den Einmarsch von NATO-Bodentruppen in Rojava. Die Lieferung von Waffen hielt er nicht für sinnvoll, da sich KurdInnen damit ob ihrer inneren Konflikte dann nur gegenseitig töten würden.²

Trotz dieser Positionen wurde sein Text als Leitartikel im ak abgedruckt und Schmidinger dadurch als seriöser Journalist der Linken anerkannt. Dem Artikel von Schmidinger widersprach in einer Presseerklärung vehement und in mehreren Punkten Ercan Ayboga von der Informationsstelle Kurdistan in Hamburg: "Die demokratische Selbstverwaltung von Kobanê hat nie internationale Bodentruppen verlangt, sondern Waffen und insbesondere einen dauerhaften Korridor von der Türkei aus nach Kobanê. Der Korridor wird immer mehr zur Hauptforderung der Menschen von Kobanê."³

Sowohl Schmidinger für seine Buchrecherchen und viele Interviews mit regionalen BewohnerInnen als auch Ercan Ayboga als Teilnehmer einer Besuchsgruppe im Mai 2014 in der Region Cizîrê waren also vor Ort. Und sie widersprechen sich diametral.

Die Widersprüchlichkeit linker Aufrufe als Legitimierung der Rüstungsindustrie

In dieser Kritik geht es jedoch ausschließlich um die deutschsprachige Linke bzw. libertäre Gruppen.

Die diversen linken oder libertären Aufrufe für Waffenhilfe in Kobanê, ob international oder national, für die Demos vom 1. November oder später, sind widersprüchlich, wenn man sich die Forderungen genau ansieht: Mal werden die Bundeswehr und deutsche Rüstungsfirmen explizit von der Waffenhilfe ausgeschlossen und deren Lieferungen an die Türkei und die Golfstaaten kritisiert, mal ist das nicht der Fall. Mal werden Bodentruppen explizit gefordert, mal zumindest durch die Lagebeschreibung und die Logik der Argumentation nahe gelegt. Dabei ist oft ein Umschlag um 180 Grad in der Lagebeschreibung noch gegenüber grundsätzlichen kritikritischen Positionen vor ca. einem halben Jahr zu beobachten. Plötzlich werden nicht mehr die Militärinterventionen der "internationalen Koalition" (und damit auch der Bundeswehr) im Mittleren Osten kritisiert, sondern nun wird, ganz im Gegenteil, dazu aufgefordert, gerade "effektiver" als bisher militärisch einzugreifen.

Für diesen Zweck werden für Kobanê/Rojava die alliierten Luftschläge in ihrer Wirksamkeit drastisch herabgesetzt - ganz im Gegensatz zu einigen Verlautbarungen der VerteidigerInnen von Kobanê während der Zeit, als die Stadt in die Hände des IS zu fallen drohte. So hieß es etwa schon im Internationalen Aufruf für die Demos am

1. November: "Die sogenannte internationale Koalition im Kampf gegen den IS hat dem kurdischen Widerstand nicht effektiv geholfen."⁴

Im Aufruf zur Solidaritätsdemo während der Linken Literaturmesse in Nürnberg am 1. November hieß es: "Die internationale Staatengemeinschaft verweigert ihnen [den ‚Volksverteidigungskräften‘ der YPG] nicht nur humanitäre Hilfe, sondern auch die dringend benötigten modernen Waffen."⁵

Fakt ist aber, dass die US-Armee während der Tage des Kampfes sowohl Nahrungsmittel wie Waffen über dem kurdischen Teil der Stadt abgeworfen hat, was Erdogan scharf kritisiert hat.⁶

In einem Rostocker Aufruf heißt es: "Die multiethnischen und multireligiösen Selbstverwaltungsstrukturen im Kanton Kobanê und Rojava müssen endlich anerkannt und auf allen Ebenen - auch mit effektiven Waffen - unterstützt werden."⁷

Und Schmidinger meint nur lapidar, die IS-Banden seien "nicht mit einigen kosmetischen Luftangriffen aufzuhalten."⁸

Diese Denunziation angeblicher Ineffizienz dient immer nur einer Logik der Argumentation für Bodentruppen, ob sie nun explizit gefordert werden oder nicht.

Die Widersprüchlichkeit der Aufrufe zeigt die große Schwäche der Argumentation dieser "militaristischen" Teile der Linken, die auch die Waffenhilfe nicht immer konsequent und durchweg direkt als Zahlung an Kobanê/Rojava verstanden wissen will. Doch auch wenn die Spenden für Waffen direkt an Kobanê/Rojava geleitet werden, bleibt der Grundwiderspruch: Die Waffen müssen ja gekauft werden, auf dem Schwarzmarkt gibt es nur veraltete Waffen, wer "moderne Waffen" kaufen will, und darunter tun es Forderungen aus der deutschsprachigen Linken nie, fordert damit notwendig staatliche Rüstungsexporte und kurbelt die Profitmaximierung deutscher und internationaler Rüstungsfirmen an. Indem sie etwas nicht explizit ausschließt; indem sie an existierende Herrschaftsstrukturen Forderungen heranträgt, die nur auf vorhersehbare Weise darauf reagieren können, trägt diese Bewegung dann allerdings zur Konfusion und zur möglichen Instrumentalisierung der Forderung nach Waffenhilfe für Rojava bei.

Die herrschenden Medien, die Parteien, Grüne, Linke, SPD bis hin zur Bundesregierung fühlen sich nun auch von linker Seite generell zu weiteren Waffenlieferungen durch deutsche Rüstungsfirmen (seien das nun Diehl, Heckler & Koch, EADS, MAN, Krauss-Maffei, Messerschmitt usw.) in alle Welt und zu weiteren potentiellen Bundeswehreinsetzungen legitimiert, denn die Begrenzung auf Rojava machen sie nie mit.

Die Verwirrung unter autonomen AntimilitaristInnen

Seit Jahren gibt es die antimilitaristischen Sommercamps "War Starts Here!" gegen das Gefechtsübungs-Zentrum der Bundeswehr (GÜZ) in der Colbitz-Letzlinger Heide, zuletzt mit einem Camp gewaltfreier Aktionsgruppen und einem Camp autonomer AntimilitaristInnen (vgl. GWR 390 ff.). In Letzterem wurde bei der Volksküche ein Banner mit dem Bild eines Peschmerga-Kämpfers mit MG aufgespannt, das zwar kritisiert, aber auch nicht abgehängt wurde. Vor allem ältere Autonome auf dem Camp wollten eine Pressemitteilung veröffentlichen, in der explizit Waffenlieferungen der Bundeswehr nach Kobanê abgelehnt wurden.

Sie ahnten wohl, dass sie den Widerstand gegen ein Übungszentrum der Bundeswehr gleich lassen können, wenn gutgeheißen wird, dass die Bundeswehr nun nicht mehr nur Peschmerga-KämpferInnen an modernen Waffen ausbilden soll, sondern alsbald auch KämpferInnen aus Kobanê. Obwohl es intern viel Zustimmung dafür gab, wurde die Pressemitteilung schließlich doch nicht veröffentlicht.

In der Orga-Gruppe und bei Nachbereitungstreffen sind es vor allem jüngere Autonome zwischen 20 und 30 Jahren, die sich einerseits antimilitaristisch nennen, gleichzeitig aber auch für "Waffen für Rojava" spenden. Sie diskutieren emphatisch die Unterschiede zwischen Militär, Miliz, Guerilla und Partisanenverbänden. Sie sehen dabei in der Regel das Problem, was Krieg aus Menschen macht, bleiben aber trotzdem bei ihrer Position.⁹

Dieselben Probleme und Widersprüche dürften sich bei der kommenden Mobilisierung für die jedes Jahr stattfindenden Proteste gegen die militärische Sicherheitskonferenz in München auf tun, die ursprünglich ebenfalls von antimilitaristischen autonomen Gruppen initiiert worden sind. Sie alle stehen in dem Dilemma, einerseits die Bundeswehr als Waffenlieferer für die Türkei und via türkische Waffenlieferungen für den IS als mitverantwortlich für den mörderischen IS-Krieg zu erklären und gleichzeitig an diese Bundesregierung, diese Bundeswehr und die deutschen Rüstungsfirmen Lieferungen "moderner" und "effektiver" Waffen herantragen zu müssen. Aus diesem Widerspruch gibt es kein Entkommen und daraus resultiert notwendig eine öffentlichkeitswirksame Legitimierung von Bundeswehr und Waffenindustrie von linksradikaler Seite.

Es zeigt sich hier überhaupt das Dilemma eines bestimmten Verständnisses von Antimilitarismus - und gleichzeitig der Grund dafür, warum gewaltfreie AktivistInnen den eindeutigen Begriff gewaltfreier Anarchismus vorziehen. Schon in der Geschichte sozialrevolutionärer Bewegungen war mit antimilitaristischer Kritik zunächst nur die bürgerliche, zaristische oder franquistische Armee mit klaren Befehlsstrukturen und Offizieren gemeint. Partisanen, Guerilla, Milizen konnten demnach als "antimilitaristisch" gelten, obwohl sowohl die Russische Revolution 1917 wie auch die Spanische Revolution 1936 zeigten, dass die wechselnde Wahl der Befehlshaber bei jedem Angriff nie lange durchzuhalten war, sich militärisch als nicht "effektiv" zeigte und binnen kürzes-

ter Zeit einer "Militarisierung der Milizen" notwendig weichen musste. Die benannten Widersprüche des heutigen autonomen Antimilitarismus sind nur ein Spiegelbild dieser mehrfach belegten historischen Erfahrung.

Die schiefen Vergleiche mit der Spanischen Revolution von 1936

In nahezu allen Aufrufen wird ein Vergleich gezogen zwischen der militärischen Verteidigung der Spanischen Revolution (manchmal auch "Republik") von 1936 und der Verteidigung von Kobanê/Rojava. Auch wenn die sozialen Errungenschaften von Kobanê gerade im Vergleich mit IS unzweifelhaft vorzuziehen und verteidigungswert sind, gibt es bei diesem Vergleich doch mehrere Schiefenlagen:

Die Militarisierung der Milizen in Spanien führte zum Verlust jedes revolutionären und emanzipativen Inhalts, längst vor dem Sieg Francos. Es war der Krieg, der damals die Revolution zunichte machte. Revolution kann sich in einem dauerhaften Bürgerkrieg nicht entwickeln und wird immer wieder durch militärische Imperative zurückgedrängt und hierarchisiert! Die Form bestimmt über den Inhalt.

Dies bestätigt eine Bemerkung von Ercan Ayboga in seiner Antwort auf den Schmidinger-Artikel. Schmidinger hatte kritisiert, dass der parteiunabhängige Premierminister von Cizîrê zu den "reichsten Unternehmern und Landbesitzern Syriens" gehörte. Ayboga konnte hier faktisch nicht widersprechen, verteidigte aber die kleinbäuerliche Struktur, nach der nur 20 % des Landes Großgrundbesitzern gehörten, sowie dass von syrischen Truppen verlassenes staatliches Land verteilt worden sei und die aufgebauten Kooperativen Fortschritte machten. Dennoch gab er zu: "Die ungerechte Landverteilung ist dem MRGK [Volksrat Westkurdistan, andernorts auch DSV, demokratische Selbstverwaltung, genannt] bewusst. Aus diversen und verständlichen (Krieg, Embargo, Bewusstsein in der Gesellschaft etc.) Gründen wird diese Frage zunächst nach hinten gestellt."¹⁰

In Spanien war das "Bewusstsein in der Gesellschaft" am Anfang verbreitet, der Landbesitz und die kapitalistischen Betriebe bis hin zu Kleinbetrieben wurden aktiv kollektiviert, hier hingegen wird diese Absicht "nach hinten gestellt". Erst soll der Krieg gewonnen werden.

Das aber muss gerade Spanien-KennerInnen bekannt vorkommen: In Spanien bedeutete, dem Krieg Vorrang vor der Kollektivierung zu geben, das Ende der Revolution und die Zerstörung der Kollektive. Der militärische Imperativ des Krieges drängt die Kollektivierung in Kobanê sofort nach hinten, in Spanien war sie das spätere Opfer dieses Imperativs.

Außerdem haben die Westmächte trotz aller Aufrufe aus Spanien nie auf Seiten der Republik/Revolution eingegriffen oder Waffen geliefert und die Waffenhilfe der Sowjetunion andererseits diente der militärischen Durchsetzung der stalinistischen KP im republikanischen Lager.

Was aber kann im Irak seit 1991 bis heute und seit den Waffenlieferungen seit Ende 2011 auch an Oppositionelle in Syrien beobachtet werden? Permanente westliche Militärinterventionen seit 25 Jahren, die genau dazu geführt haben, wofür heute der IS steht. Siehe gleichfalls die bezeichnende Entwicklung in Libyen, das von Anfang der Revolte 2011 von der internationalen Waffenindustrie mit Waffen geradezu vollgestopft worden ist und wo nun militaristisch-islamistische Warlords dominieren.

So ähnelt bei diesen Konstellationen kaum etwas Spanien 1936.

Wie so oft bei historischen Bezügen und herbeizitierten Parallelen handelt es sich um eine Projektion, um den Versuch, momentane Stellungnahmen und Interessen durch historische Bezugspunkte mit scheinbar eindeutigen Botschaften plausibel erscheinen zu lassen.

Militaristische Propaganda: Frauen mit Knarre allüberall

Militarismus definiert sich dadurch, militärische Kampfformen, Kampfanzüge, Normen, Ikonographien, Filme und Fotos auf die gesamte Gesellschaft auszudehnen. Genau das geschieht in der derzeitigen Kampagne "Waffen für Rojava" vor allem bei der linken Propaganda mit Frauen an der Knarre, die fast zu einem ikonographischen Fetisch wird. Es wird suggeriert, bewaffnet kämpfende Frauen seien der Gipfel der Emanzipation. Die Gegenbehauptung wäre, dass Frauen hier durch Linke und Libertäre aus der BRD für ihre eigenen Phantasien vom bewaffneten Kampf paternalistisch instrumentalisiert werden.

Wieder werden Form und Inhalt verwechselt. Die Form, Frauen an der Knarre, zeigt eben nicht den Inhalt, dass nämlich Frauen tatsächlich überproportional an der gesellschaftlichen Selbstorganisation von Rojava beteiligt sind, weil sie dort verantwortliche Positionen übernehmen; dass tatsächlich etwas aufbricht und Frauen auch in der Familie nicht mehr geschlagen werden.

Warum werden gerade von Seiten der Linken nicht hauptsächlich Fotos mit Frauen in diesen gesellschaftlichen Funktionen und im öffentlichen Leben gezeigt? Durch die bewaffnete Ikonographie wird suggeriert, dass nur bewaffnete Kämpfe und bewaffnete Frauen emanzipatorisch sind. Doch formal gibt es auch in der iranischen Armee separate Frauenbataillone.

Und wie in einer gemischten Militäreinheit von Kobanê werden seit Jahrzehnten einige hundert Kilometer westlich dieser Stadt, in der israelischen Armee nämlich, seit Jahrzehnten bewaffnete Frauen gleichberechtigt in

gemischten Armeeeinheiten eingesetzt. Ist aufgrund dieser Form die israelische Armee qua Biologismus eine Befreiungsarmee - oder ist sie nicht doch eher eine Besatzungs- und Unterdrückungsarmee mit Frauen als Mit-Täterinnen? Die Frau an der Knarre zeigt eben nicht den spezifischen Inhalt ihrer gesellschaftlichen Stellung.

Abzuwarten bleibt schließlich, ob nicht die militärische Notwendigkeit des schieren Mangels an militärischem Personal gewissen Einfluss auf die Frauenmobilisierung in Rojava hatte und nicht doch – wie in so vielen antikononialen Befreiungsbewegungen – nach der Befreiung/Stabilisierung ein Rollback stattfinden wird.

Für eine Spaltung und Isolierung des IS

Was m.E. heute in Syrien und im Irak stattfindet, ist ein auf unbegrenzte Zeit propagierter Warlord-Krieg epochalen Ausmaßes. Der IS ist ein Ungeheuer, das im Irak Jahrzehnte des Bürgerkriegs und Hunderttausende Tote durch die Invasion der alliierten Armeen hervorgebracht haben (trotz der Autonomie in Nord-Kurdistan). Und in Syrien wurde der IS seit dem Übergang der syrischen Opposition vom monatelangen, bewunderungswürdigen gewaltfreien Kampf zum bewaffneten Kampf durch den jahrelangen Bürgerkrieg nach oben gespült, von Anfang an befeuert durch die westliche Rüstungsindustrie, Geheimdienste und Waffenhändler, die die Opposition vom Libanon aus bewaffneten. Ist es so undenkbar, dass IS vielleicht nicht einmal das letzte Ungeheuer sein wird, das dieser großregionale Warlord-Krieg produziert, wenn der Abwehrkampf in einen lang andauernden Krieg, mit erweiterten internationalen Interventionen und nicht endenden Lieferungen moderner Waffensysteme übergeht? Damit muss radikal gebrochen werden, gerade durch libertäre und antimilitaristische Gruppen. Und bedarf es da nicht eines prinzipiellen Rückgrats, diesen Bruch nicht schon wieder bei der ersten unterstützenswerten Entwicklung oder Bewegung, die es immer wieder geben wird, aufzugeben?

Es wird hier nicht behauptet, für jeden Fall und zu jeder Stunde innerhalb dieses großregionalen Krieges eine Lösung parat zu haben. Kobanê/Rojava verteidigt sich, wie es das in dieser Situation kann und für sich will. Aber die Macht des IS muss eher aus dem Innern seines eigenen Herrschaftsbereichs gebrochen werden. Das ist keineswegs unrealistisch: Im Irak 2006/2007 hat es bereits sunnitische Aufstände gegen Al-Qaida gegeben, als Letztere kein Geld mehr für die Grundversorgung der armen Schichten ihrer tragenden Kernbevölkerung hatte. Erst Ende Oktober 2014 wurde ein sunnitischer Aufstand gegen den IS im westirakischen Anbar brutal niedergeschlagen, aber er beweist zunächst, dass es ein Potential für Revolten bei den SunnitInnen im IS-Herrschaftsbereich gibt, nur vorerst keine Gleichzeitigkeit. Wenn die IS-Unterstützung durch die Türkei, Katar und Saudi-Arabien gestoppt und der Erlös aus dem Ölhandel, sowie die internationalen Geschäfte des IS abgeschnitten werden, sind weitere solche Aufstände möglich.

Mit der Forderung nach effizienterer Bombardierung, mit vereinzelt Aufrufen für alliierte Bodentruppen in Syrien und mit den Kampagnen für die Lieferung moderner Waffen wird die sunnitische Bevölkerung dagegen gerade in die Hände des IS getrieben.¹¹

Die Millionen Flüchtlinge u.a. aus Syrien, dem Irak und Afghanistan brauchen offene Grenzen, Asyl, Nahrung und warme Kleidung für den anbrechenden Winter.

(aus: Graswurzelrevolution, Nr. 394, Dezember 2014)

Anmerkungen

- ¹ T. Schmidinger: "Umzingeltes Kobanê", in: ak Nr. 598, Hamburg, 14.10.2014.
- ² Informationen nach einem Besucher der Buchvorstellung vom 22.10.2014, der sie an den Autor weiterleitete.
- ³ Unmittelbare Antwort auf Schmidingers ak-Artikel von Ercan Ayboga, Tatort Kurdistan Kampagne, Hamburg, Internet: <https://www.facebook.com/hamburgfuerrojava>, Eintrag 30.10.2014.
- ⁴ Unterzeichnet hatten diesen internationalen Aufruf für den 1. November u.a. Noam Chomsky, David Graeber und Janet Biehl.
- ⁵ Den Aufruf unterzeichneten neben diversen migrantischen und deutschen K-Gruppen auch "Organisierte Autonome".
- ⁶ Diverse Presseberichte am 22.10.2014, z.B. www.zeit.de/politik/ausland/2014-10/erdogan-usa-kobani
- ⁷ "Gemeinsam gegen den faschistischen Terror des Islamischen Staates (IS)", Kundgebung am 12.10.2015 in Rostock: <https://m.facebook.com/events/1485726538380046>
- ⁸ Schmidinger, a.a.O.
- ⁹ Informationen eines mit der Graswurzelrevolution sympathisierenden Campbeteiligten, der sie an den Autor weiterleitete.
- ¹⁰ Ercan Ayboga, siehe Anm. 3, a.a.O.
- ¹¹ Im Text wurden einzelne Passagen verarbeitet, die aus der Vorlage eines kritischen Flugblatts von "einigen Leuten aus der langjährigen antimilitaristischen, antinationalistischen und gewaltfrei-anarchistischen Bewegung" stammen, welches auf der Linken Literaturmesse Nürnberg am 1. November 2014 verteilt wurde.

„Wir glauben weder an den bewaffneten Kampf noch an Wahlen!“ Ein Interview mit Mitgliedern des Kurdistan Anarchist Forum (KAF)

Im anglophonen Raum Europas gibt es seit Anfang der 2000er Jahre das Kurdistan Anarchist Forum (KAF), das aus kurdischen Geflüchteten aller Regionen, mit einer Mehrheit aus Irakisch-Kurdistan besteht. Das folgende Interview ist ein Auszug aus einem 18-seitigen Interview, das zwei AktivistInnen (u.a. ein GWR-Mitherausgeber) 2011 in Englisch mit einigen Leuten des KAF geführt haben.¹ Interessant sind u.a. die Positionen des KAF zu Öcalan und der PKK sowie zum US-Irakkrieg 2003, als viele KurdInnen vor Ort im Gegensatz zur weltweiten Anti-Kriegs-Bewegung die alliierte Kriegsführung unterstützt haben. Einerseits weisen wir die LeserInnen darauf hin, dass die Einschätzungen aus dem Jahr 2011 heute vielleicht nur noch bedingt gültig sind und möglicher Weise eine weitere Annäherung des KAF an die Selbstverwaltung der drei Regionen in Syrisch-Kurdistan und damit die Politik der PKK stattgefunden hat. Dazu gibt es aber noch keine kollektive Erklärung der Gruppe, aktuelle Einschätzungen werden auf ihrer Website ausführlich und kontrovers diskutiert.² Andererseits hatte der von der PKK beeinflusste soziale Prozess in Syrisch-Kurdistan bereits 2011 im Anschluss an die arabischen Aufstände begonnen und auch der Positionswandel Öcalans war bekannt und dem KAF bewusst. Wir finden vor allem den Erfahrungshintergrund der Gruppe bedeutend für deren hier aufgezeigten Standpunkt, mit der jahrelangen Politik des bewaffneten Kampfes und mit Parteipolitik zu brechen und zu einer Form des „pazifistischen Anarchismus“ zu finden, mit der wir sympathisieren. (GWR-Red.)

Das KAF hat auf ihrem Blog dem Interview folgende Selbstdefinition vorangestellt: „Es gibt nicht so etwas wie den ‚kurdischen Anarchismus‘, nicht mehr jedenfalls, als es so etwas gibt wie den russischen, spanischen oder französischen Anarchismus. Was es jedoch geben kann, ist eine freie Vereinigung von anarchistischen Leuten, die aus derselben Region kommen, wie etwa Kurdistan, und die versuchen, für ihre Ideale innerhalb der Bevölkerungsgruppe, aus der sie kommen, zu kämpfen. Das ist, was das Kurdistan Anarchist Forum (KAF) darstellt: eine Föderation von AnarchistInnen, die dazu noch KurdInnen sind und sowohl für den Anarchismus unter den KurdInnen als auch innerhalb der gesamten Menschheit kämpfen.“

Gibt es im Mittleren Osten viele kurdische AnarchistInnen oder ist das eher ein Phänomen der Diaspora?

Wir sind Anfang der Zehnerjahre des 21. Jahrhunderts aktiv geworden und haben eine Vierteljahreszeitschrift Dalian (Rebellen) veröffentlicht. Bis zum Frühjahr 2003 gab es zwölf Ausgaben. Die Zeitschrift war in der kurdischen Bevölkerung nicht als anarchistisch bekannt, aber die meisten, die für sie schrieben, waren AnarchistInnen und der Rest sah sich entweder als unabhängig oder in irgendeiner Weise als libertär.

Die KAF-Website Sakurdistan veröffentlichte seither Artikel meist in Kurdisch, in Arabisch und in Persisch. Die Leute, die für diese Plattform schreiben, sind kurdischer, arabischer, persischer Herkunft und alle AnarchistInnen. Zunächst wurden dort klassische anarchistische Texte in die kurdische Sprache übersetzt, ebenso wie anarchistische FAQ (Frequently Asked Questions) beantwortet.

Diese aktivistischen AutorInnen haben ohne Unterlass daran gearbeitet, den LeserInnen die wirkliche Bedeutung anarchistischer Begriffe und Konzepte nahe zu bringen, die so lange durch bolschewistische und neofaschistische Organisationen missbraucht und verdreht worden sind.

Soweit wir wissen, gibt es seit 2010 u.a. eine neue anarchistische Zeitschrift in Türkisch-Kurdistan mit Namen Corvus (Krähe), die wohl immer noch existiert. Nach der Niederlage des bewaffneten Guerillakampfes in Türkisch-Kurdistan haben sich dort in den letzten Jahren soziale Bewegungen entwickelt, durch die anarchistische Ideen und Organisationsformen verbreitet wurden. Dies scheint für uns ein sehr gutes Signal dafür zu sein, dass die Menschen nun eine Alternative gefunden haben, den gescheiterten bewaffneten Kampf zu ersetzen.

Obwohl dort die im Entstehen begriffene anarchistische Bewegung noch klein und schwach ist, ist das ein großer Schritt, denn er ersetzt die politischen Forderungen und von politischen Parteien formulierte Slogans durch soziale Forderungen, die von den Menschen geäußert werden, wie etwa Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Lösungen für Alltagsprobleme. Das beweist uns, dass das Bewusstseinsniveau der Menschen gewachsen ist. Sie haben das Vertrauen in die Fähigkeit der Politiker und den bewaffneten Kampf für das Erreichen ihrer Ziele verloren, weil ihnen diese nichts als Niederlage auf Niederlage einbrachten.

Es stimmt uns manchmal traurig, wenn wir einige europäische anarchistische Gruppen hören, wie sie Abdullah Öcalan vertrauen und ihn für die positiven Veränderungen loben, welche die kurdische Bevölkerung in der Türkei erreicht habe. Wir glauben, dass der Ablauf exakt andersherum war: Öcalan und seine Leute erfuhren den zunehmend demokratischen Einfluss der normalen Leute und ihrer Graswurzelbewegungen und speziell auch den Einfluss anarchistischer Ideen und von AnarchistInnen. Diejenigen Leute aus europäischen anarchistischen

Gruppen, die das Sozialforum in Diyarbakir in den Jahren 2009 und 2010 besucht haben, kennen die Wahrheit.

In Irakisch-Kurdistan, woher viele von uns im KAF kommen, wurden anarchistische Ideen, Theorien und Prinzipien von rechten und linken Feinden des Anarchismus ganz bewusst falsch interpretiert und dargestellt. Die existierende kurdische Bewegung beherrschte oder kontrollierte zwischen September 1961 und dem Frühjahr 1991 entweder Teile Irakisch-Kurdistans als nationalistische Kraft – oder wurde von der irakischen Regierung kontrolliert. Jedenfalls gab es dabei kaum Platz für AnarchistInnen oder jede andere linksradikale oder marxistische Gruppierung. Die Kultur des bewaffneten Kampfes wurde allgegenwärtig, seine Mittel wurden benutzt, um alle politischen und auch sozialen Fragen zu lösen. Dieses Klima drängte viele SozialistInnen, KommunistInnen und AnarchistInnen, darunter auch uns, dazu, aus Angst um das eigene Leben aus dem Land zu fliehen und Asyl in Europa oder anderswo zu suchen.

Heute ist die kurdische Autonomie-Regierung im Irak wachsamer denn je, wenn es um die Repression und Unterdrückung jeder abweichenden Stimme und jedes Anzeichens von Protest geht. Dabei waren die normalen Leute sehr unglücklich mit diesem Regime und versuchten ihr Bestes, um die herrschenden Eliten zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen. Ansporn waren für sie die Aufstände im Mittleren Osten und in Nord-Afrika.

Am 17. Februar 2011 gab es auch in Irakisch-Kurdistan Massenproteste, die vom arabischen Frühling inspiriert waren. Die Antwort der Herrschenden: gezielte Schüsse. Nach einem halben Tag der Proteste waren zwei Menschen getötet und 56 verletzt worden. Danach setzten sich die Proteste noch über drei Monate hinweg in verschiedenen Klein- und Großstädten fort, aber schließlich gelang es den Herrschenden, sie zu beenden. Natürlich gab es auch andere Faktoren für das Scheitern dieser Proteste. Damit sind vor allem linksradikale und islamistische Organisationen gemeint, die versuchten, die Bewegung zu kontrollieren und zu kooptieren. Die Massenproteste waren nicht als massenhafte Graswurzelbewegungen – etwa durch lokale, Betriebs- oder studentische Gruppen – organisiert und wiederholten deshalb dieselben Muster wie in der Vergangenheit. Die Proteste scheiterten schließlich auch, weil die Forderungen der Menschen ein weiteres Mal zu politischen Forderungen verkehrt wurden, wodurch die Veränderung von oben nach unten gesucht wurde.

Wie schätzt ihr die PKK ein? Wie die PJAK?

PKK (Kurdische Arbeiterpartei) und PJAK (Partei für ein freies Leben in Kurdistan) sind dieselben Organisationen, sie hängen zusammen. Sie sind zwei Gesichter derselben Medaille. Die PJAK ist ein Flügel der PKK, der sich über alle Teile Kurdistans verbreitet hat, im Irak, in der Türkei, im Iran, in Syrien. Beide sind hierarchische und paramilitärische Organisationen. Beide betreiben nationalistische Propaganda und haben mit Anarchismus oder Libertär-Sozialismus keinerlei Verbindung. Sie unterscheiden sich von uns von A bis Z. Sie sind vergleichbarer mit den hierarchischen Sozialistischen Parteien, weil sie die Macht übernehmen wollen.

Uns ist bewusst, dass Öcalans Ideen sich verändert haben, seit er im Gefängnis ist. Wir sind aber nicht sehr optimistisch, was diese Veränderungen angeht. All diese Veränderungen wurden nicht – wenigstens bis zum jetzigen Zeitpunkt – in die Praxis oder die Organisationsstruktur von PKK und PJAK umgesetzt.

Es ist richtig, dass die PKK viele AnhängerInnen in der kurdischen Bevölkerung und einen großen Einfluss auf kurdische Massenbewegungen hat. Beide Organisationen sprechen zudem von Föderalismus. Aber nichts davon macht sie in irgendeiner Weise zu anarchistischen Organisationen oder auch nur vereinbar mit Anarchismus. Tatsächlich sind sie denkbar weit entfernt von AnarchistInnen und vom Anarchismus, denn Öcalan hat erstens seine Autorität und seinen Führungsanspruch über die Massenbewegung nicht aufgegeben und zweitens propagieren beide Organisationen nach wie vor Nationalismus und Patriotismus. Was die PJAK betrifft, so hat sie bereits gezeigt, dass sie sogar noch weniger direkt-demokratische Veränderungen eingeleitet hat und noch weniger Einfluss auf spontane Massenbewegungen hat als die PKK in der Türkei.

Wir werden die PKK nur unterstützen, wenn sie vollkommen den bewaffneten Kampf aufgibt; wenn sie sich bei der Organisierung populärer Massenbewegungen an der Basis beteiligt, mit dem Ziel, auf die sozialen Forderungen der Bevölkerung zu antworten; und wenn sie schließlich eine Selbstkritik der zentralistischen und hierarchischen Kampfmittel leistet sowie diese niederreißt. An deren Stelle soll die PKK sich föderierten, lokalen und autonomen Gruppen zuwenden; alle Verbindungen und Geheimverhandlungen mit den Staaten des Mittleren Ostens und des Westens beenden; die charismatische Form der Machtpolitik denunzieren und umwandeln in einen Anti-Etatismus und Anti-Autoritarismus. Erst wenn das geschehen ist, werden wir glücklich sein, in vollem Umfang mit der PKK zu kooperieren. Das alles würde grundlegende Veränderungen und ein massives Unterfangen voraussetzen, das wir bedauerlicher Weise in der gegenwärtigen Situation und unter Führung der PKK und der PJAK nicht absehen können.

Was denkt ihr über den US-geführten Krieg im Irak in 2003? Die kurdische Gemeinschaft im Irak tendierte relativ breit dazu, die Invasion zu unterstützen, was im Gegensatz zur Position von AnarchistInnen in Europa und den USA stand, die sich damals intensiv in der Anti-Kriegsbewegung engagierten. Wie habt ihr diesen Widerspruch wahrgenommen?

Der Anarchismus ist eine pazifistische Weltanschauung. Wir waren damals schon gegen diesen Krieg und wir sind auch jetzt noch dagegen, so wie wir gegen jeden Krieg sind, wo immer er stattfindet. Wir haben damals also denselben Standpunkt eingenommen wie der Rest unserer anarchistischen GenossInnen in der ganzen Welt, denn die Motive hinter der Invasion und der Besetzung des Irak durch die USA, Großbritannien und die alliierten Streitkräfte waren für uns so klar wie für jede andere Person innerhalb der Bewegung: Es ging darum, den Wohlstand und die natürlichen Ressourcen des Irak zu rauben; des Weiteren darum, die Macht der USA in der Region zu demonstrieren; Militärbasen in der Region aufzubauen; die anderen Länder in der Region unter Druck zu setzen, mehr Waffen aus den USA und den alliierten Ländern zu kaufen; Kuwait, Saudi-Arabien und andere US-Alliierte in der Golfregion, Israel im Besonderen zu schützen; neue Waffen auszuprobieren und schlussendlich auch darum, neoliberale Globalisierungsprojekte im Mittleren Osten auszuweiten und dafür westliche Multis im Irak zu etablieren, wo sie fast überhaupt keine Steuern zahlen.

Die USA haben zudem einen weithin bekannten Vertrag mit der irakischen Regierung geschlossen, für mindestens 50 Jahre im Land stationiert zu bleiben. Sobald der unmittelbare Krieg zu Ende war, begann der Westen, mit der Hilfe von Weltbank und Internationalem Währungsfonds sein neoliberales Wirtschaftsprogramm einzuführen. Es gibt noch viele weitere imperialistische Motive für den Krieg, die wir hier nicht aufzählen und vielleicht noch weitere, über die wir gar nichts wissen.

Was die Rolle der kurdischen Gemeinschaft bei der Unterstützung des Krieges anbelangt, so ist es sicherlich einfach, die wichtigsten Gründe dafür zu erklären.

Erstens: Saddam Husseins Regime herrschte über die irakische Bevölkerung sehr brutal und terrorisierte sie über 35 Jahre hinweg. Die kurdische Bevölkerung im Norden und die SchiitInnen in Mittel- und Süd-Irak hatten den Löwenanteil an dieser brutalen Repression zu erleiden. Das machte die kurdische Gemeinschaft ohnmächtig dafür, das Regime zu stürzen, besonders als sie wahrnahm, wie Saddam sowohl den Iran-Irak-Krieg als auch den ersten Golfkrieg [um Kuwait 1991] überlebte und immer noch machtvoll genug blieb, um sie zu unterdrücken.

Der zweite Grund: Die kurdische Gemeinschaft wurde sich klar darüber, dass es den kurdischen politischen Parteien nicht gelingen würde, Saddam Husseins Regime zu Fall zu bringen. Die kurdische Bevölkerung hatte alle Hoffnung in die Fähigkeit der politischen Parteien verloren, dieses Ziel zu erreichen.

Drittens: Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks verleitete die kurdische Bevölkerung zum Glauben, dass es keine anderen übriggebliebenen Mächte mehr gebe, auf die sich die kurdische Bevölkerung für ihre Unterstützung und Verteidigung verlassen könne.

Viertens: Die Propaganda der USA, Großbritanniens und ihrer Alliierten – die von den kurdischen politischen Parteien wiederhallte – über das „demokratische System“, das nach Saddam errichtet werden sollte, war sehr wirkungsvoll.

Es gab die Versprechen nach Freiheit, Arbeitsplätzen, Dienstleistungen, Sicherheit, Bildung, Bürgerrechten und bezahlbaren Gütern. Einige kurdische politische Parteien weiteten diese Versprechen gar aus bis zur Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates.

Aufgrund dieser und anderer Faktoren waren die wahren Pläne der USA und ihrer Alliierten der kurdischen Gemeinschaft nicht bewusst. Deshalb unterstützten viele den Krieg.

Gab es soziale Bewegungen, Gruppen oder Individuen, die euch als AnarchistInnen beeinflusst haben, auch wenn sie nicht explizit anarchistisch waren?

Wir haben unser Bekenntnis zum Anarchismus und seinen Idealen als Konsequenz aus unseren Kämpfen in den bestehenden politischen Parteien oder Bewegungen entwickelt. Diese haben zu unserer Desillusionierung geführt, die ihre Ursache im Scheitern dieser Organisationen hatten, irgendeinen realen Fortschritt in den Bereichen Bürgerrechte und sozialer Gerechtigkeit zu erzielen.

Für uns ist es wichtig zu betonen, dass die Verwirklichung des anarchistischen Ideals der einzige Weg ist, wirkliche Freiheit in einer libertär-sozialistischen oder anarchistischen Gesellschaft zu erreichen. Aber das kann nicht nur durch das Lesen anarchistischer Texte umgesetzt werden.

Dafür benötigt man eine Kombination der philosophischen anarchistischen Theorie mit unserer direkten Erfahrung durch unsere Aktivitäten. Das bedeutet: Noch bevor wir uns als AnarchistInnen bekannten und bevor wir überhaupt anarchistische Literatur gelesen haben, waren unsere in der Praxis angewandten Gedanken und Prinzipien bereits unbewusst anarchistisch.

Wir waren gegenüber allen Politikern kritisch, ob sie von rechts oder links kamen, die KommunistInnen mit inbegriffen. Das führte sie dazu, uns als ‚Anarchisten‘ im uninformatierten, verzerrten und abfällig gebrauchten Sinne des Begriffs zu beschuldigen, wie das oft so im üblichen Diskurs geschieht – deswegen sagen wir ja auch „beschuldigen“. Ironischer Weise überzeugte uns diese Beschuldigung davon, die wirkliche Bedeutung des anarchistischen Konzepts und der anarchistischen Ideen besser verstehen zu wollen, um besser argumentieren und uns verteidigen zu können.

Der Unterschied zwischen uns und dem Rest der Opposition, inklusive der Linksradiakalen, KommunistInnen

und SozialdemokratInnen ist der, dass wir weder an den bewaffneten Kampf noch an Wahlen glauben, also an die sogenannte parlamentarische „Demokratie“. Beides sind für uns keine legitimen Mittel der Gesellschaftsveränderung. Ja, sie mögen zu oberflächlichen Veränderungen führen, nämlich zu einem unwirksamen Kreislauf durch Parteien und Regierungen, die alle nur dem Interesse des einen oder anderen Milieus soziopolitischer und ökonomischer Eliten dienen. Aber sie verwirklichen keine substantiellen Umwälzungen gegen das ungerechte und illegitime Machtssystem, das wir als die Ursache der ökonomischen und sozialen Probleme begreifen.

Interview: B.C./S.K., Ende 2011; Übersetzung: wf.

(aus: Graswurzelrevolution, Nr. 394, Dezember 2014)

Anmerkungen

- ¹ Siehe Interview with the Kurdistan Anarchist Forum (KAF): <https://libcom.org/blog/interview-kurdistan-anarchist-forum-kaf>
 - ² Siehe dazu den Reisebericht vom Mai 2014 von Zaher Baher: The Experiment of West Kurdistan (Syrian Kurdistan) has proved that people can make changes: <https://libcom.org/news/experiment-west-kurdistan-syrian-kurdistan-has-proved-people-can-make-changes-zaher-baher-2>. Im Anschluss findet sich eine äußerst umfassende und kontroverse Diskussion über den Reisebericht.
-

Interne Faktoren: Ideologie und Öcalan-Kult im Schulunterricht

Kritische Passagen des Reiseberichts von Zaher Baher (KAF) vom Mai 2014 aus der syrisch-kurdischen Region Cicîrê

Im Mai 2014 bereiste Zaher Baher vom Kurdistan Anarchist Forum (KAF) den Kanton Cicîrê, einen der drei freien Kantone in Syrisch-Kurdistan. Sein langer und detaillierter Reisebericht in Englisch auf dem Blog des Kurdistan Anarchist Forum ist inzwischen ins Deutsche übersetzt worden und als Broschüre herunterladbar. In der dortigen Vorbemerkung zur dt. Übersetzung fordert ein „Et al.“ mit Zitat eines hohen PKK-Aktivisten internationale Waffenhilfe ein. Das ist ein problematischer Zusatz zum englischen Reisebericht, der beim KAF-Blog ohne Aufruf zur Waffenhilfe veröffentlicht ist. An keiner Stelle seines Berichts fordert Zaher Baher Waffenhilfe aus der europäischen oder US-amerikanischen Linken ein oder referiert eine Stimme vor Ort mit einer solchen Forderung.¹ Zaher Baher lobt in seinem Bericht die entstandenen Basisstrukturen der demokratischen Selbstverwaltung und vor allem die Tatsache, dass Frauen tatsächlich in allen Gremien teils paritätisch mit Männern wichtige Funktionen einnehmen, sowohl in zivilen Komitees als auch in den Selbstverteidigungseinheiten. Wir übersetzen hier den eher kritischen Teil seines Reiseberichts, denn er zeigt, dass sich parallel und über die Selbstverwaltungsstrukturen hinweg ein Geflecht aus politischen Parteien legt. Es gibt im Kanton neben der dominierenden Vereinigten Demokratischen Partei (PYD) ca. 20 Oppositionsparteien, die sich zwar bis auf die Bildung einer eigenen Miliz frei politisch äußern dürfen, von denen aber 16 aus Protest nicht an den Selbstverwaltungsorganen teilnehmen. Dies verweist auf interne Konfliktfaktoren, die Zaher Baher hier behandelt, und die nebenbei auch erklären, warum die Türkei jüngst Peschmerga-Kämpfer überraschend nach Kobanê durchließ. (Red.)

Mit inneren Faktoren meine ich alles, was innerhalb Westkurdistan selbst passieren könnte. Das beinhaltet Folgendes: den Bürgerkrieg innerhalb des kurdischen Volkes. Dabei meine ich nicht nur einen Krieg unter den politischen Parteien innerhalb Westkurdistans, sondern den Krieg zwischen der KRG [Kurdische Autonome Region; Regierung unter Führung der Partei des Demokratischen Kurdistan, PDK, Barzanis] in Irakisch-Kurdistan und den Kräften der YPG [Selbstverteidigungseinheiten], YPJ [Frauenverteidigungseinheiten] und der PKK [Kurdische Arbeiterpartei]. Es gibt eine enge Verwandtschaft zwischen der PKK und der PYD, die hinter dem Experiment in Westkurdistan stehen und sehr unterstützend waren.

Ich habe schon erwähnt, dass es eine Geschichte des Blutvergießens zwischen der PKK und der PDK gab und ebenso einen scharfen Konflikt zwischen ihnen über die kurdische Führung. Allerdings hat Abdullah Öcalan seit einiger Zeit in seinen jüngsten Büchern und Kommuniqués den Staat und die Herrschaftsgewalt zurückgewiesen. Aber bis jetzt haben wir nicht gehört, dass er seine eigene Autorität zurückweist und diejenigen verurteilt, die ihnen einen großen Führer nennen und die hart daran arbeiten, ihm eine heilige Position zu verschaffen. Öcalans Haltung kann nicht konsequent genannt werden, solange er nicht auch seine eigene Autorität und Führerschaft zurückweist.

Im Augenblick verschlimmert sich die Lage und die Beziehung zwischen KRG und PYD/PKK verschlechtert sich, so dass Kämpfe zwischen ihnen möglich sind, vor allem weil sich die KRG jeden Tag enger an die Türkei anlehnt. Sobald dieser Krieg beginnt gibt es keinen Zweifel, dass die Isis/IS und andere an diesen Kämpfen auf der Seite der KRG und der Türkei teilnehmen werden. Der einzige Weg, um das zu verhindern, sind Massenproteste, Demonstrationen und Massenbesetzungen in Irakisch-Kurdistan und durch Freunde der syrischen KurdInnen überall.

Tev-Dem (Bewegung für eine demokratische Gesellschaft) wird schwach

Wie ich oben erklärte wurde die gegenwärtige Situation von der Tev-Dem [in West/Syrisch-Kurdistan nach dem Rückzug der Syrischen Armee infolge der arabischen Aufstände 2011] geschaffen, zusammen mit ihren Gruppen, Komitees, Kommunen und der Volkskammer, die die Seele und den Kopf dieser Massenbewegung bildet. Die Tev-Dem war die Hauptkraft beim Aufbau der demokratischen Selbstverwaltung (DSV). Im Allgemeinen macht die Existenz der Tev-Dem den entscheidenden Unterschied, wenn es darum geht, wer das Ergebnis dessen bestimmt, was in der DSV geschieht und was als Inspiration für den Rest der Gegend gilt. Es ist schwer für mich, die zukünftige Verteilung der Macht zwischen der Tev-Dem und der DSV zu bestimmen. Ich habe den Eindruck, dass solange die Macht der DSV sich vergrößert, die Macht der Tev-Dem sich verringert – und andersherum.

Ich habe diesen Punkt gegenüber den GenossInnen der Tev-Dem angesprochen. Sie stimmten nicht überein und meinten, je stärker die DSV sei, desto stärker sei auch die Tev-Dem. Der Grund dafür ist, dass sie die DSV als exekutive Körperschaft ansehen, die alle Entscheidungen der Tev-Dem und ihrer Organe ausführt und umsetzt. Ich kann ihnen jedenfalls weder zustimmen noch widersprechen, da die Zukunft die Richtung der gesamten Bewegung und Gesellschaft zeigen wird.

Die PYD und ihre Parteistruktur

Die PYD und die PKK stehen hinter der demokratischen Massenbewegung und weisen alle Eigenschaften auf, die eine politische Partei in diesem Teil der Welt braucht: hierarchische Organisation; Führungsleute und Geführte; alle Anweisungen und Befehle der Führer gehen runter zur Basis der Partei. Wenn es um die Entscheidung wichtiger Belange geht, gibt es keine besondere Rücksprache mit den Mitgliedern. Diese Parteien sind sehr diszipliniert; haben Regeln und Anweisungen, nach denen man sich zu richten hat; Geheimnisse und geheime Verbindungen mit unterschiedlichen Parteien in verschiedenen Teilen der Welt, egal ob diese an der Macht sind oder nicht.

Andererseits ist Tev-Dem gerade das Gegenteil. Viele Menschen innerhalb der Bewegung sind keine Mitglieder der PKK oder PYD. Sie glauben, dass die Revolution vom Grund der Gesellschaft ausgehen muss und nicht von ihrer Spitze. Sie glauben nicht an staatliche Gewalt oder Autorität und kommen auf Treffen zusammen, um ihre eigenen Entscheidungen über alles zu treffen, was sie wollen und zwar im besten Interesse der Bevölkerung in ihrem Umfeld. Danach fordern sie die DSV auf, ihre Entscheidungen umzusetzen. Es gibt noch viel mehr Unterschiede zwischen der PYD und PKK und der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft, Tev-Dem.

Hier ist die Frage: Wenn das die Aufgabe und die Natur der Tev-Dem ist und dies die Struktur der PYD und der PKK, wie kann es dann zu einem Kompromiss kommen? Folgt die Tev-Dem der PYD und PKK oder folgen Letztere der Tev-Dem? Wer kontrolliert wen? Diese Frage kann ich nicht beantworten und wir müssen abwarten. Jedenfalls glaube ich, dass die Antwort wahrscheinlich schon bald kommt.

Die Furcht, dass Ideologie und Ideologen heilig werden

Ideologie ist eine Betrachtungsweise. Alles von einer ideologischen Warte aus zu betrachten kann ein Desaster werden, da es einem eine fertige Lösung oder Antwort gibt, die nicht mit der Wirklichkeit oder der Situation zusammenhängt. Meistens gucken Ideologen nach den Worten in alten Büchern, die vor einer langen Zeit geschrieben wurden, um eine Lösung zu finden, während diese Bücher nicht ausschlaggebend für das gegenwärtige Problem oder die gegenwärtige Lage sind. Ideologen können gefährlich werden, wenn sie versuchen, ihre aus den alten Büchern stammenden Ideen auf die Gegenwart oder den Rest von uns anzuwenden. Sie sind engstirnig, sehr hartnäckig, bleiben bei ihren Ideen und sind realitätsfremd. Sie haben keinen Respekt vor anderen Leuten, die mit ihnen nicht einer Meinung sind. Ideologen haben mit den Religiösen bis hin zu den Marxisten und Kommunisten viele Punkte gemeinsam. Kurz gesagt, glauben die Ideologen, dass Ideologien oder Gedanken eine Revolution oder einen Aufstand erzeugen. Für Antiideologen wie mich ist das Gegenteil der Fall.

Es ist sehr bedauerlich, dass ich viele Ideologen innerhalb der PYD und unter den Tev-Dem-Mitgliedern gefunden habe, vor allem wenn es zu Diskussionen über Abdullah Öcalan kam. Diese Leute haben sich tief in Öcalans Prinzipien verstrickt und bezogen sich in unseren Diskussionen auf seine Reden und Bücher. Sie glauben ihm vollständig; in gewisser Hinsicht ist er für sie heilig. Wenn das der Glaube ist, den die Leute in ihren Führer haben und stecken und wenn sie sich vor ihm fürchten, dann ist das beängstigend und die Konsequenzen werden nicht gut sein.

Nach meiner Meinung sollte nichts heilig sein und alles kann kritisiert und abgelehnt werden, wenn es nötig ist. Schlimmer als das: Es gibt Kindergärten und Jugendzentren, in denen die Kinder über die neuen Ideen und die Revolution unterrichtet werden und viele nützliche Sachen lernen, die Kinder brauchen, um nützliche Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Aber neben dem bekommen die Kinder die Ideologie, die Ideen und die Prinzipien Öcalans gelehrt und wie großartig er als Führer des kurdischen Volkes ist. Meiner Ansicht nach sollten Kinder nicht mit einem solchen Glauben an die Ideologie erzogen werden. Ihnen sollte nicht Religion, Nationalität, Rasse oder Hautfarbe gelehrt werden. Sie sollten davon frei bleiben und damit nicht behelligt werden, bis sie erwachsen sind und für sich selbst entscheiden können.

Zaher Baher, Harengy Solidarity Group und Kurdistan Anarchist Forum, Juli 2014

(aus: Graswurzelrevolution, Nr. 394, Dezember 2014)

Anmerkungen

- ¹ Die englische Fassung auf dem KAF-Blog ohne Aufruf zu Waffenhilfe findet sich hier: <https://libcom.org/news/experiment-west-kurdistan-syrian-kurdistan-has-proved-people-can-make-changes-zaher-baher-2>. Zur dt. Übersetzung mit Aufruf zur Waffenhilfe, die nicht von Zaher Baher stammt: Siehe Zaher Baher: Das Experiment Rojava. Erfahrungsbericht aus dem syrisch-kurdischen Autonomiegebiet, als Broschüre herunterladbar unter: <http://magazinredaktion.tk/nordsyrien.php>. Zaher Baher war zu Besuch in dem Kanton Cizîrê, in Rojava (West-Kurdistan).

Rojava. Der Versuch unter schwierigsten Bedingungen Leben neu zu organisieren. Ein Bericht aus Cesire/Nordsyrien

Von: Michael Wilk

Dr. Michael Wilk, Notarzt und Psychotherapeut, reiste im Dezember 2014 für die Organisation PHNX nach Cesire, um dort die medizinische Situation zu recherchieren. Ein Kurzbericht.

Sere Kaniye, eine Stadt mit 30 000 EinwohnerInnen, mit Umland ca. 70 000, davon geschätzt 16.200 Flüchtlingen. Das Krankenhaus war im Verlauf des syrischen Bürgerkriegs von der dschihadistisch-salafistischen Nusra-Front besetzt worden und wurde deshalb von der syrischen Regierung bombardiert, bis es 2013 von Einheiten der kurdischen YPG/YPJ befreit wurde. Im weniger beschädigten Seitenbau des zum Teil erheblich zerstörten ehemaligen staatlichen Krankenhauses arbeitet seit ca. zwei Jahren ohne Unterbrechung, ohne Urlaub Kollege Xahled, ein Abdominalchirurg, der jedoch auch alle anderen Notfälle und Erkrankungen behandelt. Darunter viele erkrankte Kinder. Die Versorgung der verletzten KämpferInnen der nahe gelegenen Front beschränkt sich auf das Mögliche, im Wesentlichen auf eine Stabilisierung, da das Krankenhaus weder materiell noch personell auf z.B. die Versorgung von Knochenverletzungen eingerichtet ist. Diese werden nach Quamislo, der mit ca. 700.000 EinwohnerInnen größten Stadt im Kanton Cesire oder auch nach Derik weiterverlegt. Das Krankenhaus in Sere Kaniye verfügt über kein funktionierendes Röntgen, es existiert gerade mal ein Sono-Gerät. Es fehlt an vielem, nicht zuletzt an einer Ablösung für den Kollegen, sowie an einem/r Kinderarzt/ärztin. Für uns Mitteleuropäer seltene Erkrankungen, wie z.B. Leishmaniose, kommen häufig vor. Die hier arbeitenden KollegInnen sind echte Allrounder und MeisterInnen der Improvisation.

Cesire, der östlichste, größte Kanton der Westkurdischen Region Rojava, wird im Norden über ca. 250 Kilometer Länge durch die Türkei begrenzt, im Osten schließt sich die autonome Kurdische Region des Nord-Irak an. Zum Süden hin liegt die Front zum IS, je nach Verlauf ca. 30 bis 50 Kilometer entfernt. Der heiß umkämpfte nächste Kanton Kobane liegt weiter westlich, weitere 150 Kilometer entfernt. Der überall herrschende Mangel an speziellen Gütern und Ersatzteilen wirkt sich im Gesundheitsbereich besonders katastrophal aus. Durch das weitgehende Embargo der Türkei, die die Grenze mit meterhohen Natodrahtverhauen, Wachtürmen, Soldaten und Panzern schwer bewacht, kommen nur gelegentlich Waren und Hilfsgüter in die Region. Medikamentenlieferungen und Sachspenden wie Rettungswagen, an denen ein absoluter Mangel besteht, hängen oft Tage lang an der Grenze fest. Während der Waren- und Personenverkehr in das Gebiet des IS offen ist, wird die politische und militärische Autonomiebestrebung im Norden Syriens wegen deren Nähe zur PKK sabotiert und bekämpft. Die Einfuhr von Gütern findet im Wesentlichen über eine Pontonbrücke über den Tigris statt, der die Grenze zum Nord Irak darstellt. Auch dort kurdisches Gebiet und doch deutlich unterschiedlich in der politisch-sozialen Erscheinungsform. Präsident Barzani und die Armee der Peschmerga gelten dem Westen immerhin als Bündnispartner, deren Berechenbarkeit auch die Lieferung von Waffen ermöglicht. Davon kann bei den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) und den Frauenverbänden (YPJ) der Region Rojava keine Rede sein. Zwar hatte die gemeinsam im Sommer 2014 mit der PKK durchgeführte Befreiungsaktion von Jesidi, ebenso wie der erbittert geführte Kampf um Kobane klar gemacht, wer in der Region in der Lage ist, dem IS und seinem Wüten Grenzen zu setzen. Aber abgesehen von den Luftsätzen der USA und ihrer Verbündeten im Kampf um Kobane, die den nicht zuletzt hohen Symbolwert Kobanes in der Auseinandersetzung gegen den IS erkannten und deshalb die eingeschlossenen KämpferInnen unterstützten, hat sich nicht viel getan. So hat sich durch die Berichterstattung, vor allem über die Befreiungsaktion der Jesidi, das Bild in der Öffentlichkeit etwas gewandelt, aber ungebrochen gilt z.B. von Seiten des deutschen Staates das PKK-Verbot. Zu sehr überwiegt die Bündnistreue zum Natomitglied Türkei, das den Konflikt mit den um mehr Autonomie ringenden kurdischen Menschen mit radikaler Härte verfolgt. Zu dieser Strategie zählt nicht nur die Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in der Türkei, die Bombardierung von Stellungen der PKK, sondern eben auch die Abriegelung der Grenze zum nördlichen Syrien, im Bereich der Kantone Efrin, Kobane und Cesire.

Die Situation des Embargos und der seit über vier Jahren wütende Krieg sind die Rahmenbedingungen in denen sich die Verantwortlichen des Gesundheitssystem um eine Versorgung der Bevölkerung bemühen, zusätzlich belastet durch die täglich von der Front eintreffenden zum Teil schwer verwundeten KämpferInnen.

Die syrische Regierung ist hierbei weitgehend außen vor. Fast völlig entmachtet, unterstehen ihr noch das Regierungskrankenhaus in Quamishlo, der größten Stadt der Region, in der der syrische Staat noch einen schmalen Streifen, den Flugplatz, die Hauptpost und eben das Krankenhaus unter seiner Kontrolle hat.

In Derik, einer Stadt mit etwa 50.000 EinwohnerInnen, besteht die kuriose Situation, dass die dort arbeitenden Ärzte und Medizinerinnen noch von Damaskus ein geringes Salär beziehen, jedoch der regionalen Autonomieverwaltung unterstehen, hinter der die DSV, die demokratischen Selbstverwaltung, bzw. die Tev-Dem, die Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft, stehen.

Es sind unter anderem die Strukturen der DSV, die durch das Ziel einer paritätischen Besetzung Männer, Frauen, als auch durch die erklärte Offenheit gegenüber Menschen verschiedenster Ethnien, Religionen und Gender, einen deutlichen emanzipativen Gegensatz gegenüber der zuvor bestehenden patriarchalen und zentralstaatlichen Herrschaftsstruktur darstellen. Mit ihren Zielen steht sie auch diametral einem autoritären menschenverachtenden

den Exzess des IS Kalifats gegenüber, was die militärische Auseinandersetzung eben nicht nur zu einem der üblichen Kämpfe um ethnische oder religiöse Einflusszonen macht, sondern zur Verteidigung von Menschen und einem gesellschaftlichen Experiment, in dem es um die Schaffung neuer emanzipativer Strukturen geht. Auch wenn es dabei einen, für unsere Gemüter unerträglichen Personenkult um die Figur Öcalan gibt und ebenso schwer auszuhaltende mediale HeldInnenverehrung im kurdischen TV, sind es doch die Ansätze einer strukturellen Veränderung, die eben im Vergleich zu zuvor und im Vergleich zur politischen Realität in den sie umgebenden Ländern, einen emanzipativen Charakter ausmachen.

Der Versuch einer Neuorganisation findet mitten im Krieg statt, in einer Situation äußerer Bedrohung und eines eklatanten Mangels an Ressourcen. Es gilt mehr als 2,5 Millionen Menschen, darunter tausende Geflüchtete, die mit kaum mehr als ihrem Leben in die Region kamen, mit dem Nötigsten zu versorgen.

Der Kurdische Rote Halbmond Heyva Sor a Kurd versucht sein Bestes, um die desaströse Situation in den Griff zu bekommen. Beispielhaft ist die Einrichtung einer Kette von Ambulanzen und Apotheken in den größeren Ortschaften, die versuchen Bedürftige mit den nötigen Medikamenten und auch mit einer medizinischen Grundzuwendung zu versorgen. Die Bedürftigkeit wird durch örtliche Komitees festgestellt, die nach Einkommenslage entscheiden, wer bedürftig ist und wer nicht. Religion, Geschlecht und ethnische Herkunft spielen dabei keine Rolle. Die Beobachtung einer solchen Apotheke zeigt eindrucksvolle Szenen: Kurden, Araber, Männer und Frauen stehen an den Ausgabestellen für die raren Medikamente, zeigen ihre Rezepte die zumeist ihre Dauermedikamentierung bescheinigen, während auf der anderen Seite Helferinnen und Helfer des Kurdischen Roten Halbmonds die Listen mit ihren Unterlagen abgleichen. Medikamente, Windeln und Kindernahrung werden, sofern vorhanden, an diejenigen weitergegeben die ihrer bedürfen. Diejenigen die hier anstehen, sind die, die darauf angewiesen sind, denen das Geld oder andere Voraussetzungen zur Flucht fehlten.

Die Einrichtungen von Ambulanzen und Apotheken, der Transport von Kranken wie auch verletzten KämpferInnen von der meist nur ca. 35 Kilometer entfernten Front, wird ebenso wie die Unterstützung von tausenden Flüchtlingen, von denen ca. 5.000 im Lager bei Derik überleben, unter hohem persönlichen Einsatz zumeist ohne finanzielle Entschädigung geleistet.

Die Regionalverwaltung von Cesire bemüht sich unterdessen um die Instandsetzung und Neuerrichtung von Krankenhäusern, dies in einer Situation, in der es an buchstäblich allem fehlt: Geräte, Personal, Medikamente und elektrischer Energie. Die ganze Region ist auf den Einsatz örtlicher Generatoren angewiesen, da das Stromnetz und die Kraftwerke zerstört sind.

Die Herausforderungen im Gesundheitsbereich beinhalten nicht nur die Versorgung der akut und chronisch Kranken, sondern auch die Behandlung vieler schwer verletzter KämpferInnen, die das Gebiet gegen den IS verteidigen. Die Verletzungsmuster sind die kriegstypischen, die sich zum großen Teil verheerend auswirken und die vor allem junge Frauen und Männer traumatisieren. Zerschossene Extremitäten, schwer verletzte innere Organe und Querschnittslähmungen durch Projektile und Granatsplitter. Eine Nachbehandlung der Operierten findet mehr schlecht als recht statt, auch hier fehlt es an Ressourcen. Eine psychotherapeutische Behandlungsmöglichkeit für psychisch-traumatisierte Menschen fehlt völlig.

Rojava in dieser Zeit, bedeutet Leben unter schwierigsten Bedingungen zu organisieren. Dies in allen gesellschaftlichen Bereichen, in der Situation eines Embargos und einer extremen Versorgungslage, unter Kriegsbedingungen. Der Versuch, all dies unter dem Versuch einer neuen gesellschaftlichen Organisation zu leisten, verdient nicht nur Respekt, sondern bedarf konkreter, solidarischer Unterstützung.

Eine Nachbemerkung

Die Frage, ob es sich bei der "Revolution in Rojava" (GWR 396, Februar 2015) tatsächlich um eine solche handelt, ist natürlich - wie immer - berechtigt. Und auch umso evident, je mehr sie aus der Perspektive der hehren anarchistischen Perspektive der in Mitteleuropa sitzenden lupenreinen AnarchistInnen erfolgt. Wenn man dabei den Maßstab anlegt, dass hierbei vor allem die Kollektivierung von Land und Produktionsstätten als ausschlaggebend anzusehen sind, und auch andere klar erscheinende Kriterien, (sucht euch etwas aus), als nicht erfüllt erachtet werden müssen, dann ist diese Frage zu verneinen. Ebenso ist die in der GWR erneut erhobene Frage wie es denn mit dem Dilemma der Gewalt zu halten sei, angesichts der Situation in Rojava ein entscheidendes Kriterium. Auch hier muss die Lupenreinheit abschlägig beschieden werden - ganz offensichtlich erfüllen die KämpferInnen der kurdischen Verteidigungseinheiten nicht das strenge Kriterium der Gewaltlosigkeit. Schade eigentlich, dass sich die Fanatiker des IS nicht durch Palmwedel oder auch eine zusammengerollte GWR am Halsabschneiden und versklaven hindern lassen. Dann wäre alles doch viel einfacher. Aber das ist es nicht.

Revolution (was auch immer sich einzelne darunter positives vorstellen mögen?), egalitäre gesellschaftliche Verhältnisse in Freiheit und Würde, beginnen nicht an ihrem Ziel, sondern sie sind ein Prozess. Viel entscheidender als die für mich absurd anmutende Frage - "handelt es sich um eine Revolution?" - ist doch die Frage: "Handelt es sich um einen emanzipativen Ansatz?". Die Beantwortung dieser Frage bemisst sich jedoch nur zum Teil an unseren eigenen Idealvorstellungen, sondern vor allem an den gesellschaftlichen Ausgangs- und Umgebungsbedingungen. In diesem Sinne ist es leider alles etwas komplizierter.

Der Aufbau von Selbstverwaltung in der Türkei und Kurdistan: Die DAF

In diesem Interview spricht die DAF über die Geschichte des Anarchismus in der Türkei, ihre Aktionen im antikapitalistischen Kampf und über die kurdische Freiheitsbewegung.

Von: *Corporate Watch (ROAR-Magazine, 3.9.15) / Übersetzung: madalton*

Im Mai diesen Jahres (2015, Anm. d. Übers.) bereisten forschende Aktivist*innen von Corporate Watch¹ die Türkei und Kurdistan um über die Truppen Ermittlungen anzustellen, die militärische Ausrüstung für die türkische Polizei und Armee bereit stellten. Wir sprachen mit einer Menge Gruppen von einer Vielzahl verschiedener Bewegungen und Kampagnen.

Im Folgenden ist die Abschrift unseres Interviews mit drei Mitgliedern der anarchistischen Gruppe Devrimci Anarşist Faaliyet (DAF oder Revolutionäre anarchistische Aktion) in Istanbul im Mai 2015. Die DAF ist bei der Solidarität mit dem kurdischen Kampf, der Revolution in Rojava und gegen die Angriffe des IS auf Kobane sehr engagiert und aktiv gegen die Repression des türkischen Staats und Unternehmensmissbrauch. Sie versuchen gerade Alternativen zum gegenwärtigen System aufzubauen mithilfe von Selbstorganisation, gegenseitiger Hilfe und Kooperativen.

Das Interview wurde im Vorfeld der türkischen Wahlen durchgeführt und streift die Wahlkampagne der HDP, der pro-kurdischen Demokratischen Partei der Völker. Kurz nachdem das Interview stattfand übersprang die HDP die 10 Prozenthürde der gesamten Stimmen um ins türkische Parlament zu kommen.

Die Mitglieder der DAF – die es alle vorziehen anonym zu bleiben – eröffneten das Interview, indem sie über die Geschichte des Anarchismus in der Region sprachen.

DAF: Wir wollen die Verbindung zwischen dem Freiheitskampf am Ende des Osmanischen Zeitalters und den Freiheitskämpfen Kurdistans hervorheben.

Im Osmanischen Zeitalter organisierten Anarchist*innen Arbeiterkämpfe in den wichtigsten Städten: Saloniki, Izmir, Istanbul und Kairo. Beispielsweise war [der italienische Anarchist Errico] Malatesta bei der Organisation der Industriearbeiterschaft in Kairo beteiligt. Bei den Freiheitskämpfen von Armenien, Bulgarien und Griechenland gab es Verbindungen zu anarchistischen Gruppen. Alexander Atabekian², eine wichtige Person im armenischen Freiheitskampf, war ein Anarchist, der Flugblätter ins Armenische übersetzt und sie verteilt hat. Er war ein Freund von [dem russischen Geograf und Anarchist] Peter Kropotkin und verteilte Kropotkins anarchistische Flugblätter.

Wir sprechen gerade über dies, weil wir die Wichtigkeit der Freiheitskämpfe hervorheben wollen und diese mit der Bedeutung der Unterstützung für den kurdischen Kampf nebeneinander stellen.

*Corporate Watch: Was passierte mit den Anarchist*innen nach der Osmanischen Zeit?*

Gegen Ende des Osmanischen Reichs, Ende des 19. Jahrhunderts, unterdrückte Sultan Abdul Hamid II die Aktionen der Anarchist*innen in der Türkei. Er wusste, was Anarchist*innen waren und hatte ein besonderes Interesse an ihnen. Er tötete oder deportierte Anarchist*innen und gründete eine spezielle Geheimdienstgruppe zu diesem Zweck.

Die Anarchist*innen antworteten darauf, indem sie Angriffe auf den Yildiz Sarayi Palast und Sprengstoffanschläge auf die Osman-Bank in Saloniki durchführten. Die Herrschaft des Osmanischen Reichs endete nicht mit der türkischen Republik. Es ist inzwischen vergangen, aber das System ist immer noch dasselbe.

Zu Beginn des [kemalistischen] türkischen Staates [1923] wurden viele Anarchist*innen und andere Radikale gezwungen auszuwandern oder sie wurden getötet. Die CHP, Mustafa Kemals Partei, erlaubte keinerlei Opposition und es gab Massaker an Kurd*innen.

Von 1923 bis 1980 gab es keine große anarchistische Bewegung in der Türkei aufgrund der Popularität sozialistischer Bewegungen und aufgrund der staatlichen Repression.

Die Revolutionswelle von den 1960ern bis zu den 1980ern beeinflussten jene Landstriche ebenfalls. Dies stellten die aktiven Jahre der sozialen Bewegungen dar. Während dieser Zeitspanne gab es revolutionäre anti-imperialistische Bewegungen, die durch den Vietnamkrieg hervorgerufen worden sind, Jugendorganisationen, Universitätsbesetzungen und anwachsende Kämpfe von Arbeitenden. Diese Bewegungen waren marxistisch-leninistisch oder maoistisch, es gab keine anarchistischen Bewegungen.

1970 fand ein langer Arbeitskampf statt. Millionen Arbeitende liefen über 100 Kilometer von Kocaeli nach Istanbul. Die Fabriken waren geschlossen und die Arbeitenden waren auf der Straße.

War in der Türkei zu dieser Zeit überhaupt etwas Bewusstsein für Anarchismus vorhanden?

Während dieser Jahre wurden viele Bücher von europäischen Radikalen in die türkische Sprache übersetzt, aber es wurden nur fünf Bücher über Anarchismus übersetzt, drei davon, in denen über Anarchismus geschrieben wurde um ihn zu kritisieren.

Im Osmanischen Zeitalter waren viele Artikel über Anarchismus in den Zeitungen veröffentlicht. Beispielsweise war einer der drei Herausgeber*innen der Zeitung İştirak Anarchist. Die Zeitung druckte die Abhandlungen [des russischen Anarchisten Mikhail] Bakunins genauso ab wie Artikel über Anarchosyndikalismus.

Die erste anarchistische Zeitschrift wurde 1989 veröffentlicht. Danach wurden viele Zeitschriften herausgegeben, die den Anarchismus aus verschiedenen Perspektiven in den Blick nahmen, z.B. Poststrukturalismus, Umwelt etc.

Der rote Faden stellte die Tatsache dar, dass alle Artikel für eine kleine intellektuelle Leserschaft geschrieben waren. Die Sprache dieser Zeitschriften war zu weit entfernt von den Menschen. Die meisten jener Beteiligten stand mit der akademischen Welt in enger Verbindung. Oder sie waren ehemalige Sozialist*innen, die beeinflusst worden sind vom Zusammenbruch der Sowjetunion, welcher eine große Enttäuschung für viele Sozialist*innen darstellte. Deswegen fingen sie an sich Anarchist*innen zu nennen, aber wir denken nicht, dass dies ein guter Weg darstellt sich dem Anarchismus anzunähern, d.h. mittels einer Kritik des Sozialismus.

Zwischen 2000 und 2005 versammelten sich in Istanbul Leute um über Anarchismus zu reden und sie fingen an zu fragen: „Wie können wir kämpfen?“. Zu dieser Zeit schätzen wir, dass es 50-100 Anarchist*innenn gab, die in der Türkei und außerhalb lebten.

Könnt ihr beschreiben, wie die DAF sich aktuell organisiert?

Gerade erreichen wir 500 Anarchist*innen, die zum May Day in Istanbul erscheinen. Wir sind in Kontakt mit Anarchist*innen in Antalya, Eskişehir, Amed, Ankara und Izmir. Meydan [die Zeitung der DAF] wird an 15 bis 20 Städte verschickt. Wir verfügen über ein Zeitungsbüro in Amed, von dem wir die Zeitungen kurdistanweit verbreiten. Bis jetzt ist sie in türkischer Sprache, aber vielleicht werden wir sie eines Tages in kurdischer Sprache veröffentlichen, wenn wir uns das leisten können. Wir schicken Meydan auch in Gefängnisse. Im Gefängnis in Izmir haben wir eine*n Gefährt*in und wir verschicken Exemplare an über 15 Gefangene.

Vor wenigen Monaten wurde ein Verbot für radikale Publikationen in den Gefängnissen eingeführt. Wir nahmen an Demos außerhalb der Gefängnisse teil und wir schafften es genug Druck aufzubauen, sodass aktuell Zeitungen in Gefängnissen wieder erlaubt sind.

Die Hauptfrage für die DAF ist den Anarchismus innerhalb der Gesellschaft zu organisieren. Wir versuchen Anarchismus mit Kämpfen auf der Straße zu verknüpfen. Dem verleihen wir Gewicht. Fast neun Jahre machen wir dies jetzt schon.

Auf einer ideologischen Ebene haben wir eine ganzheitliche Betrachtungsweise. Wir haben keinen hierarchische Blickwinkel auf Kämpfe. Wir denken der Arbeitskampf ist wichtig, aber nicht wichtiger als der kurdische Kampf oder die Frauenkämpfe oder ökologische Kämpfe.

Der Kapitalismus versucht jene Kämpfe zu spalten. Wenn der Feind uns auf einer ganzheitlichen Ebene angreift, müssen wir es auf einer ganzheitlichen Weise angehen.

Anarchie besitzt eine negative Bedeutung für die meisten Leute in der Gesellschaft. Anarchie wird mit Terrorismus und Bomben verbunden. Wir wollen den Anarchismus legitimieren, indem wir ihn mit Argumenten für Kämpfe gegen Unternehmen und für die Umwelt verbinden. Manchmal versuchen wir die Verbindungen zwischen Staat, Unternehmen und Umweltzerstörung in den Blickpunkt zu richten – wie die Sache, die Corporate Watch macht.

Wir mögen es Anarchie als einen organisierten Kampf darzustellen. Wir haben den Leuten auf der Straße die organisierte Herangehensweise zum Anarchismus gezeigt.

Von 1989 bis 2000 war Anarchismus Darstellung. Schwarz tragen, Piercings und „Iros“. So sahen ihn die Leute. Nach 2000 begannen die Leute Anarchist*innen zu erleben, die Teil der Frauenkämpfe und Arbeitskämpfe waren.

Wir nehmen den Anarchismus von Europa nicht als Nachahmung. Andere Anarchist*innen haben sich dem Anarchismus angenähert als eine Nachahmung des US- oder europäischen Anarchismus oder als eine Underground-Kultur. Wenn wir die anarchistische Bewegung eine soziale Bewegung werden lassen wollen, muss sich dies ändern.

Die Kollektive der DAF sind die Anarchistische Jugend, die Anarchistischen Frauen, das 26A-Cafe, das Patika-Umweltkollektiv und die Anarchistische Aktion der höheren Schulen (LAF). Diese Selbstorganisationen arbeiten zusammen, aber haben ihre eigenen beschlussgebenden Verfahren.

Die Anarchistische Jugend stellt die Verbindung zwischen jungen Arbeitenden und Studierende an Universitäten und ihren Kämpfen her. Die Anarchistischen Frauen legen ihren Schwerpunkt auf das Patriarchat und Gewalt gegen Frauen. Beispielsweise wurde eine Frau von einem Mann letzten Februar ermordet und in Brand gesetzt. Am 25. November gab es große Proteste gegen die Gewalt gegen Frauen.

LAF kritisiert Erziehung und Unterricht an sich und versucht diesen Denkansatz an höheren Schulen zu verbreiten. Die LAF betrachtet ebenfalls ökologische und feministische Themen einschließlich die Morde, die an jungen Frauen von ihren Ehegatten begangen worden sind.

Das ökologische Kollektiv PATIKA protestiert gegen Wasserkraftstaudämme in der Region um das Schwarze Meer oder Hasankey [wo der Ilisu-Staudamm³ gerade gebaut wird]. Von Zeit zu Zeit finden Kämpfe statt um die-

se Pläne zu verhindern realisiert zu werden.

Das 26A-Café⁴ ist ein selbstorganisiertes Café, welches den Schwerpunkt auf antikapitalistisches Wirtschaften legt. In Taksim wurde 2009 und in Kadıköy 2011 wurden Cafés eröffnet [beide sind in Istanbul]. Die Cafés werden von Freiwilligen betrieben. Sie richten sich an dem Aufbau eines ökonomischen Modells an der Stelle, wo unterdrückte Leute leben. Es ist wichtig den Leuten greifbare Beispiele einer anarchistischen Ökonomie zu zeigen – ohne Chef*innen oder kapitalistischen Zielen. Wir sprechen mit den Leuten, warum wir nicht die großen kapitalistischen Marken wie Coca Cola verkaufen. Natürlich haben die Produkte, die wir verkaufen, eine Verbindung zum Kapitalismus, aber Dinge wie Cola sind die Symbole des Kapitalismus. Wir wollen fortschreiten - weg vom Nicht-Konsumieren und hin zu alternativen Wirtschafts- und Herstellungsweisen.

Ein weiteres selbstorganisiertes Kollektiv, PAY-DA - „Teilen und Solidarität“ - verfügt über ein Gebäude in Kadıköy, das für Treffen und die Erstellung der Zeitung Meydan genutzt wird. PAY-DA gibt dreimal täglich Essen an Leute aus. Es ist für Anarchist*innen und Gefähr*innen geöffnet. Das Ziel von PAY-DA ist eine Kooperative zu werden, die für alle offen ist. Wir versuchen eine Verknüpfung aufzubauen, welche auch die Produzierenden in den Dörfern einbezieht. Wir erstreben Verbindungen mit diesen Produzierenden zu haben und ihnen ein anderes ökonomisches Modell zu zeigen. Wir versuchen diese ökonomischen Verbindungen jenseits von monetären Verknüpfungen zu etablieren. Die Produzierenden leiden unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Wir befinden uns in der Anfangsphase dieser Kooperative und wir suchen nach Produzent*innen, die mit uns zusammen arbeiten.

All diese Projekte sind mit der Ideologie der DAF verbunden. Dieses Modell lehnt sich an Malatestas binäres Modell der Organisation.

Dies sind anarchistische Organisationen, aber manchmal nehmen an diesen Kämpfen Leute, die sich nicht als Anarchist*innen verstehen, teil, weil sie ökologische Kämpfe oder Frauenkämpfe kennen und am Ende werden sie etwas über Anarchismus lernen. Es ist ein sich entwickelnder Vorgang.

Als DAF versuchen wir unser Leben zu organisieren. Dies ist der einzige Weg, wie wir die Leute erreichen können, die vom Kapitalismus unterdrückt sind.

Es gibt des Weiteren die Kriegsdienstverweigerungsvereinigung, welche mit weiteren Gruppen organisiert ist, nicht nur anarchistischen. Unsere Beteiligung daran steht in Verbindung mit unserer Perspektive auf Kurdistan. Wir stellen am 15. Mai, dem Kriegsdienstverweigerungstag, anti-militaristische Aktionen in der Türkei außerhalb von Militärstützpunkten auf die Beine. In der Türkei steht das Militär in Verbindung mit der Staatskultur. Wenn du deinen Militärdienst nicht ableistest, wirst du keine Arbeitsstelle finden und es ist schwierig jemanden zum Heiraten zu finden, weil sie fragen, ob du bei der Armee gewesen warst. Wenn du bei der Armee warst, bist du ein „Mann“. Die Menschen sehen den Staat als „Vaterland“ an. Zu deinem Lebenslauf fragen sie, ob du Militärdienst geleistet hast. „Jeder Türke wird als Soldat geboren“ ist ein verbreitetes Sprichwort in der Türkei.

Ist der Kemalismus eine so starke Macht wie er einmal war?

Der Kemalismus stellt immer noch eine Macht in Schulen dar, aber die AKP [die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung] veränderte dies ein wenig. Die AKP hat ein neues Konzept zu Nationalismus, auf das Osmanische Reich gerichtet. Sie betont die „osmanischen Wurzeln“ der Türkei. Aber Erdoğan behauptet immer noch, dass wir „eine Nation, ein Staat, eine Fahne und eine Religion“ besitzen. Es gibt immer noch Gespräche über Mustafa Kemal, aber nicht so viele wie zuvor. Heute kannst du Erdoğan oder Atatürk nicht kritisieren. Es ist gesetzlich festgeschrieben, dass man Atatürk nicht kritisieren darf und ein ungeschriebenes Gesetz Erdoğan nicht zu kritisieren. Die Medien befolgen diese Vorschriften.

Können ihr über die Perspektiven auf den kurdischen Freiheitskampf berichten?

Die kurdischen Freiheitskämpfe begannen nicht mit Rojava. Die Kurd*innen kämpften seit hunderten von Jahren gegen das osmanische Reich und den türkischen Staat.

Seit Beginn der DAF haben wir Kurdistan so bedeutsam für die Propaganda und Bildung angesehen. Unsere Perspektive steht in Verbindung mit den Freiheitskämpfen der Menschen: Die Vorstellung, dass Menschen Föderationen ohne Nationen, Staaten und Reichen bilden können. Der türkische Staat behauptet, das Thema sei ein kurdisches Problem, aber für uns ist es kein kurdisches Problem. Es ist eine Frage der türkischen Politik der Assimilation. Es ist offensichtlich, dass die Assimilation der kurdischen Menschen seit den ersten Jahren der türkischen Republik nicht beendet worden ist. Wir können dies vom letzten Roboski-Massaker [von 34 kurdischen grenzüberschreitenden Händler*innen durch türkische F16 am 28. Dezember 2011] durch den Staat sehen während des „Friedensprozesses“. Wir können dies sehen in der Aberkennung der kurdischen Identität oder der wiederholten Massaker. Indem die Menschen veranlasst werden sich als Türk*innen zu assimilieren und indem nationalistische Propaganda verbreitet wird.

Die AKP sagt, sie habe kurdische TV-Kanäle zugelassen, die kurdische Sprache erlaubt und wir wären alle

Brüder und Schwestern, aber andererseits gab es das Roboski-Massaker, das in ihrer Regierungszeit stattfand. 2006 gab es in sehr hohem Maße Zwang durch die Regierung unter Erdoğan. Erdoğan sagte, dass Frauen und Kinder, welche sich gegen die türkische Politik wenden, bestraft werden würden. Über 30 Kinder wurden von der Polizei und der Armee ermordet.

Die Wortwahl ändert sich, aber die politische Agenda setzt sich fort, nur unter einer neuen Regierung. Wir bezeichnen uns selbst nicht als Türk*innen. Wir haben viele ethnische Wurzeln und kurdisch ist eine davon. Unsere Beteiligung an Kriegsdienstverweigerungen ist ein Teil dieser Sichtweise. Wir wollen mit den Menschen reden um zu verhüten, dass die Menschen dem Militär beitreten und ihre Brüder und Schwestern töten.

Nach den 2000ern gab es einen ideologischen Wandel im kurdischen Freiheitskampf. Die kurdischen Organisationen bezeichnen sich nicht mehr als marxistisch-leninistisch und Öcalan schrieb eine Menge zum demokratischen Konföderalismus⁵. Dies ist wichtig, aber unsere Beziehung zu den kurdischen Menschen findet auf der Straße statt.

Könnt ihr von der Solidaritätsarbeit der DAF mit den Menschen in Rojava berichten?

Zu Beginn der Rojava-Revolution im Juli 2012 fingen die Leute an zu sagen, dass es eine staatenlose Bewegung sei. Wir waren vom ersten Tag an solidarisch mit der Revolution. Drei Kantone erklärten ihre Revolution auf staatenlose Weise. Wir versuchen zu beobachten und mehr Informationen zu erhalten. Dies ist keine anarchistische Revolution, aber eine soziale Revolution, die von den Menschen selbst ausgerufen wird.

Rojava stellt eine dritte Kriegsfront für Syrien gegen Assad, IS und andere islamistische Gruppen dar. Dies sind jedoch nicht die einzigen Gruppen, mit welchen die Revolution konfrontiert wird. Die türkische Republik ist auf dem Unterstützungstrip für den IS⁶ von ihren Grenzen aus. Der nationale Geheimdienst der türkischen Republik scheint Waffen an den IS und weitere islamistische Gruppen zu geben. Die kurdischen Menschen riefen unter diesen Umständen die Revolution aus.

Nachdem dem Angriff des IS auf Kobane begann [2014], gingen wir nach Suruç. Wir warteten an der Grenze, als türkische Streitkräfte Menschen, die die Grenze überschritten, an griffen. Als die Menschen die Grenze nach oder von Kobane übertreten wollten, wurden sie erschossen. Wir blieben dort um Schutz zu bieten. Im Oktober sammelten sich die Menschen nahe Suruç und brachen durch die Grenze. Türkische Panzer schoss Tränengas auf sie über die Grenze.

Vom 6. - 8. Oktober fanden Kobane-Solidaritätsdemonstrationen überall in der Türkei statt. Kader Ortakya, ein sozialistischer Kobane-Unterstützer aus der Türkei, wurde beim Versuch die Grenze zu überschreiten erschossen. Wir halfen den Leuten. Einige überschritten die Grenze von Kobane aus und hatten keine Unterkunft. Wir bereiteten Zelte, Essen und Kleidung für sie vor. Manchmal kamen Soldat*innen mit Tränengas und Wasserwerfern zur Siedlung und wir mussten woanders hingehen. Einige Menschen überschritten die Grenze um nach ihren Familien zu suchen und wir halfen ihnen. Andere kamen um die Grenze zu überschreiten und zu kämpfen und wir halfen ihnen. Wir trugen Kleidungsstücke mit dem DAF-Schriftzug darauf.

Die YPG und YPJ [die Kampfeinheiten Rojavas, die YPJ ist eine Frauenmiliz] drängten den IS Tag für Tag zurück. Der Berg Mıstınur war für Kobane sehr wichtig. Nach der Einnahme des Berges durch die YPG und YPJ wollten einige Leute nach Kobane zurückkehren. Als sie zurück kamen waren ihre Häuser durch den IS zerstört. Einige Häuser waren vermint und einige Leute wurden durch die Minen getötet. Die Minen müssen entschärft werden, aber von wem und wie? Die Menschen benötigen neue Unterkünfte und Hilfe. Wir hatten Konferenzen abgehalten und sprachen darüber, wie man Kobane helfen könnte. Vor zwei Wochen fand eine Konferenz in Amed statt.

Welchen Standpunkt vertrittet ihr gegenüber Wahlen?

Wir glauben nicht an die parlamentarische Demokratie. Wir glauben an die direkte Demokratie. Wir unterstützen die HDP bei den Wahlen nicht, aber wir haben solidarische Verbindungen auf der Straße mit ihnen.

Emma Goldman sagte, falls Wahlen etwas verändern würden, wären sie verboten. Es gibt gute Leute in der HDP, welche gescheite Dinge sagen, aber wir denken, dass die Regierung nicht gut sein kann, weil das Wahlsystem nicht gerecht ist.

In Rojava nennen sie es nicht eine anarchistische Revolution, aber es gibt keine Regierung, keinen Staat und keine Hierarchie. Deshalb glauben wir daran und solidarisieren uns damit.

Könnt ihr uns über den Bombenanschlag in Suruç berichten?

Mehr als 30 Menschen, die am Wiederaufbau von Kobane teilnehmen wollten, wurden von einem Angriff des IS getötet. Dieser Angriff war offensichtlich vom türkischen Staat organisiert. Sie taten nicht einmal etwas um es zu stoppen, obwohl sie die Information über den Angriff einen Monat zuvor erhielten. Nach der Explosion griff zudem der türkische Staat Rojava an und setzte Einsätze gegen politische Organisationen in der Türkei in Gang. Ak-

tuell gibt es viele Einsätze und politischen Druck auf Anarchist*innen und Sozialist*innen sowie kurdische Organisationen. Sie verwenden die Explosion als eine Begründung für diese politische Repression sowohl auf inländischer als auch internationaler Ebene.

Wir haben 33 von unseren Gefährt*innen verloren, Freund*innen, die für die Revolution in Rojava gegen die staatliche Repression, Ablehnung und Massakerpolitik kämpften. Es sind Menschen, die durch den Staat, den IS und andere Mächte getötet worden sind. Aber unser Widerstand wird nicht aufhören, unser Kampf wird weitergehen, wie es immer in der Geschichte gewesen ist.

Corporate Watch ist eine unabhängige Forschungsgruppe, die die sozialen und ökologischen Auswirkungen von Unternehmen und deren Macht untersucht.

(aus: *Gai Dao*, Nr. 64, April 2016)

Anmerkungen

- 1 <https://corporatewatch.org/>
- 2 https://en.wikipedia.org/wiki/Alexander_Atabekian
- 3 <https://www.contributoria.com/issue/2015-06/5538d5dcdbb4afd0210003b5/proposal>
- 4 <https://roarmag.org/essays/26a-collective-cafe-istanbul/>
- 5 <https://roarmag.org/essays/pkk-kurdish-struggle-autonomy/>
- 6 <https://roarmag.org/essays/isis-attacks-kobane-from-turkey/>

Quelle: <https://roarmag.org/essays/turkey-kurdistan-anarchist-struggle/>

Soziale Bewegungen und der türkisch-kurdische Krieg

Ein Gespräch mit Ismail Küpeli, Politikwissenschaftler und Kenner der Situation in Kurdistan, der Türkei und Syrien

Ismail Küpeli promoviert momentan an der Ruhr-Uni Bochum zum Thema "Kurdische Aufstände in der Türkei". In der GWR Nr. 389 analysierte er "Das Erfolgsgeheimnis der AKP-Regierung in der Türkei" als "Zuckerbrot für die einen, Peitsche für die anderen". Im März 2016 interviewte GWR-Redakteur Bernd Drücke den telefonisch aus Duisburg zugeschalteten Autor für eine Radio Graswurzelrevolution-Sendung, die am 29. April ab 20:04 Uhr im Bürgerfunk auf Antenne Münster (95,4 Mhz., Livestream: www.antennemuenster.de) ausgestrahlt wird und (wg. GEMA leider ohne Musik) auch auf www.freie-radios.net/portal/content.php?id=75768 dokumentiert ist. Wir haben das Interview redaktionell überarbeitet und ergänzt. (GWR-Red.)

GWR: Du hast im September 2015 in der Edition Assemblage das Buch "Kampf um Kobanê - Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens" herausgegeben.⁽¹⁾ Kannst Du uns dazu etwas erzählen?

Ismail Küpeli: Der Sammelband ist ein Versuch, eine Überlegung, die Debatte um die Situation in Nordsyrien zu beleuchten. Dort gibt es seit ungefähr drei Jahren ein Projekt, Rojava, das ist vielleicht manchen ein Begriff.

Unser Ansatzpunkt war, ausgehend von dem medialen Interesse für die Schlacht um Kobanê, da auch tiefer in die inhaltlichen Debatten einzusteigen, was dort passiert und warum das vielleicht auch für Linke in Deutschland interessant sein könnte. Wir untersuchen, ausgehend von Rojava, die Lage in der Region, in Nordsyrien und der Türkei, und schauen uns auch an, inwiefern die Konflikte dort auch eng zusammenhängen.

GWR: Rojava, also die de facto autonomen kurdischen Siedlungsgebiete in Nordsyrien beziehungsweise Westkurdistan, sind sowohl dem "Islamischen Staat" (IS/Daesch) als auch dem zunehmend autokratisch auftretenden türkischen Erdogan-Regime ein Dorn im Auge. Wie würdest Du die momentane Situation und die Entwicklung beschreiben?

Ismail Küpeli: Die Situation in Rojava ist so, dass im Kampf gegen den IS teilweise Erfolge zu verzeichnen sind. Das Problem ist aber nach wie vor, dass die Lage in Rojava dadurch bestimmt ist, dass die Türkei die ganze Grenze dicht macht, dass keine humanitäre Hilfe über die Grenze kommen kann. Syrien ist ein Bürgerkriegsland, und da ist Rojava als Teil Syriens nicht ausgenommen. Die Lebensverhältnisse sind schlecht und führen dazu, dass auch von dort aus Menschen fliehen müssen, auch aufgrund der türkischen Blockade und auch aufgrund der Angriffe von islamistischen und dschihadistischen Gruppen, die sich eigentlich über die ganzen Jahre hinweg durchgezogen haben. Auch schon vor dem Angriff des IS auf Kobanê gab es Angriffe von anderen Gruppen wie zum Beispiel der islamistischen al-Nusra-Front. Diese Angriffe haben nie aufgehört.

GWR: In der Türkei hat es in den letzten Jahren zeitweise eine gewisse Annäherung der regierenden AKP an die Kurden gegeben hat. Als Ministerpräsident hatte Erdogan den Versuch unternommen, die über 17 Millionen Kurdinnen und Kurden in der Türkei einzubinden. Um die kurdischen WählerInnen zu gewinnen, ist er zunächst vom Kurs seiner Vorgänger abgewichen und hat öffentlich erklärt: "Die Kurden sind unsere Brüder." Dann gab es nach dem Einzug der linken, pro-kurdischen HDP 2015 ins türkische Parlament eine scheinbar abrupte Änderung seiner Politik. Unter seiner Staatspräsidentschaft betreibt er jetzt eine brutale Kriegspolitik gegen die Kurdinnen und Kurden in der Türkei, in Syrien und im Irak. Schon im April 2015 hat Erdogan die Gespräche, die der türkische Geheimdienst auf der Insel Imrali mit Abdullah Öcalan führte, abgebrochen. Der seit 1999 inhaftierte PKK-Chef befindet sich seitdem wieder in Totalisolation. Seit Juli 2015 ist der türkisch-kurdische Bürgerkrieg neu entflammt. Hunderte wurden seitdem auf beiden Seiten getötet. Wie ist es dazu gekommen? Welche Hintergründe sind dafür verantwortlich?

Ismail Küpeli: Eines der großen Probleme im Friedensprozess zwischen der Türkei und der kurdischen Arbeiterpartei PKK war auch die türkische Politik gegenüber Rojava. Das wird jetzt erst langsam sichtbar, nachdem Gesprächsprotokolle erschienen sind, die darauf hinweisen, dass insbesondere die türkische Politik gegenüber Rojava, der Beschuss durch die Dschihadisten in Syrien und die Blockade der Grenze dazu geführt haben, dass die Spannungen zwischen der kurdischen Seite und der türkischen Seite wieder zugenommen haben. Bei dem Friedensprozess ging es nicht nur um die Situation in der Türkei selbst, sondern auch um die türkische Politik gegenüber den Kurdinnen und Kurden in den Grenzregionen. Und da war Rojava ein zentrales Problem.

Diese Wahrnehmung, dass der Friedensprozess recht abrupt abgebrochen sei, beruht auch ein bisschen darauf, dass man sich nicht genau anschaut, was das überhaupt für ein Friedensprozess war. Es ist sicherlich richtig, dass

über die Jahre hinweg, als verhandelt wurde, weniger geschossen wurde, aber es gab immer wieder Gefechte. Es war eher de facto ein Waffenstillstand als ein fairer Prozess.

Es gab nicht wirklich Zugeständnisse seitens der türkischen Regierung. Es gab nicht wirklich ein Vorankommen, keine wirklichen Fortschritte, sondern nur ein paar symbolische Maßnahmen. So war es auch nicht sonderlich überraschend, dass der Friedensprozess bei dem ersten größeren Problem in sich zusammen gebrochen ist, weil er auch schon zuvor recht fragil gewesen ist.

GWR: 2013 gab es die Gezi-Protteste und eine große Soziale Bewegung, die sich vor allem im linken Taksim-Viertel in Istanbul gezeigt hat. Wie sieht es mit den Sozialen Bewegungen in der Türkei jetzt aus?

Ismail Küpeli: Die Sozialen Bewegungen sind immer noch da, trotz der ganzen Repressionen, trotz des brutalen Vorgehens des Staats. Sie sind noch relativ mächtig. Zu nennen wären da etwa die Frauenbewegung, die LGBTQ-Bewegung ⁽²⁾ und die Umweltbewegung.

Aber es ist inzwischen so, dass jede noch so kleine Forderung seitens der Sozialen Bewegungen vom Staat repressiv bekämpft wird. Wenn man sich zum Beispiel die Debatten um Abtreibungsrecht und Frauenhäuser und ähnliches anschaut. Auf jeden Fall kommen die Sozialen Bewegungen sehr schnell in Konflikt mit einer konservativen, reaktionären Politik der AKP-Regierung. Es gibt kaum noch Verhandlungsräume. Wenn Forderungen aufkommen und bestimmte Maßnahmen der Regierung kritisiert werden, wird es als ein Angriff auf den Staat verstanden. Wenn man sich zum Beispiel die Konflikte um die Staudamm-Projekte anschaut, oder eben andere Projekte, gegen die die Umweltbewegung protestiert, dann geraten diese Proteste zu einer Machtprobe für die Regierung insgesamt.

Das heißt, dass es diese Möglichkeit, die es vor den Protesten im Gezi-Park gegeben hat, dass die Sozialen Bewegungen sich langsam aufbauen und ihre Forderungen aufstellen können, nicht mehr gibt. Der Staat reagiert direkt und repressiv. Dazu kommt, dass der Krieg in den kurdischen Gebieten alle Themen beherrscht. Andere Soziale Bewegungen kommen mit ihren Agenden nicht weit, sondern müssen sich mit diesem Krieg und dem repressiven Staatsapparat auseinandersetzen.

GWR: Am 8. März 2016, dem Internationalen Frauenkampftag, gab es in Istanbul eine große Demo. Erzähl mal.

Ismail Küpeli: Am 8. März fanden landesweit in vielen Städten feministische Nachtdemonstrationen statt, an denen laut türkischen Medien zehntausende Menschen teilgenommen haben. Die größte Demonstration an diesem Abend fand in Taksim/Istanbul statt und weckte Erinnerungen an die großen Protestwellen um den Gezi-Park 2013. Auch in vielen konservativen Provinzstädten haben die Frauen die Straßen erobert - trotz Anfeindungen von sexistischen und rechten Männergruppen. Viele sprechen von den größten 8. März-Protesten seit Jahren.

Wir sollten aber auch über die Aktionen im Vorfeld des 8. März sprechen. In vielen Städten der Türkei wurden Aktionen und Demos zum Weltfrauentag verboten. Die ersten Demonstrationen fanden am Samstag, den 5. März statt. Obwohl beide Demonstrationen verboten wurden, versammelten sich hunderte Frauen in Istanbul und Ankara.

Die Polizei versuchte, die Demo in Istanbul gewaltsam aufzulösen. Sie setzte hier neben Tränengas und Wasserwerfern auch Gummigeschosse ein. Der Polizei oft einen Schritt voraus konnten die Frauen das Demonstrationsverbot in Istanbul unterlaufen. In Ankara hat die Polizei darauf verzichtet, durch einen gewaltsamen Einsatz das Demonstrationsverbot durchzusetzen. Die Demonstrationen dort konnten friedlich vollzogen werden. Alleine die Tatsache, dass die Frauenbewegung Demonstrationsverbote durchkreuzen konnte, im Angesicht einer zunehmend autoritären AKP-Regierung, ist bereits ein hoffnungsvolles Zeichen für die Opposition im Lande.

GWR: Die feministische Massenbewegung trotz dem autoritären Staat und den Islamisierungsversuchen in der Türkei. Kannst Du auch etwas zu den Ökologie- und Anti-Atomkraft-Bewegungen in der Türkei sagen? Die türkische Regierung will mehrere AKWs bauen, obwohl die Türkei ein Erdbebengebiet ist.

Ismail Küpeli: Es waren mehrere Atomkraftwerke geplant. Es ist aber unklar, ob das noch weitergeführt wird. Da sind die größten Probleme für die türkische Regierung derzeit, dass diese Pläne gemeinsam mit der russischen Regierung gemacht worden sind. Es war eine türkisch-russische Kooperation. Und die steht insgesamt in Frage. Gegen alle diese Atomkraftwerkprojekte gab es massiven Widerstand in den ganzen Jahren, auch bis heute. Die Umweltbewegung ist sehr aktiv, nicht nur im Bereich der AKW.

Die Proteste wurden repressiv ausgeschaltet. Die Regierung hat trotzdem ihre Projekte vorangetrieben. Es ist aber zurzeit aufgrund der türkisch-russischen Konfrontation fraglich, ob die AKW in den nächsten Jahren gebaut werden können. Da wo die Umweltbewegung nicht erfolgreich gewesen ist, hat eigentlich die türkische Außenpolitik selbst dafür gesorgt, dass diese AKWs vorerst nicht gebaut werden.

Aber andere Projekte, die weniger bekannt sind, wie zum Beispiel die Staudamm-Projekte oder andere Kraftwerk-Projekte, die auch von der Umweltbewegung massiv angegangen werden, zieht der Staat mit Polizeigewalt und Repression durch. Die Umweltbewegung hat noch keine Antwort, wie sie darauf reagieren kann.

GWR: *In dem von Dir herausgegebenen Buch "Kampf um Kobanê - Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens" geht es auch um die Selbstverwaltungsstrukturen im syrischen Teil Kurdistans, vor allem in Rojava. Wie sehen da die Hintergründe aus? Wie ist dieses soziale Experiment entstanden? Ist es unter den derzeitigen Bedingungen des Kriegs überhaupt zu realisieren?*

Ismail Küpeli: Es ist wegen des Bürgerkriegs nach wie vor sehr schwierig. Das Projekt kann sich nicht frei entfalten. Es findet unter den Bedingungen eines fortdauernden Kampfes gegen die Dschihadisten statt. Und dadurch werden natürlich auch die Räume für Basisdemokratie und andere Prinzipien, die sinnvoll sind, verkleinert, weil das Militärische Oberhand gewinnt.

Das Projekt Rojava hat 2012 recht erfolgversprechend begonnen, auch weil es geschafft wurde, das Projekt zu etablieren, ohne dass es zu unmittelbaren Kämpfen mit dem Assad-Regime gekommen ist. Die Assad-Truppen haben sich aus den nordsyrischen Gebieten weitgehend kampflos zurückgezogen.

Dadurch war es auch erst einmal möglich, dass sich Rojava recht gewaltlos entwickeln konnte, während die anderen Teile Syriens im Bürgerkrieg versunken sind. Da war die Situation in Rojava besser.

Die wichtigen Prinzipien sind zuerst Basisdemokratie, da hat man Räte und andere, ähnliche Strukturen auf der kommunalen und regionalen Ebene. Diese Strukturen bauen sich jeweils in der nächsten Ebene darauf auf, bis zu den Kantonen. Die Region Rojava ist in drei Kantone aufgeteilt, die sich selbstständig verwalten. Sie haben Momente von Basisdemokratie, von Föderalismus. Es ist eher der Versuch, dass man keinen Nationalstaat bilden, sondern ein anderes Projekt starten will, das sich deutlich von einem Nationalstaat absetzt.

Ein anderes Prinzip ist die Geschlechtergerechtigkeit: Es gibt feste Quoten für Frauen auf allen Ebenen, die Spitzen sind doppelt besetzt. Das ist ein kleines Anzeichen dafür, wie wichtig die Rolle der Frauen im ganzen Projekt ist. Ebenso wichtig ist für Syrien das Prinzip, dass alle ethnischen und religiösen Gruppen zusammen leben und zusammen entscheiden.

Auch für die ethnischen und religiösen Minderheiten gibt es feste Quoten, so dass alle Bevölkerungsgruppen im politischen System eine Rolle spielen. Auch das ist, wenn man sich die Situation in Syrien sonst ansieht, ein großer Fortschritt. Aber alle diese Prinzipien können sich nicht gänzlich entfalten, weil gekämpft wird. Nach wie vor gelten militärische Prinzipien wie der Aufbau von Milizen, die das Projekt dadurch auch in eine ganz bestimmte Richtung schieben, in der es weniger um Basisdemokratie geht als um die Wege, es überhaupt zu retten, um das Überleben zu sichern.

GWR: *Die kurdische Bewegung in Rojava und der Türkei wurde auch stark inspiriert durch das 2010 erschienene Buch "Jenseits von Staat, Macht und Gewalt" von Abdullah Öcalan, in dem der ehemalige Stalinst "Apo" (kurdisch: Onkel) eine selbst erklärte "Abkehr vom Dogmatismus" vollzogen hat. In diesem 600-Seiten-Wälzer hat er sich auch positiv auf den US-amerikanischen Anarchisten Murray Bookchin bezogen, auf den libertären Kommunalismus, der von Bookchin in den 1970er und 80er Jahren mitentwickelt worden ist. Wie sieht es aus mit der anarchistischen Bewegung in der Türkei? Und welche Wirkungen haben libertär-sozialistische Ideen auf die kurdischen und linken Bewegungen in der Türkei?*

Ismail Küpeli: Die kurdische Bewegung würde ich noch mal deutlich trennen von den Ansätzen der PKK und Öcalans, diese Ideen zum Teil zu übernehmen. Der demokratische Konföderalismus bezieht sich schon auf anarchistische Theoretikerinnen und Theoretiker. Aber es entwickelt sich am Ende doch eine eigene Theorie, ein eigener Ansatz, den man trennen müsste von klassischen anarchistischen Ansätzen. Der Hintergrund, den man vielleicht auch eben mal erklären müsste, warum Öcalan auch auf solche Ideen kommt, warum solche Ideen überhaupt Anklang in der kurdischen Bewegung gefunden haben, ist, dass die PKK in den 1990er Jahren mit dem klassischen Befreiungssozialismus und dem bewaffneten Kampf in eine Krise geraten ist und anders als ähnliche Organisationen auf diese Krise nicht einfach mit einem "Weiter so!" geantwortet hat, sondern mit einer Suche nach anderen Antworten. Man wollte sich anschauen, wie sich die kurdische Bewegung weiter entwickeln kann, wenn klar ist, dass der Weg zum Nationalstaat versperrt ist und die klassischen sozialistischen Ansätze weitgehend gescheitert sind.

Und da kommt die Idee eines demokratischen Konföderalismus ins Spiel, wo es stark darum geht, dass man sich nicht antistaatlich, sondern parallelstaatlich organisiert, dass man Strukturen schafft, die jenseits des Staats funktionieren, die sich aber nicht in einem ersten Schritt unmittelbar gegen den Staat richten. Das ist sozusagen auch eine pragmatische Antwort auf die Situation der kurdischen Bevölkerung im Nahen und Mittleren Osten. Es gibt die Nationalstaaten, die werden auch in den nächsten Jahren bestehen bleiben.

Da ist es der Ansatz der kurdischen Bewegung, Strukturen jenseits des Staats zu schaffen, die irgendwann die Macht des Staats zurückdrängen, dass die basisdemokratischen Strukturen dann die entscheidenderen sind.

Ob das gelingt, ist eine offene Frage, weil die Situation in der Türkei ganz anders ist als in Syrien, wo es möglich war, aufgrund der Schwäche des Regimes in einem Gebiet wie Rojava solche Strukturen zu etablieren. In der Türkei ist dies kaum durchführbar. Man müsste sich die Lage in den verschiedenen Ländern anschauen, in denen Kurdinnen und Kurden leben. Die ist doch sehr unterschiedlich. Deswegen ist es fraglich, ob diese Idee überhaupt durchsetzbar ist.

Die Umsetzung ist abhängig davon, über welches Land man konkret redet.

GWR: In der Türkei werden Kriegsdienstverweigerer nach wie vor staatlich verfolgt. Sie kommen für drei Monate in den Knast, dann wieder heraus. Wenn sie weiterhin nicht bereit sind, Kriegsdienst zu leisten, kommen sie immer wieder in den Knast. Deswegen gehen sie oft in den Untergrund. Wir haben in der GWR darüber berichtet. Auch darüber, dass ein großer Teil der aus Syrien geflohenen Männer Deserteure sind. Laut War Resisters' International und Connection e.V. besteht auch in Rojava (seit 2014) Kriegsdienstzwang. Sind diese Meldungen falsch? Wie gehen PKK und die kurdische Selbstverwaltung in Rojava mit Kriegsdienstverweigerern um?

Ismail Küpeli: Das ist schwer zu sagen. Wir haben nur die Selbstdarstellungen der kurdischen Milizen selbst. Und es gibt wenige Berichte aus der und über die Opposition gegen die kurdischen Milizen.

Die Darstellung der kurdischen Milizen besagt, dass dieser Dienst freiwillig ist, dass es also deswegen in diesem Sinne keine Kriegsdienstverweigerer geben kann. Aber es gibt auch viele Berichte darüber, dass gerade in den Regionen und Phasen, in denen eigentlich fast jeder im Kampf benötigt wird, auch Menschen unfreiwillig in die Milizen eingezogen werden.

Besonders in der Region Afrîn, das ist quasi der nächstkleinere Kanton im Westen, gibt es solche Berichte. Aber die Selbstdarstellung der Milizen ist es, dass es keine Zwangsrekrutierungen gibt. Daher ist es schwer zu sagen, wie die Situation von Kriegsdienstverweigerern auf kurdischer Seite konkret ist.

Es ist schwer einzuschätzen, welche Darstellungen stärker zutreffen. Wie gesagt, die kurdischen Milizen behaupten, dass alle, die die Islamisten bekämpfen, es freiwillig tun und dass es keinen Einzug von Milizionären gibt.

GWR: Welche Perspektiven siehst Du für Soziale Bewegungen und für eine menschenwürdige Entwicklung in den momentan vom Krieg zerrütteten Gesellschaften in der Türkei und in Syrien?

Ismail Küpeli: Der erste notwendige Schritt, der auch der schwerste ist, ist, dass die Kämpfe aufhören.

Der Krieg, die Kämpfe, die militärische Logik führen dazu, dass die Sozialen Bewegungen kaum noch Raum haben, um ihre Interessen zu artikulieren, um für eine bessere Gesellschaft, für ein besseres Leben einzustehen.

Das ist in der Türkei so, das ist in Syrien so, das ist auch in Rojava so. Wenn man sich in der Türkei umschaute, müsste es zu einem Waffenstillstand zwischen der türkischen Regierung und der PKK kommen, damit man anschließend wieder den demokratischen Prozess aufnehmen kann. Es existieren aber kaum Anzeichen dafür, dass die AKP-Regierung bereit wäre, den Krieg, den sie selbst entfacht hat, wieder einzustellen.

Es spricht im Gegenteil vieles dafür, dass der Krieg weiter eskalieren wird, dass auch die westlichen Gebiete der Türkei, in denen bisher kaum Kämpfe stattgefunden haben, in den nächsten Jahren mehr Gewalt erleben werden. Wir brauchen einen Übergang zum Frieden.

Wir brauchen ein Ende des Krieges, damit die Sozialen Bewegungen Raum haben, mit ihren Methoden, mit ihren Interessen voran zu kommen. Dieser Schritt ist der Schwerste.

GWR: Herzlichen Dank, Ismail.

Kontakt: www.ismail-kupeli.eu, Interview: Bernd Drücke (aus: Graswurzelrevolution, Nr. 408, April 2016)

Anmerkungen

- ¹ Ismail Küpeli (Hg.): Kampf um Kobanê - Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens, Edition Assemblage, Münster 2015, 168 S., 12,80 Euro, ISBN 978-3-942885-89-8; vgl. Rezension in: GWR 404, Dez. 2015
- ² LGBT ist eine aus dem englischen Sprachraum kommende Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender, also Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender.

"Wir wollen keinen neuen Staat aufbauen"

Newroz 2016 im türkisch-kurdischen Kriegsgebiet. Eine Reportage

Während die zunehmend autokratische Türkei und die Europäische Union einen gegen Flüchtlinge gerichteten Pakt geschlossen haben, wird über den türkischen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung kaum berichtet. Die Pressefreiheit ist in der Türkei de facto nicht mehr vorhanden. Das Land rutschte im Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen auf Platz 151 (von 180 Ländern). Um sich ein Bild von der Situation zu machen, sind wir auf BewegungsjournalistInnen und Berichte von AugenzeugInnen angewiesen. Jan Zombik und Dennis Firmansyah bereisten im April 2016 die kurdischen Gebiete in der Türkei. Ihr für die Graswurzelrevolution geschriebener Reisebericht ermöglicht einen Eindruck von der Situation der Menschen in Türkisch-Kurdistan. (GWR-Red.)

Nächtlicher Landeanflug auf Diyarbakir. Die inoffizielle Hauptstadt der kurdischen Autonomiebewegung liegt im Dunkeln, auf den Straßen sind kaum Autos zu sehen. Auch das vom grell-gelben Licht der Natriumdampflampen erleuchtete Terminal am nagelneuen Flughafen ist bis auf die mit uns aussteigenden Fluggäste menschenleer. Auf der Fahrt zu unserer Unterkunft macht Diyarbakir den Eindruck einer Geisterstadt. Unter dem Eindruck der türkischen Militäroperationen in Sur, der Altstadt von Diyarbakir, trauen sich die Menschen nachts nicht auf die Straße, auch dort, wo gerade keine Ausgangssperre herrscht. Es ist ein bedrückendes Gefühl, das uns gleich bei unserer Ankunft befällt.

Nachmittags, ein paar Tage später, in der Zentrale der pro-kurdischen HDP (Demokratische Partei der Völker) in Diyarbakir. Gleichgültig gegenüber dem Krieg scheint warm die Sonne durchs Bürofenster von Ziya Pir. Er hat uns hierher eingeladen, weil wir mehr über die Rolle seiner Partei in der kurdischen Autonomiebewegung wissen wollen. Das freundliche, weiche Gesicht des ehemaligen deutschen Geschäftsmanns, der in die Türkei gegangen ist, um dort Politik zu machen, will nicht so recht passen zu seinen Berichten aus der umkämpften Stadt.

"Die meisten der kurdischen Parlamentsmitglieder halten sich derzeit gar nicht in Ankara auf, denn es ist Krieg. Wichtiger als unsere parlamentarische Arbeit ist derzeit, die Bevölkerung vor Ort zu unterstützen." Pir hilft mit seinem begrenzten Einfluss, humanitäre Korridore in die belagerten Viertel zu öffnen, die Bergung und Identifizierung von Toten zu organisieren. Er stattet Familien Kondolenzbesuche ab.

Hunderte sind seit Beginn der Kämpfe vergangenen Sommer gestorben, zehntausende nach Angaben der Stadtverwaltung allein aus Sur vertrieben.

Die derzeitige Lage im Südosten der Türkei stellt einen neuen Höhepunkt in der Eskalation des Konflikts mit den Kurd*innen dar. Im Sommer 2015 hatte zunächst die regierende AKP bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit verloren, mit der sie seit 2007 regieren konnte. Wenige Wochen später sorgte ein Anschlag auf die Mitglieder einer sozialistischen Jugenddelegation in Suruç, bei dem 34 Menschen getötet wurden, für politische Spannung. Bei den darauffolgenden Vergeltungsaktionen der kurdischen Arbeiterpartei PKK, die den türkischen Staat für den Anschlag verantwortlich machte, starben insgesamt vier Soldaten und Polizisten.

Als Reaktion erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan den Friedensprozess mit der PKK für gescheitert und ließ deren Stellungen im nordirakischen Kandil-Gebirge bombardieren. Seitdem wird die Türkei immer wieder von Anschlägen erschüttert. Allein bei den Bombenattentaten seit Sommer 2015 starben mehr als 150 Menschen. Die Luftangriffe auf mutmaßliche PKK-Stützpunkte sind Alltag geworden.

Parallel dazu hat ab Mitte August die Repression gegenüber den politischen Institutionen im Südosten der Türkei - offiziellen und solchen der kurdischen Selbstverwaltung - massiv zugenommen. Bis Anfang 2016 sind mehr als 40 Bürgermeister*innen in der Region unter diversen Vorwänden verhaftet oder angeklagt worden, im Gefängnis oder auf Bewährung. Als militante Jugendliche der kurdischen Jugendorganisation YPG-H Polizei und Militär durch Barrikaden daran hindern wollten, in die Städte vorzudringen, reagierte der türkische Staat mit Ausgangssperren.

An einem weitläufigen Platz im Stadtviertel Ofis trifft uns M. Hadi auf einen Tee. Seine bald schwarzen, bald weißen Haare blitzen in der Sonne, seine Stimme klingt ruhig und gelassen, sein vieldeutiger Blick lässt auf eine bewegte Vergangenheit schließen.

Wie hat der Krieg seinen Alltag verändert?

Mit seinen Antworten weicht er der Frage aus: "Das hier betrifft nicht nur mein Leben. Der Krieg ist ein Faktum. Er verwüstet viele Städte und kostet unzählige Menschenleben."

Unser Gesprächspartner ruft einen Simit-Verkäufer zu sich und lässt sich fünf Sesamringe geben. Mit offenen Handflächen macht er eine einladende Geste - wir sollen uns bedienen. Die obersten Fingerkuppen seiner linken Hand fehlen an Mittel- und Ringfinger.

"Dieser Krieg tobt schon seit 40 Jahren, mit all seinen Eskalationen und Waffenstillständen." Als junger Mann ist Hadi in den Straßen aktiv geworden, er war organisiert. Nach Jahrzehnten des Kampfes habe seine Generation den Schmerz des Krieges in ihren Herzen begraben. Er und viele seiner Freund*innen haben sich entschieden, ihr Leben zu verändern. M. Hadi selbst habe sich den Künsten zugewandt, dem Film. Nebenbei eröffnete er ein Café in Diyarbakir, das er vor Kurzem schließen musste, wegen der Ausgangssperre, den Soldaten, den Panzern.

Spätestens als die Bomben in zwei HDP-Büros kurz vor der Wahl im letzten Sommer explodierten, sei klar geworden, dass die türkische Regierung den Konflikt mit den KurdInnen nicht ernsthaft lösen wolle. "An diesem Tag haben wir verstanden, dass die friedliche Atmosphäre ein für alle mal verschwunden ist." Viele Leute seiner Generation seien verunsichert gewesen über ihre neuen Berufe und Lebenswege.

Nachdem das Café schließen musste, haben auch die Filmprojekte für Hadi keinen Sinn mehr ergeben. "Ich habe Familienangehörige in Sirkak, Sur und Cizre verloren. Die Mitglieder meiner Familie sind sich, wie bei vielen anderen kurdischen Familien, sehr nahe. Hier in Kurdistan sterben wir nicht jeder für sich, einer nach dem anderen. Wir sterben hier zusammen. Und wir kämpfen zusammen." Es ist ein Kampf, der viele Opfer gefordert hat.

"Von einer zivilisierten Gesellschaft erwarten wir, dass sie als erstes auf der Achtung der Menschenrechte gebaut ist. In der Türkei sind wir davon weit entfernt. Hier steht an erster Stelle der Staat und die Nation, danach kommt die Wirtschaft, dann alles andere", resümiert der HDP-Abgeordnete Ziya Pir voll bitterem Sarkasmus. Das Leben des Einzelnen zähle in der Türkei nicht viel. "Jetzt gerade werden in Sur die Trümmer der zerstörten Häuser auf Laster geladen und in den Tigris gekippt. Da sind auch tote Menschen und Leichenteile darunter. Kein Mensch regt sich mehr darüber auf. Das meine ich, wenn ich von der Würde des Menschen spreche."

Erdogan scheint diese Form der Politik geradezu zur Staatsdoktrin zu erklären, wenn er nach Angaben einer großen, deutschen Tageszeitung wenige Tage nach dem verheerenden Anschlag in Ankara am 13. März 2016 verlautbart: "Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat haben für uns keinen Wert mehr."

Eine politische Antwort

Doch wie soll die politische Antwort auf die immer neuen Auseinandersetzungen aussehen? Mit militärischen Mitteln ist dieser extrem asymmetrische Krieg, wo auf einer Seite eine gut ausgerüstete, staatliche Armee, auf der anderen Seite eine urbane Guerilla mit Rückhalt in der Bevölkerung kämpft, nicht zu beenden.

Pir sieht die HDP als parlamentarische Interessenvertretung der Kurd*innen, nicht als revolutionäre Bewegung. Die Partei müsse nun vor allem auf Reformen bauen, um ihre Basis zu vergrößern und den Friedensprozess mit einer größeren Gefolgschaft hinter sich zu unterstützen. Die bestehe derzeit überwiegend aus konservativen Kurd*innen, die die Partei wählen, "weil sie Kurden sind, weil sie unterdrückt werden", nicht wegen des politischen Programms, so Pir.

Nicht alle Menschen hier setzen noch Hoffnung auf die politische Arbeit in einem staatlichen Rahmen. "Wir versuchen, die Menschen beim Aufbau der Selbstverwaltung zu unterstützen. Indem wir uns um den Staat herum organisieren, können wir ihn überflüssig machen", erklärt uns Selma Irmak. Zusammen mit Hatip Dicle ist sie Ko-Vorsitzende des DTK ("Kongress für eine demokratische Gesellschaft"), Zentrum der kurdischen Selbstverwaltung in Diyarbakir. 501 Mitglieder sollen hier zu Friedenszeiten Arbeitsfelder wie Gesundheit, Menschenrechte oder Ökonomie koordinieren. In einem geräumigen Konferenzzimmer voller gediegener Ledermöbel versuchen Irmak und Dicle, die Grundlagen der kurdischen Selbstverwaltung zu erklären. Die gelegentlichen Schüsse aus Maschinengewehren im benachbarten Viertel Baglar dringen nur undeutlich durch die dicken Fenster.

"Die türkische Regierung hat bis jetzt nicht verstanden, dass wir keinen neuen Staat aufbauen wollen, und sieht uns deshalb als Bedrohung. Dabei wollen wir den Fehler eines zentral regierten Nationalstaates nicht noch einmal wiederholen. Eine pluralistische Gesellschaft kann nur gerecht organisiert werden, wenn alle beteiligten Gruppen dabei etwas zu sagen haben."

Die Prinzipien, nach denen der DTK aufgebaut ist - zweigeschlechtliche Doppelbesetzung von Ämtern, paritätische Teilhabe aller religiösen Gruppen in der Region, Repräsentation aller lokalen Ethnien - folgen dem Konzept des Demokratischen Konföderalismus, als dessen Erfinder Abdullah Öcalan gilt. Viele Kurd*innen verehren Apo ("Onkel"), wie Öcalan auch genannt wird, als geistigen Führer geradezu kultartig.

Auch hier im DTK hängt sein Bild an der Wand.

Die kurdische Frauenbewegung

Kurioserweise ist es auch der Mann Öcalan, auf den sich die kurdische Frauenbewegung in ihrem Freiheitskampf bezieht. Nach seinen Ideen gründete sich die kurdische Frauenorganisation KJA ("Kongress für die Freiheit der Frauen"). Ayse Gökken, die im KJA für die Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen zuständig ist, empfängt uns in einem Konferenzzimmer unter einer mehrere Quadratmeter großen Fahne ihrer Organisation. "Frauen waren im kurdischen Konflikt immer doppelt unterdrückt: Als Frauen haben wir eine besonders brutale Gewalt erfahren - Entführungen, Folter, Vergewaltigungen. Schon weil die Frauen die Hälfte der gesamten Bevölke-

rung stellen, kann es keinen Frieden geben, wenn wir uns nicht zuerst befreien und der patriarchalen Gewalt ein Ende setzen."

Der KJA, der ebensoviele Mitglieder wie der DTK zählt, besitzt daher in seinen Entscheidungen weitestgehende Autonomie gegenüber den anderen Institutionen der kurdischen Selbstverwaltung. "Ich hoffe, ich klinge jetzt nicht zu anarchistisch", lacht Gökken, "aber im Grunde genommen zielt der Verteidigungskampf von uns Frauen auf Unregierbarkeit - durch den türkischen Staat und das Patriarchat."

Sie wird wieder ernst: "Wir können und werden unser Leben selbst in die Hand nehmen - sei es als bewaffnete Kämpferinnen, beim Wiederaufbau unser Städte oder der Aufarbeitung der Wissenschaftsgeschichte aus einer weiblichen Perspektive."

Ortswechsel, später am gleichen Tag.

Wir befinden uns in einem Park gegenüber einer Garage, in der Hilfsgüter für die Opfer des Krieges verteilt werden. Dort treffen wir Zeynep. Sie ist Mitte Zwanzig, lebt und arbeitet in Diyarbakir und studiert an der Universität in Mardin. Auch Zeynep kann ihrem Beruf als Landschaftsarchitektin immer weniger Bedeutung abgewinnen: "Wen kümmert es, ob wir einen Stein hier oder dort hinlegen, wenn wir Gärten planen?! Die Leute sterben in dieser Stadt!", empört sie sich. Im Rahmen ihres Studiums hat sie sich mit den Staudammprojekten entlang der irakisch-türkischen Grenze beschäftigt, die die Türkei vorantreibt.

"In Sur, Cizre und Gezer vertreibt der türkische Staat die Menschen mit den klassischen Mitteln des Krieges - mit Gewehren, Panzern und Soldaten." Die historische Altstadt Sur wurde dabei stark beschädigt. Der türkische Premierminister Ahmet Davutoglu ließ kürzlich verlautbaren, sie solle "wie Toledo" wieder aufgebaut werden - ein touristisches Gentrifizierungsprojekt als willkommenes Nebenprodukt des Krieges. Ob die ursprünglichen Bewohnerinnen und Bewohner der Häuser dann zurückkehren können, lässt er offen. In Sirnak, wo viele Dämme gebaut wurden, setze der Staat die Infrastruktur gegen die kurdische Bevölkerung ein.

In den Achtzigern hat das Militär dort ganz Dörfer niedergebrannt und die Bevölkerung in andere Städte umgesiedelt. In den frühen Neunzigern durften viele der ehemals Vertriebenen wieder in ihrer Region siedeln. Die Dämme, ist sich Zeynep sicher, werden vor allem aus Sicherheitsgründen gebaut - sie haben die Funktion, die Nachschubwege der PKK-Guerillas zu kappen, die von den Kandil-Bergen in Richtung Südosttürkei aufbrechen. Doch genauso zerstören die Stauseen die Lebensweisen und die Kultur der Menschen, die vertrieben werden, weil das Wasser ihre Dörfer und Anbauflächen verschluckt.

Newroz

Einen direkten Eindruck davon, inwiefern die staatliche Gewalt im Südosten der Türkei indifferent gegen die gesamte kurdische Bevölkerung gerichtet ist, bekommen wir in Batman. Hier sollte eigentlich traditionell das Frühlingsfest Newroz gefeiert werden, wäre es nicht vom Gouverneur verboten worden. Die Militärpolizei zeigt sich entschlossen, die Anordnung durchzusetzen. Sobald sich mehr als 50 Menschen auf der Straße versammeln, werden sie mit Wasserwerfern, Pfefferspray, Tränengas oder Knüppeln auseinandergetrieben.

Als ein Soldat beginnt, mit scharfer Munition Salven in die Luft zu feuern, flüchtet die Menge, wir fürchten um unser Leben. Wie müssen erst die Menschen fühlen, die hier leben, in deren Heimatstadt sich diese Szenen abspielen? Dabei sind solche Ereignisse verhältnismäßig harmlos und alltäglich, verglichen mit den Kämpfen in Sur, Cizre oder Hakkâri. Immer wieder sollen dort Zivilist*innen erschossen oder in Kellern verschüttet worden sein. Ganze Straßenzüge wurden für die Panzerfahrzeuge des Militärs dem Erdboden gleichgemacht.

Rückreise

Beim Antritt unserer Rückreise sind wir froh, diese Gegend verlassen zu können, und eine große Anspannung fällt von uns ab, als wir in unseren Flieger steigen. Die Maschine hebt ab, klein schrumpfen unter uns die Häuser und Straßen zusammen, die diesmal etwas belebter als bei unsrer Anreise sind. Bei unserem Besuch hatte uns Aysel Gökken, die Frauenkämpferin, gesagt: "Wir sind den Krieg und die Unterdrückung des Staats satt." Das wurde auch in vielen Redebeiträgen beim Newroz-Fest in Diyarbakir betont. Für die Kurd*innen heißt das, zu fliehen oder zu kämpfen - eine andere Wahl sehen hier viele nicht mehr angesichts der permanenten Notwendigkeit, politisch Stellung zu beziehen.

Reise durch ein Kriegsgebiet

Eine WRI-Delegation im Südosten der Türkei

Die War Resisters' International (WRI) ist die seit 1921 bestehende Internationale der KriegsdienstgegnerInnen, der neben *Graswurzelrevolution* und DFG-VK rund 90 Organisationen in 40 Ländern angehören. Ende April 2016 besuchte eine Delegation der WRI eine Woche lang den Südosten der Türkei. Sie sah, wie der erneut eskalierte gewaltsame Konflikt zwischen der Türkei und der kurdischen PKK¹ zu Leid und Traumatisierung bei der Zivilbevölkerung der kurdischen Gebiete in der Türkei führt. Seit August 2015 sind mindestens 338 ZivilistInnen und eine unbekannte Zahl von KämpferInnen getötet worden, mehr als 400.000 ZivilistInnen mussten aus ihren Heimatorten fliehen. Die Menschenrechtsstiftung der Türkei gibt an, dass 100.000 ihre Häuser und Wohnungen verloren haben, weil diese zerstört wurden.²

Die WRI, vertreten durch Aktive aus Schweden, Spanien, Österreich und Deutschland, verband mit der Delegation das Ziel, in der Region Kontakte zu Gruppen aufzunehmen, mit denen perspektivisch eine Zusammenarbeit entwickelt werden kann.

Dabei sieht die WRI die dringende Notwendigkeit, gegen Unterdrückung, Ausgangssperren und Krieg vorzugehen. Auf der anderen Seite führt der bewaffnete Widerstand in eine Gewaltspirale und Militarisierung der Gesellschaft. Es gelte vielmehr, darin waren sich die DelegationsteilnehmerInnen einig, zivilgesellschaftliche Ansätze für einen gewaltfreien Widerstand zu stärken.

Rückblick

Der vielschichtige Konflikt besteht seit Jahrzehnten. Er ist in seiner Dynamik schwer zu erfassen.

Klar ist, wie Delegationsteilnehmer Stellan Vinthagen (Schweden, USA), Professor für das Fachgebiet "Konfliktbearbeitung, Ziviler Ungehorsam und Widerstand" zusammenfasst: "Es gibt eine dominante und unterdrückende Seite. Sie nennt es einen ‚Kampf gegen den Terrorismus‘ und sieht das als Rechtfertigung dafür an, das internationale humanitäre Völkerrecht zu missachten. Auf der anderen Seite gibt es eine schwächere Seite, die ebenfalls Gewalt benutzt."³

Das aber erklärt nur einen Teil der Dynamik. In einem Beitrag im Vorfeld der Delegation beschrieben Hülya Üçpinar, Menschenrechtsanwältin und Mitarbeiterin des Forschungs- und Bildungszentrum für Gewaltfreiheit in Istanbul, und Ex-GWR-Redakteur Andreas Speck, Aktivist des Andalusischen Netzwerkes für Antimilitarismus und Gewaltfreiheit in Spanien, wesentliche Hintergründe für den aktuellen Konflikt.⁴

Friedensprozess

Im Winter 2012 begann der türkische Geheimdienst mit dem auf der Insel Imrali inhaftierten Führer der PKK, Abdullah Öcalan, erste Gespräche über einen Friedensprozess zu führen. Im März 2013 verkündete Öcalan eine Waffenruhe und den Rückzug der PKK-Einheiten aus der Türkei. Am 28. Februar 2015 wurde schließlich das sogenannte Dolmabahçe-Abkommen⁵ abgeschlossen, was viele als einen wichtigen Schritt ansahen, um den Krieg zwischen der Türkei und der PKK zu beenden und den Forderungen von KurdInnen entgegenzukommen, die 20% der gesamten Bevölkerung in der Türkei stellen, etwa 15 Millionen. Am 17. Juli 2015 erklärte Präsident Erdogan (AKP) jedoch, dass er "unter keinen Umständen die Vereinbarungen des Dolmabahçe-Abkommens akzeptiere" und dass "ein Abkommen nicht mit denen gemacht werde, die sich auf eine terroristische Organisation (PKK) stützen".⁶

Weithin wurde dies als das Ende des Friedensprozesses angesehen (vgl. GWR 408). Es stelle sich aber die Frage, so Hülya Üçpinar und Andreas Speck, ob der Friedensprozess und das Dolmabahçe-Abkommen von Seiten der AKP nicht eigentlich nur mit der Absicht verfolgt worden seien, um die Vorherrschaft der AKP in den kurdischen Provinzen und in der Türkei abzusichern. Schließlich sei der Friedensprozess von umfangreichen Repressionen der prokurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP) und anderer Oppositioneller begleitet gewesen. Die von der AKP deklarierte Öffnung gegenüber der kurdischen Bevölkerung und der Friedensprozess erscheinen eher als eine Strategie, sich Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung zu verschaffen. "Als diese Strategie nicht mehr fruchtete - zum Teil wegen der Entwicklungen an der südlichen Grenze, in Syrien - hatte sie ausgedient und wurde abgebrochen."⁷

Krieg in Syrien

Die Türkei spielt in Syrien eine aktive Rolle, mit dem Ziel, das syrische Regime zu stürzen. Die türkische Regierung unterstützte dazu insbesondere Gruppen mit islamistischen Tendenzen.⁸

Im überwiegend von kurdischer Bevölkerung bewohnten Norden von Syrien konnte die Partei der demokrati-

schen Union (PYD), die mit der PKK verbunden ist, in Folge des Bürgerkrieges in Syrien die Kontrolle über einen bedeutsamen Teil der Region an der Grenze zur Türkei übernehmen. Die Region wird in Kurdisch als Rojava bezeichnet. In der Region liegt auch die lange umkämpfte Stadt Kobanê.

Die Türkei sah dies als ernsthafte Bedrohung an, zum einen, weil damit die PKK weiteren Rückzugsraum erhielt, zum anderen, weil damit de facto ein weiterer kurdischer Teilstaat geschaffen wurde. Die Türkei schnitt daraufhin die Versorgung der von den Kurden verwalteten Gebiete in Syrien ab, obwohl diese durch den Islamischen Staat (Daesch/IS) angegriffen wurden. Chris Miller, der für das #Grand Strategy Program an der Yale Universität in den USA forscht, weist darauf hin: "Die Weigerung, den syrischen Kurden gegen den ISIS zu helfen (...) erzürnte die kurdische Bevölkerung in der Türkei, die in großem Maße die Bemühungen unterstützte, die syrischen Kurden zu verteidigen".⁹

Als im Juni 2015 kurdische Einheiten die Grenzstadt Tel Abyad vom IS übernehmen konnten, reagierte Erdogan verärgert. Er erklärte, dass "wir niemals die Gründung eines Staates im Norden Syriens oder in unserem Süden erlauben werden. Wir werden unserem Kampf in diesem Sinne fortführen, egal, was er kostet. Wir werden kein Auge zudrücken."¹⁰ Er machte damit deutlich, so Üçpinar und Speck, dass er das autonome kurdische Experiment als wesentlich problematischer ansieht als IS-kontrollierte Gebiete an der türkischen Grenze.

Das Ende der Vorherrschaft der AKP

2013 entzündeten sich an einem der zahlreichen Großprojekte der türkischen Regierung umfangreiche Proteste, die das gesamte Land ergriffen. Die Proteste begannen am 17. Mai im Gezi-Park in der Nähe des Taksim-Platzes in Istanbul. Sie hatten zum Ziel, den Park gegenüber einem der städtischen Entwicklungsprojekte von Erdogan, ein weiteres Einkaufszentrum, in Schutz zu nehmen. Eine durch die Polizei mit Gewalt durchgesetzte Zwangsräumung verursachte in der gesamten Türkei eine Welle von Protesten. Innerhalb von zwei Wochen hatten 3,5 Millionen Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung von 78 Millionen) an etwa 5.000 Demonstrationen im Land teilgenommen.¹¹ Nach Erdem Yörük und Murat Yüksel "nahmen geschätzte 16% der Bevölkerung Istanbuls an den Protesten teil, etwa 1,5 Millionen."¹² Am Ende wurde das Projekt zurückgestellt.

Die Protestbewegung hatte zahlreiche Opfer zu beklagen, über 8.000 wurden verwundet, acht Menschen starben. Aber sie hatten eine neue Kultur und Praxis des Zivilen Ungehorsams geschaffen und es war ein Zeichen, dass die Vorherrschaft der AKP in Gefahr geraten könnte.

Eine zweite Herausforderung war die Belagerung der im Norden Syriens gelegenen Stadt Kobanê durch den IS. Wie oben beschrieben, verweigerte die Türkei jede Unterstützung, als die Belagerung durch den IS andauerte und er große Teile von Kobanê einnahm. Der Unmut in der kurdischen Bevölkerung über die Rolle der Türkei war immens. Während bis dahin konservative Kurden, die etwa 40% der Wählerschaft im Südosten stellen, für die AKP gestimmt hatten, wechselten nun viele zur HDP, erschrocken von der fehlenden Unterstützung für Kobanê durch die von der AKP regierte Türkei.¹³ Auf der anderen Seite unterstützten KämpferInnen der PKK die syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) und die irakischen Peschmerga im Kampf gegen den IS. Sie verteidigten Kobanê, während die türkischen Streitkräfte das nicht taten. Sie konnten damit ihre Legitimität in den kurdischen Gebieten der Türkei steigern.¹⁴

Die Parlamentswahlen im Juni zeigten schließlich deutlich, wie sich die Situation für die AKP verändert hatte. Die HDP kam zum ersten Mal über die 10%-Hürde und konnte damit in das türkische Parlament einziehen. Zugleich verlor die AKP ihre absolute Mehrheit.

Türkei: Hegemonialmacht der Region

Mit dem Krieg in Syrien und der damit verbundenen hohen Zahl an Flüchtlingen erhält die Türkei gegenüber den USA und der Europäischen Union eine enorm wichtige Rolle. Beides hat ihre geostrategische Position so sehr gestärkt, dass man heute sagen kann: "Vielleicht brauchen Europäische Union und die USA jetzt die Türkei mehr, als die Türkei sie braucht."¹⁵

Die Türkei ist als Teil der NATO ohnehin ein wichtiger Bündnispartner in der Region. Die USA unterhält im Land mehrere Stützpunkte. Im Zuge des von den USA vorangetriebenen Krieges gegen den IS versuchte die USA, die Türkei als Partner zu gewinnen. Zugleich unterstützte die USA jedoch die kurdischen Einheiten im Norden Iraks mit ihrer Luftwaffe. So reagierte die türkische Regierung zuerst zögerlich, trat dann aber der Koalition gegen den IS formal während eines NATO-Treffens bei.¹⁶ Die Türkei gestattete den USA im Juli 2015 die Nutzung der Luftwaffenbasis Incirlik, führte allerdings die eigene Politik weiter, gegen "separatistische Bestrebungen" in Irak und Syrien und insbesondere gegen die PKK vorzugehen, z.B. durch Luftangriffe auf Stellungen der PKK.

Gegenüber der EU befindet sich die Türkei in einer noch mächtigeren Position, so Üçpinar und Speck. Die Türkei nimmt einen Großteil der syrischen Flüchtlinge auf, schätzungsweise 2,5 Millionen leben derzeit im Land. Die Türkei ist auch eine der wichtigsten Transitrouten für MigrantInnen aus Syrien, Irak und Afghanistan in Richtung EU. Von den mehr als 1 Million MigrantInnen, die 2015 in die EU kamen, erreichten über 80% Griechen-

land über die Türkei.¹⁷ Mit dem Abkommen zwischen Europäischer Union und Türkei, das am 20. März 2016 in Kraft trat, versprach die Türkei, die Grenzen für Flüchtlinge zu schließen. Sie soll im Gegenzug Flüchtlinge zurücknehmen, die dennoch Griechenland erreichen. Die EU hat zudem drei Milliarden Euro für die Türkei zugesagt und weitere Milliarden avisiert, die Beitrittsverhandlungen in die EU sollen fortgesetzt werden und für türkische StaatsbürgerInnen soll es Visafreiheit geben.¹⁸ Die Türkei hatte hier hoch gepokert und fast alle ihre Forderungen durchsetzen können, was zeigt, welche wichtige Rolle sie derzeit hat.

Ein erneuerter kurdischer Nationalismus

Im September 2015 hatten bereits drei an der Delegation beteiligte Personen Gelegenheit, in Istanbul an einem Seminar des Vereins der Kriegsdienstverweigerer teilzunehmen. Das Treffen war stark von dem damals aktuellen Kampf um Kobanê bestimmt. Es gab eine vehemente Auseinandersetzung darüber, wie sich die KriegsdienstverweigerInnen dazu positionieren, ob eine Unterstützung eines gewalttätigen Widerstandes unter bestimmten Umständen gerechtfertigt sei oder ob dies die Idee der Kriegsdienstverweigerung untergrabe. Letztlich blieb dies offen. Wenn diese Frage aber schon derart wichtig für den Westen der Türkei ist, wie bedeutsam ist sie dann für die kurdische Bevölkerung im Südosten? Cengiz Günes und Robert Lowe kommen in einer ausführlichen Studie zu dem Schluss, dass die Entwicklungen in Rojava "einen neuen kurdisch-nationalistischen Mythos des Heldentums und der Befreiung schufen. Kobane wird - unabhängig von den damit verbundenen Verwüstungen - als bedeutender Sieg fort-dauern und hat einen immensen symbolischen Wert für die kurdische Stimmung in der Region."¹⁹

Der Mythos von Kobane und Rojava begeisterte große Teile der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, vor allem die Jugend.

Selbstverwaltung

Am 20. März 2005 wurde durch den in Imrali inhaftierten Abdullah Öcalan eine neue Strategie für den Kampf der PKK ausgegeben, der Demokratische Konföderalismus. Er wurde dabei durch die Schriften von Murray Bookchin inspiriert (vgl. GWR 408). Er propagiert darin den Aufbau einer Selbstverwaltung durch kommunale Basisorganisation, ohne die bestehenden Staatsgrenzen anzutasten.

Sehr wohl ist damit aber eine eigene, unabhängig von staatlichen Strukturen verfasste Organisation in den vor allem von Kurden bewohnten Gebieten der Türkei beabsichtigt. Die Änderung der Strategie muss genau genommen als eine Ergänzung des bewaffneten Kampfes gesehen werden, der zugleich fortgeführt wurde. Der Demokratische Konföderalismus ist auch das politische Leitkonzept der Region Rojava im Norden Syriens.²⁰

Die Idee der Selbstverwaltung, die ja auch zivilgesellschaftliche Strukturen stärken kann, hat eine große Dynamik entwickelt. So besuchte die Delegation den Kongress der Demokratischen Gesellschaft (DTK), eine Art aus der Selbstverwaltung heraus gebildetes Bezirkskomitee, das selbstverständlich als Sprachrohr und Quasi-Vertretung der in Diyarbakir lebenden Bevölkerung auftrat. Co-Sprecher Hatip Dicle bezog sich in seinen Ausführungen wiederholt darauf, dass er Mitglied der Delegation ist, die im Namen der HDP mehrfach nach Imrali reiste, um mit Öcalan über das Vorgehen im Friedensprozess zu sprechen.

Im Zuge der Eskalation im letzten Jahr hatten am 10. August 2015 verschiedene Städte die Selbstverwaltung proklamiert: Silopi, Cizre, Stadtteil Baglar in Batman, Stadtteil Sur in Diyarbakir, Lice, Silvan, Varto, Bulanik, Yükseko-va, Semdinli, Edremit, Stadtteil Haci Bekir in Van, Stadtteil Gazi in Istanbul sowie Dogubeyazit. Diese Erklärungen wurden oft von praktischen Maßnahmen, wie dem Ausheben von Gräben in den Straßen, begleitet.²¹ In den folgenden Wochen und Monaten waren es auch diese Städte und Stadtteile, die die volle Wucht der Repressionen traf.²²

Die Begeisterung für Rojava, gemischt mit einem erneuerten Nationalismus, ließ offensichtlich die Hoffnung aufkommen, mit der Selbstverwaltung einen entscheidenden Durchbruch zu erzielen und in Verbindung mit dem Ausheben von Gräben, dem Bau von Barrikaden und anderen letztlich militärischen Maßnahmen auch das Eindringen der türkischen Sicherheitskräfte verhindern zu können. Ein verheerender Irrtum.

Ausgangssperren, Häuserkampf und Enteignung

Wie sieht das nun für die Bevölkerung in dem Gebiet aus? Auf der Delegationsreise hatten wir Gelegenheit, mit vielen Organisationen zu sprechen. Wir sprachen auch mit den Menschen der vom Krieg betroffenen Stadtteile und erhielten so einen plastischeren Eindruck, als dies bei aller Analyse möglich ist.

Im Juni 2015, zu den ersten Parlamentswahlen, ahnten schon viele in der Region, dass es zu einer militärischen Auseinandersetzung kommen würde. Präsident Erdogan hatte kurz zuvor den Friedensprozess für nichtig erklärt, das türkische Militär begann, Wachtürme in einigen kurdischen Städten zu bauen. Jugendliche Kämpfer hoben bereits vor den Wahlen erste Gräben in den Städten aus, mit der Erklärung, dies könne das türkische Militär daran hindern, in die Städte einzudringen. Organisationen der Zivilgesellschaft konnten an dieser Stelle noch eingreifen und die Eskalation zurückschrauben, aber nach den Wahlen war dies nicht mehr möglich.

Die erste von der türkischen Regierung ausgerufenen Ausgangssperre wurde am 16. August 2015 über Vartu (Mus) verhängt.²³ Seitdem gab es über 65 offiziell verkündete, unbefristete und Rund-um-die-Uhr andauernde Ausgangssperren.²⁴

Es ist wichtig zu verstehen, wie diese umgesetzt werden und welche Konsequenzen sie haben. Der jeweilige Gouverneur, also ein Vertreter der türkischen Regierung, der dem Innenministerium unterstellt ist, erklärt die jeweilige Ausgangssperre kurzfristig über bestimmte Stadtteile in vor allem von Kurden bewohnten Städten. Sie gilt in der Regel Rund-um-die-Uhr und unbefristet, zum Teil über Monate. Die dort lebende Bevölkerung muss also innerhalb kürzester Zeit ihre Wohnungen verlassen, um nicht in das Kampfgeschehen mit hineingezogen zu werden. Das bedeutete auch, dass die Bevölkerung Hab und Gut zurücklassen muss.

Dabei steht die Bevölkerung unter dem Druck beider am Konflikt beteiligten Seiten. Eine Aktivistin aus Sirnak berichtete uns: "Vor sechs Monaten hatten Jugendliche in Sirnak begonnen, Gräben zu ziehen. Das wurde auch von der Bevölkerung unterstützt. Aber niemand erwartete, was später geschah. Die Gräben hatten zur Folge, dass die Bevölkerung ihre Häuser nicht mehr erreichen bzw. verlassen konnte. Sie konnte also nicht zur Schule gehen, nicht arbeiten. So fiel das vorgebliche Ziel der Kämpfer, die Bevölkerung zu schützen, auf die Bevölkerung zurück. Sie wollten die Bevölkerung daran hindern, die Gebiete zu verlassen. Und sie hinderten die Menschen auch daran, ihre Sachen mitzunehmen. Sie warfen uns vor: ‚Wir kämpfen für Euch und ihr geht!‘ Als die Ausgangssperre verhängt wurde, standen die Menschen zwischen den WiderstandskämpferInnen auf der einen und den türkischen Sicherheitskräften auf der anderen Seite. Und niemand wusste, was wirklich geschehen wird." ²⁵

Danach wurden die Stadtteile von türkischen Sicherheitskräften abgeriegelt. Niemand weiß wirklich, was in den Gebieten geschah und geschieht. Zahlreich sind die Berichte, bei denen Kinder, Frauen, ältere Personen, Krankenpfleger und -helfer in den Gebieten von den Sicherheitskräften und Scharfschützen angegriffen und ermordet wurden.²⁶ Es war ein Häuserkampf, der keinen Unterschied mehr zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten, KämpferInnen und Zivilpersonen, machte. Ganze Straßenzüge wurden zerstört. Die Sicherheitskräfte gaben die Gebiete erst dann wieder frei, wie in Cizre, als dieser Kampf beendet war.

Am 28. April 2016 besuchte die Delegation die an der syrischen Grenze gelegene Stadt Cizre, in der über drei Monate lang drei Stadtteile unter Ausgangssperren lagen. Wir konnten am Nachmittag auch kurz den betroffenen Stadtteil Cudi besuchen und mit AnwohnerInnen sprechen. Die Spuren der Kämpfe waren noch deutlich zu erkennen, einige Häuser wurden bereits wieder instand gesetzt, an anderen Stellen wurden ganze Wohnblöcke abgerissen. Einige BewohnerInnen sind zurückgekehrt und berichteten uns, dass sie ihr gesamtes Hab und Gut verloren haben und nun in halb-zerstörten Häusern leben müssen.

Kaum waren wir eine Viertelstunde unterwegs, wurden wir von drei gepanzerten Fahrzeugen mit etwa 20 schwer bewaffneten Sicherheitskräften in zivil umstellt. Sie kontrollierten unsere Papiere, gaben uns zu verstehen, dass wir auf keinen Fall in den am stärksten zerstörten Teil des Viertels gehen dürften, ließen uns gehen, fuhren jedoch 50 Meter hinter uns her, damit wir nicht gegen die Anordnung verstoßen. Es war eine Machtdemonstration, die zeigte, unter welcher Kontrolle die Bevölkerung steht.

So wirkt Cizre wie eine belagerte Stadt. Straßenkontrollen an den Eingangsstraßen zeigen das an. Noch deutlicher wird dies an einem Bild der direkt nebeneinander gelegenen Gebäude der Bürgermeister und des Gouverneurs. Während das einige Jahrzehnte alte Rathaus offen zugänglich ist, ist das modernere Gebäude des Gouverneurs ein paar Stockwerke größer und wird mit extremer Bewaffnung geschützt. NATO-Draht und Kameras schirmen das Gebäude ab, unterstützt von zahllosen Sicherheitskräften. Auf dem Dach sind Scharfschützen postiert.

Die Planierung ganzer Häuserzeilen hat ihre Ursache jedoch nicht allein in den schweren Kämpfen in den Stadtteilen. Die türkische Regierung nutzt einen Passus im Enteignungsgesetz, um innerhalb kürzester Frist ganze Stadtteile zu enteignen. In dringlichen Fällen, so das Gesetz, kann eine vom Ministerrat der Regierung eingesetzte Kommission den jeweiligen Grundstückswert schätzen, ein Drittel des Betrages muss auf ein Anderkonto zu Gunsten des Eigentümers eingezahlt werden und nach sieben Tagen gilt das Grundstück und Eigentum als enteignet. Es gibt zwar eine Regelung, die eine Klage vorsieht, die Enteignung kann jedoch nicht durch einen Eilbeschluss oder dergleichen aufgehoben werden. Mit dieser Regelung sorgt die türkische Regierung dafür, dass ganze Stadtteile in ihren Besitz gelangen und so in kürzester Zeit eine Zerstörung der gesamten Infrastruktur erfolgen kann.

Letztlich stellt das eine staatliche Aneignung der Innenstädte und eine Vertreibung der dort lebenden Bevölkerung dar. Dieser wird praktisch eine Kollektivschuld angelastet, unter dem Vorwand, den Terrorismus der PKK und anderer bewaffneter Gruppen zu bekämpfen.

Vertreibung und Solidarität

400.000 ZivilistInnen mussten bislang aus ihren Häusern und Wohnungen fliehen. Nur wenige konnten angesichts der zerstörten Gebäude, weiterhin bestehenden Ausgangssperren und Enteignungen zurückkehren. Geschäftsleute in den inzwischen wieder zugänglichen Haupteinkaufsstraßen in der Altstadt von Sur in Diyarbakir sprechen davon, dass es kaum Kundschaft gibt und sie zudem aus der Zeitung erfahren hätten, dass ihre Geschäfte enteignet worden seien.²⁷ Wie gehen Bevölkerung, und Zivilgesellschaft damit um?

Eindrücklich war hier der Besuch des Rojava Hilfs- und Solidaritätsvereins. Er wurde vor zwei Jahren gegründet, als der Krieg in der nördlichen Region von Syrien begann und Flüchtlinge in die Türkei kamen.

Der Verein führte bei unserem Besuch aus, dass allein 100.000 während der Kämpfe um Kobane kamen.²⁸ Er half den Flüchtlingen, indem er versuchte, eigene sogenannte Soziale Felder aufzubauen, in klarer Abgrenzung zu den offiziellen Flüchtlingscamps und in praktischer Anwendung des Demokratischen Konföderalismus. Das Ziel des Vereins sei es, die Selbstverwaltung der Flüchtlinge zu fördern und mit den von den Flüchtlingen selbst gebildeten Komitees zu arbeiten. Der Verein sorgt dann für Hilfslieferungen und Koordination. Ihnen sei es auch gelungen, 2.000 Lastwagenladungen mit Hilfslieferungen nach Rojava zu bringen, was später von der türkischen Regierung als ihre Hilfe proklamiert wurde.

Für die aktuell von den Ausgangssperren betroffenen Menschen im Südosten der Türkei startete der Verein eine Kampagne unter dem Namen "Öffnet Eure Herzen und Türen". Ihm sei es damit gelungen, dass die allermeisten entweder bei eigenen oder befreundeten Familien unterkommen konnten oder von anderen Familien in benachbarten Städten aufgenommen wurden. Die Absicht dabei sei, einen ähnlichen Exodus wie in den 1990er Jahren zu vermeiden, als 4,5 Millionen KurdInnen wegen des Krieges aus der Region in den Westen der Türkei oder nach Europa fliehen und sich dort assimilieren mussten. Heute gingen sie in den nahegelegensten Stadtteil und könnten somit in der Region bleiben. Beeindruckend dabei ist, wie viele damit aufgefangen werden konnten. Sie nannten einige Zahlen: 5.500 Familien aus Diyarbakir, in etwa 30.000 Personen; 110.000 Personen aus Cizre, 98.000 aus Silopi.

Es zeigt aber auch ein deutlich vergrößertes Selbstbewusstsein der kurdischen Identität, die sich in der gegenseitigen Solidarität und in den autonomen Strukturen bestärkt.

Resümee

"All diese unterschiedlichen Entwicklungen können nicht getrennt von den Ambitionen der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) und vor allem von Erdogan zum Machterhalt und zur Vorherrschaft in der Türkei gesehen werden", so Hülya Üçpınar und Andreas Speck.²⁹

Erdogan hatte entschieden, den Posten als Premierminister aufzugeben und wurde 2014 erster direkt gewählter Präsident, der nach der aktuellen Verfassung allerdings nur eine symbolische Rolle hat.

Dies verband er jedoch mit der Absicht, eine Verfassungsänderung durchzusetzen, die dem Präsidenten weit mehr Befugnisse geben würde, ähnlich dem Präsidialsystem in Frankreich oder den USA. Mit dem Einzug der HDP ins Parlament und der schwindenden Zustimmung für die AKP drohte dies zu scheitern. Daraufhin setzte Präsident Erdogan auf Konfrontation.

"Der gegenwärtige Krieg in den kurdischen Regionen der Türkei und die zunehmende willkürliche und brutale Unterdrückung jedweder oppositioneller Stimmen in der Türkei, wie die Repressionen gegen die mehr als 1.000 AkademikerInnen, die eine Erklärung gegen das Vorgehen in den kurdischen Regionen der Türkei unterzeichnet hatten, kann als verzweifelter (und mit Gewalt durchgesetzter) Versuch gesehen werden, das zu erreichen, was anders nicht zu erreichen ist", so Hülya Üçpınar und Andreas Speck. "Erdogan und die AKP sind angeschlagen und verzweifelt. Sie haben keinen Plan B. Das macht es noch gefährlicher, weil sie alles daran setzen werden, den Plan A umzusetzen."

Aber auch die Strategie der kurdischen Milizen in der Türkei ist gescheitert. Nichts ist von dem Versuch geblieben, die türkischen Sicherheitskräfte am Eindringen in die Städte zu hindern. Ganz im Gegenteil, die Innenstädte sind zerstört und werden nun auch noch zwangsweise enteignet, die Bevölkerung faktisch vertrieben. Der Vizechef der PKK, Cemil Bayik, sprach von einem ‚Recht auf Vergeltung‘ und drohte der Türkei damit, den Krieg in die Städte zu tragen.³⁰

Die Eskalation auf kurdischer Seite spielt der Propagandamaschine von Erdogan in die Hände, weil sie den Krieg und die Repressionen legitimiert.

Die EU und die USA schauen hingegen weg. Geostrategische Interessen und die Abwehr von Flüchtlingen stehen an erster Stelle, nicht aber eine Kritik an einer menschenrechtswidrigen Politik, Unterdrückung von Medien und Opposition, dem Krieg und Vertreibung im Südosten oder auch den immer wiederkehrenden Ausfällen des türkischen Präsidenten Erdogan.

"Europa hat uns vergessen", das ist ein bitteres Resümee, das die Delegation immer wieder zu hören bekam. "Wir dachten, Europa stände für Menschenrechte und Frieden. Aber im Gegensatz zum Krieg in der Türkei in den 90er Jahren kümmert sich heute niemand darum, was bei uns geschieht."³¹

Dennoch zeigen sich viele zivilgesellschaftliche Ansätze. Nun wird es darum gehen, Kontakte aufzunehmen, weiterzuführen und dabei die Kräfte für einen gewaltfreien Widerstand zu stärken. Hoffen wir, dass es gelingt.

Anmerkungen

- 1 Partiya Karkerên Kurdistanê, Arbeiterpartei Kurdistans
- 2 Türkiye İnsan Hakları Vakfı: 16 Ağustos 2015 - 20 Nisan 2016 Tarihleri Arasında Sokaga Çıkma Yasakları ve Yasamini Yitiren Siviller. 20.4.2016. <http://tihv.org.tr/16-agustos-2015-20-nisan-2016-tarihleri-arasinda-sokaga-cikma-yasaklari-ve-yasamini-yitiren-siviller/>
- 3 War Resisters' International, Connection e.V., Bund für Soziale Verteidigung, Internationaler Versöhnungsbund Österreich: Pressemitteilung vom 4.5.2016. www.connection-ev.org/article-2262
- 4 Hülya Üçpınar/Andreas Speck: Renewed war in the Kurdish regions in Turkey. 19.3.2016. www.wri-irg.org/de/node/26282. Der Beitrag wird Mitte Juni 2016 in deutscher Sprache in einer Broschüre erscheinen, die über www.Connection-eV.org bezogen werden kann.
- 5 Konflikt zwischen der Republik Türkei und der PKK. Zugriff am 20.5.2016. https://de.wikipedia.org/wiki/Konflikt_zwischen_der_Republik_T%C3%BCrkei_und_der_PKK
- 6 Daily Sabah: Erdogan renounces Dolmabahçe declaration, says HDP should try its best for PKK's disarmament, 17.7.2015, www.daily-sabah.com/kurdish-issue/2015/07/17/erdogan-renounces-dolmabahce-declaration-says-hdp-should-try-its-best-for-pkks-dis-armament
- 7 Hülya Üçpınar und Andreas Speck, a.a.O.
- 8 ‚ISIS sees Turkey as its ally‘: Former Islamic State member reveals Turkish Army cooperation, Newsweek, 7.11.2014, <http://europe.newsweek.com/isis-and-turkey-cooperate-destroy-kurds-former-isis-member-reveals-turkish-282920?rm=eu> ; Robert Fisk: Syrian soldiers on the Latakia Front finally taste the fruits of victory - but they know Isis is not dead, The Independent, 18.2.2016, www.independent.co.uk/news/world/middle-east/syria-civil-war-isis-syrian-army-russia-turkey-al-rabaa-assad-a6882281.html
- 9 Chris Miller: Big Win by Turkey's AKP Signals Vote for Stability. Decisive win for AKP in Turkey could add pressure for peace deal with Kurdish PKK militants, YaleGlobal, 3.11.2015, <http://yaleglobal.yale.edu/content/big-win-turkey%E2%80%99s-akp-signals-vote-stability>
- 10 Yvo Fitzherbert: Erdogan sacrifices peace to entrench his own power, Roar Magazine, 3.8.2015, <https://roarmag.org/essays/turkey-pkk-erdogan-conflict/>
- 11 Christopher de Bellaigue: Turkey: ‚Surreal, Menacing...Pompous‘, The New York Review of Books, 19.12.2013, www.nybooks.com/articles/2013/12/19/turkey-surreal-menacing-pompous/?pagination=false
- 12 Erdem Yörük und Murat Yüksel: Class and Politics and Turkey's Gezi Protests. In: New Left Review No 89, Oktober 2014, S. 103-123, <http://newleftreview.org/II/89/erdem-yoruk-murat-yuksel-class-and-politics-in-turkey-s-gezi-protests>
- 13 Soner Cagaptay: Kurds Can Go Their Own Way. Erdogan Faces Upheaval—Here's What He Should do About It, Foreign Affairs, 22.9.2015, www.foreignaffairs.com/articles/turkey/2015-09-22/kurds-can-go-their-own-way
- 14 Jenna Krajeski: The Consequences of the Battle for Kobani. The New Yorker, 26.2.2015, www.newyorker.com/news/news-desk/the-consequences-of-the-battle-for-kobani
- 15 Hülya Üçpınar und Andreas Speck, a.a.O.
- 16 Siehe: U.S. Forms Anti-ISIS Coalition at NATO Summit, Time, 5.9.2014, <http://time.com/3273185/isis-us-nato/>
- 17 UNHCR: A million refugees and migrants flee to Europe in 2015, Press release, 22.12.2015, www.unhcr.org/567918556.html
- 18 Lenz Jacobsen: Was im Türkei-Deal steht - und was nicht. Die Zeit, 18.3.2016. www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/eu-gipfel-tuerkei-abkommen-fluechtlinge-angela-merkel
- 19 Cengiz Gunes and Robert Lowe: The Impact of the Syrian War on Kurdish Politics Across the Middle East. Chatham House, Middle East and North Africa Programme, Juli 2015, www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/field/field_document/20150723SyriaKurdsGunesLowe.pdf
- 20 Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Demokratischer_Konf%C3%B6deralismus
- 21 Siehe: Turkish Kurdistan: Town after town declares self-government in face of war, GreenLeft Weekly, 22.8.2015, www.green-left.org.au/node/59841
- 22 Siehe: Turkey to lift curfew in cut-off city of Cizre after reports of civilian deaths, Deutsche Welle, 12.9.2015, www.dw.com/en/turkey-to-lift-curfew-in-cut-off-city-of-cizre-after-reports-of-civilian-deaths/a-18710280
- 23 Siehe: Curfew declared in Turkey's east over clashes with PKK militants, Hürriyet Daily News, 16.8.2015, www.hurriyetdailynews.com/curfew-declared-in-turkeys-east-over-clashes-with-pkk-militants.aspx?PageID=238&NID=87012&NewsCatID=341, Zugriff am 8.3.2016
- 24 Türkiye İnsan Hakları Vakfı. 20.4.2016, a.a.O.
- 25 Bericht an die Delegation: 27.4.2016
- 26 Hülya Üçpınar & Andreas Speck, a.a.O.
- 27 Gesprächsnotiz der Delegation vom 29.4.2016
- 28 Gesprächsnotiz der Delegation, 27.4.2016
- 29 Hülya Üçpınar und Andreas Speck, a.a.O.
- 30 Die Welt: "Die Türkei schützt den IS". 23.8.2015. www.welt.de/print/wams/politik/article145519036/Die-Tuerkei-schuetzt-den-IS.html
- 31 Gesprächsnotiz der Delegation vom 28.4.

Der Anarchist und Arzt Michael Wilk berichtet aus Rojava

"Wie ein Tropfen auf den heißen Stein"

Krieg, IS-Terror und Medikamenten-Embargos haben verheerende Folgen für die Bewohner Nordsyriens. Der deutsche Arzt Michael Wilk versucht im Kurdengebiet Rojava zu helfen. Im heute.de-Interview spricht er über Medizin unter extremen Bedingungen.

heute.de: Herr Wilk, Sie reisen nun zum vierten Mal freiwillig ins Kriegsland Syrien. Mit Verlaub: Sind Sie lebensmüde?

Michael Wilk: Nein, ganz gewiss nicht. Meine Kollegen fragen mich ja immer, ob ich auch die Badehose eingepackt hätte – aber es gibt dort in Rojava immer noch kein Meer (lacht). Ich bin auch nicht auf einen Abenteuerurlaub aus, sondern versuche den Menschen schlicht etwas zu helfen.

heute.de: Was planen Sie genau?

Wilk: Anders als bei den vorherigen Einsätzen, als ich zum Beispiel in einem frontnahen Krankenhaus gearbeitet und Ersatzteile für Dialyse-Geräte geliefert habe, werde ich diesmal auf Anfrage des kurdischen Roten Halbmonds versuchen dabei zu helfen, ein Rettungssystem zu etablieren.

heute.de: Was bedeutet das konkret?

Wilk: Das Rettungssystem soll ansatzweise mit dem vergleichbar sein, das wir aus Deutschland kennen: Wenn man die Notfallnummer ruft, kommt im besten Fall jemand mit mehr oder weniger guter Ausrüstung zu Hilfe. Denn der Kurdische Rote Halbmond organisiert als gesellschaftlich unabhängige Organisation mit freiwilligen Helfern das Rettungssystem vor Ort und versucht, die medizinische Versorgung aufrecht zu erhalten.

heute.de: Wie viele Menschen sind in Rojava auf medizinische Hilfe angewiesen?

Wilk: Dort leben mehr als vier Millionen Menschen. Neben gewöhnlichen Krankheiten müssen schwere Kriegsverletzungen behandelt werden. Erschwert wird die medizinische Hilfe durch die bestehende Embargo-Situation der angrenzenden Länder. Der IS lässt natürlich keine Medikamenten-Lieferungen zu und auch die Grenzen zur Türkei und zum Nordirak sind dicht oder nicht wirklich offen.

heute.de: Gibt es genügend Ärzte und medizinische Pflegekräfte in Rojava?

Wilk: Als ich 2014 zum ersten Mal dorthin kam, war in einem Hospital ein einziger Chirurg zuständig für ein Gebiet von 35.000 bis 40.000 Menschen plus Soldatinnen und Soldaten, die von der Front kamen. Dieser Mann hatte seit eineinhalb Jahren quasi nonstop alleine gearbeitet. Inzwischen hat sich die Situation verbessert. Es gibt funktionierende Krankenhäuser, in denen mehr Ärzte arbeiten, aber der Mangel ist weiter groß. Trotzdem schafft es der Kurdische Rote Halbmond inzwischen, die Versorgung mit Medikamenten und Kindernahrung zu gewährleisten. Die, wenn möglich importierten, aber oft notgedrungenermaßen geschmuggelten Medikamente werden an die Bedürftigen verteilt.

heute.de: In weiten Teilen Syriens herrscht noch immer Krieg. Wie ist die Lage in dem Gebiet, in das Sie reisen?

Wilk: Die Situation in Rojava ist etwas anders als im restlichen Syrien. Das Gebiet, das sich vom Euphrat bis zum Tigris erstreckt, steht nach außen hin vor allem in einem Verteidigungskampf gegen die Terrormilizen des IS. Im Innern ist es aber – abgesehen von Selbstmordattentaten des IS - verhältnismäßig sicher und die Menschen versuchen, eine neue gesellschaftliche Struktur aufzubauen.

heute.de: Wie sieht die aus?

Wilk: Frauen sind dort gleichberechtigt, was im arabischen Raum besonders ist. Dass diese Gleichberechtigung tatsächlich besteht, habe ich auf meinen Reisen erlebt. Frauen sind zum Beispiel mit mindestens 40 Prozent in allen wichtigen Gremien vertreten, aber sie kämpfen auch mit an vorderster Front gegen den IS. Das verändert ei-

niges im Empfinden der Frauen wie auch in der Gesamtgesellschaft. Darüber hinaus geht es um die Einführung basisdemokratischer Strukturen.

heute.de: Im Innern von Rojava herrscht weitestgehend Waffenruhe?

Wilk: Ja. Dort gibt es inzwischen eine Teilautonomie; die Kurden haben sich für selbstständig erklärt, ohne sich vom syrischen Staat abzuspalten. Das führt zu einer gewissen Stabilität im Inneren, die das Gebiet auch dazu befähigt, sehr viele Flüchtlinge aus anderen Teilen Syriens aufzunehmen. Inzwischen gibt es dort deshalb auch von den Vereinten Nationen unterstützte Flüchtlingslager.

heute.de: Was motiviert Sie persönlich, die Menschen in Rojava zu unterstützen?

Wilk: Ich konnte die Nachrichten zu Hause nicht mehr ertragen und habe mich gefragt, was ich als Notfallmediziner tun kann. Das war meine Ursprungsmotivation. Inzwischen hat sich eine sehr persönliche Beziehung zu einigen Leuten im kurdischen Roten Halbmond entwickelt.

heute.de: Was kann ein einzelner externer Helfer dort leisten?

Wilk: Natürlich kann der oder die Einzelne sehr wenig helfen - es ist wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber es ist eine gewisse - auch moralische - Unterstützung für die Leute dort. So fühlen sie sich weniger allein gelassen. Anfangs wussten sie natürlich nicht, was sie von den Menschen halten sollten, die zum Helfen kamen. Aber wenn man erst mal im Krankenhaus mitgearbeitet hat, wird man mit anderen Augen angeschaut. Zum Glück gibt es auch Organisationen, die Kräfte bündeln: Ich arbeite beispielsweise mit CADUS zusammen. Diese Hilfsorganisation bildet auch Physiotherapeuten und Sanitätspersonal aus und sorgt somit für eine weitergehende medizinische Versorgung in Rojava.

Das Interview führte Marcel Burkhardt. (Quelle: heute.de, 17.07.2016)

Helfen unter Extrembedingungen

von Dr. med. Michael Wilk, zurzeit in Rojava (Nordsyrien)

Kliniken zerstört, Ärzte getötet, Medikamente Mangelware: Die medizinische Versorgung der Menschen in Nordsyrien ist eine riesige Herausforderung. Der kurdische Rote Halbmond nimmt sie an. Beobachtungen eines Arztes im Kurdengebiet Rojava.

Die Situation in Syrien ist vielerorts so unübersichtlich wie grausam. Hoffnung gibt es dagegen im Norden des Landes: Seit sich das Assad-Regime im Verlauf des Bürgerkriegs 2013 weitgehend aus den Gebieten nahe der türkischen Grenze zurückgezogen hat, versuchen die Menschen dort, nicht nur die Al-Kaida-nahe Al-Nusrah und die Terrormiliz IS zu bekämpfen, sondern ihre Gesellschaft neu zu organisieren. Das mehrheitlich von Kurden bewohnte Gebiet erklärte sich im März dieses Jahres zur Autonomen Föderation Nordsyrien - Rojava.

Kliniken zerstört, medizinisches Personal knapp

Es gilt dort, geschätzte vier Millionen Menschen zu versorgen, die in Rojava beheimatet sind oder vor der IS-Terrormiliz Zuflucht gefunden haben. Behandelt werden müssen nicht nur die üblichen Grunderkrankungen, sondern auch verletzte Kämpfer und Kämpferinnen. Krankenhäuser sind oft zerstört und medizinisches Personal ist knapp; viele Ärztinnen und Ärzte wurden getötet oder mussten fliehen. "Die medizinische Versorgung im Kriegszustand ist ein riesiges Problem, umso mehr, wenn diese Aufgabe unter Embargo-Bedingungen gelöst werden muss", sagt Dr. Sherwan, Zahnarzt und Aktivist bei "Herva Sor a Kurd", dem kurdischen Roten Halbmond. Die unabhängige zivile Hilfsorganisation baute in den vergangenen Jahren zahlreiche Ambulatorien und Polykliniken auf, transportiert Verletzte und betreibt Apotheken, die den ärmeren Teil der Bevölkerung mit kostenlosen Medikamenten versorgen.

"Meister der Improvisation und Mangelverwaltung"

"Gerade in der letzten Zeit hatten wir besondere Schwierigkeiten", sagt der 28-jährige Sherwan. "Alles wurde knapp - nicht nur Medikamente, sondern auch Ersatzteile und medizinisches Material." Bestimmte Behandlungen konnten deshalb nicht fortgesetzt werden. Sherwan, der in Damaskus studierte, versorgt nur noch selten Zähne; er ist vielmehr zum Allrounder geworden.

Seine gegenwärtige Aufgabe: der Aufbau eines Rettungssystems in Quamishlo, der mit etwa 400.000 Einwohnern größten Stadt in der Kurdenregion Rojava. "Wir sind hier alle Meister der Improvisation und der Mangelverwaltung", sagt Sherwan, bevor er aufbrechen muss in Richtung Manbij. Die Folgen der heftigen Kämpfe gegen die IS-Dschihadisten westlich des Euphrat erfordern seine Anwesenheit. Es gilt, Verletzte zu versorgen - auch verwundete IS-Kämpfer.

Hochgesteckte gesellschaftliche Ziele

Die politischen Ziele in Rojava sind hoch gesteckt: der Aufbau basisdemokratischer Strukturen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, und das erklärte Ziel, friedlich mit arabischen und assyrischen Mitmenschen den Neuaufbau gestalten zu wollen. Das Verbot der Todesstrafe und die Religionsfreiheit stehen diametral der IS-Ideologie gegenüber.

Die kämpfenden Einheiten Rojavas, darunter auch reine Frauenverbände, haben mit der Rückeroberung von Kobane und durch die Befreiung der Jesiden Berühmtheit erlangt. Durch ihre militärischen Erfolge gegen die Islamisten sind sie zwischenzeitlich zum Bündnispartner des Westens avanciert.

Dieses taktische Bündnis mit den USA einerseits und die politische Nähe zur verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) andererseits erzürnen den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Nichts wünscht sich die türkische Regierung weniger, als ein sich vergrößerndes Gebiet unter kurdischem Einfluss, direkt an der Südgrenze der Türkei. Die Folge: eine geschlossene Grenze, die Abriegelung von Hilfslieferungen bis hin zur Drohung, die militärische Intervention auszuweiten. Eine Embargopolitik, die für die Kranken und Verletzten Rojavas häufig tödlich ist.

Michael Wilk (Quelle: heute.de, 19.07.2016)

Rettungsdienst gleicht Herkules-Aufgabe

von Dr. med. Michael Wilk, zurzeit in Rojava (Nordsyrien)

In Qamishlo, der Hauptstadt der autonomen Föderation Nordsyrien, versuchen 20 Frauen und Männer 400.000 Einwohner medizinisch zu versorgen. Eine Aufgabe zum Verzweifeln – oder zum Über-sich-Hinauswachsen.

Die Lage in Qamishlo – einer syrischen 400.000-Einwohner-Stadt an der Grenze zur Türkei – ist relativ stabil, von Sicherheit kann aber nicht die Rede sein. Nicht nur Ämter und Behörden, sondern auch Hilfsorganisationen wie "Herva Sor a Kurd" (HSaK), der kurdische Rote Halbmond, sind gezwungen, sich zu verschanzen. Nichts geht ohne Betonbarrieren, Schranken und bewaffnete Posten. Selbstmordattentate und bewaffnete Attacken von IS-Kommandos fordern ihren Tribut.

Assad-Enklave im kurdischen Autonomie-Gebiet

Zum bizarren Charakter der Situation trägt bei, dass ein kleiner Teil der Stadt unter Kontrolle des Assad-Regimes steht. Eine Enklave, umfassend die Hauptpost, ein Krankenhaus und den Flughafen, sowie einige Straßenzüge, umgeben von militärisch weit überlegenen kurdischen Kräften. All dies in einer Kommune, die mit der Ausrufung zur "Autonomen Föderation Nordsyrien – Rojava" zur Hauptstadt des Gebiets erklärt wurde.

Das Verhältnis zum kleinen Rest des "Assad-Staates" in Qamishlo ist gespannt und artet zum Teil in Schießereien aus, zuletzt im April dieses Jahres. Junge Männer, die sich auf das Gebiet des Regimes wagen, können verhaftet und in die Armee gezwungen werden. Das fragile Verhältnis zur Assad-Enklave macht das Leben in der Stadt zusätzlich kompliziert.

Medikamentenmangel lässt Preise explodieren

Es ist der Flughafen, der eine Eskalation zurzeit als nicht sinnvoll erscheinen lässt. "Es gibt einige Faktoren, die den Flughafen wichtig machen", sagt Hamid, Chef der Rettungsfahrzeuge des HSaK. "Die noch existierenden privaten Apotheken beziehen ihre Medikamente zum größten Teil über diesen Weg." Dennoch sei die Versorgung mit Medikamenten alles andere als einfach. "Es gibt bei Leibe nicht alles – und was es gibt, ist zum Teil so teuer, dass es sich sehr viele nicht leisten können", so Hamid.

Hier hilft der kurdische Halbmond, der mit seinen über das Land verteilten Apotheken gratis die Medikamente an die bedürftigen Patienten verteilt. "Wer bedürftig, sprich zu arm ist, legen Stadtteilkomitees fest, die ihre Leute kennen", versichert Hamid. "Aber wir sind auf die Unterstützung der Nichtregierungsorganisationen angewiesen, ohne deren Hilfslieferungen wir keine Medikamente hätten. Wir beziehen nichts aus Damaskus."

Acht Krankenwagen für eine 400.000-Einwohner-Stadt

Durch die Embargo-Politik, vor allem der Türkei, sei die Versorgung schwierig geworden. Wie knapp Medikamente sind, wird am Beispiel von Krebserkrankten klar, die ihre Behandlung nicht fortsetzen konnten. Nur wenige können noch nach Damaskus gebracht werden. Auch dazu diene der Flughafen, wird mir erklärt.

Hinter dicken Mauern vor Anschlägen halbwegs geschützt, stehen auf einem Hof in Qamishlo einige Krankenwagen. Ganze acht Ambulanzen hat das HSaK für 400.000 Menschen zur Verfügung. Davon sind zurzeit noch drei an der Front. Zahlen, die eine strukturelle Verbesserung der Rettungs- und Transportstruktur mangels Masse an Material unmöglich erscheinen lassen. Es gilt nicht nur für mehr Fahrzeuge zu sorgen – mindestens die zehnfache Anzahl wäre erforderlich –, sondern den Materialmangel durch eine Optimierung der Einsatzstrategie abzumildern.

20 Menschen versuchen, "die Rettung" irgendwie aufrecht zu halten

Die Männer und Frauen des Rettungsdienstes sind zwar hoch motiviert, aber leider am Stützpunkt Qamishlo, wie auch andernorts, viel zu wenig. Es sind gerade einmal 20 Menschen, die geschult und qualifiziert das tun, was irgend möglich erscheint, um "die Rettung" aufrecht zu erhalten.

Da ist es wenig tröstlich zu erfahren, dass die Einsatzfrequenz deshalb geringer sei, weil man nicht in der Lage sei, auf die Anrufe Unbekannter zu reagieren und irgendwohin einen Rettungswagen zu schicken – die Gefahr in einen Hinterhalt des IS zu geraten, sei viel zu hoch.

Michael Wilk (Quelle: heute.de, 21.07.2016)

Kampf um Menschenleben in Kobane

von Dr. med. Michael Wilk, zurzeit in Rojava (Nordsyrien)

Weitgehend unbeobachtet gehen nahe der nordsyrischen Stadt Kobane die Kämpfe kurdischer Einheiten gegen IS-Terroristen weiter. Die Opferzahlen sind hoch, die Hilfsmöglichkeiten der Mediziner sehr begrenzt.

Die Versorgung von Verletzten hat Vorrang vor allem anderen, auch vor dem Austausch über Rettungslogistik, dem ursprünglichen Ziel meiner Reise. Mein Kollege Sherwan und ich müssen aushelfen im Krankenhaus von Kobane, dem der Front nächstgelegenen Hospital. Es gibt kaum Ärzte und die Kämpfe um die Stadt Manbij fordern viele Opfer. Die kurdischen Verbände von YPG und die reinen Frauenverbände der YPJ haben die Stadt umschlossen. Der IS versucht seine eingeschlossenen Kämpfer zu befreien.

In Kobane: Trümmerwüste wird weniger, Klinik eingerichtet

Die Möglichkeiten im Hospital von Kobane sind begrenzt. Einiges kann versorgt werden, viele Verletzte müssen jedoch nach Qamishlo weiterverlegt werden - eine vierstündige Fahrt über holprige Straßen. Neurochirurgische Eingriffe und Thoraxchirurgie (die operative Behandlung von Erkrankungen der Lunge, der Brustwand, der Speiseröhre u.a.) sind zurzeit nur in der Hauptstadt der "Autonomen Föderation Nordsyrien - Rojava" machbar.

In Kobane hat sich viel verändert. Seit meinem letzten Besuch vor einem Jahr hat sich nicht nur die Ausstattung der Klinik verbessert, viele Ruinen des zu rund 90 Prozent zerstörten Stadtzentrums wurden eingeebnet, um Raum zu schaffen für neue Straßen, Häuser und Plätze. Für einen Neuanfang, an den viele nicht glauben konnten, die das Trümmerfeld nach der viermonatigen Abwehrschlacht gegen den IS noch vor Augen hatten.

Kobane: Symbol des Widerstands gegen den IS

Etwa 250.000 Einwohner sind inzwischen zurückgekehrt in eine verwüstete Stadt, die 2014 den Angriffen des IS unter großer Opferbereitschaft trotzte. Bis heute ist Kobane ein Symbol des Widerstands, allerdings zum Preis unzähliger Opfer. Nur wenige Menschen lebten noch unter den Trümmern, als der IS die Belagerung aufgeben musste.

Der Aufbau der Stadt erfolgt nun aus eigener Kraft. Die Zurückkehrenden, die in der Türkei oder in sicheren Teilen des Kurdengebiets Rojava im Norden Syriens Zuflucht gefunden hatten, erhalten zu wenig Unterstützung von außerhalb. "Hilfe kommt von Nichtregierungsorganisationen oder von im Ausland lebenden Kurden, die sich mit Material- und Geldspenden engagieren", sagt Sozdar, die in der Verwaltung arbeitet.

Embargo der Türkei erschwert Leben in Nordsyrien zusätzlich

Der Überlebenswille der Menschen ist beeindruckend, die neuen Gebäude sind nur der sichtbare Teil ihrer Aufbauleistung. Alles muss neu organisiert werden: die Energie- und Trinkwasserversorgung ebenso wie das Schul- und Gesundheitssystem. Einfach alles. "Als ob die Situation nicht schon schwer genug wäre, das Embargo durch die Türkei macht alles noch komplizierter. Bei allem, was wir anschaffen, geht es immer auch darum, ob und wie auch Ersatzteile zu bekommen sind", sagt Sozdar und lacht. Ich erlebe die Stimmung oft gelöst und fröhlich, viele seien einfach nur erleichtert, wieder zu Hause zu sein - auch wenn dieses Haus zum Teil noch in Trümmern liegt.

Von Projektilen durchschlagene Körper, abgetrennte Gliedmaßen

Dass die Menschen überhaupt noch lachen können, verwundert angesichts der Dramatik in der Notaufnahme. Allein am heutigen Tag wurden uns in einem Zeitraum von nur einigen Stunden neun Schwerverwundete gebracht. Trotz aller Bemühungen waren zwei Menschen nicht mehr zu retten. Die anderen konnten wir zumindest am Leben halten.

Explodierende Granaten zerfetzen Körperteile oder treiben eine Vielzahl Fremdkörper in den Leib der Opfer. Verbrannte, von Projektilen durchschlagene Körper, abgetrennte Gliedmaßen - grauenhafte Bilder, die abzubilden nicht zumutbar ist. Außerdem: Helfer, die oft hilflos sind angesichts dieses Desasters. Es sei schon seit Wochen so, bekomme ich gesagt, alle seien am Ende. Ich bewundere die Menschen, die über so lange Zeit diese Arbeit verrichten. Die Erschöpfung ist ihnen anzusehen.

"Ich schäme mich für die Skrupellosigkeit europäischer Politiker"

Und ich schäme mich für die Skrupellosigkeit europäischer und deutscher Politiker, die vollmundig die Rede von der notwendigen Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort im Munde führen, aber nichts Positives unternehmen. Wer es ernst meinte mit der Aussage "Fluchtursachen vermeiden" zu wollen, müsste seinen Worten Taten folgen lassen.

Es wäre ein Leichtes, Medikamente, Baumaterial und Maschinen für den Wiederaufbau zu liefern. Die Maximen der Politik sind jedoch andere: Die Bedenken, mit der Unterstützung der PKK-nahen Kurden Nordsyriens die Türkei vor den Kopf zu stoßen und damit den Bündnis- und NATO-Partner zu verprellen, stehen weit über der Notwendigkeit, konkrete Hilfe zu gewähren. Aber für den Kampf gegen den IS sind die Menschen Rojawas gut genug.

Michael Wilk (Quelle: heute.de, 23.07.2016)

Von Europas Regierungen allein gelassen

von Dr. med. Michael Wilk, zurzeit in Rojava (Nordsyrien)

Der Kampf der Kurden gegen die IS-Terroristen fordert hohe Opfer. Ein Embargo der Türkei erschwert das Überleben in Nordsyrien zusätzlich. Doch auf Hilfe aus Brüssel oder Berlin warten die Kurden vergebens.

Der Kühlwagen kommt. In Deutschland lieferte er Eiscreme oder andere Nahrungsmittel. Hier in Nordsyrien transportiert er Frontopfer in die Stadt Kobane, die weltweit zum Symbol des kurdischen Widerstands gegen den IS wurde. Der Laster ist eine Spende aus Deutschland, finanziert vom Kurdischen Roten Halbmond. Er ist bitter nötig bei 45 Grad im Schatten.

Der Kampf gegen die IS-Terroristen fordert große Opfer

Wir sind im Feldhospital nahe der Stadt Manbij. Hierher werden die Verwundeten von der vorderen Frontlinie gebracht. Der IS ist im Zentrum der Stadt eingeschlossen und hat die Gebäude vermint. Sprengfallen und Scharfschützen kosteten in den vergangenen Tagen viele Opfer. Der Kurdische Rote Halbmond versorgt Schwerverwundete, die nach der Erstversorgung nach Kobane transportiert werden.

Wie überall in Nordsyrien sind die Mittel begrenzt: Es fehlt an qualifiziertem Personal, gut ausgestatteten Rettungswagen und Medikamenten. Durch das bestehende Embargo der Türkei erfolgen Hilfslieferungen ausschließlich über den Nordirak - ein Weg, der phasenweise auch verbaut ist. Die Verwundeten, vor allem aber die Zivilisten, leiden unter dem Embargo. Sie sind in höchstem Maße abhängig von den Hilfslieferungen der Nichtregierungsorganisationen, denn Unterstützung kommt ausschließlich von dort.

Die Zukunftsängste des jungen kurdischen Pflegers Amed

Der 21-jährige Amed, sonst eher der Spaßvogel des Sanitätsstützpunkts, ist beim gemeinsamen Abendessen bedrückt. Er hat seine Zeugnisse fotografiert und zeigt sie mir auf dem Display seines Handys Bescheinigungen über seine Kurse beim Kurdischen Roten Halbmond, seine Pflegeweiterbildung im Krankenhaus von Kobane. "Ich weiß nicht, ob ich hier eine Zukunft haben werde", sagt er. Amed würde gerne Medizin studieren, aber der Weg in Syrien ist verbaut. Die Universitäten sind zerstört oder sie liegen auf dem Gebiet des Assad-Regimes. "Ich würde sofort in die Armee gepresst, wenn ich den Boden von Damaskus betreten würde", sagt Amed und kämpft mit den Tränen.

Viele Menschen sind physisch und psychisch ausgezehrt

Nachdem sein Bruder im Kampf gegen den IS starb, floh die Familie aus dem zuvor umkämpften Hasake nach Deutschland. Sein älterer Bruder musste den gehbehinderten Vater, die Mutter und die jüngere Schwester auf dem Weg in die Fremde begleiten. Ich bin erleichtert zu erfahren, dass sie die Flucht antraten, als die Grenzen Europas für einen Moment offen waren und dass sie sicher in einer Stadt Zuflucht fanden, die nicht von nationalistischem Fremdenhass und dumpfer Ignoranz dominiert wird.

Ebenfalls zu fliehen ist für Amed keine Option, obwohl seine Eltern ihn gerne sicher in Europa wüssten. Er will Rojava nicht verlassen. Er sei denen nicht Gram, die geflohen seien, sagt Amed. Oft habe man keine Wahl, wie sein Bruder. Er kenne auch viele, die es einfach nicht mehr aushielten: Den Terror des IS, die Bomben, die psychische Belastung des Kampfes oder der Arbeit im Krankenhaus. Viele seien einfach fertig mit den Nerven.

Einwohner Rojavas fühlen sich von den Regierungen Europas im Stich gelassen

Es sind wiederum dieselben Nichtregierungsorganisationen, die sich in Zusammenarbeit mit dem Kurdischen Roten Halbmond darum bemühen, Möglichkeiten der psychosozialen Betreuung zu etablieren, die so dringend benötigt werden. Nicht nur die akut Verletzten und die dauerhaft Verstümmelten, sondern auch die seelisch Verwundeten brauchen Hilfe.

Die Regierungen Europas tun nichts, um die Lebensbedingungen der Menschen Rojavas zu verbessern. Menschen wie Amed eine Zukunft zu geben, am besten in seinem eigenen Land, in Würde und einer Perspektive auf Selbstbestimmung.

Gäbe es für jedes zynische Politikerversprechen, für jede gedroschene Phrase eines Regierungsvertreters und vor allem für die Ahnungslosigkeit der Entscheider eine gute Summe Geld - den Menschen hier wäre sehr geholfen. Noch im Lauf des Abends bringen uns die Pick-ups drei weitere Schwerverwundete und zwei junge Menschen, für die wir nichts mehr tun können.

"Eine knochenbrecherische Arbeit"

IS-Terror, Medikamenten-Embargo, Personalmangel: Die Mitarbeiter des Kurdischen Roten Halbmonds arbeiten in Nordsyrien unter Extrembedingungen - oft am Rand zum Burnout. Im heute.de-Interview erklärt der Arzt Michael Wilk, wie er die Helfer in Rojava unterstützen will.

heute.de: Sie sind erneut für einen Hilfseinsatz in den Norden Syriens gereist. Diesmal versorgen Sie keine Verletzten, sondern versuchen, den Helfern des Kurdischen Roten Halbmonds psychologisch zu helfen. Warum ist das nötig?

Michael Wilk: Diese Leute - Ärzte, aber auch viele freiwillige Pflegerinnen und Pfleger - leisten unter immensem Druck eine geradezu knochenbrecherische Arbeit: In einem Gebiet, in dem das Assad-Regime weitgehend nichts mehr zu sagen hat, organisieren die Frauen und Männer des Kurdischen Roten Halbmonds das Rettungssystem, Ambulanzen und Apotheken. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil der medizinischen Versorgung von rund vier Millionen Menschen - und das unter extrem schwierigen Bedingungen.

heute.de: Was heißt das konkret?

Wilk: Das Kurdengebiet Rojava, das sich im Norden Syriens vom Euphrat bis zum Tigris erstreckt, steht nach außen hin vor allem in einem Verteidigungskampf gegen die Terrormiliz des so genannten Islamischen Staats (IS). Neben gewöhnlichen Krankheiten müssen die Nothelfer deshalb schwere Kriegsverletzungen behandeln. Es fehlt an Personal und auch an Material. Denn erschwert wird die medizinische Hilfe durch die bestehende Embargo-Situation der angrenzenden Länder. Der IS lässt natürlich keine Medikamenten-Lieferungen zu; aber auch die Grenzen zur Türkei und zum Nordirak sind dicht oder nicht wirklich offen.

heute.de: Was haben Sie sich jetzt zum Ziel gesetzt?

Wilk: Wir haben es einerseits mit Menschen zu tun, die dem Burnout nahe sind. Andererseits sind viele darunter, die immer wieder schlimmste Dinge erlebt haben: Etwa, wenn IS-Selbstmordattentäter Dutzende Menschen in den Tod gebombt haben. Viele Helfer, die so etwas miterlebt haben, leiden unter dem Posttraumatischen Belastungssyndrom. Dazu haben die Helfer dort extrem hohe moralische Ansprüche an sich. Daraus ziehen sie einerseits Kraft, laufen andererseits aber auch Gefahr, sehr schnell über ihre physischen und psychischen Kräfte zu gehen und zusammenzubrechen.

heute.de: Wie kann man die Helfer vor ihrem eigenen Idealismus schützen?

Wilk: Eine Urlaubs- und Kur-Möglichkeit wie bei uns haben die Leute in Kriegszeiten in Rojava natürlich nicht. Deshalb versuche ich mit ihnen gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie sie sich schützen können vor einem Zusammenbruch. Ich bin eingeladen, in einem Kurs Helfer in Psychologischem Selbstschutz und psychischer Erster Hilfe bei anderen zu trainieren. Es geht darum, Multiplikatoren zu unterrichten, dass sie ihr Wissen auch anderen weitergeben können.

heute.de: Welche Ideen bringen Sie mit?

Wilk: Als Notfallmediziner habe ich mit diesen Leuten ja schon zusammengearbeitet. Deshalb weiß ich, was sie aushalten müssen. Ich denke, die halbe Miete wird sein, ihnen zu vermitteln, wie ihr Organismus unter Stressbedingungen reagiert und was Dauerstress anrichtet. Dann geht's darum, Ansätze zu erarbeiten, wie sie aus der Daueranspannung kommen. Das reicht von klassischen Gruppenübungen bis zum Erlernen progressiver Muskelentspannung. Alles mit dem Ziel, ihnen zu vermitteln, dass sie ihre Ressourcen schützen müssen - und wie dies geht.

heute.de: Leichter gesagt als getan, oder?

Wilk: Ja, aber alles andere macht keinen Sinn. Wenn Sie als Notarzt zu einem Unfall gerufen werden, ist die erste Maßnahme die Eigensicherung. Es ist Unsinn, wenn Helfer sterben und überhaupt nichts mehr machen können. Oder körperlich und seelisch so zusammenklappen, dass sie als helfende Ressource ausfallen. Es geht um Selbstsicherung und um den Erhalt der Arbeitskraft.

heute.de: Sie haben das Thema Traumatisierung angesprochen. Was können Sie in der kurzen Zeit dagegen tun?

Wilk: Es geht dort darum, einen Denk- und Handlungsprozess anzustoßen. Schwer Traumatisierte werden wir nicht im Kurs therapieren können, völlig klar. Aber wir können vermitteln, wie Warnzeichen bei sich selbst und anderen zu deuten sind und welche therapeutischen Schritte eingeleitet werden müssen. Während meines Aufenthalts hier in Rojava werde ich aber nicht nur unterrichten, sondern auch einiges an Erfahrungen mitnehmen. So gibt es in Rojava trotz schwieriger äußerer Umstände starke Kompensationsmöglichkeiten - etwa durch den starken familiären Zusammenhalt oder die ausgeprägte Nachbarschaftshilfe. Ressourcen, die es effektiv zu nutzen gilt. Etwas, von dem wir lernen können.

heute.de: Im Prinzip geht's also auch für die Helfer des Roten Halbmonds darum, sich nicht einzuigeln?

Wilk: Ja, es ist wichtig, aus sich selbst herauszugehen, die Eindrücke mit anderen zu teilen. Die Sorgen und Belastungen nicht mit sich allein auszumachen. Auch schöne Dinge, etwa einen Nachmittag mit Freunden, Musik und Essen. Mitten im Krieg gibt's auch dort entspannte Situationen. Und es gilt, den Helfern klar zu machen, dass es völlig legitim ist, wenn sie sich so eine kleine Auszeit nehmen. Jeder kann umso besser helfen, wenn er die eigene Batterie regelmäßig auflädt.

Das Interview führte Marcel Burkhardt. (Quelle: heute.de, 01.02.2017)

Helfer davor schützen, "leer zu brennen"

von Dr. med. Michael Wilk, zurzeit in Rojava (Nordsyrien)

In Nordsyrien geben Mitarbeiter des Kurdischen Roten Halbmonds alles, um anderen zu helfen - und vergessen dabei ihre eigenen körperlichen und psychischen Grenzen. Der Arzt Michael Wilk will sie für Achtsamkeit sensibilisieren. Ein Erfahrungsbericht.

Psychosoziales Selbstmanagement und Psychische Erste Hilfe ist Neuland für die Aktiven des Kurdischen Roten Halbmonds. Die medizinische Hilfsorganisation kümmert sich in der kurdischen Autonomieregion Rojava im Norden Syriens um Verletzte ebenso wie um die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten. Mit ihren 26 Jahren gehört Jamila zu den jungen Mitgliedern und ist doch erfahren um Umgang mit Schwerstverletzten und Sterbenden. Jamila ist eine von 22 Kursteilnehmern.

"Ich habe an der Front vieles gesehen"

Ich habe die Helferin im Krankenhaus von Kobane kennengelernt, als die Verwundeten von der Front bei Manbij eingeliefert wurden, zusammengeschoßen oder von Splintern verwundet, oder auch mit abgerissenen Gliedmaßen. "Ich habe dort vieles gesehen", sagt Jamila, "aber das war eben so, der Kampf gegen Daesh (IS) ist so". Sie spricht leise und verhalten, unaufgeregt.

Fast alle, die den Kurs besuchen, haben ähnliches zu berichten. Sie sind aus Kobane, Serekanye und Qamislo angereist. Das autonome Gebiet Rojava, das im Verlauf des Bürgerkriegs Machthaber Baschar al-Assad abgetrotzt wurde, erstreckt sich inzwischen von West nach Ost über eine Länge von 400 Kilometern. Es gilt, etwa vier Millionen Menschen medizinisch zu unterstützen, darunter Abertausende vor dem Krieg Geflohene aus den Kampfzonen Sinjar und Mossul.

Immer funktionieren müssen

Alles unter Embargobedingungen: Eingeschlossen durch die Türkei, die zurzeit an der Nordgrenze Rojavas auf zum Teil zuvor annektiertem Gebiet eine hohe Mauer errichtet, und durch das Kampfgebiet des IS im Süden und Westen. Waren und Medikamente kommen fast ausschließlich aus dem autonomen Kurdengebiet des Nordirak. Aus den Kampfzonen von Mossul flüchtende Menschen müssen ebenso versorgt werden wie die verletzten Männer und Frauen der Volksverteidigungseinheiten der YPG/YPJ.

Über Schwächen zu reden, fällt weder Jamila noch den anderen Teilnehmern des Kurses leicht: Zu sehr lastet auf den teils fronterfahrenden Rettern der Druck, funktionieren zu müssen. Burn-out und Depression haben als Bedrohung einen anderen Stellenwert in einem Land, in dem Explosionen und Schüsse Alltag sind.

Fälle von psychischem Kollaps nehmen zu

Stressmanagement - anfangs nur ein Fremdwort - wird jedoch im Verlauf des Trainings und in der Auseinandersetzung mit der alltäglichen Lebensrealität der Anwesenden zur Option, Gefahren zu vermindern. Die Einladung vom kurdischen roten Halbmond kam genau deshalb. Die Fälle von tatsächlichem oder drohendem psychischen Kollaps nehmen zu.

Ein psychisches Trauma kann schwerere und auch längere Schäden setzen als eine Schussverletzung. Die auf körperliche Verletzungen und Krankheiten geeichten Frauen und Männer lernen einiges in diesen Tagen, über mentale Störungen, Überforderung und wie man sich davor schützt "leer zu brennen".

Patientenmassen stellen Helfer vor riesige Aufgaben

Das Erkennen schwerer psychischer Störungen und die Einleitung erster Behandlungsschritte schließen den Kurs ab. Wie bitter nötig diese Basiskenntnisse sind, wird mir erneut vor Augen geführt, als ich tags darauf das Flüchtlingslager bei Al Hol betrete. 14.000 Menschen, fast ausschließlich arabischer Herkunft, sind vor den Kämpfen um die irakische Großstadt Mossul in den Süden Rojavas geflohen. Die Zelte stehen bis zum Horizont.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) plant Kapazitäten für mehr als 40.000 Menschen. Betreut werden sie ausschließlich vom UNHCR, internationalen und lokalen Hilfsorganisationen. Für die medizinische Versorgung sind ausschließlich die Helfer und Ärzte von "Herva Sor a Kurd", dem kurdischen roten Halbmond zuständig. Eine einzelstaatliche oder auch europäische Unterstützung sucht man vergebens.

Jamila opfert sich für andere auf

Die Menschen stehen vor gewaltigen Aufgaben. Nicht wenige fühlen sich im Stich gelassen von der Internationalen Gemeinschaft. Im Camp ist es bitterkalt in diesen Tagen, die Temperaturen fallen nachts bis weit unter den Gefrierpunkt. Es sind Helferinnen wie Jamila, die sich hier verausgaben und meist auf ein eigenes Studium und Ausbildung verzichten müssen.

Michael Wilk (Quelle: heute.de, 10.02.2017)

Links

www.fda-ifa.org/gaidao

www.graswurzel.net

www.karakok.wordpress.com

www.ismail-kupeli.eu

www.civaka-azad.org

www.kurdischenachrichten.com

Buchempfehlungen

Ismail Küpeli (Herausgeber):

Kampf um Kobane – Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens.
edition assemblage, Münster 2015, 168 Seiten, ISBN 978-3942885898.

Thomas Schmidinger:

Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan: Analysen und Stimmen aus Rojava.
Mandelbaum Verlag, Wien 2014, 160 Seiten, ISBN 978-3854766360.

Oso Sabio:

Rojava – Die Alternative zu Imperialismus, Nationalismus und Islamismus im Nahen Osten.
Unrast Verlag, Münster 2016, 112 Seiten, ISBN 978-3897710580.

Doc Sportello:

Rojava: Ist der Aufstand gekommen?
bahoe books, Wien 2016, 102 Seiten, ISBN 978-3903022140.

Murray Bookchin:

Die nächste Revolution: Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken
Unrast Verlag, Münster 2015, 224 Seiten, ISBN 978-3897715943.

EINEN ANDEREN WEG GEHEN

GÄIDÃO

ZEITSCHRIFT DER
ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

Monatlicher Querschnitt
aus anarchistischer Theorie und Praxis.
Lokal, überregional, international.

Alle Ausgaben online
sowie Informationen zum gedruckten Abo
findet ihr unter:

www.fda-ifa.org/gaidao

graswurzel revolution

FÜR EINE GEWALTFREIE,
HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT

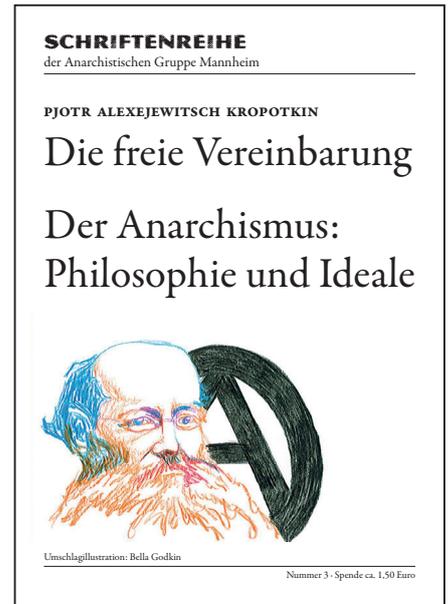
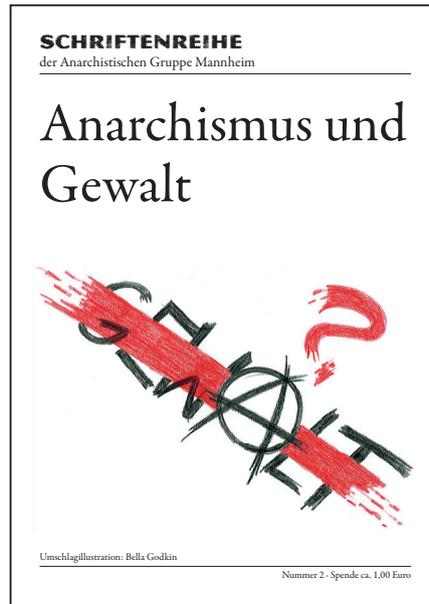
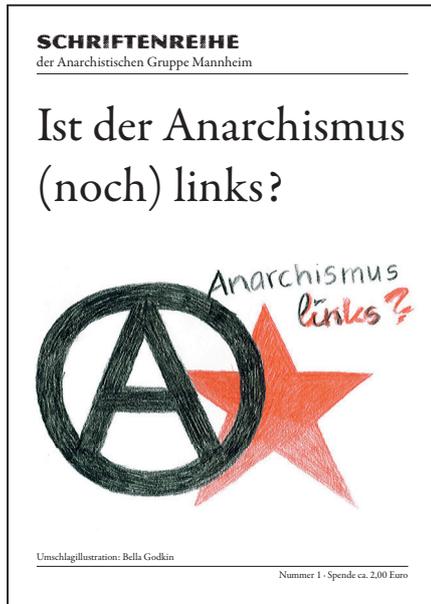
„Die Graswurzelrevolution lässt sich vom
Siegeszug des Kapitalismus nicht beirren.“

(Frankfurter Rundschau)

Kostenloses Probeheft
sowie Informationen zum Abo
findet ihr unter:

www.graswurzel.net

Bisher erschienen:



Anarchistische Gruppe Mannheim

Beilstraße 12 · 68159 Mannheim

info@anarchie-mannheim.de · www.anarchie-mannheim.de